

**12. Sitzung**

**Donnerstag, den 24. Februar 2005**

**Erfurt, Plenarsaal**

**Erstes Gesetz zur Änderung des  
Thüringer Flüchtlingsaufnahme-  
gesetzes**

1152

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/404 -

dazu: Beschlussempfehlung des  
Innenausschusses

- Drucksache 4/579 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion  
der PDS

- Drucksache 4/652 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion  
der SPD

- Drucksache 4/670 -

ZWEITE BERATUNG

*Nach Berichterstattung wird während der Aussprache ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 4/670 - verteilt.*

*Der Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 4/652 - sowie der Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 4/670 - werden jeweils mit Mehrheit abgelehnt.*

*Die Beschlussempfehlung des Innenausschusses - Drucksache 4/579 - wird mit Mehrheit angenommen.*

*Der Gesetzentwurf - Drucksache 4/404 - wird in ZWEITER BERATUNG unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung sowie in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen.*

- a) Thüringer Haushaltsstrukturgesetz** **1158**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 4/420 -  
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
- Drucksache 4/584 -  
dazu: Änderungsanträge der Fraktionen der PDS und SPD  
- Drucksachen 4/600/601/602 - Änderungsanträge der Fraktion der PDS  
- Drucksachen 4/603 bis 4/649 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
- Drucksache 4/650 - Neufassung - Änderungsanträge der Fraktion der SPD  
- Drucksachen 4/653 bis 4/662 - Änderungsanträge des Abgeordneten Köckert (CDU)  
- Drucksachen 4/673 bis 4/676 -  
dazu: Entschließungsantrag der Fraktion der CDU  
- Drucksache 4/651 -  
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD  
- Drucksache 4/663 -  
Entschließungsanträge der Fraktion der PDS  
- Drucksachen 4/664 bis 4/669 -  
ZWEITE BERATUNG
- b) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen** **1158**  
Unterrichtung durch die Landesregierung  
- Drucksache 4/485 -  
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
- Drucksache 4/585 -
- c) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes** **1158**  
- Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Haushaltsordnung (ThürLHO) -  
Unterrichtung durch die Finanzministerin  
- Drucksache 4/486 -  
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
- Drucksache 4/586 -  
  
dazu: Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses  
- Drucksache 4/587 -

*Nach Aufruf der Tagesordnungspunkte 2 a, b und c informiert die Landtagspräsidentin den Landtag über die Ergebnisse der außerplanmäßigen Sitzung des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten am 24. Februar 2005 vor Beginn der 12. Plenarsitzung.*

*Der Abgeordnete Blechschmidt (PDS) begehrt die Erteilung des Wortes zu einer persönlichen Bemerkung gemäß § 32 GO. Die Präsidentin lässt die persönliche Bemerkung unter Verweis auf die Regelungen des § 32 GO nicht zu.*

*Die Fraktion der SPD beantragt unter Berufung auf § 121 Abs. 2 GO, dass der Landtag über die mündlich von der Landtagspräsidentin vorgelegene Entscheidung des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten beschließen möge. Die Präsidentin weist den Antrag mit Hinweis auf die Geschäftsordnung zurück.*

*Die Fraktion der PDS beantragt unter Berufung auf § 41 Abs. 6 GO, die Sitzung für eine Überlegungspause zu unterbrechen. Die Präsidentin weist diesen Antrag mit Hinweis darauf, dass die Voraussetzungen des § 41 Abs. 6 GO nicht vorliegen, ebenfalls zurück.*

*Die Präsidentin unterbricht ihrerseits die Sitzung gemäß § 38 GO von 9.57 Uhr bis 10.14 Uhr.*

*Nach Fortsetzung der Sitzung erhebt die Fraktion der SPD gemäß § 121 Abs. 2 GO Einspruch gegen die gemäß § 121 Abs. 1 GO getroffene Entscheidung der Präsidentin, dem vor der Sitzungsunterbrechung von der Fraktion der SPD gestellten Antrag gemäß § 121 Abs. 2 GO nicht stattzugeben und beantragt die unverzügliche Prüfung der Angelegenheit durch den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten.*

*Die Präsidentin bestätigt, entsprechend zu verfahren.*

*Die Beratungsgegenstände werden gemeinsam aufgerufen und beraten.*

*Nach der gemeinsamen Berichterstattung zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz, zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen (Mittelfristiger Finanzplan) und zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes (Finanzbericht) erfolgt die Generalaussprache zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz insgesamt, zum Mittelfristigen Finanzplan und zum Finanzbericht, die Aussprache zu den Einzelplänen 02, 03 gemeinsam mit Einzelplan 17 und den Artikeln 7, 8, 9, 21 und 23 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes, Einzelplan 04 gemeinsam mit den Artikeln 10 und 11 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes, Einzelplan 05, Einzelplan 06 gemeinsam mit Einzelplan 17 und den Artikeln 1, 2, 3, 4, 5, 6, 15, 22, 24, 25 und 27 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes sowie Mittelfristiger Finanzplan und Finanzbericht, Einzelplan 07, Einzelplan 08 gemeinsam mit den Artikeln 12, 13, 14 und 26 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes, Einzelplan 09 gemeinsam mit dem Artikel 20 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes, Einzelplan 10 gemeinsam mit Einzelplan 18 und den Artikeln 16, 17, 18 und 19 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes, Einzelpläne 01 und 11 sowie die Schlussrunde.*

*Die Aussprache wird durch die Mittagspause unterbrochen.*

Während der Aussprache zu Einzelplan 10 werden die Neufassung des Änderungsantrags der Fraktion der CDU - Drucksache 4/650 - und die Änderungsanträge des Abgeordneten Köckert (CDU) - Drucksachen 4/673 bis 4/676 - verteilt.

Die Aussprache wird von 18.20 Uhr bis 18.49 Uhr unterbrochen.

Abstimmung:

zu a)

Die Änderungsanträge der Fraktion der PDS - Drucksachen 4/647/645/643/642/641/639/640/638/637/636/635/634/633/632/631/630/629/628/627/626/625/624/623/622/621/620/619/618/617/616/615/614/613/612/611/610/609/608/607/606/604/603/649/648 - und die Änderungsanträge der Fraktion der SPD - Drucksachen 4/662/659/660/658/661/657/653 - werden jeweils mit Mehrheit abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung werden die Änderungsanträge der Fraktion der PDS - Drucksachen 4/646/644/605 - und der Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD - Drucksache 4/601 - jeweils bei 88 abgegebenen Stimmen mit 43 Jastimmen und 45 Neinstimmen (Anlagen 1, 2, 6 und 4) sowie die Änderungsanträge des Abgeordneten Köckert (CDU) - Drucksachen 4/675/674 - jeweils bei 88 abgegebenen Stimmen mit 44 Jastimmen und 44 Neinstimmen (Anlagen 3 und 5) abgelehnt.

Die Änderungsanträge des Abgeordneten Köckert (CDU) - Drucksachen 4/673/676 - werden jeweils bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Durch die Ablehnung von Änderungsanträgen gleichen Inhalts erübrigt sich die Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen der PDS und SPD - Drucksachen 4/602/600 - sowie über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD - Drucksachen 4/656/655/654 -.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 4/650 - Neufassung - wird in Einzelabstimmung zu den Nummern 1, 2 und 3 jeweils mit Mehrheit angenommen.

Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 4/584 - wird unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit Mehrheit angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 4/420 - wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung - Drucksache 4/584 - in ZWEITER BERATUNG in namentlicher Abstimmung bei 88 abgegebenen Stimmen mit 45 Jastimmen und 43 Neinstimmen (Anlage 7) und in der Schlussabstimmung mit Mehrheit angenommen.

Die Entschließungsanträge der Fraktion der PDS - Drucksachen 4/664/665/666/667/668/669 - und der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 4/663 - werden jeweils mit Mehrheit abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 4/651 - wird mit Mehrheit angenommen.

zu b)

*Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
- Drucksache 4/585 - wird mit Mehrheit angenommen.*

zu c)

*Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
- Drucksache 4/586 - wird mit Mehrheit angenommen.*

**Anwesenheit der Abgeordneten:****Fraktion der CDU:**

Althaus, Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauße, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Rose, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauch, Stauche, Tasch, Trautvetter, Walsmann, Wehner, Wetzels, Worm, Dr. Zeh, Zitzmann

**Fraktion der PDS:**

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Enders, Dr. Fuchs, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hauboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Naumann, Nothnagel, Ramelow, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Thierbach, Wolf

**Fraktion der SPD:**

Bausewein, Becker, Doht, Döring, Ehrlich-Strathausen, Gentzel, Höhn, Künast, Matschie, Ohl, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

**Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:**

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Prof. Dr. Goebel, Reinholz, Schliemann, Dr. Sklenar, Trautvetter, Dr. Zeh

**Rednerliste:**

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	1152, 1153, 1155, 1156, 1157, 1158, 1160, 1161, 1170, 1218, 1220, 1221, 1222, 1224, 1226, 1229, 1230, 1233, 1235, 1252, 1253, 1254, 1256, 1257
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	1173, 1179, 1187, 1188, 1192, 1196, 1237, 1238, 1240, 1241, 1242, 1243, 1246, 1247, 1249, 1252
Vizepräsidentin Pelke	1196, 1197, 1198, 1199, 1202, 1204, 1205, 1209, 1210, 1211, 1212, 1213, 1216, 1217
Bausewein (SPD)	1216
Becker (SPD)	1239
Bergemann (CDU)	1198
Berninger (PDS)	1153, 1197, 1204
Blehschmidt (PDS)	1158, 1220, 1222
Buse (PDS)	1161, 1252, 1253, 1254, 1256
Doht (SPD)	1241, 1242
Döring (SPD)	1196, 1212, 1220
Fiedler (CDU)	1204, 1205, 1209
Gerstenberger (PDS)	1162, 1244
Hausold (PDS)	1227
Höhn (SPD)	1158, 1160, 1161, 1254, 1257
Huster (PDS)	1192, 1222, 1226
Jung (PDS)	1230
Dr. Klaubert (PDS)	1213
Köckert (CDU)	1210, 1211
Kölbel (CDU)	1153
Kummer (PDS)	1237
Kuschel (PDS)	1199, 1209
Lemke (PDS)	1240
Lieberknecht (CDU)	1246
Matschie (SPD)	1247
Mohring (CDU)	1179, 1187, 1188
Panse (CDU)	1235
Dr. Pidde (SPD)	1173
Pilger (SPD)	1233
Ramelow (PDS)	1157, 1170
Dr. Schubert (SPD)	1229
Schwäblein (CDU)	1217
Stauch (CDU)	1160, 1161
Stauche (CDU)	1156
Taubert (SPD)	1155, 1202
Althaus, Ministerpräsident	1249
Diezel, Finanzministerin	1224
Dr. Gasser, Innenminister	1156, 1211
Prof. Dr. Goebel, Kultusminister	1218

Die Sitzung wird um 9.03 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Meine Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Vertreter der Regierung, verehrte Vertreter der Medien, ich begrüße Sie recht herzlich zur 12. Plenarsitzung des Thüringer Landtags. Es haben neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Berninger und Herr Abgeordneter Gumprecht. Frau Abgeordnete Berninger wird die Rednerliste führen. Es hat sich für die heutige Sitzung niemand entschuldigt.

Ich gratuliere ganz herzlich Herrn Dr. Krause, der heute Geburtstag hat, die herzlichsten Glückwünsche von all seinen Abgeordnetenkollegen für ein gutes Gelingen im neuen Jahr.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie heute noch darauf hinweisen, dass der Ältestenrat in seiner 3. Sitzung beschlossen hat, ab Januar 2005 - also ab dieser Sitzung - zu den Plenarsitzungen donnerstags eine Mittagspause von 13.00 Uhr bis 14.00 Uhr durchzuführen. Freitags soll dagegen wie bisher keine Mittagspause eingelegt werden. Das heißt, heute werden wir die Sitzung von 13.00 Uhr bis 14.00 Uhr unterbrechen.

Ich habe weiterhin aufgrund der Dringlichkeit gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung Herrn Karsten Rose von Radio Frei für die heutige und die morgen stattfindende Plenarsitzung eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen erteilt.

Sie werden es vielleicht schon bemerkt haben als Sie hereingekommen sind, im Foyer vor dem Landtagsrestaurant wird heute eine Präsentation des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt stattfinden unter dem Titel "Der Boden - wertvolle Haut der Erde". Es stehen die Mitarbeiter der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie als Ansprechpartner zur Verfügung. Ich würde Sie bitten, sehr rege von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Heute Abend um 20.00 Uhr hat der Thüringer Beamtenbund zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, zu dem ich Sie ebenfalls recht herzlich einladen möchte.

Wir kommen damit zu den Hinweisen zur Tagesordnung:

Zu TOP 1, Gesetzentwurf der Landesregierung "Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlings-

aufnahmegesetzes" - Drucksache 4/404 - wurde ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/652 verteilt.

Bei TOP 2 a), Gesetzentwurf der Landesregierung "Thüringer Haushaltsstrukturgesetz" - Drucksache 4/420 - wurden Änderungsanträge der Fraktionen der PDS und der SPD in den Drucksachen 4/600, 4/601, 4/602 vorgelegt; der Fraktion der PDS in Drucksachen 4/603 bis 4/649 und ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/650. Es wurden ebenfalls Änderungsanträge der Fraktion der SPD in den Drucksachen 4/653 bis 4/662 verteilt. Es wurde außerdem ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/651 sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/663 und Entschließungsanträge der Fraktion der PDS in den Drucksachen 4/664 bis 4/669 verteilt.

Zu TOP 14 hat die Fraktion der PDS mit Schreiben vom 21. Februar 2005 beantragt, den angekündigten Tagesordnungspunkt "Wahl von Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission" von der Tagesordnung abzusetzen und erst in der 14. und 15. Plenarsitzung zu behandeln.

Zu TOP 15, Fragestunde, kommen folgende Mündliche Anfragen hinzu: Das sind die Drucksachen 4/595 bis 4/598.

Ich möchte Ihnen ferner mitteilen, dass die Landesregierung angekündigt hat, zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 GO Gebrauch zu machen.

Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung zuzüglich der von mir genannten Ergänzungen bzw. Änderungen widersprochen? Gibt es andere Anträge? Das ist offensichtlich nicht der Fall, also gilt die Tagesordnung als festgestellt.

Damit rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1** auf

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 4/404 -

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses  
- Drucksache 4/579 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der PDS  
- Drucksache 4/652 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
- Drucksache 4/670 -

ZWEITE BERATUNG

Ich bitte den Abgeordneten Kölbl, aus dem Innenausschuss zu berichten.

**Abgeordneter Kölbl, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste, ausgehend von der Änderung des Zuwanderungsgesetzes in Deutschland, hier in Kraft tretend per 1. Januar 2005, entstand in Thüringen die Drucksache 4/404. Durch Beschluss des Landtags vom 10. Dezember 2004 wurde das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes an den Innenausschuss überwiesen. Dieser beriet in seiner 8. Sitzung am 27. Januar 2005 darüber, wie mit dieser Novelle zu verfahren sei und beschloss mehrheitlich, eine schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf durchzuführen. Aus einer größeren Anzahl von eventuell schriftlich Anzuhörenden entschloss sich der Ausschuss mehrheitlich zur Anhörung des Gemeinde- und Städtebundes, des Thüringer Landkreistages, der Evangelischen Kirche Thüringen, der katholischen Kirche und des Ausländerbeauftragten. Wenn auch kurzfristig, so lagen doch zur 10. Sitzung des Innenausschusses die schriftlichen Stellungnahmen der obigen Anzuhörenden vor. Aus der Vielzahl der Änderungsvorschläge, die dort vorgebracht wurden - so nach mehr Unterbringungen von Asylbewerbern in Einzelunterkünften, nach Einschalten der Landesbehörde bei wunschgemäßen Umverteilungen von ausländischen Mitbürgern, nach landesgesetzlichen Vorgaben zur verbesserten Ausstattung von Wohnunterkünften, nach Schaffung von besonderen Räumlichkeiten für Abschiebehäftlinge außerhalb Thüringer Haftanstalten, weitere und andere Regelungen von Kostenerstattungen zugunsten von Gemeinden und Kreisen, verbesserter Kostensatz bei Leistungen für Flüchtlinge im Interesse der Kommunen und Betrag und Zeitraum -, fand schließlich nur der Hinweis des Ausländerbeauftragten eine Mehrheit im Innenausschuss, seine nunmehrige korrekte Bezeichnung, und zwar "Der Ausländerbeauftragte beim Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit" in den Gesetzentwurf in Drucksache 4/404 aufzunehmen. Eine direkte inhaltliche Änderung des Gesetzentwurfs der Landesregierung durch den Innenausschuss erfolgte somit nicht. Weiter im Innenausschuss auch an dieser Stelle diskutierte Übergangsregelungen für Asylbewerberheime "bisherige Vergütung von vorgenannten Plätzen" zukünftig "nur tatsächlich genutzten Plätzen" fanden keine Mehrheit, da seit Monaten hinlängliche Sachkenntnis vorläge, sich auf veränderte Umstände reagierend vorzubereiten. Somit ersuche ich Sie, verehrte Abgeordnete dieses hohen Hauses, um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Innenausschusses in Drucksache 4/579. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Ich danke dem Abgeordneten Kölbl für seine Berichterstattung und eröffne die Aussprache. Ich erteile das Wort der Abgeordneten Berninger von der Fraktion der PDS.

**Abgeordnete Berninger, PDS:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, zunächst muss ich Sie, Frau Präsidentin, ein wenig korrigieren, die Kollegin Abgeordnete, die neben Ihnen Platz genommen hat, heißt nicht Berninger, sondern das ist die Kollegin Hennig.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, aus Sicht meiner Fraktion wäre es im Sinne einer humanen Flüchtlingspolitik Thüringens notwendig gewesen, die im Rahmen der schriftlichen Anhörung dem Innenausschuss zugeleiteten Änderungshinweise zum Gesetzentwurf sachlich und ausführlich zu diskutieren. Dies wurde jedoch von den Mitgliedern der CDU im Ausschuss nicht für nötig erachtet und abgelehnt, womit sich für mich der gesamte Vorgang der Anhörung im Ausschuss als eine Farce bzw. als eine reine Alibiveranstaltung darstellt. Der Hinweis darauf, dass die Zeit dränge und die Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes eine sehr eilige Angelegenheit darstelle, ergibt sich für mich so nicht. Es wäre meines Erachtens durchaus vertretbar gewesen, die Gesetzesnovellierung auf das nächste Plenum zu verschieben - sie wird ja sowieso rückwirkend in Kraft treten - und so die Gelegenheit zu nutzen, die fachlichen Hinweise der Kirchen, des Gemeinde- und Städtebundes, des Thüringer Landkreistages sowie des Ausländerbeauftragten beim TMSFG ausführlich im Ausschuss diskutieren zu können,

(Beifall bei der PDS)

ganz abgesehen davon, dass es von den Mitgliedern Ihrer Fraktion, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, anscheinend gar nicht im Bereich des Möglichen liegt, zu dieser Diskussion Flüchtlingsorganisationen anzuhören,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:  
Ramelow, du warst doch gar nicht dabei.)

die täglich direkt mit den Betroffenen des Gesetzes, nämlich mit den Flüchtlingen, zu tun haben.

Zu unseren Änderungsanträgen: Die PDS bleibt dabei, das Zuwanderungsgesetz sieht keine generelle Nachrangigkeit der Einzelunterbringung von Flüchtlingen gegenüber der Gemeinschaftsunterkunft vor, sondern fordert zur Einzelfallentscheidung auf, zur

Abwägung öffentlichen Interesses und der Belange der Flüchtlinge. In der Vergangenheit wurde Einzelunterbringung häufig in Ermessensauslegung des aus § 2 des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom Dezember 1997 interpretierbaren Ausschlusses bestimmter Flüchtlingsgruppen von der dezentralen Unterbringung durch verschiedene Thüringer Landkreise grundsätzlich abgelehnt. Mit unserem Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung des Innenausschusses wird der von Flüchtlingsorganisationen und der PDS häufig wiederholten grundsätzlichen Forderung nach angemessener Bereitstellung von dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in allen Landkreisen und kreisfreien Städten entsprochen. Insbesondere für Flüchtlingsfamilien, für kranke und traumatisierte Flüchtlinge gibt es einen verstärkten Bedarf an dezentraler Unterbringung. Eine tatsächlich angemessene Bereitstellung dezentraler Unterbringungsmöglichkeiten wäre eine sehr wichtige Voraussetzung für die Integration der in Thüringen lebenden Menschen ausländischer Herkunft. Weg von der bisher praktizierten Ghettoisierung von Asyl Suchenden würde sie die persönliche Begegnung deutscher und nicht deutscher Menschen bedeuten. Durch das Miteinanderleben könnten diffuse und haltlose Ängste und Vorurteile und dadurch begründete fremdenfeindliche Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung abgebaut werden, die ja, wie Sie alle wissen, im von der Landesregierung vorgelegten aktuellen Thüringen-Monitor 2004 erneut belegt sind. Diesen aus der Angst vor dem Fremden herrührenden und in den vergangenen Jahren unverhältnismäßig angestiegenen fremdenfeindlichen Einstellungen, die sich aus Unkenntnis und diesen haltlosen Ängsten und Vorurteilen begründen, könnten wir mit der Bereitstellung von mehr dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten für die hier in Thüringen Asyl suchenden Menschen in Wohngebieten, mit der Möglichkeit, sich in die Gemeinschaft der hier lebenden Menschen zu integrieren, etwas entgegensetzen. Eine von Flüchtlingsorganisationen, Kirchen und dem Ausländerbeauftragten des TMSFG, Herrn Peters, schon seit Jahren angemahnte Humanisierung der Flüchtlingspolitik der Thüringer Landesregierung will die PDS-Fraktion mit dem beantragten Erlass einer Rechtsverordnung über prinzipielle Standards zu Art, Umfang, Lage und Ausstattung der Gemeinschafts- und Einzelunterkünfte sowie auch zu Grundsätzen der Versorgung und der sozialen Betreuung von Flüchtlingen festschreiben. Sachverständige fordern seit Jahren die Begrenzung der je Gemeinschaftsunterkunft vorgehaltenen Kapazität, die wohnungsähnliche Anlage und die sozial integrative Lage derartiger Unterkünfte, außerdem die Festschreibung einer Mindestquote für die angemessene Bereitstellung dezentraler Einzelunterbringungsmöglichkeiten. Mit dem immer enger werdenden Finanzspielraum, wenn man noch von Spielraum der Kommunen sprechen kann, steht zu befürchten, dass gerade bei der Unterbrin-

gung und Versorgung, bei Hilfemaßnahmen - wie Beratung und sozialer Betreuung von Asyl Suchenden - der Rotstift angesetzt wird und die bisher oftmals gerade so eingehaltenen minimalen Standards noch mehr gesenkt, Unterkünfte noch primitiver ausgestattet und soziale Angebote immer weniger und billiger werden. Um dem vorzubeugen, ist der Erlass einer solchen Rechtsverordnung dringend geboten und - betrachtet man schon jetzt die Zustände in manchen Unterkünften im Freistaat - längst überfällig.

Die PDS fordert mit dem vorliegenden Änderungsantrag, die Mittlerfunktion des Landesverwaltungsamts bei der Verteilung und Umverteilung von Flüchtlingen beizubehalten. Auch hier haben wir die Befürchtung, dass die Kommunen aufgrund ihrer desolaten Finanzlage zunehmend einzig fiskalische Beweggründe bei der Verteilung von Asyl Suchenden auf die Kreise und die kreisfreien Städte in Erwägung ziehen werden. Solche Sparzwänge sollten aber, wenn es um die Unterbringung von Menschen geht, nicht die erste Geige spielen. Den Vorrang bei der Entscheidung, wie und wo man Flüchtlinge unterbringt, sollten einzig humanitäre Aspekte haben und hier sollte insbesondere in strittigen Fällen das Landesverwaltungsamt als unabhängiger Mittler außerhalb haushalterischer kommunaler Zwänge vom Gesetzgeber beauftragt sein. Kein Mensch - und das können Sie selbst sicherlich sehr gut nachvollziehen, meine Damen und Herren Abgeordnete - verlässt gern ohne Not seine Familie, seine Freunde oder seine vertraute Umgebung. Menschen, die hier bei uns Schutz suchen und ihr Zuhause, aus welchen Gründen auch immer, zu verlassen gezwungen waren, haben das Recht, unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben. Dieses Recht sollte im Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz verankert sein.

Verehrte Damen und Herren von der CDU, zum Schluss muss ich noch eine persönliche Bemerkung in Richtung Ihrer Fraktion loswerden. Es hatte für mich in der Beratung des Innenausschusses zur Gesetzesänderung nicht den Anschein, als würde die Verbesserung der Aufnahme- und Lebensbedingungen von Asyl Suchenden in Thüringen eine Rolle spielen. Darauf bin ich ja kurz schon zu Beginn meiner Ausführungen eingegangen. Worüber ich aber zutiefst erschrocken war und was mich auch wirklich wütend gemacht hat, das war die abfällige Art und Weise, wie sich eine Ihrer Vertreter im Ausschuss über Asyl Suchende geäußert hat. Vielleicht sollte sich diese Abgeordnete mal in einer ruhigen Minute Gedanken machen über den Sinn des Asylrechts und über die Fluchtursachen, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat bewegen. In jedem Fall ist aber vielleicht der Hinweis hilfreich, dass es gute Gründe hat, warum das Wort "Asylant" vor nicht allzu langer Zeit zu einem Unwort des Jahres gekürt wurde

(Unruhe bei der CDU)

und warum dieses Wort von Menschen, die eine humane Flüchtlingspolitik und den Abbau von Fremdenfeindlichkeit im Sinn haben, nicht benutzt wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Taubert, SPD-Fraktion.

**Abgeordnete Taubert, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, bereits bei der ersten Beratung des vorgelegten Gesetzentwurfs wurde von der SPD-Fraktion deutlich gemacht, dass die Anpassung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes an die Regelungen des neuen Zuwanderungsgesetzes von der Landesregierung genutzt wurde, um unseren Kommunen erneut mehr Lasten aufzubürden, ohne entsprechenden Ausgleich schaffen zu wollen. Leider wurden unsere damaligen Vorschläge von Seiten der CDU-Fraktion ebenso wenig ernst genommen wie unsere Vorschläge im Innenausschuss und in Bezug auf die Flüchtlingsaufnahmeverordnung im Haushalts- und Finanzausschuss. Ich will deshalb unsere Änderungsvorschläge nochmals vorbringen. Wir haben zwei Ziele verfolgt. Zum einen geht es um die würdige Unterbringung von Flüchtlingen und in diesem Zusammenhang um die Festlegung eines teilweise nicht unerheblichen Lebensabschnitts betroffener Menschen. Wir sprechen u.a. ja - und jeder, der einmal eine Flüchtlingsunterkunft besucht hat, der weiß das - von Personen und Familien, die teilweise über acht Jahre in Deutschland leben, ohne zu wissen, wie es weitergehen kann. Zum anderen ist es Ziel unserer Vorschläge, nicht zuzulassen, dass Thüringer Kommunen wieder einmal, quasi durch die Hintertür, zustehende Mittel vorenthalten bekommen bzw. staatliche Aufgaben übertragen werden, ohne das Kostendeckungsprinzip zu beachten.

Zum ersten Punkt fordern wir mit der Gesetzesänderung auch die Regelung zu verändern, dass Flüchtlinge in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen sind. Damit kann Betroffenen schneller geholfen werden. Überdies wird es in den Kommunen möglich, die Unterbringung der ihnen zugewiesenen Flüchtlinge selbständig und ihren örtlichen und räumlichen Gegebenheiten besser entsprechend unterzubringen und somit zumindest den Versuch zu unternehmen, mit den neuen Pauschalen auskömmlich zu wirtschaften.

Eine zweite Forderung ist die grundsätzliche Beibehaltung des § 3 Abs. 1 Satz 3 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, konkret aber eine Umformulierung der Festsetzung des Verteilerschlüssels. Wie bisher soll auf das Landesamt für Statistik zurückgegriffen werden, jedoch sinnvollerweise - das war ja auch in der Begründung des Gesetzentwurfs zu lesen, dass man da das Ziel hatte - der Rückgriff auf aktuelle Zahlen. In Übereinstimmung mit dem Thüringischen Landkreistag fordern wir, der im Innenausschuss beschlossenen Änderung zur korrekten Bezeichnung des Landesausländerbeauftragten die Ihnen vorliegende Änderung der SPD-Fraktion hinzuzufügen.

Die Änderung, die wir eingebracht haben, also die Frage der Stichtagsregelung in Bezug auf die Einwohnerzahlen, Verteilerschlüssel, ist ja von Ihnen im Innenausschuss, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, abgelehnt worden, da man keinen Vorteil und keinen Nachteil gesehen hat. Wir glauben aber, dass es wichtig ist, dass dieser Verteilerschlüssel im Gesetz festgelegt wird, um die Kommunen nicht auch einer Willkür auszusetzen.

Zu unserem Ziel, den Kommunen nach Verabschiedung dieser Gesetzesänderung zumindest eine angemessene Zeit zu geben, ihre bestehenden Verträge neu zu ordnen, stellt die SPD-Fraktion heute erneut den im Haushalts- und Finanzausschuss von der Mehrheitsfraktion abgelehnten Antrag auf Verlängerung der Übergangsfrist bis zum Juli dieses Jahres. Dazu liegt Ihnen ein Antrag zu Artikel 8 des Haushaltsstrukturgesetzes vor, dem ich bitte, auch die Damen und Herren von der CDU-Fraktion, zuzustimmen.

Ich möchte aber auch grundsätzlich noch einmal darauf verweisen, dass jeder - seien es Kommunen, Verbände oder Vereine - der mit einer Gesetzesänderung konfrontiert wird, ein Recht darauf hat - und jeder, der von Ihnen in einer Kommune tätig ist, der weiß, dass man dieses Recht unbedingt braucht -, angemessene Übergangszeiten zum Reagieren auf finanzielle Veränderungen zu erhalten. Die Landesregierung kann eben nicht voraussetzen, dass weit vor Gesetzesabschluss im Thüringer Landtag, sozusagen im vorseilenden Gehorsam, betroffene Gruppen oder auch Kommunen den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzestext als endgültige Gesetzeslage schon im Vorfeld annehmen müssen. Ich denke, das widerspricht intensiv dem Demokratieprinzip. Der Thüringer Gesetzgeber würde völlig ausgeblendet werden, weil jeder davon ausgehen muss, sobald ein Gesetz in Umlauf geht, sobald es Anhörungen gibt, ist das Gesetz schon in dieser Form auch beschlossen. Ich bitte daher, unseren Vorschlägen hier zuzustimmen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Das Wort hat die Abgeordnete Stauche, CDU-Fraktion.

**Abgeordnete Stauche, CDU:**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, der Berichterstatter hat zum Verfahrensgang des Gesetzentwurfs soeben berichtet. Über die wichtigsten Änderungen hat die Landesregierung zudem in der Einbringung des Gesetzentwurfs im Dezember informiert. Einer eingehenden Erörterung bedarf es daher meiner Meinung nach nicht mehr. Lassen Sie mich daher zuerst etwas zur Anhörung sagen. Im Anschluss daran möchte ich stellvertretend nur einen Einzelaspekt der Diskussion herausgreifen.

Zunächst darf ich den Angehörten danken, dass sie sich eingehend mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt haben. Die Anregung haben wir im Vorfeld der Innenausschussberatung und in der Sitzung des Innenausschusses beraten. Die Diskussion war meiner Meinung nach ausreichend. Es wurde auch ausführlich über Einzelpunkte diskutiert. Ihrer Meinung nach, Frau Berninger, vielleicht sollten Sie einmal das Protokoll des Innenausschusses lesen. Ich wüsste auch nicht, wer hier solche Äußerungen getan hat. Ich finde es auch unerhört, dass Sie aus dem Innenausschuss so etwas berichten,

(Beifall bei der CDU)

ohne hier eigentlich die Möglichkeit zu haben. Erfreulich war für meine Kollegen und mich zunächst, dass insbesondere die evangelische und katholische Kirche den Gesetzentwurf im Grundsatz begrüßt haben. Demgegenüber haben andere Anzuhörende eine vielleicht überdenkenswerte Vorstellung vom Begriff Anhörung, wenn sie an Gesetzentwürfen nur Kritik äußern - sei es. Wir sind der Ansicht, der Landesregierung ist mit dem Gesetz ein guter Wurf gelungen. Natürlich kann man über Einzelheiten und einzelne Fragen trefflich streiten. Dies betrifft beispielhaft die Frage der Unterbringung. Sollen Einzel- oder Gemeinschaftsunterkünfte favorisiert werden? Dass die kommunalen Spitzenverbände einerseits und etwa die Kirchen andererseits dies unterschiedlich bewerten, darf ob der unterschiedlichen Interessenlage nicht verwundern. Im Rahmen der argumentativen Auseinandersetzung konnten wir beiden Positionen etwas abgewinnen. Im Ergebnis waren wir aber der Auffassung, dass die vorgeschlagene Lösung der Landesregierung beibehalten werden soll.

Frau Berninger, nicht bloß der Flüchtlingsrat hat Erfahrungen, auch ich selbst habe mich mehrmals in der letzten Zeit in Gemeinschaftsunterkünften für Asylanten aufgehalten und habe auch mit Flüchtlingen gesprochen. Ich kann Ihnen nur aus meiner Erfahrung berichten, dass traumatisierte Ehepaare oder Flüchtlinge in diesen Gemeinschaftsunterkünften sehr gut sozial betreut werden. Ich persönlich habe jedenfalls diese Erfahrung gemacht. Es tut mir Leid, wenn Sie andere gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Da muss es an den Menschen vor Ort selbst liegen oder an den Kommunen, ich weiß es nicht. Ich habe andere Erfahrungen gemacht. Im Ergebnis der Anhörung haben wir den Vorschlag des Ausländerbeauftragten bei dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit zu § 5 Abs. 2 des Gesetzentwurfs aufgegriffen. Danach ist dort genau diese Bezeichnung zu wählen. Im Übrigen sind wir der Auffassung, dass die Novelle sich in der Praxis bewähren wird und wir perspektivisch damit für den Bereich der Flüchtlingsaufnahme eine ausgeglichene Regelung gefunden haben. Im Namen meiner Fraktion bitte ich um die Annahme des Gesetzentwurfs. Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Herr Gasser, bitte.

**Dr. Gasser, Innenminister:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird eine durch das Zuwanderungsgesetz notwendig gewordene Anpassung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes vorgenommen. Der Innenstaatssekretär hat in der Plenarsitzung vom 10.12.2004 die wesentlichen Änderungen dargelegt und näher begründet. Ich begrüße es sehr, dass der Innenausschuss nach intensiven Beratungen dem Plenum die Annahme des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes empfohlen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, auf zwei Aspekte, die im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren wiederholt angesprochen wurden, nochmals einzugehen. Zum einen wurde im Rahmen der durchgeführten Anhörung angeregt, durch eine entsprechende Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes eine vermehrte Einzelunterbringung ausländischer Flüchtlinge zu ermöglichen. Es ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, dass eine vermehrte Nutzung von Wohnun-

gen insbesondere für die Kommunen den Vorteil hat, auf sich ändernde Zugangszahlen schneller reagieren zu können. Gleichwohl kann dieser Anregung nicht gefolgt werden, da bundesrechtlich vorgeschrieben ist, dass Asylbewerber grundsätzlich in so genannten Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen sind. Hieran ist das Land gebunden. Ein weiterer Aspekt betrifft die Unterbringung von Abschiebegefangenen. So wurde gefordert, ganz von Abschiebehaft Abstand zu nehmen, jedoch zumindest für Abschiebegefangene eine separate Unterkunft außerhalb des Strafvollzugs einzurichten. Die im Aufenthaltsgesetz geregelte Abschiebungshaft für ausreisepflichtige Ausländer steht zwar nicht in unmittelbarem rechtlichen Zusammenhang mit dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz, gleichwohl möchte ich hierzu Folgendes anmerken: Eine Abschiebehaft wird nur auf richterliche Anordnung vollzogen. Dies allein gewährleistet schon, dass Abschiebehaft nur in den Fällen zum Tragen kommt, wo dies unumgänglich ist. Derzeit befinden sich acht Personen in Thüringen in Abschiebehaft. Für eine Personenzahl dieser Größenordnung eine eigenständige Unterkunft einzurichten und zu unterhalten, ist - und ich denke, das liegt auf der Hand - wirtschaftlich nicht vertretbar. Bei allen in Abschiebehaft befindlichen Ausländern ist aber selbstverständlich sichergestellt, dass sie einerseits räumlich getrennt von Strafgefangenen untergebracht sind und dass andererseits auf ihre sozialen Belange in dem Maße Rücksicht genommen wird, wie dies leistbar ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend bemerken, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz an bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Zugleich wird aber auch künftig ein tragfähiger Rahmen für eine entsprechende Kostenerstattung gewährleistet. Ich bitte, den Antrag der Fraktion der PDS abzulehnen. Die Flüchtlingspolitik der Landesregierung ist human und entspricht den bundesweiten Standards. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Abgeordneter Ramelow.

**Abgeordneter Ramelow, PDS:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zur fachlichen Debatte nichts beitragen, aber ich möchte prinzipiell noch einmal darauf hinweisen, dass aus guten Gründen in der Bundesrepublik Deutschland das Wort "Asylant" zum Unwort des Jahres erklärt wurde. Das ist wie "Intrigant", "Spekulant", "Asylant". Das war damals die Begründung der Kommission, warum man sich in der Bundesrepub-

lik Gedanken gemacht hat, deutlich mit der Sprache eine Wortwahl zu treffen, die nicht Menschen diskriminiert und schon gar nicht Menschen, die Opfer staatlicher Entwicklungen sind, die Gründe haben, warum sie ihre Heimat verlassen, warum sie auf der Flucht sind - das alles auf der Basis der Erfahrungen der Deutschen aus der Zeit von 1933 bis 1945 und dem guten Grund, dass dies in das Grundgesetz aufgenommen worden ist und dass Asylrecht als ein wichtiges Gut in die Verfasstheit unserer Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden ist. Ich möchte anmerken, dass man nachdenken sollte, ob so ein Wort von diesem Pult hier einfach gedankenlos benutzt wird. Ich glaube, es sind Menschen, die auf der Flucht sind. Es sind Asylbewerber. Es gibt Probleme, die hier hinreichend erörtert worden sind, wo jede Fraktion ihre Auffassung gesagt hat, wo wir unsere sehr prinzipiellen Anmerkungen gemacht haben. Aber ich kann einfach nicht akzeptieren und hier widerspruchslos hinnehmen, dass ein Wort, welches in der Bundesrepublik auf den Index gesetzt worden ist, und zwar in dem Bewusstsein, dass man darüber nachdenkt, ob man dieses Wort benutzt, dass dieses Nachdenken auch Eingang nehmen sollte in das persönliche Nachdenken. Ich appelliere deshalb an alle Vertreterinnen und Vertreter dieses hohen Hauses, darüber nachzudenken, ob diskriminierende Worte gegen Menschen wirklich hier im Landtag und in einer Landtagssitzung benutzt werden sollten. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Mit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der PDS - Drucksache 4/652 -. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der in Drucksache 4/670 verteilt worden ist. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, die in Drucksache 4/579 vorliegt. Wer ist für diese Beschlussempfehlung des Innenausschusses? Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, der Ihnen in Drucksache 4/404 vorliegt. Wer ist für diesen Gesetzentwurf, den

bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen diesen Gesetzentwurf? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung in der zweiten Beratung und ich bitte Sie, durch Erheben von den Plätzen die Schlussabstimmung hier zu dokumentieren. Wer ist für diesen Gesetzentwurf? Wer ist gegen diesen Gesetzentwurf? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, und zwar **Tagesordnungspunkt 2**

**a) Thüringer Haushaltsstrukturgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/420 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/584 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktionen der PDS und SPD

- Drucksachen 4/600/601/602 -

Änderungsanträge der Fraktion der PDS

- Drucksachen 4/603 bis 4/649 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/650 - Neufassung -

Änderungsanträge der Fraktion der SPD

- Drucksachen 4/653 bis 4/662 -

Änderungsanträge des Abgeordneten Köckert (CDU)

- Drucksachen 4/673 bis 4/676 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/651 -

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/663 -

Entschließungsanträge der Fraktion der PDS

- Drucksachen 4/664 bis 4/669 -

ZWEITE BERATUNG

Berichtersteller ist der Abgeordnete Gerstenberger. Ein Geschäftsordnungsantrag - bitte.

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Frau Präsidentin, nachdem heute Morgen der Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Thüringer Landtags über die Vorgänge des Haushalts- und Finanzausschusses am 16. Februar 2005 eine Prüfung vorgenommen hat, sollte eigentlich an dieser Stelle eine Information durch die Präsidentin an den Thüringer Landtag über das Ergebnis

dieser Beratung vorgenommen werden. Daran möchte ich hiermit noch einmal erinnern.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Ich bedanke mich für die Erinnerung, Herr Abgeordneter Höhn. Aber nach Aufrufen all der Dinge, die jetzt zur Beratung anstehen, erfolgt die Information über die Ergebnisse des Justizausschusses.

**b) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen**

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 4/485 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/585 -

Ebenfalls ist Berichtersteller der Abgeordnete Gerstenberger.

**c) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes**

**- Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) -**

Unterrichtung durch die Finanzministerin

- Drucksache 4/486 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/586 -

dazu: Bericht des Haushalts- und Finanz-

ausschusses

- Drucksache 4/587 -

Nach Aufruf dieser Tagesordnungspunkte möchte ich Ihnen die Vorabinformation mitteilen, die der Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten in seiner Sitzung heute Vormittag festgelegt hat. Eine Meldung zur Geschäftsordnung, bitte.

**Abgeordneter Blechschmidt, PDS:**

Frau Präsidentin, im Nachgang Ihres Berichtes möchte ich laut § 32 eine persönliche Bemerkung abgeben.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Bitte, dann geben Sie die persönliche Bemerkung jetzt ab.

(Zuruf Abg. Blechschmidt, PDS:  
Danach.)

Gut. Zu dem Prüfantrag des Ältestenrats ist der Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten in seiner Sitzung am 24. Februar 2005 zu folgenden Ergebnissen gekommen:

I. Die Wiederholung der Abstimmung im Haushalts- und Finanzausschuss am 16.02.2005 war rechtlich aus folgenden Gründen zulässig: In den Ausschussberatungen verbietet der Grundsatz der Unverrückbarkeit von Parlamentsbeschlüssen nicht die Wiederholung von Abstimmungen unter folgenden Voraussetzungen:

1. Die Wiederholung muss von einer Fraktion beantragt werden. Aus welchen Gründen oder Motivationen ein Antrag auf Wiederholung einer Abstimmung gestellt wird, ist dabei rechtlich irrelevant. Allerdings darf die Antragstellung nicht missbräuchlich erfolgen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:  
Das ist ein Witz.)

Das wäre insbesondere der Fall, wenn der Antrag das Ziel hätte, den Sinn und Zweck des Grundsatzes der Unverrückbarkeit von Parlamentsbeschlüssen zum Beispiel dadurch zu unterlaufen, dass die Ausschussberatungen in unvertretbarer Weise verzögert würden, was vorliegend nicht der Fall war.

(Beifall bei der PDS)

Die Beantragung der Wiederholung einer Abstimmung aus Gründen der Klärung einer objektiv unklaren Stimmentzählung oder eines vermeintlich nur unklaren Auszählungsergebnisses ist für die rechtliche Bewertung im Ergebnis ohne ausschlaggebende Bedeutung, da der Antrag überhaupt keiner Begründung bedurft hätte.

2. Die Beratungen dürfen zu dem Tagesordnungspunkt noch nicht abgeschlossen worden sein, was vorliegend nicht der Fall war.

II. Die Beantragung und Durchführung der Auszeit in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.02.2005 ist rechtlich nicht zu beanstanden. Die von einer Fraktion beantragte Auszeit in Ausschuss-Sitzungen, aber auch im Plenum, entspricht im Thüringer Landtag einem ständigen und unbestrittenen Parlamentsgebrauch, sofern es dafür zwischen den Fraktionen ein Einvernehmen gibt. Für die Dauer der Auszeit gibt es im Grundsatz keine zeitliche Begrenzung. Deren Festlegung bzw. Verlängerung wird ebenfalls im Einvernehmen mit den Fraktionen geregelt. Diese Regelungen können, wie in der parlamentarischen Praxis durchaus üblich, auch stillschweigend erfolgen. Diese Art der Herbeiführung einer allgemeinen Auszeit hat in der Ge-

schäftsordnung des Landtags keine ausdrückliche normative Regelung gefunden. Im Gegensatz dazu ist das Minderheitenrecht auf Erzwingung einer Auszeit vor einer Abstimmung in Artikel 41 Abs. 6 GO LT ausdrücklich mit einer Befristung geregelt, die aber nur für diesen speziellen Fall und nicht für die oben beschriebene allgemeine Auszeit gilt.

III. Die Regelung der Stellvertretung in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.02.2005 war nach § 73 Abs. 2 GO LT rechtlich zulässig. In § 72 Abs. 1 Geschäftsordnung wird zwar von einer Vertretung durch ständige Vertreter ausgegangen, in § 72 Abs. 4 GO LT ist jedoch darüber hinaus die uneingeschränkte Möglichkeit einer offenen Vertretung durch jeden anderen Abgeordneten vorgesehen. Von dieser Möglichkeit wird in der parlamentarischen Praxis immer wieder Gebrauch gemacht. Daher begegnet eine Vertretung des Abgeordneten Köckert durch Frau Abgeordnete Groß in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.02.2005 gemäß § 72 Abs. 4 Geschäftsordnung keinen rechtlichen Bedenken.

IV. Ein unzulässiger Fraktionszwang wurde von Seiten der CDU-Fraktion auf den Abgeordneten Köckert im Zusammenhang mit der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.02.2005 nicht ausgeübt. Im Hinblick auf die Funktion von Fraktionen bei der parlamentarischen Willensbildung sind von Seiten der Fraktionen Maßnahmen zulässig, die der Fraktionsdisziplin dienen.

(Unruhe bei der PDS)

Demgegenüber ist ein Fraktionszwang wegen eines unzulässigen Eingriffs in die Unabhängigkeit von Abgeordneten verfassungswidrig. Ein unzulässiger Fraktionszwang liegt vor, wenn ein Abgeordneter vor einer Abstimmung unter Androhung von Sanktionen zu einem bestimmten von der Fraktion gewünschten Stimmverhalten gezwungen werden soll. Das könnte auch zum Beispiel durch die Androhung eines Rückrufs des Abgeordneten aus einem Ausschuss geschehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Derartige Fraktionszwänge hat die CDU-Fraktion nach ausdrücklichen Bekundungen des Abgeordneten Köckert im Ältestenrat nicht ausgeübt. Die Beratungen und Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.02.2005 unterliegen somit keinen rechtlichen Bedenken.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS:  
Da brauche ich jetzt eine Auszeit.)

Bitte, Herr Abgeordneter Stauch.

**Abgeordneter Stauch, CDU:**

Frau Präsidentin, ich möchte nur darauf verweisen, dass eine persönliche Erklärung hier nicht möglich ist. Eine persönliche Erklärung ist nach § 32 Abs. 1 nur am Ende der Beratung eines Gegenstands möglich. Da es sich hier nur um eine Information der Präsidentin und nicht um Beratung eines Tagesordnungspunkts handelt, kann hier keine persönliche Erklärung abgegeben werden.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:  
Auszeit.)

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Das ist grundsätzlich richtig, Herr Abgeordneter Stauch, dann werden wir so verfahren.

(Unruhe bei der PDS, SPD)

Bitte, Herr Abgeordneter Höhn, ein Geschäftsordnungsantrag.

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Frau Präsidentin, in Anwendung des § 121 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung des Thüringer Landtags beantrage ich die Abstimmung über die von Ihnen eben vorgetragene Mitteilung aus dem Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten hier im Thüringer Landtag. Dieser Antrag begründet sich zum einen dadurch, dass die Fraktion der SPD mit der Anrufung des Ältestenrats Einspruch gegen die Vorgehensweise im Haushalts- und Finanzausschuss vom 16. Februar eingelegt hat. Der Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten hat heute Morgen in seiner Sitzung den Vorgang einer Prüfung unterzogen und ist mehrheitlich zu einem Beschluss gelangt, der im Grunde einer Auslegung eines Geschäftsordnungsvorfalles im Einzelfall gleichkommt. Deshalb beantrage ich die Abstimmung des Thüringer Landtags über diesen Vorgang wie es § 121 Abs. 2 entsprechend vorsieht. Vorsorglich beantrage ich für diesen Antrag Fristverkürzung und möchte noch darauf hinweisen, dass dieser Antrag deshalb nicht schriftlich eingereicht werden konnte aufgrund der Kürze der Zeitabläufe. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Sitzung des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten zehn Minuten vor Beginn dieses Plenums erst geendet hat, so dass ich vorsorglich an dieser Stelle auf die mündliche Beantragung verweisen möchte.

Im Übrigen - das sei mir noch gestattet an dieser Stelle - ist die SPD-Fraktion nach wie vor der Auffassung, dass die Vorgänge im Haushalts- und Fi-

nanzausschuss am 16. Februar nicht von der Geschäftsordnung des Landtags gedeckt sind und dass diese Vorgehensweise dem Thüringer Landtag in der Öffentlichkeit schweren Schaden zugefügt hat.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Herr Abgeordneter Stauch hat einen Geschäftsordnungsantrag.

**Abgeordneter Stauch, CDU:**

Frau Präsidentin, § 121 Abs. 2 GO ist hier überhaupt nicht heranzuziehen, was Herr Höhn bemerkte, da es sich bei § 121 GO um Zweifel handelt, die während einer Sitzung auftauchen müssen. Darum handelt es sich hier nicht. Ansonsten möchte ich noch mal darauf hinweisen, dass wir keinen frist- und formgerechten Antrag hier vorliegen haben und somit auch nicht abstimmen können.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:  
Auszeit!)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Ich muss dem Abgeordneten Stauch zustimmen. Es ist so, dass der § 121 hier nicht zutrifft, weil dieser Zweifel, die während der Sitzung auftreten, betrifft. Absatz 2 trifft ebenfalls nicht zu, denn Sie müssten sonst einen schriftlichen Antrag eingereicht haben. Deshalb weise ich diesen Antrag mit Hinweis auf die Geschäftsordnung zurück.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:  
Das ist eine Frechheit.)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS:  
Auszeit!)

Antrag zur Geschäftsordnung, Abgeordneter Höhn?  
Ja.

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Frau Präsidentin, ich möchte Ihre Ausführungen zurückweisen. Ich habe mich ausdrücklich nicht auf den § 121 Abs. 1 GO bezogen, sondern auf Absatz 2. Ich möchte ihn an dieser Stelle deshalb hier zitieren. "Erheben mindestens zehn Abgeordnete oder eine Fraktion Einspruch gegen die Entscheidung, beschließt nach Prüfung durch den Justizausschuss der Landtag." Es steht hier nicht "auf Antrag", sondern er hat zu beschließen. Der Einspruch ist erfolgt. Die Prüfung durch den Justizausschuss ist erfolgt. Deshalb sind die Voraussetzungen für eine Auslegung im Einzelfall nach Geschäftsordnung hier sehr

wohl gegeben und ich beantrage noch einmal die Abstimmung hier im hohen Hause entsprechend § 121 Abs. 2 GO.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Herr Abgeordneter Höhn, der Absatz 2 ist eine Folge von Absatz 1 in § 121 GO und demzufolge

(Beifall bei der CDU)

trifft das nicht zu. Bei § 122, bei der grundsätzlichen Auslegung, hätte ein schriftlicher Antrag vorliegen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb kann ich Ihrem Antrag nicht stattgeben. Bitte, Abgeordneter Buse.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:  
Den Paragraphen haben wir nicht angeführt.)

**Abgeordneter Buse, PDS:**

Frau Präsidentin, namens der Fraktion beantrage ich gemäß § 41 Abs. 6 GO eine Überlegungspause und Unterbrechung der Sitzung.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Herr Abgeordneter Stauch.

**Abgeordneter Stauch, CDU:**

Frau Präsidentin, eine Überlegungspause ist vor einer Abstimmung zulässig. Wir stehen vor keiner Abstimmung.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Die Einwendung vom Abgeordneten Stauch ist richtig. Wir können nur dann eine Pause einlegen, wenn es im allgemeinen Einverständnis ist, und das ist offensichtlich nicht der Fall.

(Unruhe bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Wir können auch störende Unruhe nach § 38 GO machen.)

Es liegt kein Einverständnis der CDU-Fraktion vor.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:  
Schweigend nehmen wir das Einverständnis der CDU zur Kenntnis und unterbrechen.)

(Unruhe bei der PDS, SPD)

Demzufolge können wir jetzt die Sitzung nicht unterbrechen. Bitte, Herr Abgeordneter Höhn.

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Frau Präsidentin, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass in der Sitzung des Justizausschusses heute Morgen der Direktor dieses Landtags ausgeführt hat, dass die Einführung oder die Inanspruchnahme einer Überlegungspause nach § 41 Abs. 6 GO Minderheitenrecht darstellt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Im Übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, dass wir uns in der Beratung zum Tagesordnungspunkt 2 - Haushaltsstrukturgesetz - befinden und zudem eine Abstimmung ohnehin ansteht, wann auch immer, aber dass wir auch aus diesen Gründen formal Anspruch darauf haben, diese Überlegungspause durchzuführen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Herr Abgeordneter Höhn, das Minderheitenrecht gilt auch in diesem Falle nur bei Abstimmungen. Ich kann aber als Recht der Präsidentin fünf Minuten Diskussionszeit uns jetzt geben. Ich würde fünf Minuten die Sitzung unterbrechen und nach fünf Minuten fahren wir fort.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir setzen die Sitzung fort. Abgeordneter Höhn, ein Antrag zur Geschäftsordnung, bitte:

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Frau Präsidentin, Ihrer Entscheidung, dem Antrag der SPD-Fraktion auf Abstimmung über die Mitteilung aus dem Justizausschuss nicht zu entsprechen, widerspreche ich gemäß § 121 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung und beantrage die unverzügliche Prüfung durch den Ausschuss für Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Ich habe diesen Widerspruch zur Kenntnis genommen und wir werden entsprechend diese Angelegenheit durch den Ausschuss für Justiz, Bundes-

und Europaangelegenheiten prüfen lassen. Damit fahren wir fort in der Plenarsitzung des Landtags. Ich hatte Ihnen die Information gegeben über die Ergebnisse des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten am heutigen Morgen.

Wir beginnen damit mit der gemeinsamen Berichterstattung aus dem Haushalts- und Finanzausschuss durch den Abgeordneten Gerstenberger 1. zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz, 2. zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen und 3. zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes. Bitte, Herr Abgeordneter Gerstenberger.

### **Abgeordneter Gerstenberger, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Landesregierung legte dem Landtag mit Schreiben vom 2. Dezember 2004 den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes zusammen mit dem Entwurf des Landeshaushaltsplans 2005 - Gesamtplan - vor. Die gedruckten Entwürfe des Gesamtplans mit den Übersichten sowie die Einzelpläne wurden dem Landtag durch das Finanzministerium am 2. Dezember 2004 unmittelbar zugestellt und noch am gleichen Tage verteilt. Die Finanzministerin begründete den Gesetzentwurf in der 8. Plenarsitzung am 9. Dezember 2004. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde nach der Begründung und Aussprache an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Mit zwei Schreiben vom 27. Dezember 2004 übersandte die Landesregierung den von ihr verabschiedeten Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 und die Unterrichtung der Finanzministerin zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes jeweils mit der Bitte um Vorabüberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss. Die Präsidentin des Landtags hat daraufhin gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtags den Mittelfristigen Finanzplan für das Jahr 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen und den Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes zur beschleunigten Erledigung im Einvernehmen mit den Fraktionen bereits vor der ersten Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Beratungen zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz einschließlich des Mittelfristigen Finanzplans für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen und des Berichts in sechs Sitzungen wie folgt durchgeführt:

- am 8. Dezember Beschlussfassung über die Durchführung einer schriftlichen Anhörung;

- am 16. Dezember die Grundsatzaussprache und Beratung der Einzelpläne der Thüringer Staatskanzlei, des Thüringer Landtags und des Thüringer Rechnungshofs;

- am 7. Januar die Beratung der Einzelpläne des Thüringer Kultusministeriums sowie Artikel 10 und 11 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes, des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit sowie des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt sowie Artikel 20 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes;

- am 13. Januar die Beratung der Einzelpläne des Thüringer Innenministeriums einschließlich des Einzelplans 17 - Allgemeine Finanzverwaltung -, der Kommunale Finanzausgleich sowie die Artikel 7, 8, 9, 21 und 23 des Haushaltsstrukturgesetzes, die Einzelpläne des Thüringer Finanzministeriums einschließlich Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung, ohne den KFA - den Gesamtplan, sowie Artikel 1 bis 6, 15, 16, 22, 24, 25 und 27 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes sowie den Einzelplan des Thüringer Ministeriums für Bau und Verkehr einschließlich der Artikel 16, 17, 18 und 19 des Haushaltsstrukturgesetzes. Desweiteren erfolgte die Beschlussfassung über die Durchführung einer weiteren schriftlichen Anhörung und die Fortsetzung der Beratung am 3. Februar aus Zeitgründen;

- am 3. Februar wurden dann noch die Einzelpläne des Thüringer Justizministeriums und des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit einschließlich der Artikel 12, 13, 14 und 26 des Haushaltsstrukturgesetzes beraten, dazu die Beratung der Mittelfristigen Finanzplanung und die Beratung zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft;

- desweiteren am 16. Februar 2005 die abschließende Beratung und Abstimmung zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz, die abschließende Beratung und Abstimmung zur Mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen und die abschließende Beratung und Abstimmung zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft. Diese Beratung war von mehreren Unterbrechungen wegen zusätzlichen Abstimmungsbedarfs der CDU-Fraktion gekennzeichnet. Gegen die öffentliche Darstellung, der Vorsitzende hätte falsch ausgezählt, verwehre ich mich an dieser Stelle ausdrücklich.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Insgesamt hat der Ausschuss ca. 35 Stunden über die Probleme dieses Gesetzes diskutiert und beraten. Einzelne Titel des Kapitels 17 20 Kommunalen Finanzausgleich des Einzelplans 17 - Allgemeine

Finanzverwaltung - sowie die Kapitel des Einzelplanes 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen - wurden, soweit einschlägig, bei der Beratung der jeweiligen entsprechenden Einzelpläne mitberaten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat eine schriftliche Anhörung zu dem Entwurf des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes und zum Einzelplan 17 und des Entwurfs des Haushaltsplans 2005 sowie eine weitere ergänzende schriftliche Anhörung zu den von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträgen, die den Entwurf des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes und das Kapitel 17 20 des Entwurfs des Haushaltsplans betrafen, durchgeführt. Zu der zweiten Anhörung wurde eine mündliche Anhörung abgelehnt, so dass diese schriftlich durchgeführt wurde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat darüber hinaus die ihm vom Petitionsausschuss als Material übergebenen Petitionen, die den Entwurf des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes betrafen, in seine Beratung mit einbezogen.

Meine Damen und Herren, zum Entwurf des Landeshaushaltsplans 2005 lagen Änderungsanträge der Fraktionen der CDU, PDS und SPD vor. Die im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Änderungen zum Entwurf des Landeshaushaltsplans beruhen insgesamt auf den angenommenen Änderungsanträgen der Fraktionen der CDU, die 173 Änderungsanträge zur Abstimmung vorgelegt hatte. Die wesentlichen Änderungen, die der Entwurf des Landeshaushaltsplans durch die angenommenen Änderungsanträge der Fraktionen erfahren hat, sollen nachfolgend dargestellt werden.

Nach der sich aus den angenommenen Änderungsanträgen der Fraktion der CDU ergebenden Haushaltsübersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne beläuft sich das Haushaltsvolumen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabe-seite nunmehr auf 9.374.782.300 €. Ein dafür notwendiger Änderungsantrag, um das sichtbar zu machen, lag im Haushalts- und Finanzausschuss zur Abstimmung allerdings nicht vor.

Wesentliche Merkmale aus dem Bereich der angenommenen Änderungsanträge der Fraktion der CDU sind Minderausgaben bei den Personalausgaben und die Auflösung bzw. Reduzierung von Globalen Minderausgaben. Minderausgaben bei den Personalausgaben wurden in zehn Einzelplänen beschlossen. So ist etwa im Bereich des Thüringer Kultusministeriums eine Minderausgabe bei den Personalausgaben in Höhe von 11.010.100 € vorgesehen.

Für den Bereich des Innenministeriums wurde durch den Haushalts- und Finanzausschuss eine Minderausgabe bei den Personalausgaben in Höhe von

5.176.600 € mehrheitlich beschlossen. In den Kapiteln 02 01, 03 01, 04 01, 05 01, 06 01, 07 01, 08 01, 09 01, 10 01, 17 16 sowie 18 25 wurden die im Regierungsentwurf veranschlagten Globalen Minderausgaben entweder aufgelöst oder aber reduziert und durch entsprechende konkrete titelbezogene Einsparungen untersetzt. So wurde etwa die im Einzelplan des Innenministeriums veranschlagte Globale Minderausgabe in Höhe von 1.545.900 € aufgelöst.

Die im Bereich des Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit in Kapitel 08 01 veranschlagte Globale Minderausgabe wurde um einen Betrag in Höhe von 10.607.000 € erheblich reduziert.

Im Einzelplan 01 - Thüringer Landtag - wurde zur Erhöhung der Transparenz der frühere Titel "Aufwendungen für Abgeordnete" in drei Titel aufgeteilt: "Aufwendungen für Abgeordnete", "Aufwendungen für persönliche Mitarbeiter" und "Aufwendungen für ehemalige Mitarbeiter".

Im Einzelplan 04 - Thüringer Kultusministerium - wurden für Zuschüsse für die Landesmusikakademie Thüringen und für Zuschüsse für die Erstausrüstung der Landesmusikakademie Thüringen Leertitel ausgebracht, um - so die Begründung der Fraktion der CDU - für den Landesmusikrat Thüringen ein politisches Signal für eine künftige Landesförderung zu setzen.

Im Einzelplan 07 - Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit - wurden aus Gründen der sachlich richtigen Veranschlagung in Kapitel 07 02 - Beteiligung an KMU - 20 Mio. € eingestellt, die durch eine entsprechende Reduzierung in Kapitel 07 02 - Zinszuschüsse an private Unternehmen - gegenfinanziert wurden. Für die Arbeitnehmeragentur "START e.V." wurden Ausgabemittel in Höhe von 75.000 € eingestellt, für Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen wurden Ausgabemittel in Höhe von 400.000 € zur Verfügung gestellt.

Im Einzelplan 08 - Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit - wurden die Zuschüsse und Zuweisungen an Träger von Beratungsstellen um 193.000 € erhöht. Als Zuschüsse an die Landesarbeitsgemeinschaft Telefonseelsorge wurde ein Betrag in Höhe von 30.000 € zur Verfügung gestellt.

Im Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung - Kapitel 17 02 wurde für die Zuweisungen an Kommunen zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen ein Leertitel gebildet und durch einen Vermerk festgelegt, dass Ausgaben bis zur Höhe von 15 Mio. € der Mehreinnahmen bei Kapitel 17 04, Titel 131 02 geleistet werden dürfen. Bei Kapitel 17 16 - Investitionszuschüsse der Wasserversorgungs- und Abwasseranlagenstrukturhilfe - wurde eine Verpflichtung

tungsermächtigung in Höhe von 27.403.000 € ausgebracht. Im Bereich des Kommunalen Finanzausgleichs - dem Kapitel 17 20 - beschloss der Haushalts- und Finanzausschuss auf Antrag der Fraktion der CDU Mittelserhöhungen. Der Ansatz für Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte wurde um 18.750.000 € erhöht. Gleichfalls wurde der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise um 6.250.000 € erhöht. Das Gesamtvolumen der zuletzt genannten Ausgabenerhöhungen Kommunalen Finanzausgleich beläuft sich auf 25 Mio. €, die aus den bereits oben angeführten Minderausgaben bei Personalausgaben finanziert werden.

Weiterhin beschloss der Haushalts- und Finanzausschuss auf Antrag der CDU die Einstellung von Mitteln für Vorwegschlüsselzuweisungen in Höhe von 5 Mio. €. Dieser Betrag wird durch eine entsprechende Reduzierung beim Sozialhilfelastenausgleich gegenfinanziert.

Im Übrigen wurde auch der Ansatz für Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute um 1,6 Mio. € erhöht. Außerdem wurde im Bereich des Kommunalen Finanzausgleichs für Investitionszuschüsse der Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen der Ansatz für die Verpflichtungsermächtigungen um 18 Mio. € erhöht.

Aus dem Bereich des Einzelplans 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen - ist noch anzuführen, dass in Kapitel 18 03 - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bis 1 Mio. € im Einzelfall - der bestehende Ansatz um 1 Mio. € erhöht wurde.

Die Fraktion der PDS hat in vier Vorlagen insgesamt 132 titelbezogene Änderungsanträge zum Entwurf des Landeshaushaltsplans 2005 eingebracht. Zur Deckung der beantragten Mehrausgaben wurden Deckungsvorschläge vorgelegt. Wesentliche Änderungsanträge sollen jetzt kurz dargestellt werden.

Im Einzelplan 04 - Thüringer Kultusministerium - sollten auf Antrag der PDS die veranschlagten Mittel für die Erwachsenenbildung um 4 Mio. € erhöht werden. Die zusätzlichen Mittel sollten wie folgt auf zwei Titel in Kapitel 04 43 aufgeteilt werden: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände eine Erhöhung um 2,2 Mio. € und andere Zuschüsse für laufende Zwecke eine Erhöhung um 1,8 Mio. €.

Ein weiterer Antrag der PDS sah vor, die veranschlagten Mittel für die Förderung der Forschung im Einzelplan 04 und die Mittel für die Arbeitsmarktförderung im Einzelplan 07 - Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit - zu erhöhen, und zwar die Zuschüsse an private Unternehmen um 1,2 Mio. €, die Zuschüsse an öffentliche Unternehmen um 800.000 € und die Mittel im Titel Ar-

beit für Thüringen um 5 Mio. €. Zudem beantragte die Fraktion der PDS, die veranschlagten Mittel für Zuweisungen und Zuschüsse im Sozialressort, für Investitionen im Bereich der regenerativen Energien und für Personalkosten für zusätzliche Stellen für Richter an den Sozialgerichten um 9 Mio. € zu erhöhen. Die zusätzlichen Mittel wurden auf vier verschiedene Titel in den Kapiteln 05 09, 07 14, 08 20, 08 22, 08 24 und 08 29 aufgeteilt. Hinzuweisen ist beispielsweise darauf, dass der Ansatz für das Landesblindengeld um 3 Mio. € und der Ansatz für die Jugendpauschale um 2 Mio. € erhöht werden sollte.

Zum Kommunalen Finanzausgleich beantragte die Fraktion der PDS eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um insgesamt 160 Mio. €. Die zusätzlichen Mittel sollten aus 24 verschiedenen Titeln aufgeteilt werden. Die größten Einzelposten im Rahmen der beantragten Gesamterhöhung der Finanzausgleichsmasse waren folgende Bereiche: Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte eine Erhöhung um 34,5 Mio. €, Schlüsselzuweisungen an Landkreise eine Erhöhung um 11,5 Mio. €, Vorwegschlüsselzuweisungen eine Erhöhung um 16 Mio. € und Zuweisungen zu den Ausgaben für Kindertagesstätten eine Erhöhung um 20 Mio. € sowie investive Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte eine Erhöhung um 27.750.000,00 €.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS:  
Das waren gute Vorschläge.)

Die Fraktion der SPD hat insgesamt 75 Änderungsanträge zum Entwurf des Landeshaushaltsplans 2005 eingebracht. Zur Deckung der beantragten Mehrausgaben wurden Deckungsvorschläge ebenfalls vorgelegt. Wesentliche Änderungsanträge sollen kurz dargestellt werden.

Im Einzelplan 02 - Thüringer Staatskanzlei - sollten auf Antrag der Fraktion der SPD die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung in den Bereichen Veröffentlichung, Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender, Gedenkstättenarbeit sowie Bildungsarbeit zur DDR-Geschichte insgesamt um 134.300 € aufgestockt werden.

Aus den Anträgen der Fraktion der SPD zum Einzelplan 04 - Thüringer Kultusministerium - sind beispielhaft die nachfolgend beantragten Mehrausgaben aufzuführen: Zuschüsse an private Unternehmen eine Erhöhung um 3 Mio. €, andere Zuschüsse für laufende Zwecke eine Erhöhung um 1.767.300 €, Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände eine Erhöhung um 2,2 Mio. €, Beschaffung von Lernmitteln eine Erhöhung um 2.931.000 €. Im Übrigen sollte nach einem Antrag der Fraktion der SPD im Kapitel 04 06 - Grundschulen - Titel 425 01 - Ver-

gütung der Angestellten - der Vermerk über die Sperre der Besetzung von 64 neuen Stellen für die Erzieherinnen gestrichen werden.

Der Ansatz im Bereich Arbeit für Thüringen im Einzelplan 07 sollte um 5 Mio. € erhöht werden. Erhöht werden sollten zudem etwa die Zuschüsse an private Unternehmen im Kapitel 07 14 um 1,5 Mio. €.

Für die Erhöhung von Maßnahmen zur sparsamen, rationellen und umweltverträglichen Energienutzung sollte ein Betrag in Höhe von 1,5 Mio. € veranschlagt werden.

Aus den Anträgen der Fraktion der SPD zum Einzelplan 08 - Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit - sind beispielhaft Ansatzserhöhungen auf den Gebieten der Jugendpauschale um 2 Mio. €, die Förderung von Maßnahmen der Jugendhilfe - Erhöhung um 847.600 € - und auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung, des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitshilfe - Erhöhung um 1 Mio. € - zu nennen.

Im Hinblick auf die Anträge der Fraktion der SPD zum Einzelplan 09 - Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt - ist beispielhaft die Erhöhung der Zuführung zum Sondervermögen ökologischer Altlasten in Thüringen um 2,5 Mio. € anzuführen.

Im Einzelplan 10 beantragte die Fraktion der SPD für den Bereich der zinsverbilligten Baudarlehen zur Modernisierung und Instandsetzung eine Ergänzung der Erläuterungen. Danach sollte die Ausreichung der Mittel auch zur Modernisierung von Eigenwohnraum erfolgen.

Zum Kommunalen Finanzausgleich in Kapitel 17 20 beantragte die Fraktion der SPD, die Berechnung der Finanzausgleichsmasse zu ändern und unter der Rubrik "zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt" für das Jahr 2005 den Betrag 93.705.600 € einzufügen.

Aus den Anträgen der Fraktion der SPD zu den Mehrausgaben und dem Kommunalen Finanzausgleich sind beispielhaft die nachfolgenden Bereiche zu nennen: Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte - Erhöhung um 34.483.800 €, Schlüsselzuweisungen an Landkreise - Erhöhung um 11.494.500 € und Veranschlagung von Vorwegschlüsselzuweisungen in Höhe von 16.760.000 €.

Im Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen - sollten nach einem Antrag der Fraktion der SPD 1 Mio. € für den Umbau und die Sanierung des Justizentrums Mühlhausen veranschlagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz, meine Damen und Herren, lagen dem Haushalts- und Finanzausschuss Änderungsanträge ebenfalls von allen drei Fraktionen vor.

Zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz: Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zu den Artikeln des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz beruht ebenfalls auf angenehmen Änderungsanträgen der Fraktion der CDU. Die wichtigsten Änderungen der vorgenannten Regelungsbereiche des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes, die im Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich beschlossen wurden, sollen nachfolgend dargestellt werden.

Zu Artikel 1 - Thüringer Haushaltsgesetz 2005: In § 2 Abs. 6 war vorgesehen, das für Finanzen zuständige Ministerium zu ermächtigen, zur Deckung eines unvorhergesehenen Liquiditätsbedarfs oder zur Steigerung der Erlöse aus Beteiligungen über im Eigentum des Landes befindliche Wertpapiere bis zu einer Höhe von 100 Mio. € Vereinbarungen mit Kreditinstituten über die Pension oder Leihe der Wertpapiere zu treffen. Diese Regelung wurde gestrichen, jedoch in veränderter Form in § 2 Abs. 3 sowie in § 14 durch Anfügung eines Absatzes 4 aufgenommen.

§ 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a hat eine neue Fassung erhalten, damit die Ausgaben für Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung von der Deckungsfähigkeit ausgenommen werden.

Dem § 6 wurde ein Absatz 6 angefügt, der zum Ziel hat, dass die Landesregierung gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags jährlich über den flexiblen Haushaltsvollzug in den Hochschulbereichen nach § 6 Abs. 1 sowie den Abschluss und den Stand der Erfüllung der mit den jeweiligen Hochschulen abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen berichtet.

Zu Artikel 8 - Änderung der Thüringer Verordnung über die Kostenerstattung nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz: § 2 Abs. 2 der Thüringer Verordnung für die Kostenerstattung nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz wurde aufgehoben, da eine Kostenerstattung nicht mehr auf der Grundlage von aus Veranlassung des Landes vorgehaltenen Unterbringungsplätzen erfolgt.

Zu Artikel 9 - Änderung der Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung: § 4 der Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung regelt die Nutzungsverhältnisse und die Nutzungsbüher. § 4 Abs. 2 Satz 2

sowie Abs. 4 Satz 3 der Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung haben durch die Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses eine neue Fassung erhalten. Die Fraktion der CDU hat für die Neufassung der genannten Bestimmungen folgende Gründe angeführt: Nach § 4 Abs. 2 Satz 2 der Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung sind Spätaussiedler zur Zahlung einer Nutzungsgebühr verpflichtet, sofern ihr anrechenbares Einkommen nach dem Bundessozialhilfegesetz den jeweils geltenden Sozialhilfesatz übersteigt. Ist die Differenz zwischen anrechenbarem Einkommen und Regelzeit niedriger als die zu erhebende Nutzungsgebühr, ist diese nach § 4 Abs. 2 Satz 3 der Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung entsprechend zu reduzieren. Aufgrund der seit dem 1. Januar 2005 wirksamen bundesrechtlichen Neugestaltung des Sozialhilferechts - unter anderem die Aufhebung des Bundessozialhilfegesetzes - können entsprechende Nutzungsgebühren künftig nur dann erhoben werden, wenn in § 4 Abs. 2 der Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung eine Bezugnahme auf das Zweite Buch Sozialgesetzbuch sowie auf das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch erfolgt. Diesem Erfordernis wird durch die vorgeschlagene Änderung des § 4 der Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung Rechnung getragen.

Zu Artikel 10 - Änderung des Thüringer Schulgesetzes: § 31 Abs. 3 des Thüringer Schulgesetzes hat eine neue Fassung erhalten. Danach soll die Schule in den Fällen des § 31 Abs. 2 Satz 3, des § 51 Abs. 4 Satz 3 und des § 52 des Thüringer Schulgesetzes auch die Eltern volljähriger Schüler, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, informieren. Zur Begründung der angeführten Änderung hat die Fraktion der CDU Folgendes vorgetragen: Im Rahmen der Schulrechtsnovelle im Jahr 2002 wurde in § 31 Thüringer Schulgesetz die Informationspflicht der Schule auch für Eltern volljähriger Schüler erweitert. Die Informationspflicht beschränkt sich dabei auf wesentliche schulische Vorgänge. Dem Schüler wurde zudem ein Widerspruchsrecht eingeräumt. Analoge Regelungen zur Informationspflicht gegenüber Eltern volljähriger Schüler wurden auch in anderen Bundesländern eingeführt. In NRW, Bayern, Rheinland-Pfalz und Sachsen wurde zudem auf das Widerspruchsrecht des volljährigen Schülers verzichtet. Die Verfassungsmäßigkeit der entsprechenden Regelungen wurde in Rheinland-Pfalz und in Bayern durch den jeweiligen Verfassungsgerichtshof bestätigt. Danach ist eine Unterrichtung der Eltern volljähriger Schüler bei schwer wiegenden schulischen Vorkommnissen zur Verminderung des Risikos von Selbst- oder Fremdgefährdung verfassungsgemäß, wenn das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verfahrensgemäß insoweit abgesichert ist, dass die Information der Eltern in den Fällen verhindert wird, in denen sie nicht angebracht

und damit unverhältnismäßig ist. Der volljährige Schüler muss daher in der Regel vor der Entscheidung über die Unterrichtung seiner früheren Erziehungsberechtigten von der Schule die Gelegenheit erhalten, seine persönliche Situation darzulegen, besonders seine Lebensumstände, seine Verhältnisse zu den früheren Erziehungsberechtigten und sonstige ihm wichtig erscheinende Gesichtspunkte. Die Formulierung in § 31 Abs. 3 als Sollbestimmung entspricht diesem Erfordernis und ermöglicht der Schule in besonders gelagerten Fällen von der Information der Eltern abzusehen.

Zu Artikel 11 - Änderung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes: Im Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz wurde ein neuer § 14 a eingefügt, der Zuschussregelungen hinsichtlich der anerkannten Einrichtung der Erwachsenenbildung für das Haushaltsjahr 2005 enthält. Zur Begründung hat die Fraktion der CDU ausgeführt: Um die geringen Haushaltsmittel effektiv einsetzen zu können, ist eine Neugestaltung der Förderregelung erforderlich. Diese kann aber erst für die Zukunft gestaltet werden. Um den Einrichtungen die Anpassung zu erleichtern, wird für das Haushaltsjahr 2005 eine Sonderregelung geschaffen. Diese basiert auf den Zuschüssen, die im Jahr 2004 gezahlt wurden. Um kleineren Einrichtungen eine Anpassung zu erleichtern, setzt sich der Zuschuss aus einem nach den Arten der Einrichtung der Erwachsenenbildung differenzierten festen Sockelbetrag und einem weiteren variablen Betrag, der sich mit 41 vom Hundert am im Haushaltsjahr 2004 jeweils an die Einrichtung ausgezahlten Zuschuss durch das Land bemisst, zusammen. Volkshochschulen erhalten einen variablen Betrag, der sich mit 37 vom Hundert am im Haushaltsjahr 2004 jeweils an die Einrichtung ausgezahlten Zuschuss durch das Land bemisst. Die Vorbereitung zum Erwerb von Schulabschlüssen erfolgt im besonderen öffentlichen Interesse. Dies macht es erforderlich, den Volkshochschulen für die Durchführung von Kursen zur Erlangung eines Schulabschlusses auf Antrag einen zusätzlichen Zuschuss zu gewähren. Die Abwicklung der Bezuschussung erfolgt über den Thüringer Volkshochschulverband. Gleichzeitig findet die Thüringer Erwachsenenbildungsförderungsverordnung keine Anwendung. Die in der Verordnung festgelegten Anteile des Zuschusses gelten daher im Haushaltsjahr 2005 nicht.

Zu Artikel 12 - Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes: § 6 Abs. 2 des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes wurde aufgehoben. In der Begründung der Fraktion der CDU wird ausgeführt, dass nach § 6 Abs. 2 Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz der Leiter der Verwaltung des Landesjugendamtes nach Anhörung des Landesjugendhilfeausschusses bestellt werde. § 6 Abs. 2 sei durch

Artikel 12 Nr. 2 überflüssig geworden.

Zu Artikel 14 - Thüringer Gesetz über die Pauschalförderung der Krankenhäuser: In Artikel 14 des Thüringer Gesetzes über die Pauschalförderung der Krankenhäuser wurde in § 2 Abs. 2 Satz 2 der Betrag 27 € durch den Betrag 37 € ersetzt und damit ein Schreibfehler korrigiert.

Zu Artikel 16 - Änderung des Thüringer Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr: § 5 Abs. 4 Satz 2 des Thüringer Gesetzes über den ÖPNV hat eine neue Fassung erhalten. Als Begründung wurde von der Fraktion der CDU angeführt, dass es sich bei der Förderung nach § 8 Abs. 2 um eine zweckgebundene Zuwendung des Landes handle und nicht mehr um den Ausgleich von Betriebskostendefiziten. Insoweit sei die Änderung eine Richtigstellung. Darüber hinaus hat der § 8 Abs. 2 des Regierungsentwurfs eine neue Fassung erhalten, weil - so die Begründung der Fraktion der CDU - entgegen dem Entwurf der Landesregierung die Art der Zweckbindung nicht durch das Gesetz vorbestimmt werden sollte. Die anstehende Förderrichtlinie könne dann die Schwerpunktsetzung vornehmen.

Zu Artikel 18 - Änderung des Thüringer Straßengesetzes: § 7 Abs. 2 des Thüringer Straßengesetzes erhält folgende Regelung. Ändert sich die Verkehrsbedeutung einer Straße, so ist sie in die entsprechende Straßengruppe umzustufen. Dieser Bestimmung wurde der folgende Satz angefügt: Das Gleiche gilt, wenn eine Straße nicht in die ihrer Verkehrsbedeutung entsprechende Straßenklasse eingeordnet ist. Zudem wurde § 52 Abs. 5 Thüringer Straßengesetz aufgehoben, da - so die Begründung der Fraktion der CDU - die Bestimmung aufgrund der Ergänzung des § 7 Abs. 2 entbehrlich sei.

Zu Artikel 21 - Änderung des Thüringer Finanzausgleichgesetzes: Zu Artikel 21 ist auf mehrere wichtige, vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossene Änderungen hinzuweisen. So soll nach dem Beschluss des Ausschusses § 3 Abs. 3 des Thüringer Finanzausgleichgesetzes entgegen dem Regierungsentwurf nicht aufgehoben werden, sondern die nachfolgende Fassung erhalten: Die Finanzausgleichsmasse beträgt im Haushaltsjahr 2005 1.746,268 Mio. €. In der Finanzausgleichsmasse sind einmalige Zuführungen aus dem Landeshaushalt in Höhe von 26,6 Mio. € enthalten. Dies wird von der Fraktion der CDU wie folgt begründet: Die Zuführungen aus dem Landeshaushalt in Höhe von 26,6 Mio. € im Jahr 2005 werden in Höhe von 25 Mio. € den allgemeinen Schlüsselzuweisungen im KFA zugeführt. Die Kommunen können durch die Erhöhung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen die Verwaltungshaushalte besser ausgleichen. 1,6 Mio. € werden den Museen, Museumsverbänden und Kunst-

instituten zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

§ 8 Abs. 3 des Thüringer Finanzausgleichgesetzes - Vorwegschlüsselzuweisungen - soll nach dem Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses ebenfalls entgegen dem Regierungsentwurf nicht aufgehoben werden, sondern erhält eine neue Fassung, in der unter anderem die Euro-Beträge pro Einwohner verändert wurden. Darüber hinaus erhält § 28 Abs. 4 des Thüringer Finanzausgleichgesetzes die nachfolgende Fassung: Eine Erhöhung der Kreisumlage ist der Rechtsaufsichtsbehörde unmittelbar nach der Beschlussfassung des Kreistages zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung der Kreisumlage ist zu versagen, wenn durch sie unter Berücksichtigung der Aufgaben der Landkreise die dauernde Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden nicht mehr gewährleistet ist.

(Beifall bei der CDU)

Zur Begründung wird von der Fraktion der CDU angeführt, dass ein Ausgleich für die entstehenden Einnahmeausfälle bei den Landkreisen nicht durch eine überproportionale Anhebung der Kreisumlage vorgenommen werden dürfe.

(Beifall bei der CDU)

Auch § 31 Abs. 3 des Thüringer Finanzausgleichgesetzes hat durch den Haushalts- und Finanzausschuss eine Neufassung erfahren. Danach ist eine Erhöhung der Schulumlage der Rechtsaufsichtsbehörde unmittelbar nach der Beschlussfassung des Kreistages zur Genehmigung vorzulegen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Begründung hat die Fraktion der CDU ausgeführt, dass ein Ausgleich für die entstehenden Einnahmeausfälle bei den Landkreisen nicht durch eine überproportionale Anhebung der Schulumlage vorgenommen werden dürfe.

Zum In-Kraft-Treten: Artikel 27 Abs. 3 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes, der das In-Kraft-Treten des Artikel 8 regelt, hat eine neue Fassung erhalten, die wie folgt lautet: "Artikel 8 Nr. 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb sowie Buchstabe b und e treten am 1. April 2005 in Kraft. Im Übrigen tritt Artikel 8 mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft." Zudem wurde in Artikel 27 ein neuer Abs. 4 eingefügt, der vorsieht, dass Artikel 13 - Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes - am 1. April 2005 in Kraft tritt. Damit der Verabschiedung des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes Ende Februar und mit einer Verkündung des Gesetzes im Gesetz- und Verordnungs-

blatt wahrscheinlich Mitte März zu rechnen sei, solle - so die Begründung der Fraktion der CDU - im Hinblick auf die monatlich zu zahlenden Landesblindengeldleistungen - Artikel 13 - am 1. April 2005 in Kraft treten und nicht wie bisher am Tag nach der Verkündung, um mögliche Rechtsprobleme in der Praxis im Zusammenhang mit dem monatlichen Zahlungsanspruch zu vermeiden.

Nachfolgend sollen die wesentlichen Änderungsanträge der Fraktionen der PDS und der SPD zur Änderung des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes aufgeführt werden, die insgesamt im Haushalts- und Finanzausschuss entweder abgelehnt wurden oder im Rahmen der Abstimmung im Ausschuss ihre Erledigung gefunden hatten. Die Fraktion der PDS hat zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz folgende wesentliche Änderungen beantragt:

Für Artikel 1 - Thüringer Haushaltsgesetz 2005 - war beantragt worden, in Artikel 1 den Betrag 9.375.906.500 € durch den Betrag 9.406.306.500 € zu ersetzen. Das Haushaltsvolumen sollte um 30,4 Mio. € Mehreinnahmen und -ausgaben erhöht werden. Dieser Antrag wurde aufgrund der Abstimmung zum Entwurf des Landeshaushaltsplans von der Fraktion der PDS für erledigt erklärt. Zudem sollte die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten von 12 vom Hundert auf 10 vom Hundert zurückgenommen werden. Auch wurde beantragt, in § 2 die Absätze 5 und 6 zu streichen, da die Möglichkeiten der Veräußerung von Anteilen über Wandelanleihen und die Beleihung von Wertpapieren nicht ermöglicht werden soll.

Zu Artikel 3 - Änderung des Thüringer Reisekostengesetzes - wurde unter anderem beantragt, die im Regierungsentwurf enthaltene Neufassung des § 8 zum Tagegeld zu streichen.

Artikel 8 - Änderung der Thüringer Verordnung über die Kostenerstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz - sollte gestrichen werden. Als Begründung wird angeführt: Wenn das Land die Vorhaltung von Plätzen anordnet, muss es auch die Kosten dafür übernehmen und darf sie nicht auf die Kommunen abwälzen.

In Artikel 10 - Änderung des Thüringer Schulgesetzes - sollte die Nummer 2 des Regierungsentwurfs gestrichen werden, da die Lernmittelfreiheit erhalten bleiben sollte.

Auch Artikel 11 - Änderung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes - sollte gestrichen werden, da die Erwachsenenbildung angemessen und nicht nach Maßgabe des Haushalts gefördert werden sollte.

Die Absenkung des Blindengeldes wurde von der Fraktion der PDS als sozialpolitisch verantwortungslos eingestuft.

(Beifall bei der PDS)

Die Konsolidierung eines Landeshaushalts dürfe - so die Fraktion der PDS - nicht auf Kosten der benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft geschehen, sondern müsse die wirtschaftlich leistungsfähigsten Menschen heranziehen. Deshalb wurde die Streichung des Artikels 13 - Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes - beantragt.

Für Artikel 15 - Änderung des Thüringer Staatslotterie- und Sportwettengesetzes - wurde eine Neufassung nach § 3 Abs. 1 beantragt, die folgenden Wortlaut hatte: Der Landessportbund Thüringen e.V. erhält 6,2 vom Hundert, die Liga der Freien Wohlfahrtspflege 3,5 vom Hundert und die Thüringer Ehrenamtsstiftung 1 vom Hundert der Spieleinsätze aus der Veranstaltung der Lotterie und Sportwetten mit Ausnahme der Spieleinsätze für die Lotterie Glückspirale.

Artikel 16 zur Änderung des Thüringer Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr sollte auf Antrag der Fraktion der PDS gestrichen werden, da - so die Begründung der Fraktion der PDS - der ÖPNV im Flächenland Thüringen auch in der Fläche gefördert werden müsse und eine Konzentration auf Stadtbusse und Straßenbahnen abgelehnt werde.

Zur Artikel 21 - Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes - beantragte die Fraktion der PDS zu § 3 Abs. 1 eine Einfügung, die eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um eine Zuführung aus dem Landeshaushalt in Höhe von 60 Mio. € zum Ziel hatte. Dieser Antrag wurde aufgrund des Abstimmungsergebnisses im Entwurf des Landeshaushaltsplans von der Fraktion der PDS für erledigt erklärt. Im Übrigen sollte die im Regierungsentwurf vorgeschlagene Änderung in Nummer 2 bis 11 des Artikels 21 gestrichen werden.

Änderung des Thüringer Sonderzahlungsgesetzes - sollte auf Antrag der Fraktion gestrichen werden, da, so die Begründung, die erneute Kürzung des Weihnachtsgeldes abgelehnt werde.

Die Fraktion der SPD, meine Damen und Herren, hatte zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz folgende wesentliche Änderungen beantragt:

Zu Artikel 3 - Änderung des Thüringer Reisekostengesetzes - sollte der im Regierungsentwurf enthaltene § 3 Abs. 7 gestrichen werden, da ein Verzicht auf die Erstattung von Reisekosten, so die Begründung der Fraktion der SPD, auch in Zukunft aus-

geschlossen bleiben sollte. Zudem sollte durch eine neu aufzunehmende Formulierung in § 8 Abs. 1 eine Erstattung von Tagegeld bei Dienstreisen mit einer Dauer zwischen 8 und 14 Stunden geregelt werden.

Zu Artikel 4 - Änderung des Thüringer Umzugskostengesetzes - beantragte die Fraktion der SPD die Streichung der Nummer 2 Buchstabe a, damit die Umzugskostenvergütung im Falle der Einstellung, sofern ein besonderes dienstliches Interesse vorliegt, erhalten bleibt.

Zu Artikel 5 - Änderung der Thüringer Trennungsgeldverordnung - beantragte die Fraktion der SPD die Streichung des § 7 b Abs. 2 des Regierungsentwurfs. Die Fraktion der SPD vertrat die Auffassung, dass kein sachlicher Grund dafür ersichtlich sei, weshalb Beschäftigte, die sich auf Veranlassung des Dienstherrn in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen befinden, hinsichtlich ihres Mehraufwands schlechter behandelt werden als Beschäftigte, die aus anderen dienstlichen Anlässen Trennungsgeld erhalten würden.

Zu Artikel 8 - Änderung der Thüringer Verordnung über die Kostenerstattung nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz - wurde zu § 4 Abs. 3 folgende Neufassung beantragt: "Maßgeblich für die Erhöhung der Erstattungsleistungen nach § 2 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 bis 3 ist erst ab 1. Juli 2005 die jeweils am 15. Kalendertag eines Monats festgestellte Anzahl aufgenommener Flüchtlinge, für die eine Kostenerstattung nach diesen Bestimmungen erfolgt. Bis zum 30. Juni 2005 ist für die Höhe der Erstattungsleistungen nach § 2 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 bis 3 die Anzahl der je Kalendermonat vorgehaltenen Unterbringungsplätze maßgeblich."

In Artikel 10 - Änderung des Thüringer Schulgesetzes - sollte die Nummer 2 des Regierungsentwurfs gestrichen werden, um - so die Begründung der SPD - die Lernmittelfreiheit uneingeschränkt aufrechtzuerhalten.

Zu Artikel 11 - Änderung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes - beantragte die Fraktion der SPD die Streichung des Artikels. Zur Begründung wurde angeführt, durch die Änderung wird den massiven Bedenken der Träger und Einrichtungen der Erwachsenenbildung gegenüber dem geplanten Wegfall des Rechtsanspruchs auf Landesförderung Rechnung getragen.

Zu Artikel 12 - Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes - beantragte die Fraktion der SPD die Einführung eines § 20 a Kinderschutz, der folgenden Wortlaut hatte: "Kinder und Jugendliche sind vor körperlicher, seelischer Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch und Ge-

walt zu schützen. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe weist die dazu erforderlichen Dienste und Veranstaltungen einschließlich der präventiven Angebote im Rahmen der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII aus. Er gewährleistet, dass diese rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Das Land gewährt für Kinderschutzdienste auf der Grundlage der örtlichen und überörtlichen Jugendhilfeplanung Zuschüsse. Fachliche Empfehlungen des Landesjugendhilfeausschusses sind hierbei zu berücksichtigen."

Zu Artikel 16 - Änderung des Thüringer Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr -, der sollte ebenfalls gestrichen werden. In der Begründung führte die Fraktion der SPD u.a. aus, dass die bisherige Förderung des ÖPNV in Thüringen und insbesondere das Prinzip der kommunizierenden Röhren allgemein als Garant für eine beständige und positive Entwicklung des ÖPNV in den betreffenden Verkehrsbereichen des ÖPNV angesehen werde und es daher auf größtes Unverständnis stoße, dass dieses Finanzierungssystem in der vorgesehenen Weise radikal geändert werden soll.

In Artikel 20 - Änderung des Thüringer Gesetzes über die Einrichtung eines Sondervermögens ökologischer Altlasten in Thüringen - zu § 2 Abs. 3 Satz 1 sollte der jährliche Mindestanspruch des Sondervermögens auf Zuführung von Landesmitteln aus dem Landeshaushalt von 8 Mio. € auf 10,5 Mio. € erhöht werden. Zur Begründung führte die Fraktion der SPD aus, dass aus dem Sondervermögen wichtige Altlastensanierungen in Thüringen, insbesondere Rositz und Altlasten für Kali & Salz, finanziert wurden. Vor allem bei der Sanierung der Altlasten in Rositz zeigten sich aber bereits jetzt gravierende Probleme bei der Finanzierung der noch notwendigen Sanierungsarbeiten. Da immer noch nicht geklärt sei, ob und in welcher Weise die erheblichen Mittel für die Sanierung der Altlasten in Rositz gesichert werden können, sei die Reduzierung der Zuweisungen zu dem Sondervermögen nicht in der von der Landesregierung beabsichtigten Weise vertretbar.

In Artikel 21 - Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes - sollte nach einem Antrag der Fraktion der SPD in § 3 Abs. 2 eine Bestimmung eingeführt werden, wonach das Land den Gemeinden und Landkreisen auch Landesmittel nach Maßgabe des jeweiligen Landeshaushalts zur Verfügung stellt. Die Fraktion der SPD führte dazu aus, dass die Verfassung des Freistaats Thüringen den Anspruch der Kommunen auf eine ausreichende Finanzausstattung begründe. Damit dieser Anspruch auch weiterhin gewahrt sei, solle das Land wie bisher verpflichtet bleiben, den Gemeinden und Landkreisen Landesmittel nach Maßgabe des jeweiligen Landeshaushalts zur Verfügung zu stellen. Nach einem weiteren An-

trag der Fraktion der SPD zu Artikel 21 sollte es bei der bisherigen Regelung des § 8 Abs. 3 - Vorwegschlüsselzuweisungen - bleiben. Zudem beantragte die Fraktion der SPD auch die Beibehaltung des bisherigen § 19 des Finanzausgleichsgesetzes - Zuweisungen zu den Ausgaben für Schülerspeisung -.

Meine Damen und Herren, insgesamt empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss dem Landtag mehrheitlich, den Entwurf des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes mit dem Entwurf des Landeshaushaltsplans 2005 mit den in der Beschlussempfehlung in Drucksache 4/584 aufgeführten Änderungen anzunehmen. Weiterhin schlägt der Haushalts- und Finanzausschuss u.a. vor, der Finanzministerin und der Präsidentin des Landtags redaktionelle Ermächtigung zu erteilen, die im Einzelnen in der Beschlussempfehlung enthalten sind. Zudem empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich dem Landtag, sowohl den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen - Drucksache 4/485 - als auch den Bericht über den Stand der voraussichtlichen Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes in Drucksache 4/486 zur Kenntnis zu nehmen.

Abschließend lassen Sie mich noch feststellen, meine Damen und Herren, dass sich die Aufteilung der Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses auf vier inhaltliche Beratungen und eine abschließende Beratung zur Beschlussfassung bewährt hat. Ich gebe als Ausschussvorsitzender allen drei Fraktionen nochmals zu bedenken, ob in Zukunft an Stelle der schriftlichen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände nicht mündliche Anhörungen zur Klärung der Differenzen möglich wären,

(Beifall bei der PDS)

und ich halte es für richtig, dass den Fraktionen mehr Abstimmungszeit zur Vorbereitung der Schlussabstimmung eingeräumt wird, um zahlreiche Unterbrechungen, so wie dieses Mal stattgefunden, vielleicht in der Zukunft zu vermeiden. Und schlussendlich, aber nicht zuletzt, möchte ich im Namen des Ausschusses stellvertretend allen Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, aber insbesondere Frau Hartung und Herrn Dr. Seidel, für ihre aktive Arbeit und zuverlässige Arbeit im Haushalts- und Finanzausschuss recht herzlich danken. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Ich danke dem Abgeordneten Gerstenberger für die Berichterstattung. Wir treten damit in die Aussprache ein. Ich möchte folgenden Hinweis geben: Der

Ältestenrat hat in seiner 7. Sitzung am 15. Februar dieses Jahres einvernehmlich beschlossen, dass wir die Aussprache in der folgenden Weise durchführen, d.h., wir werden jetzt erst die Generalausprache zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz insgesamt, zum Mittelfristigen Finanzplan und Finanzbericht durchführen und dann die Aussprache zu den Einzelplänen, die wir zum Teil in Komplexen zusammenfassen werden, und dann folgt die Schlussrunde. Die Redezeit wurde auf 150 Prozent gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung verlängert. Die zur Verfügung stehende Redezeit wurde auf die Beratungsgegenstände, die ich gerade genannt habe, aufgeteilt. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt damit 11 Stunden und 6 Minuten. Die Beratung von Entschließungsanträgen erfolgt jeweils im Zusammenhang mit den Aussprachekomplexen.

Wie im Ältestenrat beschlossen, beginnen wir jetzt mit der **Generalausprache zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz insgesamt, zum Mittelfristigen Finanzplan und zum Finanzbericht**. Ich gebe Ihnen noch einmal die vereinbarten Redezeiten bekannt: für die CDU 55 Minuten, für die PDS 41 Minuten, für die SPD 30 Minuten und ich verweise auch darauf, nach 17 Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich entsprechend die Redezeit jeder Fraktion gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung. Wir beginnen die Aussprache mit der Oppositionsfraktion. Es hat sich der Abgeordnete Ramelow zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Abgeordneter Ramelow.

**Abgeordneter Ramelow, PDS:**

Mein sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, unser Ministerpräsident hat sich ja am Samstag von einer sehr erfolgreichen Familienshow überzeugen können, die Erfurt in der Welt, in der Bundesrepublik wirklich sehr positiv dargestellt hat. Diese Familienshow hat einen Vorläufer, der genauso erfolgreich war. Das war "Einer wird gewinnen" mit Hans-Joachim Kulenkampff, in der alten Bundesrepublik eine der beliebtesten Shows, die eine gleich hohe Einschaltquote hatte wie das, was Sie am Samstag haben sehen können und wohl 15 Millionen Menschen auch in der Bundesrepublik gesehen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier im Thüringer Landtag und nicht bei "Einer wird gewinnen".

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU:  
Sie da schon gar nicht.)

Ich liebe die qualifizierten Zwischenbemerkungen der mittleren Sitzreihe, die sich damit auszeichnet, den Ernst der Lage wirklich begriffen zu haben und of-

fenkundig ihre Teilnahme hier im hohen Haus nur unter dem Aspekt des "Kessel Buntes" sehen. Herzlichen Dank für diese qualifizierten Bemerkungen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es geht nicht am heutigen und morgigen Tag darum, ob Sie Ihr Gesicht verlieren, wie man in einigen Zeitungen lesen kann. Es geht nicht darum, ob die Regierung stürzt oder nicht stürzt, ob Sie gewinnen oder nicht gewinnen. Deswegen wollte ich die Bemerkung machen, wir sind hier nicht bei "Einer wird gewinnen". Ich glaube, bei den Themen, die anstehen, können sehr viele Menschen in diesem Land verlieren. Ich glaube, wir müssen sehr ernsthaft als Abgeordnete, und zwar alle 88 Abgeordneten dieses hohen Hauses, sehr verantwortungsbewusst die nächsten zwei Tage miteinander verbringen und Entscheidungen treffen, bei denen die Gefahr, die zurzeit droht, abgewendet werden kann, nämlich, dass mit der Art und Weise, wie die Haushaltsberatung stattgefunden hat, wie die Haushaltsaufstellung bisher verlaufen ist und wie die Sparmaßnahmen, die darin verpackt sind, mit Wirkungen verbunden werden, deren Nachhaltigkeit im negativen Sektor vielen Menschen Schaden zufügen wird. Ich sage, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Stand der Haushaltsberatungen und die Herangehensweise, die wir bisher erlebt haben mit der vorläufigen Haushaltsführung von allen Gemeinden, Städten und Landkreisen hat durch die Haushaltsberatungen und die Haushaltsherangehensweise der Landesregierung alle frei gewählten Abgeordneten der Gemeindeparlamente in Geiselhaft genommen. Ich halte diese Vorgehensweise für nicht richtig und für nicht akzeptabel.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich wiederhole das, dass die Form des Sparens vom Grundsatz her - sparen an sich - von niemandem hier im hohen Haus in Frage gestellt wird. Auch von denen, mit denen ich Kontakt hatte auf der Gemeinde- oder auf der Landkreisebene, ist überall mittlerweile akzeptiert worden, dass Sparen notwendig ist, denn wir haben es mit einem Schuldenberg zu tun und einer Einnahmesituation, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bei dem ich sage, dieser Schuldenberg, den wir schon haben, der uns die Gestaltungsspielräume nimmt, der uns die Luft zum Atmen nimmt, der ist auch von Ihnen verantwortet worden, von Ihnen und Ihren Vorgängern.

(Beifall bei der PDS)

Dieser Schuldenberg hat eine Handschrift und heißt CDU.

(Beifall bei der PDS)

Aus dieser Verantwortung kann man sich doch überhaupt nicht herausmogeln. Aber er ist da und niemand stellt ihn mehr in Frage oder sagt, man könnte da noch beliebig oben draufpacken. Es ist schon schlimm genug, was an Nettoneuverschuldung oben draufgepackt wird. Deswegen muss man endlich den Mut haben, die Richtung des Sparens miteinander so zu verabreden, dass alle die, die sparen sollen, auch auf dem Sparweg mitgenommen werden und nicht vorher von der Dampfwalze überrollt werden und dann als Kollateralschaden am Rande der Haushaltsberatung übrig bleiben.

(Beifall bei der PDS)

Ich befürchte, dass die Kommunen und die freigeählten Abgeordneten der Gemeindeparlamente zum Schluss auf der Strecke bleiben, weil die werden vertreten müssen, was sie gar nicht vertreten können, da sie kein Geld mehr haben, um die so genannten freiwilligen Leistungen zu finanzieren, da sie die notwendigen Gelder nicht mehr haben, um die sozialen Institutionen, um die freien Träger finanziell auszugestalten. Wir wissen das alles schon seit Dezember, als die ersten Träger angefangen haben, ihre Mitarbeiter zu kündigen und damit Aufgaben abgewickelt werden, die wir dringend brauchen, die wir gerade zurzeit brauchen im Bereich der Jugendarbeit, im Bereich der Kulturarbeit. Und angesichts von Massenarbeitslosigkeit finde ich es sehr problematisch, wenn wir uns nicht mit Sparzielen so aufeinander zubewegen, dass alle Akteure mitgenommen werden. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen wir als PDS-Fraktion ganz deutlich: Wir werden nicht akzeptieren, dass man den Gemeinden, den Städten und den Landkreisen im kommunalen Finanzausgleich derart tief in die Tasche greift, um damit einen Sparhaushalt abzusichern,

(Beifall bei der PDS)

bei dem man die ganzen Folgen dieses Einsparens und dieses Eingreifens wirklich nur auf die kommunalen Ebenen verlagert. Die Gemeinden und Städte haben signalisiert, dass sie bereit sind, an diesem Prozess mitzuwirken. Draußen vor der Tür stehen Vertreter der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, die auch signalisiert haben, dass sie bereit sind, den Weg zu gehen. Es ist für mich völlig unverständlich, dass wir uns im Kern hier im Landtag nicht erst auf die Sparziele, auf die Spargröße und den Weg, aber auch die Etappen konzentrieren. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie einfach auffordern, dringlich auffordern, doch mit uns die Diskussion hier im Landtag als Ganzes zu führen und sich nicht durch eine Zweistimmenmehrheit durch den Landtag durchtragen zu lassen mit den Schäden, die es hat, wenn - wie am 16.02.2005 - Eindrücke draußen erweckt werden, über die wir heu-

te Morgen ja noch einmal reden mussten. Der Eindruck bleibt, dass ein einzelner freigewählter Abgeordneter zumindest am Ende einer bestimmten Beratung keine Zeit mehr hatte, um so weiter abzustimmen, wie er vorher abgestimmt hat. Die Frage der Gewissensnot derjenigen, die in Gemeindeparlamenten gleichzeitig gewählt sind, also nicht nur hier im hohen Haus sitzen, scheint ja sehr groß zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann nicht hier aus dem Landtag herausgehen, wenn man diesen Haushalt, so wie er jetzt vorgelegt ist, abgestimmt hat und dann draußen erzählen, wir waren es nicht, das waren die in Erfurt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine multiple Persönlichkeit von Abgeordneten gibt es nicht, die hier im Landtag diesen Weg, diesen verheerenden Weg erst einmal vorgeben und mitgehen, heimlich sagen, sie können das eigentlich mit ihrem Gewissen nicht aushalten, aber dann sagen, die Parteilinien erfordert es, so vorzugehen. Das erinnert mich doch tatsächlich an Dinge, meine Damen und Herren, die zu anderen Zeiten auch schon einmal praktiziert worden sind.

Ich bitte darum, dass wir inhaltlich über die Menge, das Volumen und den Weg des Sparens gemeinsam debattierten. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dann heißt das aber auch, Vorschläge der Opposition zu durchdenken, aufzunehmen, zu prüfen, zu wichten und dann der Sache eine Richtung zu geben. Insoweit haben wir in der Tat, SPD und PDS zusammen, 31 Mio. € in drei Änderungsanträge heute mit auf den Tisch gelegt. Das ist unser Angebot an das hohe Haus, darüber nachzudenken, zugunsten der Kommunen, der Städte und Gemeinden eine nochmalige Umschichtung zu den 26 Mio. € netto, die die CDU-Fraktion schon mit eingearbeitet hat, weitere 31 Mio. € auf den Weg zu bringen.

Sie haben Gelegenheit, meine Damen und Herren, alle 88 Abgeordneten haben die Gelegenheit, frei nach ihrem Gewissen zu entscheiden, wie sie damit umgehen. Es gibt weitere 30 Mio. € in der Schnittmenge zwischen SPD und PDS, die wir in der Lage sind, zugunsten der Kommunen aus dem bestehenden Haushalt und dem Haushaltsstrukturgesetz umzuschichten. Wir sind bereit dazu. Wir sind bereit, diese Anträge auf den Tisch zu legen. Wir sind bereit, darüber debattieren zu lassen. Wenn Sie bessere Deckungsvorschläge haben, Herr Ministerpräsident, wenn Sie gleichzeitig dafür sorgen, dass Steuergerechtigkeit in Thüringen mit ausreichendem Personal auch sichergestellt wird und nicht gesagt wird, na ja, das ist eine ungedeckte Größe, die die SPD und PDS da auf den Tisch gelegt hat, dann sage ich, dann sorgen Sie dafür, dass Steuereinnahmen in Thüringen auch von denen getätigt werden, die zeitnah geprüft

werden müssten. Das heißt, mehr Personal in der Steuerverwaltung wäre die richtige Antwort. Wenn in dem Haushaltsansatz von Ihnen im Jahr 2004 Immobilienverkäufe drin sind und wir sagen, dann verkaufen Sie sie doch, dann können Sie anschließend nicht sagen, wir hätten schlecht gerechnet. Es waren Ihre Vorgaben. Wir haben sie nur erneut aufgegriffen und sagen, wenn Sie letztes Jahr dieses Geld einnehmen wollten, dann nehmen Sie es bitte dieses Jahr ein oder sorgen Sie dafür, wie Immobilien in Thüringen schneller verwertet werden, die das Land nicht mehr braucht. Sorgen Sie dafür, dass nicht neue Immobilien gebaut werden, wenn vorhandene genutzt werden könnten, wenn gleichzeitig Investitionen im Katasterbereich oder anderen Sachen gemacht werden oder in der Gerichtsbarkeit, wo man das Gefühl hat, es folgt ganz anderen Überlegungen und nicht einer sparsamen Haushaltsführung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind als PDS-Fraktion und als Opposition bereit, sehr prinzipiell an einigen Eckpunkten, ohne dass wir unsere Rolle als Opposition aufgeben, aber sehr prinzipiell der Landesregierung Unterstützung mit angeheißen zu lassen, wenn wir einen ganz klaren Einstieg beim Verwaltungsumbau haben, wenn endlich gesagt wird, wir brauchen eine ernsthafte Diskussion über die Verwaltungsmodernisierung in Thüringen. Es wäre ein lohnenswertes Ziel, in der Bundesrepublik Deutschland als Freistaat Thüringen die mobilste, flexibelste, kleinste und überschaubarste, aber auch effizienteste Verwaltung aufzubauen. Das wäre ein lohnenswertes Ziel. Dazu müsste man dann aber die entsprechenden Verwaltungsdiskussionen jetzt als Modernisierungsdiskussion führen. Ich sage das deswegen, weil Sie zurzeit in Ihren Ministerien die einzelnen Strukturen verändern lassen. Da wird eben im Innenministerium über vier Polizeidirektionen und im Justizministerium über drei Landgerichte geredet. Da gibt es dann keine Abstimmung bezogen auf die Staatsanwaltschaften. Es gibt überhaupt keine Harmonisierung zwischen den einzelnen Institutionen, die das Land zu verantworten hat. Da, sagen wir, hätten wir gern eine gemeinsame Diskussion über einen gemeinsamen Weg, damit Verwaltungsräume in sich schlüssig sind. Das bedeutet, mit den Bediensteten des öffentlichen Dienstes da draußen gemeinsam zu reden. Die Gewerkschaft ver.di hat einen Sozialtarifvertrag angeboten, also einen Verwaltungsombautarifvertrag. Das Ergebnis ist, dass Sie gleichzeitig beamtenrechtlich den Beamten zur 42-Stunden-Woche überhelfen wollen und als Dankeschön auch noch das Weihnachtsgeld kürzen wollen, so dass in den Amtsstuben in Thüringen weiterhin Dreiklassenrecht herrscht, statt jetzt den Mut zu haben, dass wir Arbeiter, Angestellte und Beamte in einer gemeinsamen Richtung entwickeln

(Beifall bei der PDS)

und sagen, die Sparziele sind von allen Beteiligten gemeinsam zu akzeptieren.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir sind bereit, beim Verwaltungsumbau mitzuarbeiten, wir sind bereit, bei mehr plebiszitären Elementen für die Kommunen, bei mehr Mitgestaltungsrecht der Kommunen, wirklich auch den Bürgern dazu zu verhelfen, dass sie über Transparenzregelungen und Beteiligungsrechte die Möglichkeit haben, ihr Gemeinwesen vor Ort selber mitzugestalten. Wir sind bereit, bei Wasser und Abwasser über die Zweckverbände und über die Größe und über die Inhalte gemeinsam zu reden. Das wären alles Themen. Wir wären auch bereit, bei dem Thema Bildung über ein längeres gemeinsames Lernen und über eine Bildungsmodernisierung gemeinsam zu reden. Zu all diesen Punkten wären wir in den Eckpunkten bereit, auch Verantwortung zu übernehmen. Es käme dann nicht auf eine formale Zweistimmenmehrheit hier im Landtag an, weil man sich dann verlässlich bei der langfristigen Veränderung der Perspektive für das Land auf eine Mehrheit im gesamten Haus konzentrieren könnte, weil wir alle erkennen, so geht es nicht weiter, wie bisher gewurschtelt worden ist. Aber auch das, was Sie im Moment machen, ist nur herumwurschteln und den Eindruck erwecken, als ob es um Ihr Gesicht ginge oder um Ihre Autorität. Deswegen, meine Damen und Herren, geben Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident und sehr geehrter Herr Parteivorsitzender, hier im hohen Hause Abstimmungsfreiheit. Lassen Sie zu, dass wir uns gemeinsam darauf konzentrieren bei der Frage der kommunalen Finanzausstattung. Ich sage Ihnen, wir werden als PDS-Fraktion bei den Abstimmungen mit allen Abgeordneten anwesend sein. Wir sind bereit, unseren Anteil einzubringen in der Frage der Durchfinanzierung von Städten und Gemeinden und Landkreisen - deswegen unsere Anträge. Wenn aus dem hohen Haus andere Änderungsanträge kommen, weil man sagt, weil da PDS und SPD draufsteht, ist man nicht bereit, so etwas zu machen, dann sind wir auch bereit, anderen Anträgen zuzustimmen, die das gleiche Ziel haben, nämlich eine Verbesserung der Finanzausstattung des KFA für Gemeinden, Städte und Landkreise, auch da sind wir bereit, den Weg mitzugehen. Ich jedenfalls würde da parteipolitisch über meinen Schatten springen und sagen: Wir müssen die Sparziele mit den Akteuren Landkreistag, Gemeinde- und Städtebund gemeinsam qualifizieren und gemeinsam verabreden. Ich glaube, die 30 Mio. € oder netto 26 Mio. € der CDU-Fraktion reichen nicht, weil sich alle örtlichen Vertreter anschließend für etwas vor den Menschen vor Ort rechtfertigen müssen, was sie gar nicht gemacht haben. Da sagen ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir werden alle 88 Abgeordneten nach der Entscheidung heute und morgen befragen, wie sie sich verhalten haben, wenn es darum geht, das Geld

für die Kommunen zu sichern. Die Kommunen

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:  
Soll das eine Drohung sein?)

sind bereit, ihre Sparaufgaben ernst zu nehmen, aber sie müssten selber die Möglichkeit haben, ihre Sparziele gleichberechtigt zu definieren und nicht von uns per Keule übergeholfen zu bekommen. Das heißt, auf gleicher Augenhöhe mit den Kommunen jetzt die Sparziele zu definieren und dazu tragen die 88 Abgeordneten hier im hohen Haus die Verantwortung und wir werden es nicht darunter machen.

(Beifall bei der PDS)

Es geht auch um das demokratische Bewusstsein der gewählten Abgeordneten in Stadt- und Kreisräten, sie dürfen nicht in der Geiselhaft bleiben. Bitte geben Sie Abstimmungsfreiheit. Wir sind bereit, einzelne Anträge innerhalb des Haushalts mitzutragen, wenn damit dem Ziel der Stärkung der Finanzen in den Kommunen Rechnung getragen wird. Wir werden natürlich als Opposition dem Haushalt in Gänze nicht zustimmen. Da wird auch die Beratung heute keine großen Erkenntnisse mehr bringen, weil wir die ganzen Eckpunkte, die Sie vorgeben, für nicht tragfähig halten, für nicht harmonisiert halten, für unausgewogen halten und für durchgewurschtelt halten. Aber die Anträge, die einzeln zu Gunsten der Kommunen auf den Weg gebracht werden, sind wir bereit mitzutun. Deswegen, wenn Sie unseren Anträgen nicht folgen wollen, dann schaffen Sie Anträge her, die wir mit abstimmen können. Aber 100 Mio. € ist die Größenordnung, die die Gemeinden, Städte und Landkreise brauchen, damit sie in diesem Jahr die Sparziele definieren und im nächsten und übernächsten Jahr auch radikal in eine Umschichtung ihrer Sparüberlegungen eintreten können. Nehmen Sie die Städte und Gemeinden beim Wort, nehmen Sie uns beim Wort. Wir sind bereit, gemeinsam mit Ihnen Verantwortung zu tragen, denn es geht nicht um "Einer wird gewinnen". Ich sage, viele können verlieren oder wir alle können mit der gemeinsam getragenen Verantwortung etwas für unser Gemeinwesen tun. Lassen Sie uns heute damit beginnen.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Pidde gemeldet.

**Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Thüringer CDU ist auf der Autobahn in das Stauende gerast, mit voller Wucht, ungebremst. Es gibt

hohen Sachschaden und viele Verletzte, wovon nicht alle überleben werden. Natürlich stellt sich die Frage: War dieser Unfall unvermeidbar? Die Antwort ist ein klares Nein. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU hat die Witterungsbedingungen einfach ignoriert. Sie hat ihre Fahrt mit überhöhter Geschwindigkeit fortgesetzt, obwohl der Wind auffrischte und dunkle Wolken aufzogen. Die finanzpolitische Situation von Bund, Ländern und Kommunen verschlechterte sich seit Jahren. Aber nicht nur die zurückliegende Rezession der Jahre 2001 bis 2003 und die nach wie vor sehr hohe Arbeitslosigkeit sind ursächlich für diese Finanznot,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:  
Rotgrün!)

nein, auch die von SPD und CDU gemeinsam getragenen steuerpolitischen Maßnahmen sind eine gewollte Ursache der Einnahmeverluste. Als der Regen einsetzte, hat die CDU nochmals richtig Gas gegeben. Sie war es, die eine weiter gehende Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent durchsetzte. Ich bin der Auffassung, die von der rotgrünen Bundesregierung geplanten 45 Prozent hätten auch gereicht.

(Beifall bei der SPD)

Unser finanzpolitisches Problem wäre heute um einen dreistelligen Millionenbetrag geringer, aber bei einem damals von der Union geforderten Spitzensteuersatz von nur noch 35 Prozent war dies eben ein Kompromiss. Leider stehen Sie, meine Damen und Herren von der Union, heute nicht mehr zu den Folgen dieses Kompromisses in Form noch höherer Einnahmeverluste. So kamen die Steuereinträge keinesfalls unerwartet und aus heiterem Himmel. Die CDU war daran beteiligt, sei es durch Mitwirkung oder durch Blockade. Sie hat es versäumt, rechtzeitig im Thüringer Landtag Sorge für die Auswirkungen zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

In Sachsen beispielsweise hat man es erfolgreich getan. Aber die CDU wollte selbst die Staumeldungen in Form der Steuerschätzung nicht hören. Sie hat lieber schnell das Radio ausgeschaltet. Anstatt langsam abzubremsen und auf die Gegebenheiten moderat zu reagieren, wurde weitergerast. Ministerpräsident Dr. Vogel brauchte einen guten Abgang. Der Wechsel musste gelingen. So hat es Thüringen versäumt, seine Verwaltungsstrukturen rechtzeitig an die geringeren Einnahmen, aber auch an die zurückgehenden Bevölkerungszahlen anzupassen. Es wur-

den unter der Voraussage blühender Landschaften in Thüringen die Weststrukturen nachgebaut. Aber bereits seit den späten 90er-Jahren müsste auch dem letzten Verantwortlichen klar gewesen sein, dass Veränderungen notwendig sind. Allein, es tat sich nichts. Alle Probleme im Freistaat wurden mit Geld übertüncht. Gab es in der großen Koalition wenigstens noch Ansätze für ein grundlegendes Herangehen an die bestehenden und schon damals erkennbaren strukturellen und finanzpolitischen Probleme - ich erinnere hier nur an einen Vorschlag der SPD für Kosten senkende Strukturmaßnahmen, denen die CDU sich damals leider verweigert hat -, war die letzte Legislaturperiode für Thüringen verlorene Zeit, fünf Jahre verschenkte Zeit für Thüringen.

(Beifall bei der SPD)

Altministerpräsident Dr. Vogel hat nur noch residiert und der neue Ministerpräsident Herr Althaus fasste vor der Landtagswahl auch kein heißes Eisen mehr an. Schon bei den vorangegangenen Doppelhaushalten wurde vertuscht und verschleiert, dass sich die Balken bogen, nur um den Schein eines gut dastehenden Landes vor der Landtagswahl um jeden Preis zu wahren. Die Parole hieß "Augen zu und durch". Aus politischem Kalkül wurden im Bundesrat Einnahmeverbesserungen der öffentlichen Hand durch die Abschaffung steuerlicher Subventionstatbestände blockiert. Auch jetzt ist im Interview von Ministerpräsident Althaus mit der "Leipziger Volkszeitung" zu lesen, dass er die Union vor einer Unterstützung der Bundesregierung bei Reformen warnt. Anscheinend hat die Union keine anderen Rezepte für die Bundestagswahl 2006 als die Blockadepolitik im Bundesrat.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: ...  
mit Lafontaine und seiner Politik.)

Meine Damen und Herren, einerseits wird also der Abbau von Steuersubventionen blockiert, andererseits schöpft Thüringen seine eigenen Einnahmemöglichkeiten nicht aus. Bei den Steuerprüfdiensten sind 121 Stellen nicht besetzt. Das sind 21 Prozent aller Stellen in der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und der Umsatzsteuerprüfung. Hier hat die Landesregierung seit Jahren ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Anstatt auf die Warnblinkanlagen und Bremslichter der anderen Fahrzeuge zu reagieren, abzubremsen und das eigene Fahrzeug sicher zum Stehen zu bringen, wurde noch einmal auf das Gaspedal getreten. Kein Preis war Ihnen zu hoch um die Landtagswahl für sich zu entscheiden. Sie schreckten selbst vor einem 1 Mrd. € teuren Wahlgeschenk

nicht zurück. Obwohl sie wussten, dass der Freistaat so gut wie pleite ist, haben sie in unverantwortlicher Art und Weise die Abschaffung der Wasserbeiträge versprochen und damit nicht nur dem Land zusätzliche Kosten in Höhe dieser Milliarde €, sondern auch unkalkulierbare juristische Risiken aufgebürdet.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Wahlkampfgeschenk wird den Freistaat Thüringen und seine Bürger noch teuer zu stehen kommen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das hilft den Bürgern, aber das verstehen Sie nicht.)

Nur die ersten Auswirkungen davon sind im Haushalt 2005 verankert.

Meine Damen und Herren, so war der folgenschwere Auffahrunfall der CDU die logische Folge dieser riskanten Raserei. Jetzt haben wir die Bescherung. Uns wird ein Haushaltsplan vorgelegt mit katastrophalen Eckwerten:

1. fast 1 Mrd. € neuer Schulden sollen aufgenommen werden;
2. eine Deckungslücke in Form einer riesigen Globalen Minderausgabe in Höhe von 158 Mio. € kommt noch einmal dazu;
3. die verdeckte Schuldenaufnahme über ein neues Sonderteilvermögen;
4. riesige Lasten, wie die Leasingverschuldung und die Pensionslasten, werden einfach ausgeblendet. Diese von uns und dem Thüringer Rechnungshof schon seit langem kritisierte Verfahrensweise hat dazu beigetragen, Thüringens Handlungsfähigkeit auf das heutige niedrige Maß einzuschränken.
5. Eine über Jahre hinweg geschönte Investitionsquote, die nur dazu dient, den Haushalt bei der Verabschiedung als verfassungsgemäß auszuweisen, in Wahrheit aber eine reine Luftbuchung ist, da beispielsweise die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaftsförderung immer wieder zur Erbringung der Globalen Minderausgabe herangezogen werden und damit als Investitionen ausfallen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf stellt entscheidende Weichen in die falsche Richtung und ist deshalb in der vorliegenden Form für die SPD nicht zustimmungsfähig. Inzwischen hat auch die CDU gemerkt, dass sie dieses Zahlenwerk nicht Reformhaushalt nennen kann und spricht nach

den vollmundigen Ankündigungen nun von einem Übergangshaushalt. Dieses Stückwerk hätte aber auch schon im Oktober oder November dem Landtag zugeleitet werden können.

(Beifall bei der PDS)

Für die Thüringer Wirtschaft, für Handwerk und Gewerbe, für die Kommunen sind wertvolle Monate Verzögerung eingetreten.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Gerade wegen den Kommunen hat es so lange gedauert, das wissen Sie ganz genau. So eine Schauspielerei!)

Meine Damen und Herren, es wäre ein Zeichen von Realitätssinn, wenn die CDU nach diesem selbst verschuldeten Auffahrunfall in sich gehen würde.

(Unruhe bei der CDU)

Es heißt in einem Sprichwort, jede vernünftige Therapie verlangt zuerst eine ehrliche Diagnose. Und genau hier liegt in Thüringen der Hase im Pfeffer. Seit Jahren drücken Sie, meine Damen und Herren der CDU und der Landesregierung, sich um eine ehrliche Diagnose, weil Sie mit dieser Diagnose das Versagen Ihrer Politik in Thüringen eingestehen müssten.

(Beifall bei der SPD)

Statt nach dem Crash besonnen zu handeln und erste Hilfe zu leisten, setzt die allgemeine Beschimpfung der Bundesregierung ein. Schuld sind natürlich an dem Unfall alle anderen, das Wetter, die nasse Autobahn, die anderen Fahrzeugführer und warum gibt es denn da überhaupt noch andere Autos auf der Autobahn?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Geisterfahrer Eichel, dem gehört der Führerschein weggenommen!)

(Beifall bei der CDU)

Am entstandenen Schaden sollen sich nun alle beteiligen, so sagt es eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Alle Welt dachte, die Thüringer CDU habe genug Zeit gehabt, sich auf eine weitere Legislaturperiode in Regierungsverantwortung inhaltlich vorzubereiten. Doch auch jetzt stochert die Union wieder nur im Nebel herum. Mühsam werden noch Monate danach die Begründungen für die von Herrn Althaus in seiner Regierungserklärung angekündigten Maßnahmen erfunden. Klare und durchdachte Strategien für die Lösung der Probleme und die Entwicklung Thüringens sind auch jetzt wieder Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir deshalb sicher, dass die Konzepte der Union für ein zukunftsfähiges Thüringen auf einen ihrer berühmten Bierdeckel passen.

Meine Damen und Herren, die vorgeschlagene Verteilung der Schadenssumme, sprich die Kürzungsmaßnahmen im Haushalt, ist hart, ungerecht und undifferenziert.

(Beifall bei der SPD)

Besonders bestraft werden in Thüringen die Kommunen, besonders bestraft werden Familien und besonders bestraft werden sozial Schwache, die gerade unsere größte Aufmerksamkeit brauchen. Was sich die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf im Hinblick auf die Kommunen leistet, ist schon ein starkes Stück. Mit Berechenbarkeit und Verlässlichkeit hat das Ganze überhaupt nichts mehr zu tun. Wenn vor der Wahl am 1. Mai 2004 auf dem CDU-Parteitag bei voller Kenntnis der finanziellen Situation für die nächsten Jahre von Ihnen, Herr Ministerpräsident, versprochen wird, ich zitiere Frau Präsidentin mit Ihrer Erlaubnis: "Wir stehen zu dieser Zusage, den Beitrag zum Kommunalen Finanzausgleich nicht entsprechend der Steuerausfälle zu reduzieren." Vielleicht war das ja gar kein Versprechen, sondern eine Ankündigung und alle haben sie nur missverstanden, denn Sie haben ja wirklich nicht entsprechend der Steuerausfälle gekündigt, sondern sogar viel mehr. Trotz einer Abmilderung der Kürzungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss erarbeitete Beschlussempfehlung sollen bei den Kommunen insgesamt fast 200 Mio. € abkassiert werden.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident:  
160!)

Wenn Sie alles zusammennehmen, sind es fast 200 Mio. €. Da brauchen wir doch gar nicht darüber zu diskutieren. Nicht umsonst die schon dramatischen Forderungen der Kommunalpolitiker, allen voran Ihres Parteikollegen Oberbürgermeister Ruge! Nicht umsonst die Aussagen des Geschäftsführers des Landkreistags, der der Landesregierung Wortbruch vorwirft! Nicht umsonst das Ausscheren Ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Herrn Köckert, in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses! Die Kürzungen bei den Kommunen treffen unter dem Strich alle Bereiche. Sie treffen aber besonders stark die Bildung, weil die Investitionsmittel für die Schulsanierung zusammengekürzt werden. Dadurch können die Lernbedingungen, wenn überhaupt, nur noch langsamer als bisher verbes-

sert werden. Bei den Schulcomputern kürzen Sie genauso wie bei der Schülerbeförderung, der Schuljugendarbeit, bei der Schülerspeisung, der Lernmittelfreiheit, der Erwachsenenbildung und bei der politischen Bildung. Die kommunalen Kürzungen sind also gleichzeitig starke Kürzungen im Bereich der Bildung. Wir brauchen jedoch Investitionen in die Köpfe und nicht über die Eigenheimzulage in Beton, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Wann werden sie in diesem Punkt endlich einlenken? Ihr Vorzeigechristdemokrat Lothar Späth hat es erkannt und gibt der Politik der Bundesregierung indirekt Recht, indem er am 20.10.2004 im Handelsblatt ausführte - ich zitiere, Frau Präsidentin: "Die Krise besteht nicht darin, dass bestimmte Produktionen aus Deutschland abwandern, sondern dass wir keinen Ersatz in Form innovativer Technologien schaffen." Nicht nur diese Aussage von Herrn Späth zeigt, dass Kürzungen bei der Bildung genauso kontraproduktiv sind wie die Kürzungen im Bereich der Forschung. Beides wird jedoch von der Landesregierung mit dem Landshaushalt 2005 massiv getan - eine Schwerpunktsetzung, die für uns nicht zu verstehen ist.

Die kommunalen Kürzungen treffen auch den Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung. Über das Stadium des Nachdenkens ist die Landesregierung bei der Jugendpauschale längst hinaus. Schritt für Schritt wird die bestehende Jugendbetreuungsstruktur in Thüringen kaputtgemacht. Wenn man die Kürzungen bzw. Streichungen beim Landeserziehungsgeld, beim Blindengeld, bei den sozialen Beratungsdiensten hinzuzieht, dann kann man durchaus von Kahlschlagpolitik in Thüringen sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Unverständlich ist auch die Energiepolitik der CDU. Es ist schon ein starkes Stück, wenn sich das Umweltministerium für die Förderung erneuerbarer Energien brüstet, wie in der "Osterländer Volkszeitung" vom 15. Februar dieses Jahres nachzulesen ist, das zuständige Wirtschaftsministerium das entsprechende Landesprogramm im Haushalt 2005 aber auf Null eingedampft hat. Weiß die linke Hand nicht, was die rechte macht, oder wie ist das zu verstehen?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Angst vor der Zukunft aufgrund von Arbeitslosigkeit ist hier in den neuen Bundesländern das größte Problem. Und was machen Sie von der CDU? Sie kürzen in einem Bereich, der für viele Langzeitarbeitslose immer noch ein Hoffnungsschimmer ist, bei der Finanzierung des

zweiten Arbeitsmarkts. Aber das hat ja bei der CDU System. Bei den Beratungen zum Bundeshaushalt hat ja auch die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach die Arbeitsmarktmittel des Bundes um 1 Mrd. € reduziert werden sollen. Vielleicht haben Sie sogar Interesse, politisches Kalkül, an einer hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:  
Das ist ja unverfroren.)

Neben der hohen Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Zukunftsängsten ist aus meiner Sicht eines der größten Probleme der Wegzug vieler junger Leute aus Thüringen. Wir müssen uns an dieser Stelle alle fragen, ob das, was wir dagegen tun, wirklich ausreicht. Der Ausbildungspakt hat sicherlich dazu beigetragen, die Situation zu stabilisieren. Doch wie sieht es bei der Landesregierung selbst aus? Ein Ausbildungspakt für den öffentlichen Dienst wäre nötig. Ich fordere die CDU auf, alle eigenen Möglichkeiten zur Ausbildung zu nutzen und nicht wie im vergangenen Jahr Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst unbesetzt zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Die genannten Beispiele offenbaren die gesamte Konzeptions- und Hilflosigkeit der Thüringer CDU. Wenn meine Redezeit nicht so begrenzt wäre, könnte ich noch viele weitere Beispiele aufzählen.

Nicht anders sind die Änderungsanträge der CDU einzuordnen, die in den Haushalts- und Finanzausschuss eingereicht worden sind. Sie sind alles in allem enttäuschend - viel Papier, wenig Substanz. Dass die Globale Minderausgabe etwas reduziert wurde, ist das normale Geschäft der Landesregierung. Ich hätte mir gewünscht, die CDU hätte den Mut gehabt, die Globale Minderausgabe vollständig aufzulösen und damit der Bevölkerung zu zeigen, wo wirklich gekürzt werden soll. Jetzt soll aber wieder ein Etat beschlossen werden, in dem der Rotstift der Finanzministerin dann im Nachhinein regiert. Auch die angegebene Erhöhung des Kommunalen Finanzausgleichs von 31,6 Mio. €, wie propagiert, ist eine reine Mogelpackung. 5 Mio. € sind nämlich lediglich Umschichtungen innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs. Bei dem Sozialhilfelausgleich wird es weggenommen, bei den Vorwegschlüsselzuweisungen wieder draufgepackt, so dass die Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich lediglich um 26,6 Mio. € abgemildert werden. Dem stehen aber sogar weitere zusätzliche Kürzungen durch CDU-Anträge bei den Kommunen im Bildungsbereich, bei den Zinsbeihilfen, bei der Gewässerunterhaltung und beim Städtebau gegenüber. So werden die Kommunen unterm Strich hier wieder betrogen. Zur Gegenfinanzierung hat die CDU im Umfang von mehr

als 50 Mio. € unsere Deckungsvorschläge aufgegriffen - ist alles legitim -, nur dass Herr Mohring sich vorher hingestellt hat und diese herabqualifiziert hat.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:  
Da werde ich wohl Recht gehabt haben. Budenzauber war das.)

Nicht akzeptieren kann die SPD-Fraktion, dass die Union darüber hinaus auch nochmals bei der Förderung der Wissenschaft und bei Forschungsinstituten kürzt.

Zu den Aufstockungsanträgen, die die PDS in den Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht hat, ist anzumerken, dass sie im Wesentlichen in die gleiche Richtung gehen wie die der SPD. Das Umschichtungsvolumen ist höher, aber die Gegenfinanzierung über eine so weit reichende Reduzierung der Ausgaben für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme und bei den Ausgaben für Bürgschaften ist wenig glaubhaft. Zudem lehnt die SPD die von der PDS vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich Tourismus, beim Landesstraßenbauprogramm und bei den Investitionen für Datenverarbeitung ab. Positiv möchte ich erwähnen, dass die PDS bei der ursprünglich vom Fraktionsvorsitzenden Herrn Ramelew proklamierten Erhöhung der ohnehin schon gigantischen Nettoneuverschuldung zurückgerudert ist.

Meine Damen und Herren, der Crash ist geschehen, das Kind liegt im Brunnen. Und jetzt wird gefragt, was denn die SPD anderes machen würde. Der Handlungsspielraum ist zwar äußerst begrenzt, aber die SPD-Fraktion hat in 75 Anträgen für insgesamt 123 Mio. € mit solider Gegenfinanzierung eine andere Prioritätensetzung für den Haushalt 2005 vorgeschlagen.

Die Kürzungen bei den Kommunen wollen wir um 100 Mio. € abmindern. Ohne Zweifel müssen auch die Kommunen sparen, aber sie müssen eine klare Perspektive sehen. Es ist ein Gebot der Vernunft, dass die Probleme der Kommunen nicht einfach mit einer Handbewegung weggewischt werden. Sie sind real existierend und gefährden die weitere Entwicklung unseres Landes, wenn sie nicht ernst genommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sollten wir jetzt, im letzten Moment, die Möglichkeit nutzen - ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren von der CDU -, die Vorschläge der SPD ernsthaft zu prüfen. Die meisten von Ihnen sind selbst Kommunalpolitiker. Können Sie es wirklich verantworten, Ihrer eigenen Kommune durch Ihr Abstimmungsverhalten derart den Boden unter den Füßen wegzuziehen?

(Beifall bei der SPD)

Für alle, die diese Frage mit Nein beantworten, haben PDS und SPD gemeinsam drei Anträge vorbereitet, die eigentlich nicht abzulehnen sind. Wir wollen die Schlüsselzuweisungen annähernd auf den Stand des Jahres 2004 bringen und haben für die Deckung der Mehrausgaben genau die Position genommen, die in der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung schon einmal eine Mehrheit bekommen hatte. Wenn es nur aus Prinzip nicht geht, einem Oppositionsantrag zuzustimmen, dann haben Sie noch bis morgen zur Abstimmung Zeit: Bringen Sie einen eigenen Antrag ein, um viele Kommunen vor dem Fiasko zu bewahren.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion möchte verhindern, dass der Bereich Bildung von der CDU als Sparschwein missbraucht wird. Entsprechende Änderungsanträge im Umfang von fast 10 Mio. € sollen die Kürzungen ganz oder teilweise rückgängig machen. Außerdem wollen wir die Strukturen der Jugendbetreuung erhalten. Die von der SPD in der Zeit der großen Koalition mit der Einführung der Jugendpauschale geschaffenen Strukturen der flächendeckenden Jugendbetreuung dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Jugendpauschale soll im bisherigen Umfang erhalten bleiben. Entsprechende Änderungsanträge von uns liegen vor. Zudem will die SPD die Verbundforschung auf hohem Niveau fortführen. Obwohl die Landesregierung eine Zusammenführung der bisher in zwei Ministerien veranschlagten wirtschaftsnahen Forschung im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit angekündigt hat, ist die Verbundforschung nach wie vor auf zwei Ressorts verteilt. Will die Landesregierung damit die vorgenommenen Kürzungen um rund 1,2 Mio. € kassieren? Die SPD-Fraktion beantragt, die Ausgaben für die Zukunftsinvestition Verbundforschung um 4,5 Mio. € aufzustocken.

Meine Damen und Herren, so will die SPD-Fraktion nach dem Verkehrsunfall erste Hilfe leisten, um Leben zu retten und schlimmere Personenschäden zu verhindern. Notwendig sind aber nicht nur Sofortmaßnahmen. Das Abschleppen muss organisiert werden, die Autobahn freigeräumt und die Unfallfolgen beseitigt werden. Damit der Verkehr in absehbarer Zeit wieder reibungslos laufen kann, brauchen wir eine finanzpolitische Kehrtwende in Thüringen. Wir brauchen eine grundlegend andere Herangehensweise als einen Bierdeckel. Wir müssen Thüringen neu denken und wir müssen es so denken, dass auch die Kompatibilität zu den Nachbarländern gegeben ist - zum einen, um bestimmte Verwaltungsstruk-

turen der Effizienz wegen nur noch gemeinsam vorzuhalten, zum anderen, um zukünftige gemeinsame Wege nicht von vornherein zu verbauen. Wir brauchen eine Gebietsreform, um Strukturen zu schaffen, die langfristig Bestand haben. Das Wolfsprinzip ist bei der Entwicklung einer Landesstruktur vollkommen fehl am Platze.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss deshalb dem Bürgermeister der Stadt Apolda Recht geben, der der Landesregierung vorwarf, in dieser Sache - Frau Präsidentin, ich zitiere mit Ihrer Zustimmung - "keinen Arsch in der Hose zu haben", Zitat Bürgermeister Apolda.

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe bei der CDU)

Viele Stadt- und Gemeinderäte sind in dieser Sache weiter, als wir hier in diesem hohen Haus vermuten. Sie erwarten aber verlässliche Aussagen der Landesregierung über zukunftsfähige Größenordnungen und die Auswirkungen möglicher Zusammenschlüsse. Unser Vorschlag einer Enquetekommission zu dieser Problematik liegt auf dem Tisch. Handeln Sie, meine Damen und Herren von der CDU!

Die erforderlichen Strukturentscheidungen für den Umbau der Landesverwaltung sind eng verbunden mit der notwendigen Gebietsreform. Wir könnten uns vorstellen, dass unter dem Namen "Verwaltung 2025" ein Konzept für eine langfristige Entwicklung der Landesverwaltung unter Berücksichtigung des Konzepts zur Gebiets- und Funktionalreform, der demographischen Entwicklung und zurückgehender Finanztransfers erarbeitet wird. Auf der Basis dieses unter Einbeziehung externer Wirtschaftsberater entwickelten Konzepts sollte unter Mitarbeit der Gewerkschaften und des Beamtenbundes ein fundiertes Personalentwicklungskonzept geschaffen werden. Lassen Sie uns anstelle des von Ihnen begonnenen Flickwerks gleich Nägel mit Köpfen machen! Die Hauptpunkte des SPD-Papiers unter dem Titel "Offensive für eine finanzpolitische Kehrtwende in Thüringen" haben wir im Entschließungsantrag zusammengefasst und damit dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat ihre Hausaufgaben gemacht. Wir haben einerseits eine klare Alternative zum Haushaltsentwurf der CDU, zur Politik der CDU in Thüringen vorgelegt, mit der wir andere politische Prioritätensetzungen vornehmen wollen. Andererseits zeigen wir einen Weg auf, wie das Land Thüringen durch wohl durchdachte Schritte den Weg aus der Schuldenfalle gehen kann. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Mohring zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Mohring, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren: "Welch Geistes Kind ein Volk ist, auf welcher Kulturstufe es steht, wie seine soziale Struktur aussieht, was seine Politik für Unternehmungen vorbereiten mag - das und vieles andere steht phrasenbefreit in der Finanzgeschichte. Wer ihre Botschaft zu hören versteht, der hört da deutlicher als irgendwo den Donner der Weltgeschichte.", so jedenfalls Joseph Alois Schumpeter, österreichischer Sozialökonom und Anfang des letzten Jahrhunderts österreichischer Finanzminister.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:  
Das hätten wir ein bisschen früher hören sollen.)

Die Finanzverfassung in Artikel 104 a bis 115 des Grundgesetzes und auch Artikel 98 bis 103 in der Thüringer Landesverfassung zu Grunde gelegt, wird von vielen Fachleuten als Annexverfassung bezeichnet. Damit ist gemeint, dass die Finanzströme der Aufgabenverteilung folgen. Das obige Zitat des Finanzökonomen Schumpeter legt jedoch eine umgekehrte Sichtweise dar. Bedenkt man, dass es die Finanzen sind, die Macht verleihen und Gestaltungsspielräume eröffnen, dann erweist sich die Aufgabenverteilung der Finanzen als nachgeordnet. Letztendlich trifft dies die alte Volksweisheit "Wer zahlt, bestimmt die Musik" auch im politischen Bereich den Kern des Problems. Es kann deshalb nicht verwundern, dass trotz der langen Debatte seit Sommer letzten Jahres der Haushalt für dieses Jahr mit einer besonderen Lupe betrachtet wird und die Diskussion darüber auch mit besonderer Leidenschaft geführt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dennoch, Thüringen ist keine Insel der Glückseligkeit und Thüringen ist kein Stern, der weitab vom Geschehen seine Kreise zieht.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Wahrlich nicht!)

Wir sitzen mittendrin in Deutschland, wir sitzen mittendrin in Europa. Schmerzlich müssen wir feststellen, dass immer mehr unserer Aufgaben dem einengenden Diktat der knapper werdenden Finanzmittel untergeordnet werden müssen. Viele Aufgaben, die wir geleistet haben und die wir auch in der Zu-

kunft leisten wollen, können wir uns einfach nicht mehr leisten. Die Entwicklung der Staatsfinanzen nimmt seit 2002 aufgrund der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung im Bund, in den Ländern und Kommunen fast sämtliche Gestaltungsspielräume. Betrachtet man die Mai-Steuerschätzung 2001,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Und warum handeln Sie erst 2005?)

die in 2001 schon eine Prognose auch für die Jahre 2002 bis in das heutige Jahr 2005 abgegeben hat, liegen die Einnahmeausfälle für Thüringen bei Steuern, bei Bundesergänzungszuweisungen und im Länderfinanzausgleich in diesem Zeitraum bei über 2 Mrd. €. Wir haben jedoch dieser Entwicklung nicht tatenlos zugeschaut, sondern Ausgabenbegrenzungen vorgenommen, die bei einer besseren Finanzlage, so denke ich, nicht in Angriff genommen worden wären. Erinnert sei daran, dass wir das Ausgabenniveau dieses Landes von 10,6 Mrd. € noch im Jahr 1998 auf nunmehr 9,374 Mrd. € gesenkt haben. 1 Mrd. € weniger an Ausgaben sagt aber noch nichts über die tatsächlichen Sparbemühungen in diesem Freistaat aus. In den Jahren 1998 bis 2004 stiegen gesetzliche Leistungen, die vom Land nicht oder nur im geringen Maße zu beeinflussen sind, drastisch an. Die von der Opposition auch hier immer wieder angeprangerte Steigerung der Ausgaben in diesem Jahr betrug allein aufgrund dieser gesetzlichen Mehrleistungen 110 Mio. € für durchlaufende Mittel von Hartz IV und weitere 98 Mio. € aufgrund ausschließlich bundesgesetzlicher neuer Leistungen. Trotz dieser Mehraufwendungen konnte das Haushaltsvolumen um den o.g. Betrag für dieses Jahr gesenkt werden. Dies war nur möglich, weil in anderen Bereichen gekürzt werden mußte und deshalb ist auf Antrag der CDU-Fraktion schon im Doppelhaushalt für 2001 und 2002, daran will ich noch einmal erinnern, 51 Mio. € eingespart worden. Mit den Nachtragshaushalten für 2002, für 2003 und auch für 2004 mußten noch einmal 1,2 Mrd. € an Einsparungen erbracht werden. Sie wissen, dass vor allen Dingen in diesen Haushaltsjahren die Haushaltsdebatten unter dem Thema "Sparen und Gestalten" standen. Ich will ausdrücklich für dieses Haushaltsjahr, aber auch für die kommenden Haushaltsjahre sagen, wir haben uns zum Ziel gesetzt, diesen Zweiklang in einen Dreiklang zu erweitern: sparen, reformieren und gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Thüringen ist nicht den Weg von Hans Eichel gegangen, dem Bundesfinanzminister, der Mindereinnahmen und Mehrausgaben nur durch höhere Schulden oder mit dem Verscherbeln von Tafelsilber ausgleicht. Der Freiburger Ökonom Bernd Raffelhüschen nannte dies kürzlich Zechprellerei auf Kosten unserer Kin-

der. Wir in Thüringen haben schmerzhaft Einschnitte vorgenommen, die uns nicht nur den Beifall der Betroffenen eingebracht haben.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Hört sich an, als kämen die Schulden vom Wetter.)

Meine Damen und Herren, genauso schmerzlich ist natürlich auch, dass wir unseren eigenen Abbaupfad zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung nicht einhalten konnten. Die Mittelfristige Finanzplanung für 2002 bis 2006 sah für 2006 erstmalig für Thüringen einen Etat ohne neue Schulden vor. Trotz erheblicher Einsparungen, die ich Ihnen vorhin genannt habe, in den Jahren 2002 bis 2004 müssen bis Ende 2004 zusätzliche Schulden von rund 1,2 Mrd. € gegenüber der ursprünglichen Planung aufgenommen werden. Mit dem vorliegenden Haushalt kommen jetzt noch einmal 995 Mio. € im Jahre 2005 hinzu. Damit steigern wir unseren Gesamtschuldenstand nach den bisherigen Planungen bis 2006 auf fast 16 Mrd. € Schulden. Jede Minute zahlen wir 1.369 € Zinsen für diese Schulden, jede Stunde 82.191 € und jeden Tag sage und schreibe nur für diese Zinsen 1,972 Mio. €. Deshalb will ich ganz deutlich sagen und will das auch für unsere Fraktion ausdrücklich erklären: Wir müssen den Gürtel enger schnallen und wir haben den Gürtel enger geschnallt. Aber weil wir auch so schonungslos offen umgehen mit der Finanzsituation, wie sie auch in den letzten Jahren gestaltet werden musste, weil die Einnahmeausfälle so dramatisch sind, haben wir auch keine Probleme damit, diese Verantwortung für dieses Land wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sind dramatisch, sie tun weh und dürfen uns eigentlich nicht mehr in den Schlaf finden lassen. Die hohe Verschuldung wird auch von allen Seiten beklagt und ein Gegensteuern gefordert. Leider verlieren die guten Vorsätze zum Allgemeinen im Konkreten aber ihre Bedeutung. Wie sonst sind die Stellungnahmen auch der Vorredner hier heute und auch im Vorfeld der Haushaltsberatungen zu verstehen, auch noch zu jedem kleinen Einsparvorschlag ausschließlich Kritik zu üben. Wie unverständlich sind mir deshalb auch die Forderungen nach noch mehr Schulden, auch aus den eigenen Reihen, wie sie in der Vorfelddebatte hier zum Haushalt geäußert wurden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, 1,4 Billionen € beträgt der Schuldenstand bundesweit derzeit. Jeder fünfte Steuer-Euro geht für Zinsen drauf und wenn der Staat jeden Monat 1 Mrd. € wirklich tilgen würde, anstatt neue Schulden aufzunehmen, hätte er 117 Jahre zu tun, bis er schuldenfrei wäre. In der Realität

wird natürlich gar nicht getilgt. Die Politik hat dafür den schönen Begriff der Nettoneuverschuldung erfunden, der so harmlos daherkommt und nicht ganz deutlich macht, daß dies eine Summe ist, die schon auf den bestehenden Schuldenberg weiter aufgetragen wird. Würden wir in Thüringen ab 2009 keine neuen Schulden mehr machen, ich habe die Zahl eben für den Bund genannt, und ab 2010 jährlich tatsächlich in Tilgungsleistungen von 100 Mio. € einsteigen, wären wir im Jahre 2180, also in 175 Jahren, Euro-schuldenfrei. Ich meine ganz ernsthaft, weil viele auch sagen und im Vorfeld dieser Debatte davon geredet haben, wir leben ausschließlich hier und jetzt, denen will ich sagen, weil es schon nicht mehr nur um die nachfolgenden zwei Generationen geht, sondern weil es schon viel weiter geht, haben auch die politisch Verantwortlichen hier und jetzt ihre Aufgabe, auch für die Zukunft die Weichen so zu stellen, dass Politik auch in Zukunft noch handlungsfähig ist.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen wir Politiker, die in Verantwortung für die Probleme unserer alternden Gesellschaft glaubwürdige und ehrliche Politik für künftige Generationen machen und nicht glauben machen wollen, dass sich eine Gesellschaft auch auf Pump konsumieren kann. Deshalb will ich ausdrücklich für die CDU-Fraktion dem Ministerpräsidenten Dieter Althaus sehr danken, der mit dem Haushalt für das Jahr 2005, aber auch mit der vorgelegten Mittelfristigen Finanzplanung bis zum Ende dieser Legislaturperiode diesen Weg eingeschlagen hat, dass wir diesen Freistaat so reformieren wollen und auf zukunftsfähige Beine stellen wollen. Vielen Dank, Dieter Althaus.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Sozialstaat der heutigen Prägung hat sich übernommen. Wenn bei einem Haushaltseinkommen in Thüringen von 2.303 €, statistisch gesehen, 905 € über öffentliche Transferleistungen kommen, sei es Sozialhilfe, sei es Entfernungspauschale oder Eigenheimzulage, dann hat sich der Staat einfach zu viel in das Leben der Menschen eingemischt. Es kann doch deshalb nicht richtig sein, dass der Staat über 50 Prozent des Einkommens, das, was die Menschen verdienen, ihnen wieder aus der Tasche nimmt und gleichzeitig 40 Prozent in andere Taschen wieder zurückgeben will. Deshalb hat Kurt Biedenkopf schon 1983 richtig vor diesen Entwicklungen der alternden Gesellschaft für die sozialen Sicherungssysteme gewarnt. Seine Warnungen wurden auch in der Union in der Vergangenheit in den Wind geschrieben. Der Reduzierung der Nettoneuverschuldung muss angesichts dieser Zahlen oberste Priorität zukommen und deshalb dür-

fen Mehreinnahmen auch in der Zukunft nicht zur Befriedigung von neuen Ausgabenwünschen, sondern vordringlich zum Abbau der Nettoneuverschuldung verwendet werden. Dies wird am Abbaupfad der Nettoneuverschuldung in der Mittelfristigen Finanzplanung deutlich. Jährlich zu erwartende Steuermehreinnahmen in Höhe von 200 Mio. € werden in gleicher Größe zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwendet.

Meine Damen und Herren, wo liegen die Ursachen dieser dramatischen Entwicklung? Was hat dazu geführt, dass wir in Thüringen unsere Pläne zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung nicht einhalten konnten? Die Rahmenbedingungen in Deutschland für mehr Wachstum und somit für mehr Einnahmen für diesen Staat stimmen nicht mehr.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Es waren nur die anderen, die daran schuld sind.)

Selbst die zaghaftesten Reformen der schwarz-gelben Koalition bis zum Jahre 1998 wurden zu Beginn mit dem Regierungswechsel in Bonn und dann in Berlin rückgängig gemacht. Ich will Ihnen Beispiele nennen: Der demographische Faktor in der Rentenversicherung, die Zuzahlung im Gesundheitssystem, die Lockerung des Kündigungsschutzes und ganz zu schweigen von der Blockade der Petersberger Steuerbeschlüsse noch unter der Führung vom damaligen Vorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine, wurden alle rückgängig gemacht und haben die Entwicklung in diesem Land behindert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, alle dringend notwendigen Strukturreformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen unterblieben auch im weiteren Verlauf der ersten Legislaturperiode von Bundeskanzler Gerhard Schröder, weil er im Streitfall immer auf der Seite der Sozialpolitiker, aber nicht auf der Seite der Haushaltspolitiker stand und ohne das gute Konjunkturjahr 2000 und ohne den Sonder tilgungseffekt aus den UMTS-Erlösen hätte sich die Mär von der anfänglich erfolgreichen vermeintlichen Sparpolitik von Hans Eichel zu Anfangszeiten der rotgrünen Bundesregierung nicht vermarkten lassen. Jetzt hat der Kaiser keine Kleider mehr an und ihm stehen auch keine neuen Kleider mehr zur Verfügung. Herr Eichel, tatsächlich stand die erste rotgrüne Bundesregierung am Ende ihrer Amtsperiode strukturell schlechter da als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung.

Meine Damen und Herren, nichts belegt diese Aussage besser und mehr als die seit 2002 anhaltende und fortdauernde Verletzung des Europäischen Sta-

bilitätspakts. Mit 3,7 Prozent Defizitquote hat Deutschland im letzten Jahr nun zum dritten Mal hintereinander den Stabilitätspakt verletzt. Das ist skandalös und unverantwortlich und verletzt alle Kriterien, die wir selbst aufgestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der einzige Finanzminister in Deutschland, der in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland eine ordnungspolitisch fundierte Haushalts- und Steuerpolitik praktizierte, war in den 80er-Jahren Gerhard Stoltenberg. Er räumte nach den sozial-liberalen Verschuldungsorgien der 70er-Jahre strukturell auf und

(Unruhe bei der SPD)

reduzierte nicht zuletzt die Staatsquote auf rund 5 Prozent. Der angebliche Erfolg von Rotgrün bei der Senkung der Staatsquote von 2 Prozentpunkten gegenüber 1998 hängt einzig und allein mit einer anderen Verrechnungsmethode, nämlich mit den damals anders gezahlten Kindergeldleistungen, zusammen. Dass in den 90er-Jahren die Staatsquote, die Verschuldung und die Beiträge zu den Sozialversicherungen wieder stiegen, hat mit dem Geschenk der deutschen Einheit zu tun. Wir meinen - und da stehen wir ziemlich fest bei uns in der CDU-Fraktion - dass dieses Geschenk auch bezahlt werden muss. Ich will Ihnen das noch mal deutlich sagen: Wir sind dankbar für die deutsche Einheit und wir wollen diese Lasten tragen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb brauchen wir keine Politiker, die diesen Tag der Deutschen Einheit abschaffen wollen. Deshalb brauchen wir keine Politiker

(Beifall bei der CDU)

wie den Bundesumweltminister, der bei der Vereidigung des Bundespräsidenten die Hymne nicht mitsingt.

(Beifall bei der CDU)

Und wir brauchen keinen Bundeskanzler, der sich nicht um den Aufbau der jungen Länder schert. So etwas brauchen wir nicht und deshalb braucht es auch neue Verantwortung in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, fast alle Ökonomieexperten und wissenschaftlichen Institute kommen zu dem Ergebnis, dass die Finanzierung der deutschen

Einheit über ein Drittel höhere Steuern, über ein Drittel höhere Sozialabgaben und ein Drittel neue Schulden der richtige Mix und auch letztlich der einzig gangbare Weg war. Wir müssen wieder den Staatsverbrauch am Volkseinkommen reduzieren. Wir liegen jetzt bei 57 Prozent. Von jedem Euro, den die Menschen verdienen, absorbiert der Staat also 57 Cent. Diese Entwicklung müssen wir stoppen und umkehren. Jede Steuererhöhungsdebatte in Deutschland führt deshalb dieses Land weiter in die Krise.

Meine Damen und Herren, zwei wesentliche Argumente von SPD und PDS habe ich in den letzten Wochen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen hier in Thüringen gehört. Die PDS will die Einnahmen durch Vermögens- und Erbschaftssteuer stärken, die SPD durch Subventionsabbau. Die Erhöhung von Steuern ist so wenig richtig, wie der Abbau von Subventionen allein nicht die strukturellen Probleme der Staatsfinanzen löst. Herr Eichel in Berlin und die SPD in diesem Haus führen immer wieder ins Feld, dass ihnen die Union den Subventionsabbau verhasst habe. Aber wer schaut denn eigentlich noch im Wahlkampf nach Nordrhein-Westfalen? Wer nimmt eigentlich noch zur Kenntnis, dass dort ein Wahlkampf-Steinkohle-Subventionsgeschenk von 13 Mrd. € nach wie vor den Bundeshaushalt belastet?

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Lieberknecht, CDU:  
Hört! Hört!)

Und ich sage Ihnen, wer nach wie vor sich nicht traut, auch das Tabu der Steinkohlesubvention von 13 Mrd. € zu brechen,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das Argument ist so alt wie die Steinkohle.)

der braucht auch nicht von angeblicher Blockade von Subventionsabbau im Bundesrat zu sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Eichel begünstigt diese Subventionen und er begründet es damit, dass keine einzige betriebsbedingte Kündigung in der Steinkohleindustrie notwendig wäre, und dass sei ihm diese Subventionen wert. 8.000 bis 10.000 Entlassungen bei den Bauarbeitern aber, die bei dem Wegfall der Eigenheimzulage anstehen würden, sind offensichtlich dem Bundesfinanzminister egal.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, gilt natürlich die Frage, gibt es etwa gute Subventionen, gibt es schlechte Subventionen, ist der Kumpel in NRW mehr

wert als der Bauarbeiter in Thüringen? Nein, das darf nicht sein.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Hört! Hört!)

(Beifall bei der CDU)

Natürlich sind wir auch bereit - das ist ja nur ein Bruchteil, wenn man über Eigenheimzulage redet -, tatsächlich über Subventionsabbau zu reden, aber auf der Grundlage einer umfassenden Steuerreform. Was passiert denn, wenn wir jetzt Eigenheimzulage allein - herausgerissen aus dem Gesamtsystem - abschaffen? Das Geld verbrennt der Bundesfinanzminister, um Haushaltsstrukturprobleme zu lösen, und die Streichung der Eigenheimzulage führt im ersten Jahr nur zur Einsparung von 95 Mio. € für den Bund und 4 Mio. € für Thüringen. Das ist ziemlich genau der Betrag, den Hans Eichel jeden Tag, 365 mal im Jahr, an neuen Schulden macht und Thüringen an zwei Tagen an Zinsen zahlt. Was diese Bundesregierung auch anpackt, es löst die Probleme dieses Landes nicht.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
So ein Kauderwelsch.)

Die fehlerhafte Reform der Körperschaftssteuer hat in der Vergangenheit zu Einnahmeausfällen in Deutschland von 30 Mrd. € geführt. Beim Tabak hat man die Steuerschraube überdreht, so dass statt der erhofften Mehreinnahme nun eine Mindereinnahme zu verkräften ist. Und Zuschüsse von 80 Mrd. € an die Rentenversicherung erschlossen den Bundeshaushalt. Trotz der Ökosteuer sind die Rentenversicherungsbeiträge nicht auf die vorausgesagten 17 Prozent gefallen

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD: Dann sagen Sie doch den Rentnern, dass sie weniger erhalten sollen.)

und haben damit Lohnnebenkosten bei den Arbeitgebern beim Mittelstand, beim Handwerk - auch hier in den jungen Ländern, auch hier in Thüringen - entlastet, sondern die Beiträge bewegen sich wieder auf 20 Prozent zu. Nicht zuletzt haben wir deshalb in diesem Land 5 Millionen Erwerbslose.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Aber es sind die Unternehmenssteuern erhöht worden, Herr Mohring.)

5 Millionen Erwerbslose, das hat die Bundesrepublik noch nie gesehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, rechnet man auch noch die 1,6 Mio. Personen hinzu, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung als verdeckte Arbeitslose, Erwerbslose in geförderter Ausbildung, subventionierter Beschäftigung oder im Vorruhestand mitgezählt hat, suchen noch mehr Menschen in Deutschland Arbeit, doch sie finden keine. Und das ist der Skandal, 6,6 Mio. Menschen in diesem Land sind vom Erwerbsleben ausgeschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, auch wenn es der Bundeskanzler nicht gern hört, es muss gesagt sein, man soll ihn auch an seinem eigenen Ziel - Halbierung der Arbeitslosigkeit - messen. Man muss es tun. Wenn man sich an diesem Versprechen messen lässt, dann stellt man fest, der Bundeskanzler dieser Regierung hat für Deutschland versagt.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das gilt aber auch für seine Vorgänger.)

Nein, 6,6 Mio. Menschen, die vom Erwerbsleben ausgeschlossen sind, sind dafür die Quittung und ich will Ihnen das deutlich sagen. Es wird vor allen Dingen deutlich daran, dass man auch mit den Einnahmen und den Ausgaben, die im Bundeshaushalt gesetzt werden, nur weiter am Ende Schulden macht und die Substanz vernachlässigt. Deshalb will ich auch zu dem kommen, was die Oppositionsfraktionen hier im Haus vorschlagen. Die PDS nennt das Umsteuern. Ich weiß nicht, in wie vielen Debatten wir schon über die so genannte Steuergerechtigkeit der PDS diskutiert haben. Wir haben uns fachlich und rechtlich und makroökonomisch mit Argumenten auseinander gesetzt. Nun wird die erfolgte Absenkung des Spitzensteuersatzes wieder als große Steuerungerechtigkeit hingestellt und vergessen wird dabei, dass auch der Eingangssteuersatz für die Geringverdiener in Deutschland von 16 auf 15 Prozent durch die Bundesregierung gesenkt wurde.

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD:  
Das ist ja freundlich.)

Lassen Sie mich deshalb am System von Steuererleichterung mal anhand einer kleinen Geschichte erzählen, damit man versteht, wie diese angeblichen Debatten vom Umsteuern der PDS sich im realen Leben auswirken. Es waren einmal zehn Kollegen, die jeden Tag miteinander zum Essen gingen. Die Rechnung für dieses Essengehen betrug jeden Tag genau 100 €. Die Gäste zahlten ihre Rechnung wie

wir als Steuerbürger unsere Abgaben und Ausgaben, und das sah ungefähr so aus: vier Gäste - die Ärmsten - zahlten nichts für dieses Essen, der fünfte Gast zahlte 1 €, der sechste Gast 3 €, der siebente Gast 7 €, der achte Gast 12 €, der neunte Gast 18 € und der zehnte Gast - der Reichste - 59 € jeden Tag. Das ging eine ganze Zeit lang gut, jeden Tag kamen sie zum Essen und alle waren zufrieden, bis der Wirt Unruhe in das Arrangement brachte, indem er vorschlug, den Preis für das Essen insgesamt um 20 € zu reduzieren, weil es alles gute Gäste sind oder weil wir gute Steuerbürger sind. Wie nett von ihm. Jetzt kostete das Essen für die Zehn nur noch 80 €. Aber die Gruppe wollte unbedingt beibehalten so zu bezahlen, wie auch wir besteuert werden. Dabei änderte sich für die ersten Vier nichts, sie aßen weiterhin kostenlos. Aber wie sah es mit den restlichen Sechs aus? Wie konnten sie die 20 € Ersparnis so aufteilen, dass jeder etwas davon hatte? Die Sechs stellten schnell fest, dass 20 € geteilt durch sechs Zahler 3,33 € ergibt. Aber wenn sie das von den einzelnen Teilen abziehen würden, bekäme der fünfte und der sechste Gast noch Geld dafür, dass er überhaupt zum Essen ginge. Also schlug der Wirt den Gästen vor, dass jeder ungefähr prozentual so viel weniger zahlen sollte wie er insgesamt beisteure. Der Wirt setzte sich also hin und begann für seine Gäste auszurechnen und danach kam Folgendes heraus. Der fünfte Gast ebenso wie die ersten vier Gäste - die Ärmsten - zahlten ab sofort nichts mehr. Der sechste Gast zahlte 2 € statt 3 €, der siebente Gast 5 € statt 7 €, der achte Gast 9 € statt 12 €, der neunte Gast 14 € statt 18 € und der zehnte Gast - der Reichste - zahlte 49 € statt 59 €. Jeder der Sechs kam günstiger weg als vorher und die ersten vier aßen immer noch kostenlos. Aber als sie vor der Wirtschaft noch einmal nachrechneten, war das doch nicht so ideal wie sie zunächst dachten. Ich habe nur 1 € von den 20 € Ersparnis bekommen, sagt der sechste Gast und zeigt auf den zehnten Gast - den Reichen -, aber er kriegt 10 €. Stimmt, rief der fünfte Gast. Ich habe nur 1 € gespart und er spart sich zehn mal so viel wie ich. Wie wahr, rief der siebente Gast, warum kriegt er 10 € zurück und ich nur 2 €?

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Mohrings Märchenstunde.)

Alles wieder mal kriegen nur die Reichen. Moment mal, riefen da die ersten vier - die Ärmsten - aus einem Munde. Wir haben überhaupt nichts bekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das System beutet wieder die Ärmsten aus. Und wie aus heiterem Himmel gingen die Neun gemeinsam auf den Zehnten los und verprügelten ihn. Am nächsten Tag tauchte der Zehnte - der Verprügelte - nicht

mehr zum Essen auf. Also setzten sich die übrigen Neun zusammen und aßen ohne ihn. Aber als es an der Zeit war, die Rechnung zu bezahlen, stellten sie etwas sehr Außerordentliches fest. Alle zusammen hatten nicht genügend Geld, um auch nur die Hälfte der Rechnung bezahlen zu können. Und wenn sie nicht verhungert sind, dann rechnen sie noch heute.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, genauso funktioniert unser Steuersystem. Die Menschen, die hier die höchsten Steuern zahlen, haben auch die größten Vorteile einer Steuererleichterung.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Wenn Sie gar nichts zahlen - was erzählen Sie für ein Märchen?)

Wenn sie aber zu viel zahlen müssen, kann es passieren, dass sie an diesem System nicht mehr teilnehmen. Dann schließen sie sich selbst aus und gehen weg. Auch in der Schweiz und in anderen Ländern gibt es bessere Steuersysteme.

Meine Damen und Herren, das ist die Moral von der Geschichte, deshalb lassen Sie mich zusammenfassen. Subventionsabbau ohne umfassende Reform in den sozialen Sicherungssystemen und im Steuerrecht oder sogar Steuererhöhungen sind der falsche Weg aus der Stagnation und werden deshalb von uns abgelehnt. Mit dem vorliegenden Haushaltsstrukturgesetz versuchen wir aus den uns vorgegebenen Rahmenbedingungen das Beste zu machen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Hier Märchen zu erzählen ...)

Ich gebe zu, dass uns das nicht glücklich macht, weil wir in vielen Bereichen Einschnitte und Kürzungen vornehmen müssen und bestenfalls Schwerpunkte unserer Politik mit gleichen Ausgaben wie in den Vorjahren konstant halten. Doch ich muss deutlich sagen, an diesem Knochen ist kein Fleisch mehr und ich glaube, wir haben mittlerweile sogar die Knochen gespalten und pulen das Mark aus den Knochen heraus.

(Heiterkeit bei der SPD)

Deshalb dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass sich die Einnahmen des Landes bis zum Jahr 2020 um weitere 1,8 Mrd. € verringern. 1,5 Mrd. € Sozialpaktmittel werden dann nicht mehr fließen und weitere 300 Mio. € an EU-Fördermitteln werden dann nicht mehr in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

(Unruhe bei der SPD)

Die an die Bevölkerungszahl gekoppelten Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen werden sich entsprechend dem Bevölkerungsrückgang auch verringern.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Das stimmt.)

Selbst wenn wir in Thüringen die Steuerkraft der alten Flächenländer West erreichen würden, eine 30 Prozent höhere Steuerkraft erreichen würden, würde dies durch die Ausgleichsmechanismen des Länderfinanzausgleichs maximal 300 Mio. € mehr an jährlichen Steuereinnahmen in unsere Kassen bringen. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt in diesem Jahr mit dem Reformhaushalt, aber auch mit dem Übergang zum nächsten Doppelhaushalt diese Schritte angehen, wohl wissend, dass sie keine kurzfristigen Einsparungen bringen werden, aber ihre volle Wirkung in den nächsten Haushaltsjahren entfalten werden und deshalb auch einhergehen mit der demographischen Entwicklung in unserem Land. Deshalb ist es wichtig, wir teilen die Einschätzung von Prof. Peter Sedlacek von der Universität in Jena mit Blick darauf, dass Thüringen im Jahr 2050 nur noch halb so viel Einwohner hat wie heute, nicht. Gleichwohl wollen wir die Auffassung teilen, dass wir selbst unsere Verwaltungsstrukturen dem Rückgang der Bevölkerung in Thüringen anpassen müssen. Wichtig ist das deshalb, weil, wenn wir noch so viel Bevölkerung in Thüringen hätten wie 1998, hätten wir allein aus dem Länderfinanzausgleich durch die Pro-Kopf-Zuweisung und aus Bundesergänzungszuweisungen jetzt schon in diesem Haushaltsjahr 300 Mio. € Mehreinnahmen. Deshalb müssen wir die Gegenwart gestalten, auch wenn diese Einsparungen, die Einschnitte und die Zumutungen unerträglich sind - sie sind auch unerträglich für diese Fraktion, die die Verantwortung für dieses Land hier trägt -, aber wir müssen diese Verantwortung wahrnehmen, weil wir Gestaltungsspielräume für die Zukunft gewinnen müssen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Weil Sie in den letzten Jahren nichts gemacht haben, deshalb!)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb muss auch die Opposition ihre Verantwortung in diesem Land wahrnehmen und nicht jede noch so kleine Einsparung kategorisch ablehnen.

Lassen Sie mich deshalb vor allen Dingen die Veränderungen der CDU-Fraktion in den Haushaltsberatungen gegenüber dem Entwurf der Landesregie-

rung darstellen. Ich will es auch nicht versäumen, weil wir sehr schwierige Beratungen zum Haushalt hatten, sehr anstrengende und intensive, ich glaube sagen zu können, so intensiv wie noch nie zuvor. Deshalb will ich ausdrücklich der gesamten CDU-Fraktion, ich als Haushälter, meinen Dank dafür aussprechen, dass wir gemeinsam diesen Weg gegangen sind.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Und: "Danke, Dieter" nicht vergessen!)

Ich will das deshalb auch deutlich sagen, weil wir ganz oft im Bereich der Kommunalfinanzen, den ich erläutern möchte, auch zeigen möchte, was sich in den Haushaltsberatungen bewegt hat. Wenn Sie sich richtig erinnern und Ihre eigenen Pressemitteilungen lesen, auch zu dem, was Sie kritisiert haben nach der Haushaltsklausur der Regierung, vor allen Dingen noch nach dem letzten Spätsommer, dann werden Sie wissen, dass ursprünglich geplant war, im kommunalen Finanzbereich insgesamt 278 Mio. € einzusparen. Jetzt hat die CDU-Fraktion ergänzend zu dem, was die Regierung vorgeschlagen hat, noch einmal von den geplanten Einsparungen, die selbst nach PDS-Rechnung netto nur noch 160 Mio. € betragen, weitere Verminderungen der Kürzungen um 26,6 Mio. € vorgeschlagen. Die Summe setzt sich aus 18,75 Mio. € an Zuweisungen an die Gemeinden, 6,25 Mio. € an die Kreise und 5 Mio. € an die größeren zentralen Orte in Thüringen zusammen. Zu den 25 Mio. € kommen noch einmal 1,6 Mio. € an Zuweisungen für bedrohte Museen hinzu und 5 Mio. € werden darüber hinaus innerhalb des KFA umgeschichtet. Mit einem Zufließvermerk aus Veräußerungserlösen sollen bis zur Höhe von 15 Mio. € weitere freiwillige Gebietszusammenschlüsse erstmals in diesem Jahr gefördert werden. Ich will nicht vergessen, weil auch das dazu gehört, wir haben schon mit dem Nachtragshaushalt für das letzte Jahr auch die Erhöhung der Steuerverbundquote von 23 auf 24 Prozent beschlossen, was einen jährlichen Zuwachs von weiteren Einnahmen - auf kommunaler Seite festgeschrieben - von 48 Mio. € ausmacht. Deshalb sehen Sie das Einhergehen von dem, was ursprünglich zuerst beratend angedacht war, von 278 Mio. € an kommunalen Finanzzuweisungen einzusparen, wir jetzt netto noch bei 130 Mio. € liegen. Wer da sagt, dass das unverantwortlich war

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Ach, Herr Mohring, holen Sie den Taschenrechner raus!)

und dass die Mitglieder dieser CDU-Fraktion ihrer Verantwortung nicht nachgekommen waren, der hat, glaube ich, in den letzten Wochen, in den letzten Monaten auf einem anderen Planeten gelebt.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die PDS redet vom Masterplan, sie redet von zweistufiger Verwaltung, sie redet von Halbierung der Landkreise und einem noch weiter gehenden Personalabbau. Wenn Sie es damit ernst meinen, Herr Ramelow, auch wie Sie es vorhin in Ihrer Rede gesagt haben, dann frage ich Sie doch eins: Warum haben Sie Ihre Pläne vom Masterplan nicht auf dem PDS-Parteitag vorgelegt? Warum haben Sie sie nicht verabschieden lassen? Warum haben Sie sich nicht die angeblich so wichtige Unterstützung der Basis geholt? Weil sie Ihnen um die Ohren geschlagen worden wären, Ihre schizophoren Pläne vom Masterplan für Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Sie sind unverschämt!)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf Freiwilligkeit. Wir wollen auf gewachsene Strukturen von Städten und Dörfern nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das bedeutet aber nicht, weil wir auf Freiwilligkeit setzen, dass mit Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften größere Verwaltungsstrukturen nicht geschaffen werden müssen. In dem Ihnen vorliegenden Entschließungsantrag haben wir die Ziele für dieses und auch für die nächsten Jahre formuliert. Wir wollen freiwillige Gemeindezusammenschlüsse unterstützen, im Unterschied zu Ihnen jedoch erst mit Geld, was in der Kasse ist, und nicht mit ungedeckten Schecks aus Veräußerungserlösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einschnitte bei den Kommunen sind kein böser Wille dieser Landesregierung und dieser Landtagsfraktion, sondern die solidarische Beteiligung der Kommunen an den zurückgehenden Steuereinnahmen. Angesichts der zu erwartenden Gesamteinnahmen der Thüringer Kommunen in den nächsten Jahren von 4 Mrd. € ist die Beteiligung an den Steuerminderungen in diesem Haushaltsjahr zwar schmerzlich und der Protest sehr verständlich, bei der Kritik muss aber auch die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Die angeblichen Kürzungen von 220 Mio. € im kommunalen Finanzausgleich sind so, wie sie behauptet werden, nicht nachvollziehbar. Die Kürzung der Finanzausgleichsmasse beträgt ausweislich des Einzelplans 17 unter Einbeziehung unserer Änderungsanträge zugunsten der Kommunen von 26,6 Mio. € ganz genau 103,97 Mio. €. Zu dieser Summe muss man natürlich 58,5 Mio. € aus der Auftragskostenauspauschale hinzuzählen, die in den Vorjahren außer-

halb des Kommunalen Finanzausgleichs veranschlagt war. Diese Kürzungen betragen dann insgesamt addiert 163 Mio. €. Selbst wenn man nicht den Nachtragshaushalt 2004, in dem der KFA um weitere 10 Mio. € gekürzt wurde, sondern den ursprünglichen Planhaushalt für 2004 zugrunde legt, betragen die Kürzungen insgesamt aller kommunalen Zuweisungen innerhalb und außerhalb des KFA 173 Mio. €. Bei den angeblichen Kürzungen muss man jedoch berücksichtigen, dass 35 Mio. € weniger Sozialhilfelastenausgleich infolge von Hartz IV und 4,5 Mio. € Strukturhilfe jetzt außerhalb des KFA veranschlagt sind, so dass von einer tatsächlichen Kürzung in Höhe von 130 Mio. € ausgegangen werden muss. Wenn man das sieht, also abzüglich auch unserer eigenen Vorschläge zur Reduzierung dieser Kürzung, wenn man davon aber abzieht und auch das Angebot der kommunalen Spitzenverbände annimmt, die sagten zwischen 100 und 120 Mio. € - zuletzt im Brief vom Oberbürgermeister aus Erfurt niedergeschrieben -, zur Konsolidierung der Landesfinanzen beizutragen, dann reden wir schlussendlich über eine strittige Summe an den tatsächlich vorgenommenen Kürzungen von 130 Mio. €, die noch strittig zwischen den kommunalen Spitzenverbänden ist, und das, was hier im Haus beraten wird, zwischen 10 und 30 Mio. €. Jetzt frage ich Sie: Ist es das Wert? Natürlich, dass wir 130 Mio. € Kürzung tatsächlich verkraften müssen, aber dass der differente Betrag, der zwischen den Spitzenverbänden strittig ist, und zwischen dem, wo behauptet wird, weil dieser überschießende Betrag zwischen 10 und 30 Mio. € die kommunalen Strukturen so zerstört angeblich, dass nichts mehr leistungsfähig ist - ist es das wert, diese Debatte so zu führen? Ist es das wert, das Land so schlechtzureden, dass behauptet wird, hier passiert nichts in unseren Städten und Gemeinden? Der muss doch mal nach Brandenburg und nach Sachsen schauen. Der soll doch mal immer weiter östlich fahren und soll sich dort die örtlichen Strukturen angucken, wo 15 Jahre nichts passiert ist und wir stolz sein können, was hier alles geleistet wurde. Wer redet denn das Land nur schlecht, das sind Sie allein!

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das glauben Ihnen doch noch nicht mal die eigenen Leute, Herr Generalsekretär!)

Meine Damen und Herren, ich habe es vorhin ja bereits erwähnt, mit der November-Steuerschätzung haben wir zum siebten Mal hintereinander Steuermindereinnahmen zu verkraften in diesem Land. Wir haben darauf mit Einsparungen in diesem Haushalt von 1 Mrd. € reagiert und sehr viel Schulden aufgenommen. Nur so war es möglich, in der Vergangenheit mit 1,86 Mrd. € in den letzten Jahren die kommunale Seite nicht zu beteiligen an dem, was

wir ausschließlich allein leisten mussten, obwohl es im Finanzausgleichsgesetz anders geregelt war. In der Debatte um die öffentliche Verschuldung muss endlich konsequent vom Steuerbürger her gedacht werden. Dass das möglich ist, will ich Ihnen deshalb auch sagen, nicht nur weil es auf eine Anfrage von Abgeordneten Kuschel mit der Drucksache 4/574 beantwortet wurde, wo zu dem Zeitpunkt schon gesagt wurde, dass 40 Kommunen in diesem Land auch schon den Haushalt aufgestellt haben und weitere 50 dazugekommen wären. Auch meine Heimatstadt Apolda hat einen Haushalt beschlossen, hat die Kürzung eingearbeitet, hat selbst eine horrende Kreisumlagererhöhung des Landrats dort berücksichtigt.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Gewaltig!)

Das zeigt doch eins, das, was Sie herbeireden wollen, das, was Sie sagen wollen: Wer sagt, dass angeblich durch den vorgelegten Haushalt die Kommunen nicht mehr handlungsfähig sind und die Hälfte aller kommunalen Haushalte nicht mehr geschlossen werden könnten, der irrt. Das, was die Fraktion der CDU hier vorgeschlagen hat, hat zu einer Verringerung bei den Kürzungen der allgemeinen Schlüsselzuweisungen jetzt unterm Strich von 1,9 Prozent schlussendlich geführt.

(Beifall bei der CDU)

Wer will denn sagen, dass 1,9 Prozent alle Handlungsfähigkeit bei den Kommunen aufgeben? Es stimmt nicht. Die Kommunen, die ihre Haushalte beschlossen haben, beweisen das.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: 5 Prozent der Kommunen, in denen ein Haushalt beschlossen wurde, sprechen nicht für alle Kommunen.)

Meine Damen und Herren, aber dass Sie selber ja nicht sicher sind in Ihrer eigenen Debatte, zeigen ja Ihre eigenen Pressemitteilungen. So hat zuletzt selbst die Fraktion der PDS noch am 27. Januar in diesem Jahr davon gesprochen, sie sagt, 220 Mio. € an Kürzungen seien nicht hinnehmbar, obwohl in Ihrer eigenen Pressekonferenz nach der Haushaltsklausur Sie selbst noch von 160 Mio. € ausgehen. Dann sagt vor Ihrer eigenen Haushaltsklausur Ihr Fraktionsvorsitzender, wir müssen Umschichtungen von 200 Mio. € zugunsten der Kommunen vornehmen. Heute spricht Christoph Matschie von 100 Mio. € zugunsten der Kommunen. Wenn man die schönen salbungsvollen Worte alle mal weglässt und in Ihre eigenen Anträge schaut, dann meinen Sie plötzlich, 31 Mio. € würden das retten, was Sie die ganzen Wochen be-

hauptet haben.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Nein, das meinen wir nicht!)

Es passt nicht zusammen und es ist unseriös, was Sie vorschlagen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Sie können nicht lesen, Herr Mohring!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle auch mit einer Mär aufräumen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Bleiben Sie bei der Wahrheit, wenigstens in diesem Punkt!)

Es wird ja nicht besser, wenn Sie so rumschreien. Immerhin sind wir jetzt schon in der zweiten Legislaturperiode, wo ich hier auch mitarbeiten darf. So eine schlechte Opposition wie in dieser Wahlperiode, wie zu dieser Haushaltsberatung, habe ich noch nicht erlebt. Ich habe es noch nicht erlebt.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:  
Das zieht einem die Schuhe aus!)

Schauen Sie sich doch um! Schauen Sie in Ihre eigenen Reihen. Wollen wir doch einmal einen Blick in die letzte Legislaturperiode werfen. Gabi Zimmer, Bundesvorsitzende der PDS, wer erinnert sich noch daran? Wer kennt noch Gabi Zimmer? Gescheitert.

(Unruhe bei der PDS)

Wer erinnert sich noch an den Staatssekretär bei der Bundesregierung, Matschie. Wer erinnert sich daran? Gescheitert.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt müssen wir uns, weil bundespolitische Ambitionen in diesem Hause offensichtlich Tradition haben, auch noch in den Haushaltsberatungen den Wahlkampfmanager der PDS antun.

(Zwischenruf Abg. Dr. Fuchs, PDS:  
Wer sich selbst erhöht, wird erniedrigt werden!)

Ich prophezeie Ihnen eins, weil ich weiß, wie das endet, wenn man Gabi Zimmer und Christoph Matschie

anschaut: Auch der Bundeswahlkampfleiter Ramelow wird zurückkehren und wir werden am Ende feststellen, gescheitert wie hier, so auch gescheitert beim Bund. Das spricht für die schlechte Qualität dieser Opposition, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS:  
Sie können ja nicht mal zählen,  
Herr Mohring!)

(Unruhe bei der PDS, SPD)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dass Sie nicht verstehen wollen, weil Ihre -

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS:  
So was Primitives hab ich lange nicht gehört.)

Da Sie nicht verstehen wollen, will ich Ihnen ein Beispiel nennen, weil es Sie schmerzt, die Wahrheit zu hören. Thüringen gibt für seine Kommunen - man muss es noch mal deutlich sagen, weil es auch wichtig ist, dass wir vergleichen, wo andere Verantwortung tragen - in diesem Haushaltsjahr für 2005 727 € pro Einwohner an seine Kommunen aus. Ich will Ihnen auch die Vergleichszahlen der Länder im Osten nennen, die mit gleicher Verantwortung oder auch mit anderer Verantwortung regiert werden. Brandenburg - 716 € pro Einwohner, Sachsen - 611 € pro Einwohner an die Kommunen, Sachsen-Anhalt - 594 € pro Einwohner, Mecklenburg-Vorpommern - 695 € pro Einwohner.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das sind doch alles getürkte Statistiken!)

Und weil es gerade so gut passt: Schleswig-Holstein - 395 € pro Einwohner an die Kommunen. Nicht mal die Hälfte von dem, was wir für unsere Städte, Gemeinden und Landkreise in diesem Freistaat aufbringen, leistet sich Schleswig-Holstein und leisten sich erst recht nicht die anderen Bundesländer. Es ist einmalig in dieser Bundesrepublik, was wir trotz Kürzungen für die Kommunen in diesem Land tun.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Herr Abgeordneter Mohring, der Abgeordnete Kuschel möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

#### **Abgeordneter Mohring, CDU:**

Am Ende.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Bitte, Herr Kuschel, am Ende.

**Abgeordneter Mohring, CDU:**

Deshalb, meine Damen und Herren, auch mit Blick darauf, dass die allgemeinen Schlüsselzuweisungen jetzt nur noch um 1,9 Prozent für die Verwaltungshaushalte gekürzt sind - das ist maßgeblich für die Gestaltung der Schließung von Haushalten, wenn der Begriff im Kommunalfinanzbereich damit verwendet wird -, dann wollen wir doch ehrlich sagen: Kein Thüringer verlässt doch deshalb dieses Land,

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS:  
Nein, ist doch alles wunderbar!)

wie die Opposition es glauben machen will, sondern die Leute verlassen das Land deshalb, weil insgesamt vor allem in den jungen Ländern die Anstrengungen auch vom Bund her unterlassen wurden, dass die Menschen hier Arbeit finden. Das ist das primäre Ziel und das ist die Aufgabe, der man sich stellen und woran man sich messen muss.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, das will ich ganz deutlich sagen,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Solche Arroganz, Herr Mohring!)

Helden des Tages sind nicht die, die die Aussetzung von Haushaltsberatungen verlangen, sondern Helden des Tages sind die, die sich zu diesem Land bekennen, die Verantwortung für dieses Land übernehmen und die wissen, dass dieser Haushalt für dieses Land beschlossen werden muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen das auch begründen, weil wir den Kommunen am besten so helfen, dass wir diesen Landeshaushalt schnell verabschieden, weil wir Planungssicherheit geben müssen, weil wir die Voraussetzungen schaffen müssen, dass endlich Bewilligungen ausgesprochen werden können,

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD:  
Das haben Sie doch in der Hand!)

weil jede Woche Verzug Investition verhindert, egal ob im Land oder in den Kommunen und weil jeder Monat Verzug Einsparungen verhindert, die durch das Haushaltsstrukturgesetz geplant sind. Allein 1,5 Mio. € monatlicher Personalmehrausgaben durch

das Nicht-In-Kraft-Treten des Sonderzahlungsgesetzes wären die Folge von fehlender Beschlussfassung. Deshalb bin ich Manfred Ruge - der, wie Sie wissen, nicht nur Oberbürgermeister in Erfurt ist, sondern auch stellvertretender Landesvorsitzender unserer Partei - sehr dankbar, dass er gestern Abend, am Vorabend dieser Haushaltsberatung, deutlich gesagt hat, seine Erfurter Kollegen und uns insgesamt aufgefordert hat, geschlossen diesem Haushalt zuzustimmen, weil es Erfurt und allen Kommunen in diesem Land gut tut.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Nichtverabschiedung des Haushalts und die nicht stattfindenden Einsparungen durch das Haushaltsstrukturgesetz verhindern nicht nur die fehlende Planungssicherheit bei den Kommunen, sondern verhindern auch Projekte für das Land, die nicht in Angriff genommen werden können. Deshalb war es sehr richtig, dass auch in dieser Woche die IHK in Thüringen noch mal deutlich gesagt hat, was es heißt, wenn kein Haushalt beschlossen wird. 30 Mio. Fördermittel werden blockiert und allein 172 Anträge auf Außenwirtschaftsförderung auf Halde gelegt. Die Wirtschaft fordert zu Recht eine zügige Verabschiedung dieses Haushalts.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur Gegenfinanzierung haben wir deshalb vorgeschlagen, dass von den 31,6 Mio. € in Höhe von 25 Mio. € im Personalbereich, etwa über Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnverzicht, eingesparte 1,6 Mio. € aus dem Kultusetat selbst für die Museen zugunsten umgeschichtet werden; 5 Mio. € aus dem Sozialhilfelastenausgleich zugunsten der zentralen Orte, weil wir meinen, dass die Harz IV tiefer greifend und in der Höhe, wie sie veranschlagt sind, nicht mehr notwendig sind. Ich will auch etwas zur Globalen Minderausgabe sagen. Die Globale Minderausgabe im Landeshaushalt von 178 Mio. € haben wir um 32 Mio. € reduziert. Davon sind Einsparungen in der Staatskanzlei, im Innen-, Justiz- und Finanzministerium vollständig erbracht worden. In den Ressorts Kultus, Soziales, Agrar und Bau ist die Lücke zum Großteil mit Einsparungen untersetzt. Hier besteht der entscheidende Unterschied zum finanzpolitischen Ansatz der Opposition, weil sämtliche Anträge der Opposition nicht ausreichen würden, um überhaupt die Globale Minderausgabe zu untersetzen. Selbst wenn in dem einen oder anderen Fall eine Mehreinnahme oder eine Minderausgabe im Verlauf des Haushaltsjahres tatsächlich erreicht würde, wie von Ihnen behauptet, müssten diese doch zuerst, weil das Haus ja systematisch richtig ist, zur Deckung der Globalen Minderausgabe herangezogen werden. Doch SPD und auch PDS haben sämtliche Einnahmeerwartun-

gen, die sie vermeintlich planen, und Einsparvorschläge allein für Mehrausgaben verplant. Diese müssen alle als Luftbuchung bezeichnet werden, denn solange die Globale Minderausgabe von 178 Mio. € nicht erwirtschaftet wird, führen Ihre beantragten Mehrausgaben ausschließlich zur Erhöhung der Nettoneuverschuldung, und das wollen wir nicht. Wir wollen

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das Schlimme ist doch, das es sie gibt.)

das nicht. Deshalb, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

war es richtig, dass die CDU-Fraktion ihr Recht als Parlamentarierfraktion wahrgenommen hat und einen Teil der Globalen Minderausgabe selbst untersetzt. Ich weiß, dass trotzdem immer noch 145 Mio. € Globale Minderausgaben nicht untersetzt sind. Wir wollen auch sagen, wir erwarten, dass im Vollzug des Haushalts die Erwirtschaftung erfolgt. Es wird schwer genug und die Minister haben da für den Rest des Jahres eine schwere Aufgabe vor sich. Ich bin überzeugt, dass der Mittelabfluss der letzten Jahre zeigt, dass dies möglich ist. Ich will was zu Ihren Vorschlägen sagen: Ich verstehe ja den Bundesvorsitzenden der Opposition und der SPD-Opposition hier, Franz Müntefering, der immer sagt, Opposition ist Mist. Ich weiß ja, dass Sie darunter leiden, gerade Sie, Herr Matschie, jetzt hier zu sein, kleinste Fraktion, dauernd von der PDS-Fraktion angemacht zu werden und eingemacht zu werden und mitmachen zu müssen,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

dass sie überhaupt noch stattfinden. Da haben Sie Recht, Opposition ist Mist. Aber trotzdem, auch Opposition hat doch eine Verantwortung für dieses Land. Sie haben doch auch eine Verantwortung für dieses Land.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Ach, Herr Mohring, so jung und schon so überheblich.)

Deshalb schauen Sie sich doch Ihre Vorschläge an. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sich darüber amüsieren, wie Sie im Wechsel in den Wettbewerb von Steuerschätzern eingetreten sind. Wir haben im letzten Haushalt ausführlich darüber gesprochen und am Ende hat die PDS ganz klein beigegeben, dass ihre Steuerschätzungsphilosophien nicht eingetreten sind. Jetzt haben wir gedacht, es ist gut, jetzt wird es seriös; nein, jetzt fängt die SPD

damit an und plant Steuermehrerlöse von 23 Mio. €. Ich frage mich, woher die kommen sollen, und vor allem frage ich mich,

(Unruhe bei der SPD)

wer hat das ausgerechnet? Wer hat das bei Ihnen ausgerechnet?

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das fragen wir uns bei Ihrem Haushalt auch, Herr Mohring.)

Dann heißt es jetzt, dass Sie sagen, Sie erreichen die Steuermehreinnahmen, weil es mehr Steuerprüfer gibt. Diese Philosophie bedarf näherer Erläuterungen. Träume und Wunschvorstellungen sind keine Basis für solide Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wie lange regieren Sie schon alleine?)

Ich will eines sagen, ich bin den Steuerprüfern in diesem Land dankbar, die arbeiten. Wenn ich mal daran erinnere, nicht nur, weil die auch für Mehrerlöse im Land sorgen, aber zum Beispiel auch weil meine Vorredner hier festgestellt haben, dass es gut ist, Steuerprüfungen zu machen und auch festzustellen, dass das richtig ist und darauf hinzuweisen, dass auch Parlamentarier hier Steuern zahlen müssen für alle Einkünfte, die sie auch so erzielen. Deshalb ist es gut und ich danke Steuerprüfern, dass es sie gibt, und ich hoffe, sie machen die Arbeit so gut, dass auch die Finanzministerin und der Finanzstaatssekretär ihre Freude daran haben.

Meine Damen und Herren, Ausgabenwünsche durch höhere Einnahmeerwartungen zu finanzieren ist ein einfacher Weg, aber er führt in die Irre. Selbst wenn man am nächsten Montag den Beschluss fassen würde, mehr Umsatzsteuerprüfer einzustellen, hätte man überhaupt nicht das Personal dafür, weil Steuerprüfer brauchen mehrjährige Berufserfahrung und Zusatzausbildung, bevor sie im Prüfdienst eingesetzt werden können und Ergebnisse erzielen. Es ist eine Milchmädchenrechnung, das Ergebnis eines Steuerprüfers einfach hochzurechnen und auf Steuermehreinnahmen zu hoffen. Die abzuschöpfende Steuermenge ist endlich. Auch das muss gesagt sein, wenn man vom Steuerbürger her denkt, die abzuschöpfende Steuermenge ist endlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dann haben Sie ja noch einen großen Strukturfehler in Ihren Beratungen, in Ihren Mehreinerwartungen, die Sie denken. Wenn wir

nämlich mehr Umsatzsteuern erzielen müssten, um überhaupt 16 Mio. für Thüringen zu erzielen, müssten aufgrund der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund, zwischen Land und den Kommunen die Steuerprüfer mindestens die doppelte Summe erheben. Die Auswirkungen auf die Kürzungen beim Länderfinanzausgleich sind da noch überhaupt nicht berücksichtigt. Sie verkennen selbst fachlich die Finanzströme im Länderfinanzausgleich, dass wir nicht alleinig der Einkommenserwarteter sind von Umsatzsteuern, sondern nur Anteile davon erzielen. Da muss man wissen, wenn man 16 Mio. € Umsatzsteuermehreinnahmen erwartet, dass es insgesamt viel mehr braucht, weil die Umsatzsteuer gerecht zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden muss. Deshalb unterstützen wir aber ausdrücklich, dass

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD: Ach, Herr Mohring, das wissen wir doch.)

Initiativen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs aufgegriffen werden. Sie wissen aber genau, dass Thüringen das nicht alleine kann und dafür braucht es auch bundeseinheitliche Regelungen.

Meine Damen und Herren, insgesamt plant die PDS Mehreinnahmen von 92 Mio. €. 48,5 Mio. € die SPD, wovon 31 Mio. € deckungsgleich sind. Träumen Sie weiter, das böse Erwachen bei Ihren Vorschlägen kommt schon im Mai bei der nächsten Steuerschätzung.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Sie haben doch unsere Anträge für Ihre Deckungsvorschläge verwendet.)

Ihre Träume enden in noch mehr Schulden. Die Wohltaten der Opposition an die Kommunen, die vermeintlichen Wohltaten, sind nicht gedeckt. Ich möchte mich auch auf Teile beschränken, die ich Ihnen sagen möchte, woher Sie angeblich Ihre Deckungsvorschläge beziehen. Die Kürzung bei den Zusatzversorgungssystemen - 42 Mio. € bei der PDS, 22 Mio. € bei der SPD - sind ein schlechter Witz, 42 wollen Sie kürzen, 22 wollen Sie kürzen. Dann verlangen Sie in jeder Haushaltsausschussberatung zum Haushalt die Ist-Listen. Wir haben Ihnen immer gesagt und vor allem Birgit Diezel vornweg, der alleinige Blick in die Ist-Listen reicht nicht aus. Weil Sie da gesehen und gewusst hätten, dass in der Ist-Liste die volle Jahresrate für 2004 nicht berücksichtigt ist und die Schlussrate im Dezember für 2004 noch in 2005 in diesem Haushaltsjahr geleistet werden muss. Dann hätten Sie auch erfahren, wenn Sie ordentlich nachgefragt hätten, dass im Bundeshaushalt insgesamt 2,9 Mrd. € für die Zusatzversorgung veranschlagt sind und der Thüringer Anteil daraus 310 Mio. € beträgt. Da wir ebenfalls ein wenig Hoffnung wenigstens da bei der Opposition teilen wollen und nicht

mit einem weiteren hohen Anstieg bei der Zusatzversorgung rechnen, ist die Summe der Ausgaben bei 288 Mio. € veranschlagt. Aber 22 Mio. € oder gar 42 Mio. € bei Ihnen zu kürzen, ist völlig unverantwortlich und schlägt fehl und ist auch nicht sachgerecht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dann wollen Sie bei Holzverkäufen 2,4 Mio. € erzielen. Da erinnere ich an die Diskussion zum Verkauf von Waldflächen im Zuge der Entschädigung der Fürstenhäuser. Was haben Sie sich da aufgespielt als Retter der Thüringer Wälder, da wurde von Mehrung des Waldbestandes geredet,

(Unruhe bei der PDS, SPD)

vom Verscherbeln von Landesvermögen haben Sie geredet aufgrund angeblich zu niedriger Verkaufspreise. Nichts hat sich bewahrheitet.

(Beifall bei der CDU)

Volker Sklenar hat es genau richtig gemacht, Volker Sklenar ist ein guter Minister in diesem Fachbereich. Er hat genau gewusst, wie das ausgeht.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Danke, Volker.)

Ja, da spielt sich Erfahrung wider, weil Volker Sklenar der älteste amtierende Fachminister ist

(Unruhe bei der PDS)

in Europa, der diese Aufgabe weiter wahrnimmt und auch in den nächsten Jahren noch weiter wahrnehmen wird. Aber das, was Sie wollen, ist doch entscheidend, Sie wollen Wohltaten verteilen, weil

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Sie kennen nicht mal den Unterschied zwischen Holzverkauf und Waldverkauf.)

Sie beim Holzeinschlag 12 Mio. € mehr erzielen wollen ohne Rücksicht auf den Nachhaltigkeitsgrundsatz und die gegenwärtig niedrigen Holzpreise. Sie wechseln Hemd und Maske, wie Sie es gerade brauchen.

(Heiterkeit bei der PDS)

Sie wollen den Industrietitel der LEG zugunsten der Kommunen um 6,4 Mio. € kürzen. Ich will es Ihnen sagen, Sie haben doch die Liste bekommen auf

Nachfrage, welche Projekte unersetzt sind. Was wollen Sie denn wegstreichen in den Wahlkreisen. Sie haben nicht so viele gewonnen, Sie haben gar keine gewonnen. Wir haben die meisten Wahlkreise gewonnen. Deswegen haben wir auch eine Verantwortung für die Wahlkreise. Was wollen Sie denn streichen? Ich zähle es Ihnen auf: in Zeulenroda das Gewerbegebiet, in Unterwellenborn beim Industrie- und Gewerbegebiet die Investition, bei Rositz, in Rudisleben im Industriegebiet, in Nordhausen den Hallenkomplex, der erweitert werden soll, in Ilmenau im Industriegebiet Vogelherd, in Artern Kyffhäuserhütte, Kölleda die große Investitionsfläche Kiebitzhöhe, in Gotha das Gewerbegebiet Ost und Südstraße, in Erfurt Südost das Industriezentrum, Ilmenau den Softwarepark in der Albert-Einstein-Straße, in Bad Blankenburg das Gewerbegebiet, in Langewiesen das Gewerbegebiet Folge 3, in Leinefelde Am Steinberg im Martinsfeld oder in Merkers die Anschlussbahn - was wollen Sie streichen? Hier

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:  
Eisenach fehlt noch.)

ist die Liste, was wollen Sie streichen, wenn Sie den Titel wegnehmen?

(Beifall bei der CDU)

Meinen Sie, dass keine Investitionen bei den Kommunen im Industriegebiet stattfinden? Auch das ist kommunales Geld und es ist wichtig, dass es stattfindet.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe es ja gesagt und dabei bleibe ich, das ist populistischer Budenzauber, was Sie uns hier angeboten haben an Haushaltsvorschlägen - populistischer Budenzauber ist das.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Hör auf!)

Meine Damen und Herren, dann wollen Sie, die SPD, 10,6 Mio. € aus Veräußerungen von Beteiligungen erzielen. Das ist ein weiteres Beispiel für inkonsequente Herangehensweise an finanzpolitische Zusammenhänge. Da, wo es Ihnen passt, wird die Ist-Liste herangezogen bei den Zusatzversorgungssystemen, und da, wo es Sinn macht, reinschauen zu müssen bei den Veräußerungstiteln, dann hätten Sie festgestellt, dass entgegen dem Ansatz vom letzten Jahr - 6 Mio. waren rund geplant -, 352.000 € erzielt wurden - 352.000 von 6 Mio. geplanten Einnahmetiteln. Dieses Jahr sind 7 Mio. geplant von Birgit Diezel, jetzt sagen Sie, die 7 Mio. reichen nicht aus, 15 Mio. packen wir drauf auf die Einnahmeerlöse. 300.000 im letzten Jahr erzielt, jetzt wollen Sie  $15 + 7 = 22$  Mio. € erzielen. Wie soll denn das funk-

tionieren. Dann haben Sie ja sogar noch eines vergessen, das wir schon in die Beschlussempfehlung formuliert haben,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Das war ein Selbsttor.)

dass die 15 Mio., wenn sie denn mehr kommen, an weiteren Zuweisungen für die freiwilligen Gebietszusammenschlüsse verwendet werden können. Sie können das Geld, was Sie Erlösen, nicht zweimal ausgeben. Es funktioniert nicht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb ist es wichtig, das, was wir hier vorgelegt haben mit den Änderungsanträgen, 200 Änderungsanträge zum Haushalt, mit dem Entschließungsantrag - 12 Punkte -, mit den Anträgen zum Haushaltsstrukturgesetz. Sie haben sich mit Ihren Anträgen disqualifiziert und es ist peinlich für diese Opposition, mit welcher finanzieller Kompetenz Sie diese Haushaltsberatung begleitet haben, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich will etwas ganz deutlich sagen, weil es wichtig ist und weil es auch zu diesen Haushaltsberatungen dazugehört. Wir sind am 13. Juni in die Verantwortung für dieses Land gewählt worden. Wir haben 45 Stimmen in diesem Haus und Sie können uns eines glauben: Wir sind uns dieser Verantwortung für dieses Land bewusst, weil es wichtig ist für diese Kommunen, was wir tun, weil es wichtig ist für diesen Freistaat, was wir tun. Ich will eines deutlich sagen, wir lassen uns bei dieser Verantwortungswahrnehmung nicht erpressen. Frau Präsidentin, ich will zum Schluss zwei, drei Beispiele nennen, weil ich die ansprechen möchte und mich schützend, wenn ich hier reden darf, vor meine Kollegen stellen möchte. Siegfried Jaschke wurde öffentlich kritisiert, er wird nicht mehr eingeladen und er darf nicht mehr an Veranstaltungen auf kommunaler Ebene teilnehmen. Christine Zitzmann wurde von einem Bürgermeister aus dem Rathaus geworfen, wenn sie so abstimmt wie sie hier abstimmt. Christian Köckert wird unterstellt, er will Oberbürgermeister in Eisenach werden. Annette Lehmann wird vorgeworfen, sie sei erpressbar, auch Thomas Kretschmer wird das vorgeworfen. Günter Grüner und Frau Holbe wird vorgeworfen, sie seien nicht verantwortlich für das Land, sie wären der Partei unterworfen. Bei mir wird gesagt, ich hätte kein schlechtes Gewissen für das, was wir tun. Nein, wir lassen uns nicht einzeln vereinnahmen, weil wir nur in der Gesamtheit, die wir hier sind, die Verantwortung wahrnehmen und wir werden es auch tun.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen ist das Gesamtpaket, was wir als CDU vorgeschlagen haben, dieser Dreiklang, die Änderungsanträge zum Haushalt, zum Haushaltsstrukturgesetz

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:  
Missklang, nicht Dreiklang.)

und der Entschließungsantrag in sich schlüssig und wichtig für dieses Land, weil es vorangehen muss in diesem Land, weil wir morgen mit Investitionen beginnen wollen, weil wir morgen mit Planungssicherheit beginnen wollen und weil wir dieses Land voranbringen wollen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Ich weiß jetzt nicht, ob es noch weitere Meldungen in der Generalaussprache seitens der Regierungsbank gibt. Das wird verneint. So rufe ich als letzten Redner vor der Mittagspause für die PDS-Fraktion den Abgeordneten Huster auf. Danach gehen wir dann in die Mittagspause.

**Abgeordneter Huster, PDS:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mohring, das war die übliche Rede von Ihnen. Ihr Haushalt sei ohne Alternative. Die Bundesregierung ist schuld. Die Opposition ist nicht fähig. Sie danken Dieter Hausold, Dieter Althaus.

(Heiterkeit im Hause)

Meine Damen und Herren, bei den beiden Namen ist das nicht der erste Zungenbrecher, der mir passiert. Sie danken Ihrem Ministerpräsidenten und Sie paaren das mit den üblichen Beschimpfungen gegen die beiden Oppositionsfraktionen. Mehr war Ihre Rede in der Substanz nicht, Herr Mohring.

(Beifall bei der PDS)

Ich habe auch nicht vor, mich länger damit auseinander zu setzen, sondern möchte aus meiner Sicht zum Landeshaushalt reden und zu den Auswirkungen auf die Kommunen, über das letztlich, worüber wir heute zu befinden haben. In diesem Zusammenhang ist dieser Tag heute bzw. die Abstimmung morgen schon als Schicksalstag für die Thüringer Kommunen zu bezeichnen. Die 88 Abgeordneten haben heute darüber zu entscheiden, ob unsere Gemeinden, Kreise und Städte in 2005 irreparable Schäden in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Substanz hinnehmen müssen oder ob das Land Thüringen seiner verfassungsmäßigen Verantwortung doch noch nachkommt. Diese Landesregierung greift mit diesem Landeshaushalt das Grundfundament unseres Landes an und das sind die Kommunen. Nicht unerwähnt möchte ich an dieser Stelle lassen, dass vieles unter den geplanten Kürzungen zu Bruch gehen wird, wofür sich auch und gerade CDU-Abgeordnete in den letzten Jahren eingesetzt haben. Ich denke an die Jugendpauschale, Herr Panse, ich denke an die Museen, Herr Schwäblein, und ich denke auch an die Kommunalfinanzierung generell, Herr Fiedler. Es wird für den überwiegenden Teil der Thüringer Gemeinden und Kreise überhaupt nicht möglich sein, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Das allein ist problematisch. Bedenkt man, dass dieser Landeshaushalt sehr spät verabschiedet wird, kommt ein weiteres Problem hinzu. Und drittens, dieser Umgang mit dem Etat in den letzten Wochen macht deutlich, dass die Kommunen in Zukunft zu Bittstellern des Landes werden. Begründet wird dies mit der angeblich neuen Situation, dass kein Geld mehr da sei. Meine Damen und Herren, diese Ausgangsthese ist grundfalsch, denn eigentlich ist Geld genug da in diesem Land, nur mit der Verteilung stimmt es nicht.

(Beifall bei der PDS)

Die dazugehörige Seite ist natürlich auch die zunehmende Armut des Staates, in dem Fall dann auch die Armut des Freistaats Thüringen. Ein Konzept der Landesregierung ist mit diesem Haushalt nicht erkennbar, im Gegenteil, Sie agieren planlos, konzeptionslos und zunehmend anstandslos.

(Beifall bei der PDS)

Ihre Streichorgie bei den Thüringer Kommunen und bei freien Trägern im Land wird ein bisher beispielloses Wegbrechen gewachsener Strukturen zur Folge haben. Sicher sind wir uns einig, dass die kommunale Haushaltssituation im Mittelpunkt der diesjährigen Haushaltsdebatte steht und stand. Allerdings darf niemand hier im Hause vergessen, dass dieser Landeshaushalt auch ein Haushalt des Sozial- und Bildungsabbaus ist, dass er natürlich zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in vielen Bereichen führen wird, dass er bei der Forschung kürzt, obwohl immer behauptet wird, Forschungsinvestition sei Zukunftsinvestition. Natürlich wird dieser Landeshaushalt die Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen zur Folge haben, die Verschlechterung von Beratungs- und Betreuungsleistungen für die Bevölkerung und natürlich auch, und das vergisst Herr Mohring immer wieder, dieser Landeshaushalt wird auch eine rapide sinkende Investitionstätigkeit in den Kommunen zur Folge haben. Es wird zu wirtschaftsfeindlichen Erhöhungen von Gebühren und Beiträgen führen und damit insgesamt na-

türlich nicht zur Stärkung der Binnennachfrage, sondern zur Schwächung. Aufgrund Ihres Landeshaushalts wird sich der Kreislauf nach unten natürlich eher beschleunigen, denn umgekehrt werden. All dies, meine Damen und Herren, werden Sie zu verantworten haben, wenn es nicht doch noch zu substanziellen Änderungen kommt. Im Entschließungsantrag der CDU in den Punkten 10 bis 12 wird suggeriert, dass sich die Finanzlage verbessern könnte, aber in der Substanz ist es so, dass es 2005 auch bei Annahme Ihres Entschließungsantrags für die Kommunen überhaupt nicht mehr Geld gibt, sondern für 2006 nur das angemahnt wird, was der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung am 09.09.2004 schon angekündigt hat.

Meine Damen und Herren, Sie können das Schlimmste heute verhindern. Auf die drei gemeinsamen Anträge von SPD und PDS im Gesamtvolumen von 31 Mio. € wurde schon abgehoben.

Meine Damen und Herren, Herr Mohring hat sich noch einmal zur Steuerpolitik generell, zur Steuerquote geäußert. In dem Zusammenhang wird auch immer behauptet, dass die Kürzungen im Haushalt alternativlos sind. Es wird so getan, als ob es sich bei den leeren Kassen um ein Naturgesetz handeln würde. Ich meine, dass Sie den Menschen Sand in die Augen streuen und bewusst täuschen. Ich möchte jetzt nicht auf die Bundespolitik gehen, sondern ich möchte zu Ihrer eigenen Mittelfristigen Finanzplanung sprechen, die ja diese Landesregierung hier mit vorgelegt hat. Die Landesregierung erhofft in dieser Mittelfristigen Finanzplanung jährliche Steuermehreinnahmen von 200 Mio. € und will in demselben Maße die Nettoneuverschuldung abbauen. Aufgrund der erwarteten Zuwächse bei den Steuereinnahmen wird die jährliche Steigerung der kommunalen Finanzausweisungen erwartet und dies soll dazu führen, dass die Kommunen im Jahr 2008 höhere Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten sollen als im Jahr 2004.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Landesregierung, Ihre eigene Finanzplanung widerlegt damit eigentlich die Notwendigkeit dieses Crashkurses im Jahr 2005 und spricht darüber hinaus für Ihre Konzeptionslosigkeit.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Es macht keinen Sinn, im Jahr 2005 die Kommunen einerseits in die Handlungsunfähigkeit zu treiben und Strukturen zu zerstören, wenn man in den Folgejahren höhere Zuweisungen erwartet. Wenn dem so ist und wenn Sie Ihrer eigenen Finanzplanung glauben, bedarf es dieser Zerstörungswut nicht im Jahr 2005, meine Damen und Herren. Ich behaupte, Sie haben keinen Weg mit den Kommunen

gefunden, weil Sie wirklich keinen Weg finden wollen. Das ist, glaube ich, die ganze Wahrheit.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, zu dieser unsäglichen Politik gibt es Alternativen.

Erstens: Sie beginnen mit einer gerechteren Steuerpolitik, die den nach wie vor wachsenden Reichtum in Deutschland besser verteilt, damit im Übrigen auch Artikel 14 des Grundgesetzes tatsächlich und unter veränderten Bedingungen Rechnung trägt und auch volkswirtschaftlich vernünftiger ist und darüber hinaus zu den dringend benötigten stabileren Einnahmen in Thüringen führt. Ich will an dieser Stelle noch einmal bemerken, die Senkung des Spitzensteuersatzes zum 01.01.2005 war CDU-Programm. Sie fordern heute noch weitere Entlastung der Großwirtschaft an der einen Stelle und eine Entlastung der Spitzenverdiener an anderer Stelle. Wenn Sie das machen, das können Sie ja machen, aber dann müssen Sie auch ehrlicherwise sagen, dass die Entlastung beim Spitzensteuersatz zum 01.01.2005 über die Verteilungsmechanismen in diesem Jahr zu ca. 100 Mio. € weniger an Steuereinnahmen im Thüringer Landeshaushalt führt. Ein Teil dieser Kürzungen im Landeshaushalt begründet sich aus dieser unsäglichen Politik.

Zweitens, meine Damen und Herren, würden Alternativen mit einem gründlichen Kassensturz in Thüringen beginnen, der endlich alle Verbindlichkeiten der letzten Jahre offenlegt.

(Beifall bei der PDS)

Wir brauchen einen Kassensturz, der in etwa das enthält, was wir in unserem Entschließungsantrag formuliert haben. Darüber brauchen wir natürlich auch einen Kassensturz, der schonungslos abrechnet mit millionenschweren Fehlinvestitionen, die vermutlich der Wachstumsideologie geschuldet, auch mit dazu geführt haben, dass Thüringen heute in einer schwierigen Finanzlage ist. Im Übrigen, die Kollegen der CDU können nicht sagen, sie hätten von der katastrophalen Finanzlage des Landes nichts gewusst. Sie müssten ehrlicherwise sagen, sie wollten es nicht wissen, denn sonst hätten sie den Anträgen der PDS auf einen gründlichen Kassensturz in den letzten zwei Jahren nicht beharrlich ihre Zustimmung verweigert.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte Ihnen für Versäumnisse, für zumindest fragliche Investitionen ein Beispiel nennen. Wenn ab dem Jahr 2005 noch insgesamt 176 Mio. € für den schon erfolgten Ausbau des Erfurter Flughafens zu

zahlen sind aus dem Landeshaushalt und darüber hinaus noch jede einzelne Linie mit Beträgen in Millionenhöhe pro Jahr zu subventionieren ist, dann ist doch klar, dass hier offensichtlich Erwartungen der 90er-Jahre nicht erfüllt wurden, um das mal moderat auszudrücken.

Meine Damen und Herren, das Beispiel zeigt, dass Fehler der Vergangenheit das Land Thüringen heute sehr, sehr teuer zu stehen zu kommen und dass die CDU alles andere als verantwortlich mit Geld umgehen kann.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, Alternativen zu dieser katastrophalen Ausgabenpolitik würden drittens damit beginnen, und das haben die Vorredner schon zum Teil mit aufgegriffen, dass man sich auf die Erfordernisse des nächsten Jahrzehnts einstellt und Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen aufbaut, die effizient, bürgernah und nachhaltig wirken. Ein entsprechendes Angebot seitens der PDS liegt der Landesregierung vor. Herr Mohring, es ist auch völlig falsch, was Sie vorhin behauptet haben. Wir haben uns auf einem Parteitag in Lobenstein mit dieser Problematik beschäftigt. Wir werden im April einen extra Parteitag dazu machen. Ich möchte Sie mal erleben, dass Sie sich mit diesem Thema so intensiv auseinander setzen. Auch wenn Sie es jetzt abstreiten, Sie werden sich mit diesem Thema genauso intensiv auseinander setzen müssen, weil wir auf diesem Feld nicht noch fünf Jahre in Thüringen verlieren dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der PDS)

Rufen wir uns in Erinnerung: Das Haushaltsjahr 2003 schloss die Landesregierung mit einem Defizit von ca. 120 Mio. € ab. Meine Interpretation ist, dass ein Teil dieses Defizits nicht nur zu Stande gekommen ist, weil sich Externe vielleicht geirrt haben und weil es Streit mit der EU gab, sondern auch, weil Sie vor der Wahl nicht die Wahrheit gesagt haben, weil Sie schlecht gewirtschaftet haben, weil Sie zum Teil das Geld zum Fenster hinausgeschmissen haben - immer nach dem Prinzip Hoffnung -, beim Stichwort "Mittelfristige Finanzplanung" so getan haben, als wird das schon irgendwie, in diesem Fall, es wird schon irgendwie nach der Wahl. Jetzt ist nach der Wahl und die Kommunen müssen diese Zeche bezahlen. Das finde ich übrigens den eigentlichen Skandal dieses Haushaltsentwurfs, meine Damen und Herren, auch wenn Sie das als Schwachsinn bezeichnen mögen.

Die PDS-Fraktion will diese Kürzungen nicht. Wir sind der Überzeugung, dass diese Kürzungen auch in einer angespannten Haushaltslage vermieden wer-

den könnten und vermieden werden müssen. Das war in der diesjährigen Haushaltsberatung unsere Priorität. Wir wissen, dass die von uns vorgeschlagenen Deckungen auch in anderen Bereichen zu Engpässen führen würden, natürlich. Ansonsten wäre es ja ganz leicht, 200 Mio. € aus dem Landeshaushalt einfach von der einen auf die andere Stelle zu schieben. Das ist es natürlich nicht. Aber wir wollten die Priorität setzen, dass die Kommunen in diesem Jahr am Leben erhalten werden müssen. Da müssen dann andere Bereiche zurückstehen. Deshalb haben wir 24 Anträge für den Kommunalen Finanzausgleich mit einem Mittelvolumen von jetzt noch 127,4 Mio. € gestellt, darunter die drei gemeinsamen Anträge mit der SPD. In einem zweiten Teil haben wir 16 Änderungsanträge mit einem Mittelvolumen von insgesamt 18,9 Mio. € gestellt, die vor allem den Erhalt der sozialen und kulturellen Infrastruktur des Landes vorsehen. Dazu gehören unter anderem: Keine Kürzung bei der Jugendpauschale, weil wir das gesellschaftspolitisch für ein verheerendes Zeichen halten; keine Kürzung bei den Zuschüssen für die Erwachsenenbildung; keine Kürzung im Landesjugendförderplan, damit Stärkung auch der politischen und kulturellen Jugendarbeit; keine Kürzungen im Gesundheitsbereich, bei den Beratungsstellen und Betreuungsleistungen für die Bevölkerung; Rücknahme der falschen Kürzungen bei den Forschungsinstituten und bei der Verbundforschung; mehr Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik, weil wir auch hier die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entlassen wollen. Viele dieser avisierten Kürzungen werden zusammen mit den Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich bei den allgemeinen Finanzausweisungen doppelte negative Effekte in den Kommunen haben. Deshalb trifft alles das, was ich jetzt hier genannt habe, wenn es gekürzt wird, die Kommunen und damit die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes doppelt. Meine Damen und Herren, diese Verantwortung haben Sie.

Unsere Anträge, meine Damen und Herren, würden nebenbei zu einer Steigerung der Investitionsquote führen. Kürzungen bei einzelnen Investitionen in Höhe von ca. 37 Mio. € stünden Erhöhungen vor allem der kommunalen Investitionskraft in Höhe von 58 Mio. € gegenüber. Ich glaube, dass die kommunalen Investitionen die sinnvollsten Investitionen sind, die es in der jetzigen Wirtschaftslage überhaupt geben kann. Diesem Anspruch fühlen wir uns verpflichtet. Bei der Deckung der Anträge leiten uns folgende Prinzipien:

Erstens: Geplante Mehrausgaben der Landesregierung gegenüber 2004 dürfen nicht oder nur teilweise umgesetzt werden. Es ist nicht zu verstehen und zu akzeptieren, dass einzelne Bereiche weitere hohe Zuwächse verzeichnen sollen, während andere Bereiche, die kommunalen, elementar ins Aus ge-

schickt werden. Damit meine ich an dieser Stelle, Frau Finanzministerin Diezel, nicht diejenigen, die aufgrund gesetzlicher Rahmenbedingungen objektiv steigen werden. Wenn Sie das genau betrachtet haben, werden Sie gesehen haben, dass wir unsere entsprechenden Bürgerschaftsanträge herausgenommen haben. Wir haben bei den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen den Ansatz der SPD gewählt. Das heißt, wir haben hier auch Argumente aufgegriffen. Es geht um Bereiche, wo Sie Aufwächse planen aus Sicht der Landesregierung. Ein Beispiel will ich nennen, es sind die Landesgesellschaften. Natürlich, wir haben nie behauptet, dass bei den Landesgesellschaften diese Schritte nicht auch schmerzhaft sind, wir setzen nur die Priorität anders. Das ist die ganze Wahrheit.

Dazu kommt zweitens die bewusste Verringerung von Ausgabeposten - das ist hier auch ebenso der Fall -;

drittens die Erhöhung einzelner Einnahmepositionen.

Das Beispiel Gewerbesteuerumlage ist unseres Erachtens objektiv und das haben Sie auch in der Ausschussberatung nicht entkräften können. Das alles stellen wir dar ohne eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung, wenngleich wir diese Option zu einem frühen Zeitpunkt im Januar öffentlich diskutiert haben; um deutlich zu machen, wir wollen die Kommunen in diesem Jahr nicht im Regen stehen lassen. Aus unserer Sicht konkurrieren hier zwei Verfassungsgrundsätze, die es miteinander abzuwägen gilt. Letztlich sind unsere Anträge ohne Erhöhung der Nettoneuverschuldung finanziert.

Meine Damen und Herren, ich will noch ein paar Worte zum Umgang mit diesem Landeshaushalt sagen, Herr Mohring hat es ja auch angesprochen. Dieser Umgang mit dem Landeshaushalt hat das Klima in Thüringen vergiftet. Wir haben uns ja schon des Öfteren auch hier im Haus über den Umgang der Mehrheitsfraktion mit der Opposition beklagt. Ich meine, dass sich seit 2004 ein üblerer Umgang mit dem Parlament und mit den Betroffenen etabliert hat, was ich sehr bedaure. Es wäre auch nicht nötig, denn es wurde darauf hingewiesen, es gibt in Thüringen eine positive Bereitschaft zur Veränderung, zur Entwicklung von Konzepten, zur Überprüfung von Kostenstrukturen und von Aufgaben. Ich meine sogar, Bereitschaft, sicher vereinzelter, festzustellen, Kürzungen grundsätzlich mitzutragen und sich darauf langfristig einzustellen, und das sowohl von den kommunalen Spitzenverbänden, von den Gewerkschaften, von den freien Trägern und den Wohlfahrtsverbänden. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass ohne den Willen und die Mühe dieser Beteiligten in Thüringen niemals das hätte aufgebaut werden können, was aufgebaut wurde. Es hätten niemals so viele

staatliche Aufgaben gut und effektiv erfüllt werden können. Es hätten auch nicht so viele Arbeitsplätze in diesen Bereichen geschaffen werden können. Wir brauchen diese Akteure und wir wissen um ihre Bereitschaft, sich auch auf Veränderungen einzulassen.

Die Landesregierung und maßgebliche Akteure der CDU-Fraktion haben diese Bereitschaft mit Füßen getreten. Es ist meines Wissens neu, dass die kommunalen Spitzenverbände nicht mehr mündlich angehört werden bei Dingen, die sie so unmittelbar und so nachhaltig betreffen. Dass das dann für Unmut sorgt, ist natürlich verständlich. Zur demokratischen Kultur gehört der Austausch von Argumenten. Deshalb wollte die PDS im Haushaltsausschuss die mündliche Anhörung, die auch den Mitgliedern aller Fraktionen die Möglichkeit gegeben hätte, im Gespräch sowohl die Argumente der Landesregierung als auch die der kommunalen Spitzenverbände zu prüfen und miteinander zu gewichten. Ich habe nur die Erklärung für die Verweigerung der CDU, dass die Argumente des Gemeinde- und Städtebundes und des Landkreistages einfach nicht zu widerlegen waren, Herr Mohring.

Meine Damen und Herren, Ihr Stil sagt auch sehr viel über Ihre inhaltliche Unsicherheit aus. Auch die letzte Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses ist meiner Meinung nach Beleg. Herr Mohring, Sie können so viel Presseerklärungen abgeben wie Sie möchten, das, was sich letzten Donnerstag im Haushaltsausschuss abgespielt hat, ist mit demokratischen Grundsätzen und dem Usus hier im Haus eigentlich nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wenn für Sie Demokratie die Diktatur einer Mehrheit ist, dann meine ich, dass Sie abenteuerlich den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger verkennen, dass Parteien, die gewählt worden sind, verantwortungsvoll sowohl mit Mehrheiten als auch mit Minderheiten umgehen. Ich meine, dass mit demokratischer Kultur Ihr Vorgehen im Haushaltsausschuss überhaupt nichts zu tun hat. Da ist schon eher Willkür der richtige Begriff für das Ganze, was sich da abgespielt hat.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Landeshaushalt, den wir zu beschließen haben, ist weder zukunftsfähig noch ist er konzeptionell gedacht. Er steht zum Teil in erheblichen Dingen im Widerspruch zu den Ankündigungen des Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung. Von der beabsichtigten Stärkung der zentralen Orte beispielsweise ist im Haushalt 2005 nichts übrig geblieben. Daran ändert auch Ihr Entschließungsantrag nichts. Ich interpretiere das so, dass Sie schlichtweg kein

vernünftiges Konzept haben. Sie zerschlagen in diesem Jahr kommunale Strukturen und das völlig ohne Sinn. Ich kann Sie nur auffordern, die Kollegen insbesondere der CDU, auch im Namen natürlich meiner Fraktion, diesen verhängnisvollen Entwurf des Landeshaushalts in den benannten Punkten zugunsten der Kommunen und zugunsten vieler freier Träger hier im Land doch noch zu korrigieren. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS, SPD)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Ich hatte es vorhin schon angekündigt. Es liegt übrigens auch keine weitere Wortmeldung vor. Es wären auch insgesamt nur noch fünf Minuten Redezeit, wovon 20 Prozent dieser die SPD und 80 Prozent die PDS-Fraktion beanspruchen könnte. Ich glaube, ich kann die Generalaussprache schließen. Wir gehen in die Mittagspause bis 14 Uhr und beginnen dann mit der Aussprache zu den Einzelplänen.

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fortsetzung der Sitzung war für 14.00 Uhr anberaumt. Wir treten jetzt ein in die Aussprache zu den Einzelplänen und zusammengefassten Komplexen. Wir kommen zum ersten Komplex Einzelplan 02 - Staatskanzlei. Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen: CDU 18 Minuten, PDS 13 Minuten, SPD 9 Minuten. Nach fünf Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich entsprechend die Redezeit jeder Fraktion gemäß § 29 Abs. 4 Geschäftsordnung.

Ich rufe auf den **Einzelplan 02 - Staatskanzlei**.

Als erster Redner hat sich gemeldet Abgeordneter Döring, SPD-Fraktion.

#### **Abgeordneter Döring, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, "Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen." heißt es in dem Band "Die Untergegangenen und Geretteten" des italienischen Schriftstellers und Auschwitzüberlebenden Primo Levi. In diesem nur auf den ersten Blick banalen Satz

(Zwischenruf Abg. Krauße, CDU:  
Oh, ein Schöngest.)

steckt im Kern die Begründung für all unsere Bemühungen um historische Bildung in der Demokratie. Primo Levi wusste um den Verlust zivilisatorischer Sicherheit. Wie fragil unser demokratisches System auch heute, 60 Jahre nach der Befreiung von Ausch-

witz, ist, zeigen die Ergebnisse des Thüringen-Monitors. Niemand sollte sich beruhigt zurücklehnen, wenn der aktuelle Thüringen-Monitor keine nennenswerten Veränderungen gegenüber den Vorjahren feststellt.

Meine Damen und Herren, denn das heißt zugleich, es gibt in Thüringen ein stabiles rechtsextremes Einstellungspotenzial von 22,8 Prozent. Dabei muss uns besonders nachdenklich machen, dass sich der Anteil rechtsextrem Eingestellter unter den 18- bis 24-Jährigen auf 23 Prozent mehr als verdoppelt hat.

Meine Damen und Herren, viele Thüringer leben in einer Welt fremdenfeindlicher Phantasien, wenn 56 Prozent von ihnen die Bundesrepublik für in gefährlichem Maß überfremdet halten und 57 Prozent eine Ausnutzung des Sozialstaats durch Ausländer unterstellen. 20 Prozent der Thüringer attestieren gar dem Nationalsozialismus gute Seiten und 18 Prozent sehen in einer rechten Diktatur die bessere Staatsform. Auch wenn wir wissen, dass nur wenige Thüringer in rechtsextremen Parteien aktiv sind, diese Parteien verfügen auch in Thüringen über ein beachtliches Reservoir, das gegebenenfalls mobilisiert werden könnte.

Unabhängig von der Frage des Wahlerfolgs solcher Parteien prägen und beschädigen solche fremdenfeindlichen Einstellungen die politische Kultur in unserem Land. Diese Stabilität rechtsextremer Orientierungen, wie sie im Vergleich des Thüringen-Monitors festzustellen sind, sind auch das Ergebnis der Untätigkeit der Landesregierung. Den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus werden keine Komplementärmittel zur Verfügung gestellt. Wir haben das schon wiederholt hier im Haus debattiert. Die freien Träger werden durch Kürzungen an den Rand der Insolvenz gebracht. Von der Landeszentrale wurden ausweislich ihres Jahresberichts, hier ist das definitiv nachzulesen, die Mittel im Verlauf des letzten Jahres im Rahmen des Haushaltsvollzugs um knapp 29 Prozent gekürzt. Auf diesem niedrigen Niveau sollen die Landeszuweisungen auch 2005 stagnieren. De facto spiegelt aber der Haushaltsansatz schon lange nicht mehr die realen zur Verfügung stehenden Mittel wider. Denn angesichts noch ausstehender Haushaltssperren bedeutet schon eine formelle Mittelstagnation eine verdeckte Mittelkürzung. Schon jetzt hat die Landeszentrale in ihrem Kuratorium angekündigt, keine Förderungen mehr vorzunehmen und nur noch in Ausnahmefällen für Kooperationsveranstaltungen Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies trifft gerade die schon gebeutelten freien Träger, denen neben ihrer eigenen Mittelkürzung ein weiterer Zuwendungsgeber verloren geht.

Meine Damen und Herren, zugleich aber erlauben wir uns eine Koordinierungsstelle Gewaltprävention,

die über keine Sachmittel verfügt, jedoch immense Personalkosten verursacht, und für die Verwaltung dieses Nichtkönnens auch in Zeiten knapper Kassen schon einmal gut dotierte Beförderungen ausgesprochen werden.

"Meine Damen und Herren, die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voraus, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. Sie zu begründen hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug." So beginnt das große Essay "Erziehung nach Auschwitz" von Theodor W. Adorno, der gerade vor wenigen Wochen anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz vielfach zitiert wurde. Ich zitiere weiter aus diesem nach wie vor brandaktuellen Text, der ein bildungspolitisches Programm entwickelt. "Spreche ich von der Erziehung nach Auschwitz, so meine ich zwei Bereiche: einmal Erziehung in der Kindheit, zumal der frühen, dann allgemeine Aufklärung, die ein geistiges, kulturelles und gesellschaftliches Klima schafft, das eine Wiederholung nicht zulässt, ein Klima also, in dem die Motive, die zu dem Grauen geführt haben, einigermaßen bewusst werden." Vor dem eben skizzierten Problemhintergrund brauchen wir eine demokratische Bildungsoffensive. Wir brauchen eine politische Bildung im Sinne der von Adorno postulierten allgemeinen Aufklärung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat kürzlich in diesem Hause anlässlich seiner Regierungserklärung zum aktuellen Thüringen-Monitor mit Recht auf die Erinnerung an die Landeszentrale für politische Bildung hingewiesen. In Kooperation mit den Thüringer Gedenkstätten bietet die Landeszentrale seit mehreren Jahren mit großem Erfolg Projektstage an, die es Jugendlichen ermöglichen, sich eigenständig mit Aspekten des NS-Systems zu beschäftigen und die Fragen ihrer Generation an die Geschichte zu stellen. Solche wichtigen pädagogischen Innovationen müssen auch und gerade in Zeiten knapper Kassen erhalten werden. Schon im vergangenen Jahr konnten durch die Landeszentrale zahlreiche Projekte Thüringer Schulen an KZ-Gedenkstätten nicht mehr bewilligt werden. Wer nicht vor allen Haushaltssperren sein Projekt schon geplant hatte, fiel unten durch. Wir alle wissen, dass unsere Lehrer in Schul- und nicht in Haushaltsjahren ihre Projekte planen.

Gegenüber dem Ansatz 2004 werden auch im Bereich der historischen politischen Bildung zum Nationalsozialismus die Mittel um ca. 15 Prozent gekürzt. Dabei sind kommende Haushaltssperren nicht eingerechnet. Im aktuellen Halbjahresprogramm fin-

den sich gerade mal zwei Ein-Tages-Veranstaltungen zum Rechtsextremismus, während früher mehrere Seminare für unterschiedliche Berufsgruppen angeboten wurden. Derartige Kürzungen sind kurzfristig und dumm, wie das sächsische Beispiel lehrt. Jeder Euro, der heute in Sachsen für internationale Imagekampagne ausgegeben werden muss, wäre sinnvoller in präventiven Bildungsprogrammen gegen Rechts ausgegeben worden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, wiederholt haben die Kollegen der CDU-Fraktion, jüngst in der Monitor-Debatte, auch auf die Gefahr der Verklärung der DDR hingewiesen. Doch sie lehnen selbst kleinste Summen ab, wenn es darum geht, diesen Schwerpunkt in der Landeszentrale für politische Bildung zu stärken. Das haben wir mit unseren Änderungsanträgen im Haushalts- und Finanzausschuss erleben müssen.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion lehnt die Kürzungen im Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung ab. Was wir brauchen, sind keine Sonntagsreden, sondern konkrete Taten. Wer wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU, heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen. Danke.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Das Wort hat Abgeordnete Berninger, PDS-Fraktion.

#### **Abgeordnete Berninger, PDS:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, mit unserem Änderungsantrag zum Einzelplan 02 Kapitel 2 beantragen wir die Bereitstellung von 50.000 € zur Förderung des Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V. Die Ergebnisse des Thüringen-Monitors, nach denen mehr als die Hälfte der Befragten rassistischen Statements zustimmen, und fast 23 Prozent eine rechtsextreme Weltanschauung offenbaren, machen die Notwendigkeit einer nachhaltigen und in die Breite wirkenden Auseinandersetzung mit Ideologien von rechts und deren Wirkungsmechanismen mehr als deutlich. Daneben wächst insbesondere im Jugendbereich und dort, wo staatliche Angebote der Jugendarbeit, des Sports, der Breitenkultur und sonstige kostenfreie Freizeitangebote eingestellt werden, der Einfluss rechtsextremer Kultur, beobachten wir einen erheblichen Zulauf bei NPD und unabhängigen rechtsextremen Organisationen.

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen richtet sich mit seinem Angebot seit drei Jahren landesweit an jene, die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren. Es berät, es unterstützt und es fördert bürgerschaftliches Engagement in Kommunen, in Einrichtungen und in Gremien. Allein im vergangenen Jahr hat MOBIT zahlreiche zivilgesellschaftliche Aktivitäten professionell unterstützt und begleitet, z.B. den Protest eines Bürgerbündnisses in Saalfeld, wo im Mai ein von der NPD-Jugendorganisation organisierter so genannter nationaler Jugendtag stattfand, der durch ein von der Saalfelder Initiative mit der Unterstützung von MOBIT organisiertes buntes Bürgerfest auf dem Saalfelder Markt erfolgreich an den Rand gedrängt werden konnte,

(Beifall bei der PDS)

oder die Gegenveranstaltung gegen verschiedene Aufmärsche in Gotha gemeinsam mit dem Gothaer Aktionsbündnis gegen Rechts oder die Entwicklung kontinuierlicher Gegenaktivitäten gegen eine sich in der südthüringischen Stadt Schleusingen etablierende Szene von Rechtsextremisten. Inzwischen entwickelt MOBIT gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kommune in Schleusingen ein längerfristig angelegtes Konzept zur Zurückdrängung der dortigen rechtsextremen Dominanzbestrebungen. MOBIT veranstaltete landesweit in den letzten Jahren zahlreiche Fachtagungen, Konferenzen und Seminare im Bereich Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft, zu Hintergründen, Erscheinungsformen und Strukturen der extremen Rechten, jüngst im Oktober in Gotha, gemeinsam mit dem Jugendverband Naturfreundejugend.

Die Mitarbeiter des Mobilen Beratungsteams sind in Thüringen sehr viel gefragte Ansprechpartner, überall dort, wo es Probleme mit der aktuellen Entwicklung der Rechten gibt. Sie werden von Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen und Verbänden als Referenten eingeladen, und zwar, um Möglichkeiten präventiven Engagements gegen Rechtsextremismus und Möglichkeiten der Rückdrängung rechtsextremistischer Ideologie- und Strukturbildungen vorzustellen und mit Blick auf die Möglichkeiten vor Ort zu entwickeln und zu stärken.

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V. ist die einzige landesweit tätige Einrichtung, die sich die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, die Unterstützung und Entwicklung langfristiger alternativer politischer und kultureller Konzepte gegen das Erstarken des Rechtsextremismus zur Aufgabe gemacht hat. Nicht nur aus politisch aktuellem Anlass wäre es absolut bedenklich, dass der Freistaat Thüringen das einzige neue Bundesland in der Bundesrepublik ist, welches keine Ko-

finanzierung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus bereitstellt. Es wäre gerade auch mit Bezug zu den erneut erschreckenden Ergebnissen des Thüringen-Monitors von diesem hohen Haus das gesellschaftspolitisch falsche Signal, das völlig falsche Signal, dieser so wichtigen Einrichtung MOBIT die Kofinanzierung zu verweigern.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Pelke:**

Danke, das Wort hat der Abgeordnete Bergemann, CDU-Fraktion:

**Abgeordneter Bergemann, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Einzelplan 02, 17 Mio. € - ein kleiner Etat, das sind 0,19 Prozent des Gesamthaushalts. Wir haben Änderungsanträge von der SPD und PDS vorliegen. Herr Kollege Döring, wir sind uns einig, die Landeszentrale für politische Bildung ist auch für uns alle ein hohes Gut, aber alle müssen sparen - ausnahmslos. Wenn man mal hineinschaut, wenn man auch mal einen Blick in andere Länder wirft, in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sind die Mittelansätze gekürzt worden. Niedersachsen hat die Landeszentrale abgeschafft - schwierige Entscheidung. Es ist natürlich völlig klar, dass auch die Landeszentrale in Thüringen in der Vergangenheit mit anderen Partnern kooperiert hat. Das begrüßen wir sehr, weil das auch neue Finanzierungsquellen erschlossen hat. Man muss auch da überlegen, wo kann man neue Wege gehen. Ich könnte mir durchaus auch vorstellen, dass man mal darüber nachdenkt, ob man alle Veröffentlichungen, alle Publikationen grundsätzlich kostenlos abgibt, ob das nicht vielleicht auch ein Stück an der Stelle Sparpotenzial sein könnte. Darüber sollte man einfach mal nachdenken. Aber die Deckungsvorschläge, die auch mit der PDS konform gehen, sind aus dem Titel 531 73 - Veröffentlichungen.

Meine Damen und Herren, das Procedere haben wir das letzte Mal schon erlebt. Ich finde das schon ein bisschen schwierig, wenn man mal hinschaut, was die Summe insgesamt ausmacht. Wenn man Ihnen beiden zustimmen würde, würden 534.000 oder 537.000 € herauskommen - so viel sind überhaupt nicht in dem Titel drin, der ist nur mit 470.000 € angegeben, geschweige denn, was über Globale Minderausgaben möglicherweise noch abgezogen werden muss. Also, das kann schon von vornherein nicht aufgehen. Wir verlangen auf der einen Seite Kontaktpflege in der Landesvertretung Berlin. Landesvertretung Berlin, ein Schaufenster Thüringens in der Bundeshauptstadt. Da muss man dort mal vor Ort sein und von den Damen und Herren aus den Aus-

schüssen waren sehr viele schon dort, da präsentiert sich das Land in der Öffentlichkeit, wie es andere Landesvertretungen auch tun. Wenn wir das Geld, was Sie uns dort wegnehmen wollen, einsetzen würden, dann hätten wir 30.000 €. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man mit diesem Jahresetat den Freistaat Thüringen dort präsentieren kann. Das, was über Jahre - jetzt kann man schon fast sagen Jahrzehnte - aufgebaut worden ist an Image für den Freistaat, würde den Bach hinuntergehen. Ich denke, das kann nicht unser Wille sein. Dass es Ihnen nicht gefällt, dass z.B. der Ministerpräsident Kreisbereisungen macht, dass man dort mit Bürgern ins Gespräch kommt, auch mit Bürgermeistern redet, mit Unternehmen ins Gespräch kommt, dass man sich kümmert um die Leute, das ist mir klar, dass Ihnen das ein Dorn im Auge ist. Das will von uns keiner, wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen das ein ganzes Stück weit anders. Ähnlich ist es auch bei den Punkten Protokollaufgaben, die Sie fast gegen null streichen wollen und auch die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. In diesen Bereichen, wo natürlich auch dazugehört, wie können wir insgesamt mit den Bürgern in Kontakt kommen, z.B. die Thüringenwerbung am Thüringentag, all die Dinge könnten nicht stattfinden. Dass man dort Einschnitte hinnehmen musste, ist aus den Zahlen ersichtlich, aber das, was Sie vorschlagen, geht ja gegen null und kann unsere Zustimmung auf keinen Fall finden. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Pelke:

Danke. Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Wünscht die Landesregierung, das Wort zu ergreifen? Das ist nicht der Fall. Dann beende ich die Aussprache zum ersten Komplex - Einzelplan 02 - Staatskanzlei.

Ich rufe auf den zweiten Komplex - **Einzelplan 03 - Innenministerium** - gemeinsam mit - **Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung (KFA) - und den Artikeln 7, 8, 9, 21 und 23 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes**. Die Redezeiten für die Fraktionen betragen: CDU 26 Minuten, PDS 20 Minuten und SPD 14 Minuten. Nach 8 Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich entsprechend die Redezeit pro Fraktion gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung.

Es hat sich zunächst zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Kuschel, PDS-Fraktion.

#### Abgeordneter Kuschel, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, leider ist ja der Generalsekretär der CDU

nicht anwesend,

(Unruhe bei der CDU)

aber ich bin ...

(Zwischenruf aus dem Hause:  
Erst Brille aufsetzen!)

Ach, Entschuldigung - er ist da, dies ist gut, weil ich gleich mit ihm anfangen will.

Herr Mohring, Ihre Ausführungen hinsichtlich der Kommunalfinanzien haben erneut belegt, dass Sie offensichtlich doch an einem erheblichen Realitätsverlust leiden, und es ist immer Vorsicht zu wahren, wenn Sie versuchen, in volkswirtschaftlichen Zusammenhängen zu denken und zu reden.

(Beifall bei der PDS)

Es wäre in Ihrer Rede alles verständlich gewesen, wenn sie den Nachweis hätten erbringen können, dass das, was Sie hier ausgeführt haben, ausschließlich die Gedanken der PDS gewesen wären. Da hätte ich gesagt, okay, Sie können hier durchaus einer anderen Auffassung sein. Aber Sie müssen sich doch fragen, warum ein stellvertretender Landesvorsitzender Ihrer Partei, ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender Ihrer Fraktion und eine Vielzahl von kommunalen Politikern der CDU offenbar hier ähnlich argumentieren wie die PDS. Mit denen müssen Sie sich auch in allererster Linie auseinandersetzen. Herr Mohring, Sie haben ein Beispiel gebracht mit zehn Menschen, die essen gehen. Für mich ist bei diesem Beispiel der eigentliche Skandal, warum es unsere Gesellschaft zulässt, dass vier dieser betroffenen Leute nicht selbstbestimmt über ein Einkommen verfügen, damit sie ihr Essen selbst bezahlen können,

(Beifall bei der PDS)

sondern auf Almosen angewiesen sein sollen. Das ist der eigentliche Skandal.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Redezeit, die mir zur Verfügung steht, kann ich bedauerlicherweise nicht auf alles eingehen, was Herr Mohring hier an Märchen und Geschichten erzählt hat, aber auf einige Dinge muss ich erwidern.

Zunächst erst mal, Herr Mohring, ich dachte, wir hätten darüber im Ausschuss ausführlich debattiert, geht es tatsächlich um die Dotierung der Kürzungen, die Sie vornehmen. Sie versuchen durch Zahlenspielerlei, diese Sache niedrig zu reden. Ich möchte es hier noch mal versuchen, vielleicht liegt es tatsächlich auch in dem pädagogischen Ansatz, dass in der Wiederholung dann auch bei Ihnen der entsprechen-

de Erkenntnisgewinn liegt. Zunächst ist erst mal unstrittig, da stimmen wir mit Ihnen überein, 160 Mio. € wollten Sie den Kommunen netto im Kommunalen Finanzausgleich streichen. Mit der Zurücknahme von den rund 26 Mio. € haben Sie die Kommunen in eine etwas andere Situation gebracht - sie sind nicht mehr ganz tot, sondern nur noch tot. Hinzu kommen jedoch 20 Mio. € Zuweisungen für die Kindertagesstätten, die nicht berücksichtigt wurden, die als überplanmäßige Ausgabe im Jahr 2004 angefallen sind, wo der zuständige Fachminister selbst darauf verwiesen hat, dass in seinem Ministerium gegebenenfalls darüber nachgedacht wird, Standards zu reduzieren. 1,3 Mio. € Winterdienstkosten im Rahmen des Kommunalpakts Winterdienst streichen Sie; 13 Mio. € Alt-schuldenregelungsgesetz, wo es keine Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden gab; und 14 Mio. € Einsparungen beim Landesanteil Wohngeld. Das alles zusammengenommen macht dann mehr als 200 Mio. € letztlich aus. Hinzu kommen alle Kürzungen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs, z.B. auch beim Städtebau oder bei der Jugendpauschale. In der Diskussion ist auch eine neue Verordnung zur Auftragskostenpauschale. Alle diese Dinge werden unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunen und deren Finanzausstattung haben. Insofern sage ich Ihnen und da gebrauche ich durchaus die Worte eines Parteifreundes Ihrer Partei, des Herrn Gnauck, der formuliert hat: Die Kürzungen sind weder durchdacht, weder durchgerechnet und schon gar nicht zukunftsweisend. Das möchte ich kurz belegen, indem ich insbesondere mal auf die Argumente eingehe, mit denen die CDU versucht hat, die Landeskürzungen bei den Kommunen zu begründen. Zunächst verweisen Sie darauf, die Kommunen hätten erheblich mehr Steuereinnahmen und insofern wären also die Kürzungen berechtigt. Auch hier ist unstrittig, wenn man sich die Zahlen ansieht, im Jahr 2004 haben die Kommunen tatsächlich etwas mehr Steuereinnahmen gehabt. Diese resultierten aber ausschließlich aus der Korrektur einer Fehlentscheidung, an der auch die Landesregierung beteiligt war. Zusammen mit der Steuerreform 1999/2000 wurde die Gewerbesteuerumlage erhöht, weil man gedacht hat, durch diese Steuerreform springt die Konjunktur an und die Gemeinden haben erhebliche Steuermehreinnahmen. Das ist nicht eingetreten, sondern wenn das jetzt rückgängig gemacht wird, dann haben die Kommunen insbesondere in den Jahren 1999 bis 2003 Mindereinnahmen zu verzeichnen gehabt. Das aber 2004 zum Anlass zu nehmen und den Kommunen das vorzuhalten, sie hätten mehr Steuereinnahmen, das ist mehr als unseriös. Und wenn wir einmal eine längerfristige Betrachtung machen im Zeitraum von 1995 bis 2003, dann sind zwar die kommunalen Steuereinnahmen um 6 Prozent gestiegen, während die reinen Landessteuereinnahmen tatsächlich etwas gesunken sind, aber Sie wissen genau, Land und auch die Kommunen finanzieren sich

nur zum Teil über die Steuern und sie müssen tatsächlich die Gesamteinnahmeentwicklung unterstellen. Bei den Kommunen sind das die Zuweisungen des Landes und beim Land sind das die Zuweisungen oder die Finanzbeziehungen zum Bund. Wenn man das unterstellt, dann hat in dem genannten Zeitraum das Land einen Zuwachs von 127 Mio. €, rund 2 Prozent, und die Kommunen, und da müssen Sie jetzt zuhören, 511 Mio. € Mindereinnahmen. Das sind immerhin 11,4 Prozent. Zudem müssen Sie das unterschiedliche Steuerniveau berücksichtigen, während die Steuerfinanzierungsquote beim Land bei rund 50 Prozent liegt, liegt sie bei den Kommunen nur bei rund 17 Prozent. Wenn Sie das verschweigen, dann entsteht tatsächlich dieses verzerrte Bild. Wenn Sie darüber hinaus als zweites Argument verwenden, dass die Kommunen noch erhebliche Reserven hinsichtlich der Steuererhebung hätten, dann kann ich Sie, Herr Mohring, nur an Ihre eigene Rede erinnern. Sie haben eine glühende Rede für Steuersenkungen gehalten und meinen, damit lässt sich entsprechend Ihres neoliberalen Weltbilds die Welt heilen und das Problem der Arbeitslosigkeit bekämpfen. Und selbst fordert Ihr Innenminister, während die CDU auf Landes- und Bundesebene Steuerreduzierungen verlangt, in Thüringen die Kommunen auf, die Steuern zu erhöhen. Welche Logik dahinter stehen soll, müssen Sie hier dem hohen Haus und der Öffentlichkeit schon einmal erläutern. Hinzu kommt, Herr Innenminister, Sie haben die Empfehlung gegeben, dringliche Empfehlung, oder wie Sie das auch immer nennen, aber trotzdem ist es eine Aufforderung, letztlich die Steuern zu erhöhen, und Ihre Partei sagt auf Landes- und Bundesebene, Steuern müssen gesenkt werden. Aber wenn Sie das schon fordern, Herr Innenminister, dann müssten zumindest Sie auch darauf hinweisen, dass es bestimmte Verrechnungsmodalitäten gibt, dass nämlich Steuermehreinnahmen bei den Kommunen zu einer Reduzierung der Schlüsselzuweisungen führen, wenn auch mit zwei Jahren Verspätung. Das heißt, letztlich haben die Kommunen nur rund 30 Prozent der Steuererhöhungen tatsächlich zur eigenen Verwendung. Das ist immer noch etwas, aber zur Wahrheit gehört zumindest das auch und Sie müssen auch darauf verweisen, dass die kommunale Steuerkraft mit 64 Prozent in die Ermittlung des Länderfinanzausgleichs eingeht. Das heißt, auch dort würden Steuermehreinnahmen bei den Kommunen letztlich zu einer Reduzierung des Länderfinanzausgleichs führen. Es gehört sich von Seiten des Innenministers, der auch Kommunalminister ist, zumindest auf diese Zusammenhänge zu verweisen, wenn man schon eine Debatte führt, dass die Kommunen ihre Hebesätze erhöhen sollen. Jetzt haben wir einmal durchgerechnet, die Hebesätze in Thüringen müssten um etwa 300 Prozent erhöht werden, um einigermaßen Ihre Kürzungen auszugleichen. Sie werden sicherlich nicht von den Kommunen in Thüringen tatsächlich er-

warten, dass Sie dann höhere Hebesätze haben als Berlin oder Frankfurt/Main. Das ist dann auch eine Art Standortpolitik, die dazu führt, dass die demographische Entwicklung vielleicht noch schneller und rasanter vor sich geht, als das Prof. Sedlacek hier prognostiziert hat.

Dann sprechen Sie von Ausgabereserven bei den Kommunen und ich bin immer einer, der sagt, ja, wohl, es gibt Reserven bei den Kommunen. Wenn also der Ilm-Kreis die Verwaltung wieder eine Zeiterfassungsanlage für 34.000 € in der jetzigen Zeit anschafft, dann bin ich immer dafür zu haben. Aber es geht ja um die Grundtendenz und da ist doch wohl die Einschätzung zu treffen, dass die Kommunen in viel größerem Maße Konsolidierungsanstrengungen unternommen haben als das Land. Allein der Blick auf die Personalkosten und deren Entwicklung macht das sichtbar. Und es kommt etwas anderes hinzu: Es gibt natürlich Ausgabekürzungen, die entsprechen dann auch nicht mehr Ihrem Weltbild. Da möchte ich nur die Investitionen nennen. Wenn die Investitionen 1992 noch 1,8 Mrd. in Thüringen waren, die kommunalen Investitionen, 2004 noch 790 Mio. investiert wurden und in diesem Jahr die Gefahr besteht, dass die Kommunen nur noch 280 Mio. investieren, dann hat das unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt und damit wieder auf Steuerentwicklungen, auf unser Solidarprinzip bei der Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung. Insofern kann das doch wirklich nicht Ihr Ziel sein. Hier wird wieder deutlich, Sie sehen immer bloß die Angebotsseite und die Nachfrageseite spielt bedauerlicherweise im Konzept der Landesregierung, der CDU überhaupt keine Rolle.

(Beifall bei der PDS)

Also für Sie muss das peinlich sein, wenn ich Ihnen als demokratischer Sozialist noch diese Zusammenhänge immer wieder um die Ohren hauen muss. Langsam sollte Ihnen das zumindest zu denken geben.

Das vierte Argument, die Landesverschuldung wäre höher als die Kommunalverschuldung. Wer das einfach so im Raum stehen lässt, ohne darauf zu verweisen, dass es Unterschiede zwischen dem Landeshaushaltsrecht und dem kommunalen Haushaltsrecht gibt, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er Äpfel mit Birnen vergleicht, denn die kommunale Verschuldung und Landesverschuldung lassen sich nicht 1 : 1 vergleichen, denn Sie blenden einfach bei der kommunalen Verschuldung ein paar Punkte aus: die Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe, der kommunalen Zweckverbände, was Wasser-, Abwasser-, Abfallwirtschaft betrifft. Dort sind hohe Investitionen, hohe Schulden zu verzeichnen. Sie lassen die kommunalen Unternehmen,

die Stadtwerke außen vor und Sie lassen die kommunale Wohnungswirtschaft außen vor und die Altschulden der Wohnungswirtschaft auch. Und Sie nehmen einfach nicht zur Kenntnis oder thematisieren es nicht, dass Sie als Landesgesetzgeber, also wir hier, das hohe Haus, den Kommunen die Vorgabe gemacht haben, jährlich tilgen zu müssen. Das sind rund 280 bis 320 Mio. € jährlich. Wenn ich das alles zusammenrechne, dann haben die Kommunen gegenwärtig eine direkte Verschuldung von 13 Mrd. € ohne Altschulden der Wohnungswirtschaft, das Land 15 Mrd. €. Dann stellt sich natürlich die Diskussion schon völlig anders dar und Ihre Argumentation bricht wie so oft wie ein Kartenhaus zusammen. Dann kommt noch etwas hinzu, nämlich dass Sie behaupten, die Thüringer Kommunen werden oder wurden im besonderen Maße durch das Land unterstützt. Herr Mohring hat das auch wieder thematisiert und offenbar hat er da aufgepasst, wie man auch mit Statistik eine Fehlpolitik uminterpretieren kann. Was sind die Tatsachen, und, Herr Mohring, da hätten Sie auch einmal die Antwort der Landesregierung auf meine Anfrage in der Drucksache 4/544 lesen und zur Kenntnis nehmen müssen. Erst einmal ist es ein Skandal, dass das Innenministerium nicht einmal die Zahlen abschreiben kann vom Bundesamt für Statistik, was die Landesverschuldung betrifft. Ihr Pressesprecher, Herr Minister, hat mir vor 14 Tagen versprochen, dass er das korrigiert, weil, noch ist es eine offizielle Drucksache, und Mecklenburg-Vorpommern hat auf einmal die geringste Verschuldung in der ganzen Bundesrepublik und die Sachsen die höchste, aber bisher ist es nicht korrigiert. Aber davon einmal abgesehen, die Zahlen stimmen eben nicht und offenbar ist Ihr Haus nicht in der Lage, das innerhalb von 14 Tagen zu korrigieren. Auch das ist ein Beleg für ineffektives Regierungshandeln. Aber die Zahlen, die stimmen, das war die Abfrage, die Nettozuweisungen des Landes an die Kommunen, und zwar im Finanzausgleich und außerhalb. Da ist Thüringen komischerweise an vorletzter Stelle. Vielleicht, Herr Minister, können Sie das mit dem Generalsekretär der CDU einmal abkaspern, wo da die Ursachen liegen. Also rein den Finanzausgleich zugrunde zu legen ist eben unseriös. Hinzu kommt, dass Sie einfach die Befrachtung des Finanzausgleichs ausblenden, was Sie immerzu vornehmen. Allein die Erhöhung der Auftragskostenpauschale innerhalb des KFA führt letztlich zu einer - fiskalisch gesehen - Reduzierung der Mittel für die Kommunen. Wenn ich die geringen Steuereinnahmen noch hinzuziehe, dann ist es tatsächlich so, dass die Kommunen von Ihnen, vom Land stiefmütterlich behandelt werden.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, auf einen letzten Aspekt möchte ich eingehen, wegen der Redezeit. Sie ha-

ben ja einen anderen Umgang mit den Kommunen gewählt, das will ich nicht bewerten, aber was Sie zuletzt noch versucht haben, das schlägt wohl dem Fass noch den Boden aus. Sie haben nämlich versucht, Gemeinden und Landkreise gegeneinander auszuspielen. Das ist besonders schäbig, dass Sie noch versuchen, die kommunale Familie zu trennen, weil Sie dann meinen, mit ihr besser fertig zu werden. Sie erhöhen die Schlüsselzuweisungen für die Landkreise zwar um 6 Mio. €, nehmen aber gleichzeitig den Sozialhilfelausgleich um 5 Mio. € herunter. Das ist ein Umschichten von der einen Tasche in die andere - fast ein Nullenspiel. Sie nehmen die Kürzung der Vorwegschlüsselzuweisungen bei den kreisfreien Städten etwas zurück, nehmen aber auch denen beim Sozialhilfelausgleich etwas weg. Und über die kalte Hintertür wollen Sie einfach die Berechnungsgrundlagen der Kreisumlage verändern, indem Sie die investiven Schlüsselzuweisungen des Jahres 2004 herausnehmen. Zum Glück konnte das im Haushalts- und Finanzausschuss verhindert werden, weil da wäre es um 10 Mio. € gegangen, die sie den Landkreisen gestrichen hätten zugunsten der kreisangehörigen Städte und das hätte die Konflikte um die Kreisumlage weiter verschärft.

Meine Damen und Herren, insgesamt ist - gerade was den Einzelplan 17 betrifft - eine zukunftsweisende Antwort auf die Herausforderungen der Zeit schon deshalb nicht gegeben, weil Sie ab dem Jahr 2006 den Kommunen wieder mehr Geld geben wollen. Sie riskieren damit, dass im Jahr 2005 Strukturen zusammenbrechen, und tun dann so, als wenn Sie ab 2006 das dann wieder heilen wollen. Dabei wissen Sie, wenn erst einmal Strukturen zusammengebrochen sind, sind sie entweder dauerhaft weg oder nur mit einem erheblichen Mehraufwand wieder zu korrigieren. Und eine derartige Politik ist einfach abzulehnen als unseriös und insofern sind die kommunalen Proteste tatsächlich verständlich. Danke.

(Beifall bei der PDS)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Danke. Als nächste Rednerin folgt Abgeordnete Taubert, SPD-Fraktion.

#### **Abgeordnete Taubert, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, der Einzelplan 03 des Innenministeriums und dazu aus dem Einzelplan 17 der KFA - da gibt es eine Reihe dazu zu diskutieren. Das fängt beim Brand- und Katastrophenschutz an, das geht über das Thema Refinanzierung der Beitragserstattungen im Bereich Wasser/Abwasser und weiter über die völlig absurden Ideen der CDU-Fraktion oder der Landesregierung zu den unterschied-

lichen Arbeitszeiten von Beamten. Ich will mich aber auf unsere Anträge, vor allen Dingen auf die drei Kernanträge der SPD-Fraktion, die gemeinsam mit der PDS vorgetragen werden, zur Linderung der Millionenausfälle bei unseren Kommunen in Thüringen beschränken. Herr Mohring hat sich ja in der TA zum größten Verfechter kommunaler Interessen gemacht. Ich habe heute mitbekommen, Herr Fiedler muss es gegrämt haben.

(Unruhe bei der CDU)

Sie machen einen ganz geknickten Eindruck, Herr Fiedler, dass Sie nicht mehr der größte Kommunele im Mittelblock sind. Ob das so ist, das muss jeder selber hier im Parlament abwägen. Aber nach der Rede von Herrn Mohring sage ich mal, vielleicht ist es doch besser, man ruft die Monarchie wieder aus und dann kann man ja auch die Vorgänge im Haushalts- und Finanzausschuss viel besser erklären.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Aber Spaß beiseite. Die Tatsachen wurden doch von Ihnen in der Rede, aber auch in dem Presseartikel ausgesprochen verdreht. Das hat nicht mehr sehr viel mit dem zu tun, was tatsächlich in Thüringen passiert. Es ist doch nicht so, dass Sie dafür gesorgt haben, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, dass die Kommunen wieder mehr bekommen. Das ist doch nicht so. Wenn sich der öffentliche Protest nicht formiert hätte, wenn sich nicht die Spitzenverbände aufgemacht hätten und allen erklärt hätten, was tatsächlich im Lande passieren soll, und wenn sich nicht jetzt PDS und SPD zusammengenannt hätten und erklärt hätten, was passieren wird, und dass nicht auch in jedem kleinen Dorf getan hätten, dann hätten Sie sich doch gar nicht bewegt gefühlt, überhaupt etwas nachzubessern. Das muss an der Stelle klar gesagt werden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wir fordern, nicht nur die Hälfte der Schlüsselzuweisungen wieder zuzugeben, sondern die Streichungen ganz wegzunehmen, ebenso die Vorwegschlüsselzuweisung für die großen Städte. Jeder weiß heutzutage, was große kreisangehörige Städte und kreisfreie Städte auch für das Umland an positiver Wirkung haben. Und diese 31 Mio. €, die sind einfach notwendig, um zumindest das Mindeste an Elend zu lindern. Es ist bereits mehrfach darauf verwiesen worden, an wie vielen anderen Stellen im Haushalt gestrichen wird. Die Finanzakrobatik, die Herr Mohring heute betrieben hat, wenn er noch ein Stück geredet hätte - da sind wir uns in der SPD-Fraktion einig -, dann wäre für die Kommunen vielleicht auch noch was rausgekommen, dann hätten sie etwas

mehr bekommen. Denn es sind ja nur 10 Mio. €, macht auf meine Gemeinde 24.000 €. Was beschwert sich der Bürgermeister und legt keinen Haushalt vor? Er könnte es ja locker tun, das sind ja geradezu Peanuts. Dabei streichen Sie vor allen Dingen im ländlichen Raum im ÖPNV-Bereich ganz massiv. Das werden Millionenbeträge sein, die bei den Landkreisen fehlen werden. Und, das will ich auch sagen, Sie haben keinerlei Investition mit diesem wieder draufschlagen, also mit dem Zuschlag, erreicht. Wir werden keine Investitionen in den Gemeinden haben bei Straßen, wir werden keinen Kindergarten sanieren können, der im Moment noch nicht saniert ist, und wir werden auch bei Schulen in den Stop geraten. Apropos Straßen, wir haben in den letzten Tagen und auch Wochen - die meisten von uns sind Vielfahrer - als Autofahrer merken dürfen, wie notwendig es ist, dass Winterdienst erfolgt. Wir können auch sehen, dass bei den Kommunen gerade beim Winterdienst das Geld noch nie reichlich war. Es ist ausgesprochen knapp. Die Verweigerung dieser Zuweisung entgegen den Absprachen mit den kommunalen Spitzenverbänden gefährdet nicht nur die Sicherheit von Autofahrern erheblich, sondern ist auch tourismusschädlich. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: ... ist tourismusschädigend.)

Ja, da wird die Straße auch geräumt. Aber wenn die Straße nicht mehr geräumt wird am Rennsteig, wie will ich denn dann überhaupt zu diesen touristischen Gebieten kommen. Wir haben es doch erlebt. Wenn ich Herrn Wetzler anschau, er kennt das Beispiel. Es gab ja schon mal vor einigen Jahren einen harten Winter, auch im Saale-Orla-Kreis, auch im Wahlkreis von Herrn Wetzler. Da war das Geld noch da, das war eine kommunale Straße.

(Zwischenruf Abg. Wetzler, CDU:  
Wenn der Landkreis verkauft, dann muss man ...)

Entschuldigung, Herr Wetzler, es war die Gemeinde Wurzbach. Der Skilift lief und die Straße war nicht geräumt. Deswegen sage ich, Straße nicht räumen ist tourismusschädlich.

(Unruhe bei der CDU)

Ich will auch auf die Streichung im Bereich Museen und kulturelle Einrichtungen eingehen. Wir behaupten immer, wir sind ein Land der Dichter und Denker und wir bauen ja auch unser Tourismuskonzept ganz intensiv darauf auf.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das beste Beispiel haben wir heute erlebt.)

Trotz alledem ist die Landesregierung so weit gegangen, dass sie gerade bei namhaften Museen und Kunsteinrichtungen das Geld streichen möchte und damit diesen Einrichtungen den Garaus machen will.

Wir sehen darüber hinaus natürlich auch Dringlichkeit, in anderen ausgewählten Bereichen Mittel aufzustocken. Dies betrifft vor allem den Bereich Jugend und Bildung. Die CDU-Fraktion und die Landesregierung haben wortreich darum gesprochen im Vorfeld der Diskussion zu Horten, dass man ein Konzept vorlegen wird. Nun liegt es vor, das Konzept Bildung und Betreuung von 2 bis 16, und wenn Sie den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion gelesen haben, konnten Sie auch entnehmen, dass man sich bei Familienförderung stark machen möchte. Die Realität des Haushalts 2005 jedoch sieht ganz anders aus. Es ist traurig, dass wir Zuschüsse im Bereich der Schülerspeisung gestrichen bekommen, dass die Schülerbeförderung gekürzt werden soll, dass Zuweisungen an Musik- und Jugendkunstschulen reduziert oder gestrichen werden sollen. Sie predigen zwar Familienpolitik und Familienfreundlichkeit, beschließen aber einen familienfeindlichen Haushalt 2005,

(Beifall bei der PDS, SPD)

der auch an anderen Stellen summarisch erhebliche Belastungen für Familien mit Kindern mit sich bringen wird. Es reicht eben nicht, eine Familienstiftung einzurichten, wenn Sie gerade jungen Familien an anderer Stelle die Entscheidung für Kinder drastisch erschweren. Ich möchte auch noch etwas zu dem Applaus Herrn Fiedlers beim Vortrag der Änderung im Haushalts- und Finanzausschuss sagen in Bezug auf die Kreisumlage. Herr Fiedler, was macht denn Ihr Landkreis mit dem Geld, das er zur Verfügung hat? Sind es nicht die Kinder aller Gemeinden, die in die Schule gehen, die der Landkreis vorhalten muss? Sind es nicht die Personen, die sich kein Auto leisten können, die mit dem ÖPNV fahren? Sind es nicht ältere Bürger, die auch soziale Einrichtungen nutzen? Sind es denn nicht die Menschen, die in Ihrem Ort wohnen, die in Sporteinrichtungen auch des Landkreises Sport treiben dürfen? Es ist doch nicht so, dass der Landkreis ein völlig fremdes Gebilde ist. Er nimmt doch nur wahr, was die Kommunen selber nicht wahrnehmen können. Diese Aufgaben sind gleichermaßen wichtig wie die Aufgaben, die eine Gemeinde erfüllt. Deswegen ist es unredlich, auch noch zu applaudieren, wenn man so etwas vorhat.

Lassen Sie mich eins noch zu dem sagen, was ich seit November in der Haushaltsdiskussion erlebt habe. Ich habe viele Menschen kennen gelernt, die ge-

sagt haben, wir sehen ein, dass wir sparen müssen. Aber ich habe noch nie gemerkt - ich bin ja auch neu -, mit wie viel Arroganz man aus der Fraktion der CDU, aus der Landesregierung umgeht, wenn man Menschen finanzielle Grundlagen nimmt. Man macht sich ja teilweise geradezu lächerlich über die Personen, die wagen zu sagen, dass freie Träger, dass Verbände, dass Kommunen teilweise ihre Aufgaben überhaupt nicht mehr erledigen können. Es ist schon heute angesprochen worden, soziale Verbände müssen ihre Arbeit einstellen. Sie bringen mit dieser rückwirkenden Streichung von Mitteln ehrenamtliche Mitglieder von Vorständen in ganz schwierige Situationen. Es wird abgetan mit dem Begriff "Flurbereinigung". Das kann einfach nicht sein. Wir müssen uns alle disziplinieren auf allen Ebenen und das fängt hier im Landtag an, dass, wenn Kürzungen vorgenommen werden und wenn Geld gespart werden muss, es dann alle rechtzeitig wissen müssen. Rechtzeitig, damit sie sich darauf einstellen können, rechtzeitig, damit sich die Vorstände einstellen können, damit sich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die betroffen sind, auf diese Situation einstellen können, denn nur so kann man Politik auch als ehrliche und glaubwürdige Politik verkaufen. Danke.

(Beifall bei der PDS, SPD)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Als nächste Rednerin hat sich Abgeordnete Berninger, PDS-Fraktion, zu Wort gemeldet.

#### **Abgeordnete Berninger, PDS:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, mit dem Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 4/584 beantragt die PDS, die Änderung der Verordnung über die Kostenerstattung nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz in Artikel 8 des Gesetzentwurfs zum Haushaltsstrukturgesetz zu streichen. Durch die beabsichtigte Änderung der Thüringer Flüchtlingskostenerstattungsverordnung soll die Kostenerstattung nicht mehr auf der Basis der vorzuhaltenden Unterbringungsplätze, sondern auf der Basis der tatsächlich untergebrachten Flüchtlinge vorgenommen werden. Dies hätte zur Folge, dass von den Kommunen zukünftig nur für tatsächlich belegte Unterbringungsplätze eine Kostenerstattung beantragt werden kann. Mit dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz wird die Vorhaltung von Plätzen an Flüchtlingsunterkünften durch die Kommunen gesetzlich angeordnet. Die hierdurch entstehenden Kosten dürfen natürlich nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Diese Kosten müssen, wie es auch das Konnexitätsprinzip verlangt, vollständig von der Landesregierung übernommen werden, sonst ist zu befürchten, dass infolge

der sinkenden Kostenerstattung die Kommunen gezwungen sind, an der Ausstattung der Unterkünfte zu sparen und dass sich somit die Unterbringungs- und Betreuungssituation von Flüchtlingen in Thüringen noch weiter verschlechtern würde. Das kann ja nicht im Sinne einer humaneren Flüchtlingspolitik im Freistaat sein.

Es ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, obwohl allerdings zu erwarten gewesen, dass Sie, meine Damen und Herren, mit Ihrer Mehrheit den geforderten Erlass einer Rechtsverordnung über die prinzipiellen Standards der Gemeinschafts- und Einzelunterkünfte abgelehnt haben. Aber die jetzt beabsichtigte Änderung der Kostenerstattung zulasten der Kommunen würde dem Ganzen noch die Krone aufsetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Es hat sich jetzt Abgeordneter Fiedler, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

#### **Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin zwar heute mit der Stimme etwas schwach, weil ich etwas erkältet bin, Frau Kollegin Taubert, ich bin aber nicht geknickt, also ich stehe hier noch da in voller Kraft und voller Hingabe für unsere Kommunen.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Sie können mir wirklich glauben, ich bin nicht umsonst seit 1990 ehrenamtlicher Bürgermeister in einer Kommune. Ich meine zumindest noch zu wissen, was dort los ist, aber ich will auch gleichzeitig dazu sagen, dass wir zurzeit eine sehr, sehr schwierige Zeit gemeinsam zu durchstehen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auf einige Dinge eingehen. Vor allen Dingen ärgert mich ganz besonders, Herr Kollege Pidde, Sie hatten vorhin in Ihrer Generaldebatte vor allen Dingen auch den Vergleich mit den fünf Millionen Arbeitslosen herangezogen und ob denn die CDU nicht vielleicht daran sogar noch Interesse hätte, dass diese Zahl zu erhöhen sei. Ich sage, das ist perfide und weise das eindringlich zurück, dass Sie so etwas gar nicht erst bringen.

(Beifall bei der CDU)

Auf der anderen Seite, ich sage nur das Stichwort, was Sie Stoiber unterstellt haben, mehr will ich dazu nicht sagen. Ich sage bewusst, was Sie ihm unter-

stellt haben, Sie machen es nicht besser. Ich bitte Sie einfach, solche Dinge überhaupt nicht in den Mund zu nehmen, denn wir alle werden wohl versuchen, nicht nur müssen, wir haben die Pflicht, gemeinsam daran zu arbeiten, dass diese Zahl sinkt und nicht steigt, egal wer, wo, in welcher Kammer, welche Verantwortung hat. Ich denke, das ist das A und das O. Ich habe auch angeführt, dass Sie den Mann oder den, Gott sei Dank, Dr. Späth, als ehemaliger Ministerpräsident und auch CDU-Mitglied, den wir ja in Thüringen eine ganze Zeit in der Wirtschaft hatten, ich erinnere Sie daran, dass gerade Ihre Partei - das muss einfach noch mal gesagt werden -, wir wollten damals schon Späth haben, damit er hier die wirtschaftlichen Dinge einbringt, Sie wollten damals noch Prof. Farthmann haben. Gott sei Dank ist Späth gekommen und er hat vieles positiv in dem Lande vorangebracht und dafür mein Dankeschön auch an Dr. Späth.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss auch einige Dinge einfach nennen, und das kann ich Ihnen nicht ersparen, dass man auch auf diese Dinge hinweist. Ich weise genauso zurück, ob das jetzt von der PDS oder auch von der SPD ist, wer mit offenen Augen durch die Lande geht - und ich meine damit alle Länder ehemals DDR -, dann sieht man doch nicht nur einfach, man spürt und sieht es, dass gerade auch in Thüringen auf der kommunalen Seite dank vieler fleißiger Menschen, vieler fleißiger Bürgermeister, Gemeinderäte, Stadträte etc. hier viel vorangekommen ist. Man sieht es doch förmlich, wollen wir das doch nicht schlechtreden. Sie stellen es ja so hin, als ob da hier nichts passiert wäre. Es ist sehr viel passiert. Ja, man darf es nicht schlechtreden.

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD:  
Das hat doch keiner gesagt!)

Da wird immer wieder - ich rate Ihnen nur - ich will jetzt gar nicht die ganzen Vergleiche noch mal bringen -, wirklich mal die Vergleiche zu nehmen. Ich nenne bewusst Sachsen, weil es ein CDU-regiertes Land ist und war. Ich sage bewusst Sachsen. Sachsen hat eben die ganzen Jahre, auch wenn es eine CDU-Landesregierung war, immer bedeutend weniger Geld bekommen, als wir unseren Kommunen im Freistaat Thüringen gegeben haben. Nun kann man sich heute überlegen: Was ist denn nun eigentlich besser,

(Beifall bei der CDU)

dass man die ganze Zeit, die ganzen Jahre, die wir bisher an der Regierung waren, dass wir dort die Kommunen sehr gut ausgestattet haben oder hät-

ten wir es genauso wie die Sachsen machen sollen, immer ganz schön den Hahn zugelassen für die Kommunen und dann kann man irgendwann mal vielleicht was drauflegen?

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das kann man überhaupt nicht vergleichen!)

Ich denke bei allem Verständnis, wir haben unsere Kommunen sehr gut ausgestattet. Das zeigt sich in der Dorferneuerung, das zeigt sich in der Städtebauförderung, wo sich wirklich unser Land sehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU)

Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen, dass das einfach so ist. Weil es so ist, haben wir unsere Kommunen die ganze Zeit wirklich gut unterstützt und natürlich ist und bleiben die Kommunen unsere Basis. Ich will deswegen auch an der Stelle ausdrücklich den beiden Präsidenten der kommunalen Familie Herrn Dohndorf und Herrn Pabst danken, dass sie in den letzten Jahren mit uns gemeinsam diesen Weg gegangen sind, auch mit den Geschäftsführern, ob das das geschäftsführende Vorstandsmitglied Jürgen Gnauck ist oder ob das auch der Geschäftsführer des Landkreistags Herr Vetzberger ist. Natürlich, ich erwarte doch einfach, ich bin Bürgermeister, bin also im Gemeinde- und Städtebund Mitglied, ich bin aber auch Kreistagsmitglied, weil Frau Taubert hier das so süffisant vorgetragen hat, aber auch Landtagsmitglied. Da muss ich eben abwägen, was kann ich wo, wie leisten. Da ich das alles live erlebe, weiß ich, welche Quadratur des Kreises man dort eigentlich begehnen müsste. Deswegen sind natürlich die Spitzenverbände dafür da, dass sie den Finger in die Wunde legen und dass sie natürlich sagen, Leute hört zu, wir haben jetzt eine ganz schwierige Phase und sie müssen sich melden und sie müssen sich zu Wort melden. Das haben sie gemacht, der eine etwas mehr, der andere etwas weniger, der eine etwas geschickter und der andere bis zur letzten Minute, ohne dass man noch auf Kompromisse eingegangen wäre.

**Vizepräsidentin Pelke:**

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuschel zu?

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Am Ende.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:  
Sie sind doch schon am Ende.)

Mir geht es einfach darum, darauf hinzuweisen, dass wir in den letzten Jahren - man kann ja schon von Jahrzehnten reden, weil wir ja schon seit 14, 15 Jahren gemeinsam hier agieren - immer zusammengearbeitet haben, wir haben immer gemeinsame Wege gefunden, auch in schwierigen Zeiten. Die, die von Anfang an dabei sind, wissen ganz genau, wie auch kommunale Finanzausstattung in diesem Lande auch mit unterschiedlichen Spitzen, mit unterschiedlichen Ministern, mit unterschiedlichen Ministerpräsidenten usw. zustande gekommen ist. Da hatte einmal der Landkreistag etwas mehr in seine Kasse bekommen können aus unterschiedlichen Gründen, dann war es wieder der Gemeinde- und Städtebund. Wir kennen doch die Abfolgen. Ich will gar nicht an das Wunder von Gotha und die ganzen Dinge erinnern, ich will nur sagen, wir haben unsere Kommunen am Ende immer ordentlich behandelt. Jetzt haben wir aber eine vollkommen veränderte Situation. Seit mehreren Jahren - und das kann ich Ihnen nicht ersparen - ist eben Rotgrün am Ruder,

(Beifall bei der CDU)

auch bei den Schwarzgelben - ja, Frau Taubert, damit Sie gar nicht erst so sehr auffaulen können - auch als wir dran waren, sind viele Fehler gemacht worden und man hätte auch dort eher nachsteuern müssen. Aber jetzt sind seit mehreren Jahren Rotgrün dran und ich verweise nur auf Frau Roth, auf den deutschen Städtetag und andere, die seit Jahren fordern, dass die Kommunalfinanzen endlich mal gelöst werden, das wissen Sie ganz genau so gut wie ich und nichts passiert. Die ruhige Hand geht so ganz ruhig weiter, man will ja jetzt nichts mehr irgendwo anpacken.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist doch gar nicht wahr, Herr Kollege.)

Das ist einfach so, da fragen Sie mal Ihre Kommunen. Herr ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär, das müsste sogar Ihnen nicht entgangen sein, dass die Kommunen das in der ganzen Bundesrepublik fordern, nicht nur in Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Mich ärgert es einfach, wenn man jetzt alles, deswegen will ich noch mal darauf zurückkommen, dass wir in einer schwierigen - jetzt hätte ich beinahe ein Wort gesagt, was man nicht sagen soll - Situation sind, wo auch der Freistaat Thüringen mit dem Rücken an der Wand steht. Die finanzielle Misere ist da, da kann man jetzt simulieren, ich habe das an dem kommunalen Beispiel deutlich gemacht, hätten wir schon eher den Kommunen weniger geben sollen? Ich erinnere daran, dass wir in den letzten 3 Jahren die Steuermindereinnahmen, die uns Rotgrün,

spricht der Bund, mit den 136 Mio. € offeriert hat, nicht weitergegeben haben, sondern wir haben diese 136 Mio. € als Land abgefangen und haben sie eben nicht weitergegeben. Da könnte man sich jetzt streiten und hätte sagen können: Hätten wir doch stückchenweise den Kommunen das schon gleich mitgegeben, da wäre der Hieb nicht so groß gewesen. So kann man natürlich herangehen, aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir hier entsprechend unseren Möglichkeiten auch unsere Kommunen unterstützt haben. Jetzt haben wir aber nicht mehr die Möglichkeiten, weil alle immer darauf gehofft haben, es muss doch nun mal besser werden. Aber es ist nicht besser geworden, sondern die Steuermindereinnahmen verfolgen uns von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat und es ist kein Licht am Ende des Tunnels erkennbar. Weil wir diese Situation haben, müssen wir unsere Kommunen jetzt leider Gottes so stark mit in die Verantwortung nehmen. Sie wissen genauso gut wie ich, ob das die PDS ist oder die SPD, Sie wissen ganz genau, dass der Kommunale Finanzausgleich so geregelt ist, dass es in guten Zeiten auch den Kommunen gut geht, wenn es dem Land gut geht, und genau so ist es umgekehrt. Ja, so ist der Finanzausgleich normalerweise geregelt, Frau Kollegin Taubert. Wir haben im Moment die Situation, dass das Land dieses nicht mehr schultern kann. Wir stehen mit dem Rücken an der Wand. Es möge doch der beste Beweis sein, den man hier anbringen kann, dass selbst die kommunalen Spitzenverbände bei allem Streit, den es gibt, ganz unumwunden sagen: Wir sehen das ein, das Land hat auch nichts mehr, das Einzige, was wir vorschlagen können, ist Verschuldungserhöhung. Das sagen selbst die kommunalen Spitzenverbände, dass diese Situation so ist. Also wird damit anerkannt, dass das Land mit seinen Finanzen wirklich mit dem Rücken an der Wand steht. Ich glaube, es gibt auch keinen in diesem Raum, der ernsthafterweise - es sind genannt worden Schülerspeisung, ÖPNV etc. - gerne angeht, wenn er dazu nicht gezwungen wird. Aber weil die Finanzlage so ist, müssen wir uns dem auch stellen. Wir haben mit vielen Kommunen in den letzten Tagen, Wochen, Monaten gesprochen und sie sind darauf vorbereitet worden, dass natürlich die entsprechenden Möglichkeiten des Landes nicht mehr da sein werden. Sie sind beizeiten darauf hingewiesen worden. Warum kommt denn die Haushaltsverabschiedung erst jetzt? Weil natürlich viele Gespräche mit den Spitzenverbänden geführt wurden, nicht aus Jux und Tollerei oder weil die Landesregierung oder das Parlament keine Lust hatten, sondern weil viele Gespräche geführt wurden, um noch Wege auszuloten, wie man der kommunalen Familie helfen kann. Ich mache bewusst keine Auseinanderdividierung, ob das jetzt Landkreis ist oder Kommune - ich sage auch dazu noch etwas aus meinen eigenen Erfahrungen, weil ich in allen drei Gremien bin. Das kann man sich einfach aussuchen. Wir haben hier

keine Möglichkeit mehr, wir müssen jetzt hier alle mit ins Boot nehmen. Weil das so ist, schmerzt es so. Wir haben versucht, zumindest eine Art Konsens hinzubekommen, leider ist das nur da und dort gelungen. Die eine kommunale Familie sagt wieder Nachbesserung, die die Fraktion der CDU hier auf den Weg gebracht hat, ich sage nur Stichwort: ca. 30 Mio. €. Das ist eine Nachbesserung, das ist kein Drauflegen oder irgendwas. Wir haben - und das war einer der wichtigsten Punkte - die Schlüsselzuweisungen, die im Regierungsentwurf mit 4,25 Prozent Kürzungen angesetzt waren, Gott sei Dank auf 1,9 Prozent - ich sage mal - verbessern können. Das ist auch ein wichtiger Grundsatz. Jeder kennt in dem Land oder zumindest die Kommunalen kennen Herrn Käß, der ja seit vielen Jahren hier auch tätig war und ist, der gesagt hat: Es muss den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Verwaltungshaushalte zuzubekommen. Ich glaube, da sind wir uns weitestgehend einig, dass das die Grundvoraussetzung ist. Deswegen bin ich froh und meiner Fraktion dankbar, dass wir diese Dinge doch noch hinbekommen haben. Wir haben nicht nur die Schlüsselzuweisungen, wir haben auch die Vorabschlüsselzuweisungen oder wie man sie auch immer nennen will. Wir haben noch mal der anderen kommunalen Familie oder den Großen noch einiges dazugegeben. Gerade, wenn ich mir das anschau, wenn ich dort mal nur Erfurt nehme, die Differenz vom Regierungsentwurf zu unserem sind immerhin 2,147 Mio. €, die sie quasi - ich will nicht sagen - mehr bekommen, es wird ihnen weniger weggenommen. Ich will es mal so herum ausdrücken, damit das auch klar ist, dass man da nicht irgendetwas herbeiredet. Oder die Stadt Eisenach mit 390.000, ich könnte noch die Stadt Suhl nennen mit 396.000 oder die Stadt Jena mit 1.026.000 und Gera mit 1.061.000. Ich will nur einfach mal ein paar Zahlen nennen, dass sich hier wirklich bemüht wurde, noch nachzubessern. Ich sage bewusst nachzubessern, mehr ist nämlich nicht drin. Wir haben jetzt einen Stand erreicht, wo ich denke, dass wir - ich sag mal - leben und leben lassen. Als Kommunalen müsste ich sagen: Es geht nicht. Es ist einfach nicht möglich, dem kann ich nicht zustimmen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ja, da können Sie ruhig klopfen. Aber wir sind gewählt als Abgeordnete des Freistaats Thüringen, auch. Da nützen nur keine Versuche, wie sie von der PDS überall auch in den Kreistagen unternommen werden, wenn dort zufälligerweise auch Abgeordnete - und derer gibt es ja viele -, Landtagsabgeordnete zum Beispiel in Kreistagen sitzen oder in Städten, dass dann solche Szenarien aufgemacht werden: Die Abgeordneten sollen verpflichtet werden, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Solchen Quatsch, kann ich nur sagen, den können Sie stecken lassen.

(Unruhe bei der PDS)

Jeder ist seinem Gewissen verantwortlich und muss seinem Gewissen auch folgen und hier seine Dinge umsetzen. Da können Sie das noch so oft machen,

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS:  
Nein, das stimmt nicht.)

das ist genau das, was Sie immer wieder versuchen: Auf der einen Seite reden Sie von der Freiheit der Abgeordneten, auf der anderen Seite versuchen Sie ganz geschickt, von hinten dort heranzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine schwierige Situation. Ich weiß auf der kommunalen Ebene, ich habe ja selbst eine Gemeinde zu verantworten und ich gebe frank und frei zu, ich habe meinen Haushalt auch schon hoch- und runtergerechnet, ich weiß noch nicht, ob ich einen Haushalt zu Stande bringe. Ich weiß es noch nicht. Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten, dass wir den Haushalt auch hinbekommen. Das hat unterschiedliche Gründe im Lande. Es gibt solche Kommunen und solche Kommunen. Es gab schon immer reiche, arme, gute, schlechte, mittlere und alles, das wissen Sie doch. Das hängt doch von handelnden Personen ab, das hängt auch von den Gegebenheiten ab, das hängt auch von anderen Dingen ab. Wir haben diese Unterschiede. Ich war auch lange ein Vertreter, der gesagt hat: Nachbesserung der Schlüsselzuweisungen. Jetzt bringe ich Ihnen ein Beispiel, wie es in unserem Landkreis ist, weil das ja vorhin auch mit benannt wurde. Ich habe zum Beispiel versucht, in unserem Landkreis, also in den Vorbereitungsrunden, die dazu laufen, die Schlüsselzuweisungen, die wir quasi ja allen Gebietskörperschaften zukommen lassen, dass der Landkreis zum Beispiel seine Dinge nicht an die Kommunen weiter nach unten gibt. Leider Gottes wird wahrscheinlich unser Landkreis auch die Schlüsselzuweisungen erhöhen.

(Unruhe im Hause)

Ich bedaure das ausdrücklich, Frau Taubert. Deswegen habe ich vorhin, als der Berichterstatter die Kontrolle der Erhöhung der Kreisumlage in Richtung Innenminister ja noch mal in verstärkter Weise genannt hat, ich möchte ausdrücklich auch den Innenminister bitten, mit seinem Hause entsprechend und allen, die da zuständig sind, sehr verantwortungsbewusst sich das Ganze anzuschauen. Weil eben es aus unterschiedlichen Gründen die unterschiedlichen Ebenen eben gerade auch, und ich sage bewusst, auch bei uns, das eben nicht weiter nach unten geben, sondern sie sagen, wir sind jetzt Landkreis und als Landkreis müssen wir unsere Ebene sehen, da geht uns die nächste Ebene nur bedingt was

an - ich will nur sagen -, bewusst bedingt was an. Weil das so ist, dass diese unterschiedlichen Verteilungskämpfe sind, am Ende steht natürlich die Kommune und dazwischen ist der Landkreis, aber dem Land geht es ja nicht viel besser. Das Land ist in Richtung Bund und Finanzausgleich ähnlich zu betrachten wie ein Landkreis, weil wir nämlich auch wegen der entsprechenden Zuweisungen der anderen Länder, des Bundes usw. überhaupt nur handlungsfähig sind. Weil das so kompliziert ist, war ich lange jemand, der auch schwere Bedenken hatte, dass man das Ganze überhaupt umsetzen kann. Aber nachdem ich mit sehr, sehr vielen kommunalen Vertretern gesprochen habe, Bürgermeister, Kollegen und anderen, musste ich mich auch überzeugen lassen, dass auch insbesondere in meinem Landkreis, obwohl es schmerzt und schwere Einschnitte bedeutet, trotzdem in Größenordnungen die Kommunen ihre Haushalte zusammenbekommen werden. Gott sei Dank, sage ich, natürlich werden wir auch welche haben, die werden ihre Haushalte nicht zusammenbekommen, aber auch das ist nichts Neues, das hatten wir in den letzten Jahren auch schon. Ich denke, wenn man dieses jetzt verantwortungsbewusst anschaut, muss man jetzt auch diesen Schritt gemeinsam gehen. Auch die Kommunen, ich sage das hier, weil mir ja immer so ein paar Dinge unterstellt werden, können lieb gewordene Dinge nicht mehr umsetzen. Ich sage nur - Stichwort - es wird wohl kaum noch möglich sein, dass sich selbst kleinere Kommunen noch ein Freibad leisten können. Dort muss man also neue Wege gehen. Ich sage noch ein Zweites, weil mir das ja auch immer so angelastet wird,

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:  
Feuerwehr.)

ja, natürlich. Sie haben zwar von Kommune keine Ahnung, Herr Kollege Döring, aber ich wollte gerade das Wort "Feuerwehr" in den Mund nehmen, auch hier müssen wir neue Wege gehen, dass unsere freiwilligen Feuerwehrleute ... mit den kommunal Zuständigen müssen wir zu größeren Einheiten kommen. Aber das muss auf einer vernünftigen Basis passieren. Es nützt uns nämlich nichts, wenn wir die schönen Autos und die schönen Häuser haben, aber wir haben keine Leute mehr, die die Fahrzeuge bedienen.

(Unruhe im Hause)

Und auch dort werden wir - ich sage Ihnen das ganz bewusst, damit nicht der Eindruck entsteht, wir wollen hier manche Dinge ausblenden - gemeinsam mit dem Feuerwehrverband und den Verantwortlichen in diese Richtung gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke einfach, und ich will noch einmal darauf verweisen, dass, Mike Mohring hat es benannt, die Steuerverbundmasse von 23 auf 24 Prozent erhöht wurde. Das wird einfach einmal so still und heimlich weggelassen. Das sind nämlich am Ende auch 48 Mio. €, die dort dahinter stehen. Ich will jetzt gar nicht alles wiederholen, was hier meine Vorredner schon gesagt haben. Ich will noch auf unseren Entschließungsantrag verweisen, wo es auch darum geht, dass wir dort im Punkt 10 den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung, den halten wir sehr hoch, dass wir hier auch weitere Dinge öffnen wollen. Ich bin dankbar, ich sage einmal, was Innenpolitiker schon seit Jahren umtreibt, dass man auch Möglichkeiten von freiwilligen Zusammenschlüssen unterstützt, dass wir auch in diese Richtung gehen können. Wir werden in den nächsten eins, zwei, drei Jahren auf diesem Weg fortfahren müssen, damit hier auch entsprechende freiwillige Zusammenschlüsse gefördert werden. Wir kennen das. Wer damals die Gebietsreform mitgemacht hat, als wir gerade insbesondere Verwaltungsgemeinschaften mit dem so genannten goldenen Zügel dahin gebracht haben, dass sich größere Einheiten gebildet haben. Dasselbe muss wieder passieren, aber nicht im Wildwuchs, sondern immer im Rahmen des gesamten Landes betrachtet. Da kann man durchaus, denke ich, in die Richtung gehen, dass man sich auch diesen Dingen mit Ernsthaftigkeit widmet, aber nicht gleich so, wie es die PDS will, drei Bezirksebenen wieder schaffen. Auf so etwas werden wir uns nicht einlassen. Nur als Anmerkung einmal, da reden Sie erst einmal mit Ihrem Herrn Hartzler, Herr Kuschel, damit Sie sich da einig werden und am Ende ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, PDS: Das erste Mal haben Sie meinen Namen richtig genannt. Ich danke Ihnen.)

Das ist noch vom letzten Mal. Sie sind ja Gutachter, Sie sind Obergutachter, Sie wissen alles, Sie können alles, Sie sagen alles zuvor. Ohne dieses Spielmobil, mit dem Sie sonst herumfahren, würde doch in dem Land nichts passieren, Herr Kollege K.

(Unruhe bei der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will den vollen Ernst, darum geht es mir wirklich. Wir müssen einige Dinge in dem Land anpacken, die auf der kommunalen Ebene nicht unbedingt allen schmecken werden. Aber wir müssen gemeinsam bei den Dingen, wo wir uns im Land gut entwickelt haben, neue Wege gehen, wie man das Ganze weiterentwickeln kann, aber gemeinsam mit den Kommunalverantwortlichen vor Ort. Das ist unser Ziel. Sie wissen, die Landesregierung ist den ersten Schritt mitgegangen, wo es darum ging, von 36 Mio. € sind

10 Mio. € "Kürzungen" übrig geblieben. Der zweite Schritt ist dieser Haushalt, der jetzt ansteht. Dieser wird und muss heute verabschiedet werden, wenn es eben morgen früh sein muss, was soll es. Er muss verabschiedet werden, denn unsere Kommunen und auch der Oberbürgermeister Manfred Ruge haben deutlich gemacht, dass er von uns fordert und wünscht, dass wir diesen Haushalt verabschieden. Es kann nämlich keiner mehr warten, weder die Kommunen noch die Wirtschaft, damit sie bestimmte Investitionen durchsetzen können.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS:  
Der will noch verhandeln.)

Herr Kollege Ruge hat gestern ganz klar gesagt, dass er uns dringend alle bittet, dass der Haushalt verabschiedet wird. Das ist sein Wort, was Manfred Ruge auf den Weg gebracht hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Unruhe bei der PDS)

Ich denke, es liegt jetzt an uns, den dritten Schritt, ich will auf den dritten Schritt verweisen, darum geht es mir, zu gehen. Es laufen schon seit mehreren Wochen bzw. Monaten Verhandlungen mit den Kommunen und dem Innenminister, wo es um Standard-senkungen geht, wie gehen wir gemeinsam an die ganzen Dinge heran und es wird uns noch schmerzen in dem Hause. Da sehe ich in meine Fraktion hinein, es wird nämlich sehr schmerzen, wenn man bestimmte Standards, die man selber geschaffen hat in den letzten Jahren, seitdem wir in dem Landtag sind, dass man die eigenen Standards senken muss. Ich höre schon das Feldgeschrei von der linken Seite, von der rechten Seite, wenn wir im Interesse der Kommunen an bestimmte Standards, z.B. bei Kindertagesstätten oder ähnlichen Dingen, Feuerwehr oder Ähnlichem, herangehen, dann höre ich das Feldgeschrei schon von Ihrer Seite, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Unruhe bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:  
Wir haben doch ein Recht darauf.)

Ich kann nur dringend bitten, dass wir diesen Haushalt so verabschieden, dass die Gespräche mit aller Ernsthaftigkeit weitergeführt werden, um den kommunalen Finanzausgleich neu zu ordnen. Ich will gar nicht die strittigen Punkte alle anführen, wer da noch in die kommunale Familie mit hineingekommen ist, mit welchem Geld, sondern wir müssen jetzt Wege finden, dass der Kommunale Finanzausgleich mit beiden Spitzenverbänden vernünftig geregelt wird, der zukunftsfähig ist und das muss uns gelingen. Ich wünsche mir, dass vor allen Dingen,

das sage ich an Landesregierung und an uns alle, Aufgaben, die wir an die Kommunen nach unten geben, nur mit voller Geldausstattung an die Kommunen. Das muss oberster Grundsatz sein.

(Unruhe bei der PDS)

(Beifall bei der CDU)

Meine Bitte ist, lieber Dr. Gasser, dass auch, wenn der eine oder andere Geschäftsführer einmal nicht kommt, da gibt es noch Präsidenten, dass wir diese Verhandlungen weiterführen und ich wünsche uns, dass wir auch in den schweren Zeiten gemeinsam mit den Kommunen einen Umbau schaffen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, PDS:  
Herr Dr. Gasser, haben Sie gehört?)

**Vizepräsidentin Pelke:**

Herr Abgeordneter, Sie hatten eine Frage des Abgeordneten Kuschel zugelassen.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Ja.

(Heiterkeit bei der CDU)

**Abgeordneter Kuschel, PDS:**

Ich akzeptiere Ihre eigene Qual. Herr Fiedler, mal unterstellt, ich folge all Ihren Argumentationen

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Das erwarte ich nicht von Ihnen.

**Abgeordneter Kuschel, PDS:**

und würde Sie auch als alternativlos ansehen, so wie Sie es hier dargestellt haben. Eine Sache müssen Sie mir aber bitte noch einmal erklären, und zwar, welchen Sinn Sie darin sehen, in diesem Jahr den Kommunen das Geld wegzunehmen, im Jahre 2006 den Kommunen schon wieder 50 Mio. € mehr zu geben, im Jahr 2007 100 Mio. € und im Jahr 2008 150 Mio. €. Welchen Sinn macht dies?

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Weil es erstens gesetzlich geregelt ist und zweitens müssen wir jetzt, Herr Kollege Kuschel, wir müssen jetzt umsteuern.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn man sagt umsteuern, dann müssen wir jetzt anfangen und nicht erst auf irgendetwas warten. Sie können sicher sein, dass wir gemeinsam mit den Kommunen auch hier weitere Wege suchen, wie das vernünftig gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet Abgeordneter Köckert, CDU-Fraktion. Ich verweise darauf, dass noch 3 Minuten und 15 Sekunden zur Verfügung stehen.

#### **Abgeordneter Köckert, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, "Einer schießt quer", so hat eine überregionale Zeitung heute über die Haushaltsdebatte geschrieben.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:  
Überregional sogar.)

Sollte ich mit dem "Einen" gemeint sein, dann sage ich, hier schießt nicht einer quer, sondern hier diskutiert einer mit, hier ringt einer mit den anderen um Lösungen und hier wirbt einer um Änderungen und dies macht er bis zum Schluss. Ich werbe um Änderungen, weil ich überzeugt bin, dass einige dieser wichtigen Weichenstellungen, die mit diesem Haushalt vorgenommen werden, ja vorgenommen werden müssen, dass diese in ihrer Gesamtheit nicht gänzlich zusammenpassen bzw. nicht genügend aufeinander abgestimmt sind. Dies wird insbesondere an der Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs deutlich. Es kann nicht bestritten werden, dass das Land in vielerlei Mitfinanzierungen der letzten Jahre gemeinsam mit den Kommunen war und dass es sich zumindest aus einem Teil dieser Aufgaben, die gar nicht genuin die seinen sind, zurückziehen bzw. dass es dort die Hilfe mindern oder einstellen muss, wo es freiwillig in den vergangenen Jahren Ausgaben leistete, die es aber angesichts der heutigen Finanzlage einfach nicht mehr leisten kann. Das ist nicht zu bestreiten, dass die Kommunen mehr Verantwortung vor Ort übernehmen müssen, nicht zuletzt auch, weil sie es besser können. Schwierig wird es aber dann, wenn in der dem Land korrespondierenden Ebene der Kommunen ebenfalls in einem Maße gespart wird, dass eben gerade nicht die Möglichkeit besteht, dass die Kommunen zumindest einen Teil des durch den Rückzug des Landes entstandenen finanziellen Mankos aus eigenen Mitteln kompensieren können.

Das bedeutet nichts anderes, als dass wichtige, in den vergangenen Jahren mit viel Mühe und Sach-

kenntnis in den Problemlagen vor Ort aufgebaute Strukturen wegbrechen. Das kann meines Erachtens nicht gewollt sein. Es ließen sich hier viele Beispiele aufzählen, die lasse ich jetzt weg, weil die Redezeit begrenzt ist.

Aber es ist noch eine problematischere Weichenstellung im kommunalen Finanzausgleich dieses Haushalts vorgenommen worden. Mit diesem Haushalt sparen wir nicht gleichmäßig bei den Gemeinden, Städten und Landkreisen ein, sondern sparen gerade bei den die besonderen Lasten tragenden größeren Gemeinden und Städten mehrfach und dies in einem Ausmaß, dass gerade die größeren Städte ihre Aufgaben nur noch bruchstückhaft werden erfüllen können, geschweige denn, dass sie die Wucht der Landeseinsparungen in ausreichender Weise vor Ort abfedern können. Diese Kommunen, die größeren Städte, aber sind die zentralen Orte, die ihre jeweilige Umlandregion in ihrer weiteren Entwicklung entweder mit voranbringen oder mit bremsen. Leiden sie Not, leidet die gesamte Region darunter. Deshalb liebe Leute, auch lieber Kollege Mohring, wir machen in diesem KFA mit den großen Städten gerade das, was die neun Mitesser in der schönen Steuerbeispielgeschichte mit dem 10. Gast, ihrem Hauptsponsor, machten. Wir prügeln auf sie ein. Nur dass die großen Städte eben nicht davonlaufen können wie der 10. Gast, sondern sie werden nach der Plünderung allein gelassen mit ihren Aufgaben.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Und das Umland, meine Damen und Herren, wird ihnen nicht helfen. Das geht an die Substanz der Landesentwicklung. Man fragt sich, warum das keiner merkt. Liegt es daran, dass die Abteilung für Landes- und Regionalentwicklung nie ganz so die rechte Beachtung gefunden hat, die nötig wäre, gleich in welchem Ministerium sie angesiedelt war?

(Beifall bei der PDS, SPD)

Was machen wir mit diesem kommunalen Finanzausgleich, obwohl der Ministerpräsident doch gesagt hat, die einwohnerstarken Gemeinden sind zu stärken? Warum machen wir den zweiten Schritt vor dem ersten? Der Sinn des ganzen verschließt sich mir. Darum werbe ich seit Spätherbst in meiner Fraktion auf den unterschiedlichen Ebenen, in den unterschiedlichen Gremien, den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu machen, eine Vorbereitungs- und Übergangszeit zwischenzuschalten, die vorbereitenden und notwendig begleitenden Aufgaben und Maßnahmen des Landes zuerst zu erledigen. Jeder, der behauptet, ich wäre erst gekommen, als alle Messen gelesen waren, der lügt. Genauso wie diejenigen, die behaupten oder verbreiten lassen, eine wichtige Person dieses Landes wäre unablässlich in den

letzten Wochen mit mir deswegen im Gespräch gewesen und ich wäre nur verstockt und nicht zugänglich. Ich habe immer darüber gesprochen.

Den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu machen, meine Damen und Herren, darum werbe ich. Deswegen stelle ich vier Änderungsanträge, die ich der Präsidentin übergebe. Sie beschäftigen sich mit vier Bereichen, einmal die Schlüsselzuweisungen für Gemeinden und Landkreise und die Vorwegschlüsselzuweisung zu erhöhen. Das ist ein Antrag über 31,76 Mio. €; zum Zweiten die Investitionsschlüsselzuweisung in Höhe von 37 Mio. € für Gemeinden und Landkreise wieder einzuführen. Das ist im Übrigen ein Antrag, der für die Erhöhung der Nettoneuverschuldung stimmt. Und dann noch einen dritten Antrag, um den Ausgleich für besondere Belastungen im kulturellen Bereich wieder einzurichten. Den vierten Antrag, Zuweisungen an Kommunen für die Aufgaben des Winterdienstes bereitzustellen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Über die Seriosität oder Nichtseriosität der Deckungsvorschläge

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Abgeordneter Köckert, CDU:**

lässt sich streiten. Sie sind mindestens genauso seriös wie die Anträge, die hier weiterhin im Hause vorliegen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute die Chance, einen geänderten Haushalt als den, der hier jetzt vorliegt, zu beschließen. Diese Möglichkeit besteht, um die meines Erachtens falschen Weichenstellungen im Bereich der Kommunalfinanzierung zu korrigieren. Zugleich sage ich aber auch - und das ist nicht zuletzt durch ein Gespräch mit Manfred Ruge heute früh mit mir noch einmal deutlich geworden - gestern saßen ja einige wichtige kommunale Spitzen gerade meiner Partei zusammen -, bei allem Streit wird es einen Haushalt in diesen Plenartagen geben. Es wird ein Haushalt beschlossen werden. Wir werden einen Haushalt beschließen, denn schlechter als ein Haushalt mit Fehlern ist gar kein Haushalt. Der ist schlecht für das Land und der ist schlecht für die Kommunen. Das wird es nicht geben. Danke.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Das Wort hat Innenminister Dr. Gasser.

#### **Dr. Gasser, Innenminister:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, einige Anmerkungen zu der Argumentation betreffend den Einzelplan 03. Es ist richtig, Herr Kuschel, dass die Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 182 nicht ganz korrekt war, und zwar sind hier Zahlen in einer Spalte verrutscht. Wir haben das korrigiert und das müsste der Frau Präsidentin des Landtags mittlerweile vorliegen. Sie haben angeführt, ich hätte die Kommunen aufgefordert, die Steuern und Gebühren zu erhöhen. Das muss ich zurückweisen. Das ist nicht richtig. Ich habe lediglich gebeten, darüber nachzudenken, ob dies nicht angebracht wäre in Anbetracht dessen, dass die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände die niedrigsten Steuern und Gebühren pro Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland haben. Im Jahre 2003 waren das 113,7 € pro Einwohner. Ich denke, man wird uns natürlich zu Recht von den Geberländern vorhalten können, dass wir die niedrigsten Gebühren, Einnahmen, Steuereinnahmen haben und im Rahmen des Finanzausgleichs hier doch erhebliche Mittel nach Thüringen fließen.

Sie haben weiter ausgeführt, ich hätte behauptet, gesagt, die Kommunen hätten noch Ausgabereserven. Auch dies habe ich so nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, es gibt auch noch eine ganze Menge Kommunen, die hier Spielräume haben. Das erweist sich jetzt auch bei der Vorlage der Haushalte. Es sind schon eine ganze Reihe von Haushalten genehmigt worden. Bei Fortschreiten weiterer Genehmigungen, es liegt ja noch nicht alles vor zur Bearbeitung beim Landesverwaltungsamt, wird sich dies sicherlich weiterhin bestätigen. Die Landesverschuldung hatte ich gesagt, so wie Sie es behauptet haben, liegt höher als die der Kommunen. Ein Blick in die entsprechenden Tabellen belegt dies. Wenn man sich die Schuldensituation des Landes pro Einwohner anschaut, da waren das im Jahr 2003 5.486 € und der Schuldenstand der Kommunen war wesentlich niedriger, und zwar lag der bei 1.233 € pro Einwohner, und zwar ziemlich konstant seit 1998. Da waren es 1.232, danach 1.239 und so weiter und so fort, so dass man durchaus sagen kann, dass die Kommunen sich hinsichtlich der Verschuldung in einer nicht schlechten Situation befinden. Die Steuereinnahmen - das war auch ein Punkt, den Sie angesprochen haben - des Landes sind drastisch gesunken. Das kann das Land nicht beeinflussen, es liegt an dem, was die Bundessteuergesetzgebung eben festgelegt hat und das Grundgesetz und zudem die allgemeine Wirtschaftslage nun einmal dieses Absinken der Steuereinnahmen verursacht hat. Wenn man sich die Steuereinnahmen der Thüringer Kommunen anschaut, dann sieht man hier eine Kurve, die eindeutig ist, von 1998 624,8 Mio. €, auf im Jahr 2005 722 Mio. €. Wenn man summa summarum

sich nunmehr anschaut, was insgesamt in den kommunalen Finanzausgleich fließt, dann waren dies relativ konstant in den letzten Jahren 1,86 Mrd. € und außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs nochmals 929 Mio. €. Das gibt summa summarum 2,789 Mrd. €. Zieht man davon jetzt die nicht mehr erfolgenden Zuführungen des Landes für den Haushalt 2005 ab, so ergibt das immer noch, wenn man zugrunde legt 150 Mio. € oder 160 Mio. € - das ist effektiv das, was gekürzt wird - einen Betrag von ca. 2,639 Mrd. €. Wenn man das Gesamtvolumen sieht, welches zur Verfügung steht für die Kommunen und was jetzt gekürzt werden soll, wenn Sie den Haushalt so beschließen sollten, dann muss man sagen, vieles an Geschrei und Gejammer ist in diesem Zusammenhang meines Erachtens unbegründet. Vielen Dank.

#### Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache zum 2. Komplex - Einzelplan 03.

Ich rufe auf den 3. Komplex - **Einzelplan 04 - Kultusministerium** - und die **Artikel 10 und 11 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes**. Die vereinbarten Redezeiten sind wie folgt: CDU 26 Minuten, PDS 20 Minuten, SPD 14 Minuten. Auch hier verlängert sich die Redezeit der Fraktionen nach 8 Minuten Redezeit der Landesregierung. Als Erstes hat sich zu Wort gemeldet Abgeordneter Döring, SPD-Fraktion.

#### Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch nach 14 Jahren Zugehörigkeit zu diesem Hause gibt es für mich noch Momente, in denen mich angesichts des Regierungshandelns blanke Fassungslosigkeit überfällt. Einen solchen Moment hatte ich, als ich erstmals den Haushaltsentwurf im Bildungsbereich zu Gesicht bekam. Immerhin 34,5 Mio. € sollen hier eingespart werden und dies trotz der inzwischen, denke ich, als Allgemeingut gewordenen Tatsache und die Bildung - und die Enquetekommission hat das ausdrücklich betont - der Erkenntnis, dass wir die Investitionen deutlich und nachhaltig erhöhen müssen, wenn wir im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaft wirklich auf Dauer eine Chance haben wollen. Die Landesregierung, und davon bin ich überzeugt, kümmert das offenbar herzlich wenig. Damit nicht genug: Obwohl an den Thüringer Schulen Jahr für Jahr Hunderte von Unterrichtsstunden wegen Lehrermangel ausfallen, geht der Personalkahlschlag im Schulwesen unvermindert weiter. 1.156 Lehrerstellen sollen in diesem Jahr gestrichen werden. Wie passt dies zusammen? Ein anderes Beispiel: Das neue Kultusministerium hat sich

nach eigenen Angaben das lebenslange Lernen zum Leitmotiv erkoren. Gleichzeitig sollen die Mittel für die Erwachsenenbildung um 46 Prozent reduziert werden, was unweigerlich zum Zusammenbruch der in den vergangenen Jahren aufgebauten und gut funktionierenden Erwachsenenbildungsstrukturen in Thüringen führen wird. Wer kann das nachvollziehen, Herr Minister? Ich jedenfalls nicht. Auch die Schuljugendarbeit, vor wenigen Jahren erst etabliert und vom Kultusministerium seiner Zeit als Thüringer Weg zum Ausbau schulischer Ganztagsangebote gefeiert, wird durch den Landeshaushalt plötzlich wieder zur Disposition gestellt. Sie soll mit gerade einmal 48 Prozent der bisherigen Mittel über die Runden kommen - dies, obwohl die Schuljugendarbeit von den Schulen gut angenommen worden ist, obwohl zahlreiche, oftmals langfristige angelegte Projekte entstanden sind, deren weitere Existenz nun akut gefährdet erscheint. Wo ist hier die Rationalität des Regierungshandelns? Ich vermag sie nicht zu erkennen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir Ausmaß und Folgewirkung des von der Landesregierung geplanten Kahlschlags im Bildungsbereich vor Augen führe, bin ich fast geneigt, mir den Minister Krapp zurückzuwünschen. Damals hatten wir noch bildungspolitische Stagnationen in Thüringen zu beklagen; heute geht es bereits um die Zerschlagung bewährter Bildungsstrukturen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beispiel dafür bieten die beabsichtigten drastischen Einschnitte bei der Lernmittelfreiheit. Das Kultusministerium will nicht nur die Landesaufwendungen für Lernmittel um 40 Prozent reduzieren, sondern auch den entstehenden Fehlbetrag von 2,6 Mio. € den Thüringer Eltern auflasten. Sie können laut Artikel 10 Abs. 2 des uns vorgelegten Haushaltsstrukturgesetzes künftig an den Kosten der Lernmittel beteiligt werden. Dies ist nichts anderes als eine Aushöhlung der Lernmittelfreiheit.

(Beifall bei der SPD)

Aber wahrscheinlich ist die Lernmittelfreiheit in den Augen des Kultusministers ohnehin ein ebenso verzichtbares Relikt wie die Schülerspeisung. Aus dieser realitätsfernen Perspektive ist es nur konsequent, wenn man den Haushaltansatz für das Schulessen auf 0 € herabsetzt. Dass dadurch den kommunalen Schulträgern Belastungen aufgebürdet werden, die sie angesichts der von der Landesregierung beabsichtigten drastischen allgemeinen Kürzung nicht werden schultern können, fällt dabei offenbar nicht ins Gewicht. Es kümmert die Regierung genauso wenig, dass die so entstehenden Mehrkosten für die

Schülerspeisung zwangsläufig an den Thüringer Eltern hängen bleiben werden. Es geht für die betroffenen Eltern eben nicht nur um 26 Cent mehr oder weniger, Herr Minister Goebel.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist allen deutlich geworden, warum die SPD einem solchen Bildungsetat nicht zustimmen kann. Wir lehnen die von der Landesregierung beabsichtigte Zerschlagung bewährter Bildungsstrukturen ebenso vehement ab wie die geplante Kostenverlagerung auf die kommunalen Träger und die Thüringer Eltern. Unsere Änderungsanträge zum Bildungsetat liegen Ihnen vor. Ich bitte Sie mit allem Nachdruck darum, ihnen zuzustimmen. Nur so wird es möglich sein, einen bildungspolitischen Kahlschlag erschreckenden Ausmaßes abzuwehren. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Danke. Das Wort hat Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS-Fraktion.

#### **Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, schwergewichtig ist ja schon der Einzelplan 04.

(Heiterkeit bei der PDS)

Wir finden im Einzelplan 04 zusammengefasst den eigentlichen Reichtum Thüringens. Der Freistaat verfügt über eine reiche und vielfältige Kulturlandschaft. Forschung und Entwicklung sowie die Thüringer Hochschulen haben einen guten Ruf und die Bildungslenker gab wichtige Hinweise für die Gestaltung von Bildungslandschaft und Bildungssituationen. Nun hätte man meinen können, dass gerade im Jahr 2005, dem Schiller- und Einsteinjahr, für und aus Thüringen neue Akzente für die Entwicklung dieser wertvollen Ressourcen gesetzt werden. Aber offensichtlich ist es mit dem Schiller und dem Einstein genauso wie mit dem Cranach - das Cranachjahr hatten wir ja gründlich verpennt. Seit dem letzten Sommer bündelt nun ein neues Kultusministerium die verschiedenen Bildungs- und Kulturbereiche. Auch dort kann man von Schwergewichtigkeit sprechen, wenn man diese Bereiche zusammengefasst betrachtet. So könnten Kooperationen, Synergien, Vernetzungen, Weiterentwicklungen und all die schönen Schlagworte, die es in der Politik so gibt, umgesetzt werden, wenn, ja wenn denn dieses Superministerium mit einem Superministerium Superpolitik machen müsste und könnte und deren Politik nicht vom Diktat des Finanzministeriums abhängen würde. Der vorliegende Haushaltsentwurf, über den wir heute abschließend beraten, wird den eigenen Ansprüchen,

die in den vergangenen Jahren und insbesondere auch seit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Althaus postuliert wurden, keinesfalls gerecht. Bezogen auf den Bildungsbereich kann ich dem zustimmen, was der Abgeordnete Döring von der SPD-Fraktion eben erläutert hat. Ich werde auf einige Facetten noch einmal eingehen und für die Kulturlandschaft möchte ich darauf verweisen, dass in der "Thüringer Allgemeinen" heute sogar von kultureller Einebnung des Landes auf die Jahre hinweg gesprochen wird. Ich glaube, dass dieser Beitrag nicht von leichtfertiger Einschätzung der Kulturlandschaft in Thüringen zeugt, sondern dass er aus der Kenntnis heraus resultiert, dass das, was mit diesem Haushalt gemacht wird, für den Freistaat und eben auch, da beziehe ich mich auf die Debatte zum vorhergehenden Komplex, für die Kommunen ernsthaft beschädigt Schäden hervorruft. Von einem Festhalten an der Politik der Investitionen in die Köpfe, was erst kürzlich in den Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses betont worden ist, kann angesichts der gießkannenartigen Streichungen im Bildungs- und Kulturbereich keine Rede sein. Dieser Haushalt ist Ausdruck entweder eines vollständigen Desinteresses an politischer Gestaltung oder der bedingungslosen Kapitulation.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Beides.)

Er ist Ausdruck der Ignoranz der konkreten Bedingungen und Situationen der Bildungs- und Maßnahmen-träger vor Ort und er ist Ausdruck der Arroganz gegenüber den unmittelbar betroffenen Schülern und Eltern. Betrachten wir zur Beweisführung meiner Behauptungen die so genannten Anstrengungen, die das Kultusministerium zum weiteren Aufbau von Ganztagschulen entsprechend ihrer Ankündigungen im Konzept "Bildung und Betreuung von 2 bis 16" unternimmt, in einigen Details. Kollege Döring ging bereits darauf ein. Die Schuljugendarbeit wird um 50 Prozent auf 2,4 Mio. € für das gesamte Haushaltsjahr gekürzt. Aus einer Antwort auf die Anfrage meiner Kollegin Reimann geht hervor, dass bereits im ersten Halbjahr, also im ersten Beantragungshalbjahr, für die Schulen schon ein Mittelvolumen von 3 Mio. € notwendig wäre. Dann weist man darauf hin, dass eine gleichartige Antragsfülle für das zweite Halbjahr vorliegt. Aber das Geld reicht dazu nicht. Zudem ist nun die Zusammenführung der Mittel der Schuljugendarbeit und der Jugendpauschale geplant. Diese ist aber, das muss man einfach dazu denken und rechnen, ebenfalls um 2 Mio. €, sprich 22 Prozent, gekürzt. Was wird also aus dem schulischen Umfeld, dessen Ausgestaltung in der Vergangenheit gerade aus Thüringen und gerade aus Erfurt vehement gefordert wurde? Da kann ich mich Ihnen auch nur anschließen, Herr Abgeordneter Döring. Ich kann

mich erinnern, dass sich der vorhergehende Kultusminister gerade für diesen Bereich ausdrücklich eingesetzt hat. Zweite Anmerkung: Die Landeszuschüsse zur Schulspeisung mit dem Hinweis darauf, dass 26 Cent Förderung pro Mahlzeit spielend von den Eltern getragen werden können, sind völlig gestrichen. Das Beispiel macht übrigens Schule, die Kommunen ziehen nach oder müssen nachziehen. Wir hatten eben die Debatte zum kommunalen Finanzausgleich. Und schon sind, und das werden Sie sicher auch wissen, in einigen Kommunen nicht nur 26, sondern 52 Cent, also die doppelte Summe, zusätzlich von den Eltern zu bezahlen. Wussten Sie, dass manche Eltern im Freistaat Thüringen aufgrund ihrer sozialen Situation dieses Geld nicht mehr bezahlen können und aus unterschiedlichen Gründen Kinder auch schon in der Grundschule nicht mehr an der Schulspeisung teilnehmen? Ich weiß es aus der Erfahrung der eigenen Familie, dass Kinder in Grundschulen darauf warten, dass der Nachschlagteller gefüllt wird, weil sie selbst die Essensbeiträge entweder von den Eltern nicht mitbekommen haben oder diese nicht bezahlt wurden, und das in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland und das vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Bildungslenkungscommission, dass am Landeszuschuss für das Mittagessen eigentlich weiter festgehalten werden soll, dass man diesen nicht streichen soll. Mit der Streichung der Zuschüsse für die Schulspeisung führen Sie die soziale Differenzierung so weit, dass Kinder schon am Mittagessen in der Schule in arm und reich unterschieden werden. Ich halte das für völlig verwerflich.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Drittens: Wie verträgt sich denn die Politik der Investitionen in die Köpfe mit der Reduktion der Investitionspauschale für Schulgebäude um 7,6 Mio. €? Wie verträgt sich die Reduktion von ca. einer halben Mio. € bei der Lernmittelfreiheit? Was bedeutet Investition in die Köpfe, wenn Sie in den verschiedensten Bereichen nicht die volle Summe, aber wie mit dem Rasenmäher darüberstreichen und damit rechnen müssen, dass die Kommunen entsprechende Gegenfinanzierungen nicht aufbringen können? Wenn man solche Investitionen in die Zukunft streicht, muss man unterstellen, dass junge Menschen in Thüringen sowieso keinen Platz mehr haben und dass die Zukunft in Thüringen kein junges Gesicht mehr haben wird. Darauf ist übrigens auch Kollegin Taubert bei der Begründung von Familienfreundlichkeit in ihrem Redebeitrag eingegangen. Um es ein bisschen aktuell zu machen: Herr Minister Goebel, nächste Woche werden Sie das Bundesfinale "Jugend trainiert für Olympia" in Oberhof eröffnen. Werden Sie dort erwähnen, dass Sie die Zuschüsse für die Schulsportstätten um 3,3 Mio. €, das heißt um 38 Prozent, gekürzt haben? Oder, Herr

Staatssekretär Prof. Bauer-Wabnegg: In einer Woche halten Sie ein Grußwort zum Abschluss des Landeswettbewerbs "Jugend musiziert" in Nordhausen. Werden Sie dort begründen, warum die Landesregierung in diesem Jahr im Bereich der Musik- und Jugendkunstschulen eine halbe Mio. € streicht? Lassen Sie mich als ein weiteres unsägliches Beispiel dieser Kürzungsorgie die Zuschüsse für die Erwachsenenbildung benennen. Davon werden nicht, ich möchte es ausdrücklich betonen, die viel zitierten Häkel- und Töpfer- oder Handykurse, wie sie hier schon benannt worden sind, finanziert, denn diese werden durch die Teilnehmer selbst finanziert

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Einnahmen.)

und sind Einnahmen. Mit der Kürzung im Bereich der Erwachsenenbildung wird ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot im Erwachsenenbereich beschnitten. Übrigens ist dieses Bildungsangebot auch eines, welches aus den Errungenschaften vergangener Jahrhunderte resultierte. Zwangsläufige Einschnitte bei den Lehrangeboten zur kulturellen und zur politischen Bildung sind von den Trägern bereits angekündigt. Kurse, die zum Nachholen von Bildungsabschlüssen oder zur Weiterqualifikation dienen, sind von Kürzungen betroffen und die zu erwartenden Gebührenerhöhungen stehen schon für das Frühjahrssemester 2005 in den Zeitungen. Ich denke, dass an dieser Stelle nicht nur für die Volkshochschulen, sondern für den gesamten Bereich der Erwachsenenbildung und für das, was sie ursprünglich als Investition in die Köpfe meinten, ein völlig falsches Signal gesetzt wird. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf das Haushaltsstrukturgesetz, denn nach unserer Auffassung und auch nach Ergebnissen der Anhörung, die wir dazu durchgeführt haben, geht es nicht darum, die Erwachsenenbildung nach Maßgabe des Haushalts zu sichern, sondern wir brauchen Planungssicherheit und deshalb den Rechtsanspruch auf Landesförderung in der Erwachsenenbildung, so wie es bisher war.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, betrachten wir die weiteren so genannten Anstrengungen des Kultusministeriums zur Bewahrung und Entwicklung von Kunst und Kultur in unserem Land. Die Aufwendungen für Kunst und Kultur im Freistaat sanken in den letzten Jahren kontinuierlich. Manchmal haben Sie das gar nicht gemerkt, weil immer ein bisschen abgeschnitten wurde. Getreu dieser Tradition werden im Bereich der Kunstpflege in diesem Haushaltsjahr Kürzungen von einer halben Mio. € vorgenommen. Es trifft zum wiederholtem Male und schmerzlich die Breitenkultur, die Soziokultur, die

Thüringer Künstler, die Literaturförderung, die Musikförderung und die freien Theatergruppen. Am schwerwiegendsten sind die vorgesehenen Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich. Hier geht es nicht nur um reine Kürzungen von Landeszuschüssen; hier wird besonders schmerzlich werden die Kürzung der Ausgaben für Kommunen mit besonderer kultureller Belastung. Ich kenne jetzt den Antrag des Kollegen Köckert nicht so, wie er ihn als Dritten aufgeführt hat - ich habe im Moment noch die schwache Hoffnung, dass dieser Antrag nicht 44 Stimmen bringt, nämlich Herrn Köckerts Stimme und die der Opposition, sondern 45 Stimmen, so dass er tatsächlich auch durchgeht und dass diese

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: 48.)

- Herr Ramelow, schön, wenn er 48 bringt, ist das natürlich noch besser - Möglichkeit, die Kommunen, die eine besondere kulturelle Last tragen, mit einem entsprechenden Zuschuss zu sichern, auch weiter geregelt werden kann. Sie kürzen übrigens auch im Bereich der Investitionen, im Bereich derjenigen Ausgaben, die für die örtliche und regionale Wirtschaft in den Kommunen besonders wichtig sind, und auch dort gehen Sie wiederum in die Museums- und in die Musikschulfinanzierung hinein. Sie wissen, glaube ich, denn Sie kommen ja auch aus einem Kommunalparlament, dass die vorgesehenen Kürzungen der Landeszuschüsse keinesfalls durch die Kommunen aufgefangen werden können und dass in vielen Bereichen der Kommunen die freiwilligen Aufgaben schon deshalb nicht mehr finanziert werden können, weil die Pflichtaufgaben nicht mehr ausfinanziert werden. Alles das, was dann Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden ausmacht, steht mit den beabsichtigten Kürzungen auf dem Spiel, und wir stellen die Frage, was in der Zukunft, also nach dieser Streichorgie, Thüringen überhaupt noch ausmachen wird.

Lassen Sie mich noch auf einen dritten Bereich aus dem Einzelplan 04 eingehen. Als im letzten Herbst der Ministerpräsident Althaus sich regierungserklärte, ging er u.a. auch auf das Thema Forschung in Thüringen ein. Er erweckte den Eindruck, man wolle sich nun auf dieses Thema mit besonderer Kraft konzentrieren. Dabei war der Neuigkeitswert der Aussagen des Ministerpräsidenten eigentlich null. Aber fast gleich lautend proklamierte dann der Wirtschaftsminister Reinholz diese Absicht in seiner Rede vom Oktober 2003. Mit keiner Silbe wurde jedoch auf die Schwierigkeiten eingegangen, die in der Forschungsförderung bereits herangewachsen waren, obwohl zwei Papiere - ein von der Regierung selbst in Auftrag gegebenes Gutachten "Wissenschaftsland Thüringen" und das Positionspapier des Forschungs- und Technologieverbundes Thüringen e.V. - die Probleme deutlich benannt hatten. Doch die Regierung

hält sich auch hier offensichtlich nicht an ihre eigenen Ziele und an ihre eigenen Aussagen. Sie verschärft die Situation noch einmal durch den vorliegenden Haushaltsansatz. Zunächst hat man, das ist immer bezeichnend, die Titel und die Titelgruppen zwischen den beiden Haushaltsplänen des Wirtschafts- und des Kultusministeriums hin- und herhandelt. Von Haushaltsklarheit wollen wir an dieser Stelle vielleicht überhaupt nicht sprechen. Unterm Strich blieb aber eine erneute Kürzung in diesem Bereich. Und nun wurde diese wiederum von der Finanzministerin im Haushaltsausschuss bestritten. Doch bevor die Ministerin dieses bestreiten konnte, hatte vorher ein Ministerialbeamter - vielleicht aus Versehen, weiß ich jetzt nicht - im Wissenschaftsausschuss auf Nachfrage wörtlich von Kürzungen insgesamt gesprochen und dies als unterproportional bezeichnet, aber er sprach von Kürzungen. Und diese lassen sich in der Tat nachweisen, wenn man die Mittel beider Ministerien zusammenrechnet und mit dem Vorjahr vergleicht.

Man sollte in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, dass bereits mit der Verabschiedung des Hochschulpakts Forschungsmittel mehrfach überproportional gekürzt worden sind. Zurzeit ist die Situation interessanterweise so weit fortgeschritten, dass keiner mehr den Hochschulpakt öffentlich anzusprechen traut. Wahrscheinlich sitzt man vor den Festlegungen des Hochschulpakts und rührt sich nicht, denn es könnte ja am Ende noch schlimmer kommen. Man ist froh, dass man wenigstens bis zum Jahr 2006 mit einem blauen Auge davongekommen ist. So kann man übrigens in Reflektion auf die Debatte vom heutigen Morgen Schweigen auch als Zustimmung betrachten. Wenn nun aber der Kultusminister einräumt, dass die Studiengebühren aus seiner Sicht geeignet seien, die Finanzierungsdefizite der Hochschulen auszuräumen, darf man gespannt sein, welche Halbwertzeit die Aussage des Ministerpräsidenten hat, bis zum Jahr 2009 wird es keine Studiengebühren in Thüringen geben. Ich glaube daran nicht.

Kommen wir zurück zur Forschungsförderung: Durch die Förderung der Forschung sollte ein wichtigstes Zukunftsprogramm in Thüringen Priorität genießen. Hier ist die Chance der Schaffung von innovativen dauerhaften Arbeitsplätzen am höchsten. Das ist nachweisbar. Das wurde übrigens auch bei der Anhörung der PDS-Fraktion vom 7. Dezember 2005 deutlich, zu der wir die Forschungseinrichtungen Thüringens eingeladen hatten. Ich hoffe, dass Ihnen aus der Anwesenheit bei unserer Anhörung kein Nachteil gereicht. Aus diesem Grunde hat allerdings meine Fraktion zum Sachgebiet zwei Änderungsanträge formuliert, um wenigstens mit dem Haushaltsansatz 2005 wieder auf den Ansatz des Jahres 2004 zu kommen. Mit diesem Titel sollten gezielt Forschung

an Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gefördert werden. Ihrer Zustimmung sind wir uns allerdings aus Erfahrung nicht ganz sicher.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließen. Unsere Kritik richtet sich gegen den konzeptionslosen Abbau der Bildungs- und Kulturlandschaft in Thüringen und damit gegen die Tendenzen der kulturellen Verarmung eines Lebensortes, der mehr Aufmerksamkeit verdient hätte. Wir wenden uns entschieden gegen Ihre inzwischen unverhüllte Politik der Verschärfung sozialer Differenzierung in Bildung und Kultur. Es wird nicht mehr danach gefragt, was unverzichtbar ist und an welcher Stelle dafür Abstriche gemacht werden könnten. Stattdessen wird überall ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger gestrichen. Sie haben inzwischen einen Stil erreicht, nach welchem dem Diktat der Finanzen folgend Politik ihren gestaltenden Charakter verloren hat. Nach der Haushaltsrede des Generalsekretärs der CDU, des Abgeordneten Mohring, wundert mich das eigentlich gar nicht mehr. Er hat an seinem eigenen Beispiel bewiesen, wie verkommen politische Kultur in Thüringen ist.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Sie verkünden und wundern sich dafür, wenn sie Kritik vom undankbaren Volk bekommen. Sie verlangen, den Gürtel enger zu schnallen, und merken gar nicht, dass sie den Leuten die Hose schon herunter gezogen haben. Quo vadis Freistaat Thüringen, möchte man dazu ausrufen. Ich frage mich, ob Sie durch die Haushaltsdebatte noch zur Vernunft kommen, und ich möchte abschließend auf ein Zitat verweisen, welches mir ganz gut gefällt. Ein amerikanischer Schriftsteller und Journalist hat gesagt: "Eine gute Regierung ist wie eine geregelte Verdauung. Solange sie funktioniert, merkt man kaum etwas von ihr." Von dieser Regierung merkt man ständig nur Blähungen.

(Beifall bei der PDS)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Als nächster Redner folgt Abgeordneter Bausewein, SPD.

#### **Abgeordneter Bausewein, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, Frau Präsidentin, eingangs einige Passagen aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 9. September des vergangenen Jahres zu zitieren. Der Ministerpräsident hat in diesem Hause zu Recht die hierzulande erbrachten Wissenschafts- und Forschungsleistungen als

"Keimzellen für die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens" bezeichnet. Er hat ebenso richtig betont, dass "die übergroße Zahl der Thüringer Unternehmen derzeit überhaupt nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft Forschung und Entwicklung zu betreiben". Auch den politischen Schlussfolgerungen stimme ich ohne Weiteres zu. "Hier ist der Staat gefordert", hat er gesagt und versprochen, dass "Wirtschaft und Wissenschaft noch stärker zu vernetzen" sind. Soweit die hehren Ankündigungen des Ministerpräsidenten im September des vergangenen Jahres. Doch wie ist die Realität, meine Damen und Herren? Die Landesregierung beabsichtigt, die Mittel für die Förderung der wirtschaftsnahen und Grundlagenforschung wieder einmal zu kürzen. Waren dort im Jahr 2004 noch 18,4 Mio. € eingestellt, sollen es im Jahr 2005 nur noch 16,2 Mio. € sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Reduzierungen sind höchst brisant, da die Landesregierung die Forschungsförderung bereits seit Jahren immer stärker zusammenstreicht. 1999 waren dafür noch 53,6 Mio. € eingestellt, 2005 ist davon mit 16,2 Mio. € nur noch weniger als ein Drittel übrig geblieben. Besonders betroffen von dieser Negativentwicklung ist das eigentliche Herzstück der Forschungsförderung, nämlich die Verbundforschung. Standen hier im Jahr 1999 noch 33,1 Mio. € zur Verfügung, sollen dies im Jahr 2005 nur noch 10,9 Mio. € sein, wenn es nach den Ansätzen der Landesregierung geht. Denn wie ich dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion entnehmen kann, ist diese offenbar entschlossen, der Verbundforschung dieses Jahr vollends den Todesstoß zu versetzen, da sollen noch mal 200.000 € eingespart werden, so dass nur noch 10,7 Mio. € zur Verfügung stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Vorgehen der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion bei der Forschungsförderung ist mir nicht nur im Hinblick auf die Regierungserklärung absolut unverständlich. Es steht zudem im deutlichen Widerspruch zu den Empfehlungen, welche eine vom Land eingesetzte Expertenkommission im März des vergangenen Jahres abgab. Im Kommissionsgutachten mit dem Titel "Wissenschaftsland Thüringen" heißt es auf Seite 51 - Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich: "Die vom TMWFK seit mehreren Jahren erfolgreich betriebene Unterstützung von F- und E-Projekten im Verbund zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Thüringer Unternehmen sollte wieder deutlich aufgestockt werden. Mit den derzeit vorhandenen Mitteln sind nachhaltige Wirkungen nur noch in geringem Umfang zu erzielen. Angesichts der positiven Wirkungen für die Wirtschaft, aber auch für die Profilierungen der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen spricht alles dafür, das Instrument der Verbundforschung offensiv zu nutzen." Diese Empfeh-

lungen reflektieren wohlgerne die Situation zu Beginn des vergangenen Jahres. Damals waren noch 12,1 Mio. € für die Verbundforschung eingestellt. Dieses Mal sollen es 10,9 Mio. € sein oder, wie von der CDU-Fraktion verlangt, sogar nur 10,7 Mio. €. Ist darunter das von der Expertenkommission dringend angemahnte Umsteuern bei der Forschungsförderung zu verstehen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD macht diese indiskutable Mittelkürzung nicht mit. Wir verkennen nicht die gegenwärtige Haushaltslage, wir schauen aber auch nicht einfach zu, wie dem Land die technologische Zukunftsfähigkeit geraubt wird. Wir beantragen daher, die Landesförderung für die Verbundforschung um 3 Mio. € zu erhöhen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Pelke:**

Danke schön. Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Doch, Herr Abgeordneter Schwäblein, CDU-Fraktion.

#### **Abgeordneter Schwäblein, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einzelplan 04 fasst ab diesem Haushaltsjahr auch die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Kunst; insoweit ist das ein Novum. Die Probleme, die wir durch knappe Landesfinanzen haben, begleiten uns natürlich auch in diesem Einzelplan.

Zu Beginn darf festgestellt werden, dass ein Kritikpunkt der letzten Jahre fast keine Erwähnung gefunden hat, nämlich der Hochschulpakt. Was ist in diesem hohen Hause von der Opposition alles an Lamento bezüglich des Hochschulpakts vorgeführt worden? Die Katastrophe für die Hochschulen wurde dargelegt und ihr sicheres Ende prophezeit - von alledem ist nichts eingetreten. Es zeigt sich, dass der Hochschulpakt, wie von uns prognostiziert, für ein paar Jahre unsere Hochschulen von den ganz strengen Sparbemühungen sogar ausklammern lässt. Dies ist ein Gewinn für die Hochschulen, wenn wir uns, durch äußere Einwirkungen

(Zwischenruf Abg. Dr. Kaschuba, PDS:  
Das ist kein Widerspruch!)

bedingt, finanziell im Rückwärtsgang befinden. Da wird viel zu wenig, insbesondere von der SPD-Fraktion, über die Ursachen gesprochen. Uns fehlen schlicht und ergreifend die Steuereinnahmen. Wenn wir überhaupt den Haushalt zurückschrauben müssen, dann können wir auch die kulturellen und wissenschaftlichen Bereiche nicht oder nur ganz be-

grenzt davon ausnehmen. Dann ist es tatsächlich ein Gewinn, wenn überall zusammengestrichen werden muss - das macht keinem Freude -, die Hochschulen aus gutem Grund davon auszunehmen. Das darf anlässlich einer Haushaltsberatung, die den Hochschulen auch in diesem Jahr ihre Mittel fortschreibt, als Erfolg gewertet werden. Dass man bei der Denkmalpflege nicht weiter zusammenstreichen konnte, hat sich im letzten Jahr schon angedeutet, da war die Schmerzgrenze erreicht. Insoweit kommt man jetzt auf niedrigerem Niveau dort klar.

Bei den Theatern und Orchestern sind wir durch einen weiteren Pakt in der - ich sage es bewusst - noch glücklichen Situation, einen Zustand fortschreiben zu können, aber gewisse Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen, dass man die Bedenkzeit, die damit ein weiteres Mal gewährt wurde, vielerorts wieder ungenutzt verstreichen lässt. Eine Situation, die mir sehr bekannt vorkommt, der ich seit 1990 diesem hohen Haus angehöre, wurde doch damals die Bedenkzeit vom Bund finanziert, jetzt vom Land mit vielen Schmerzen. Ich bitte in diesem Zusammenhang den Kultusminister, in sein angekündigtes Kulturprogramm, das im Laufe des Jahres vorgelegt werden soll, auch die Orchester und Theater bereits mit einzubeziehen, und zwar vor Ablauf des Pakts, der mit diesen Einrichtungen geschlossen wurde. Je früher man dort die Perspektive erkennt, umso besser für die Situation im Land.

Bei den Museen haben Sie zur Kenntnis nehmen können, dass die CDU-Landtagsfraktion die gedachte Kürzung reduziert hat. Ich bin der Überzeugung, dass dort ein Fehler auf Arbeitsebene passiert ist, dass man Museen jetzt wohl auch von den Kürzungen nicht ausnehmen konnte, weil die Not im Land groß ist, dass man aber dann auch durch unsere Mitwirkung festgestellt hat, dass es vertragliche Verbindungen gab, die bei den verbliebenen Museen zu drastischen und für uns unzumutbaren Kürzungen geführt hätte. Ich bin meiner Fraktion dankbar, dass wir eine Kompensation gefunden haben und die Situation der Museen, die wir seitens des Landes unterstützen können, als auskömmlich darstellen können. Ich sage bewusst noch mal für die Öffentlichkeit: Thüringen hat auf eigene Landesmuseen verzichtet, auch auf ein eigenes Museumsamt, bedient sich dort der Dienste des Verbandes und hat damit eine Mitwirkungspflicht im finanziellen Bereich sowohl für den Verband wie auch für überregional bedeutsame Museen. Dieser Verpflichtung stellen wir uns und ich hoffe, dass wir das auch in den nächsten Jahren so noch können.

Es bleibt in diesem Bereich schwierig wie im ganzen Haushalt, und es hilft überhaupt nicht - ich sage das in beide Richtungen der Opposition -, Änderungsanträge einzubringen, die eine unseriöse De-

ckung haben. Überall nur zu betonen, dass da mehr getan werden müsste, könnten wir auch. Wir sind im Anliegen nicht auseinander,

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:  
Die sind aber sehr seriös.)

nur akzeptieren wir Ihre Lösungsvorschläge nicht. Deshalb werden wir Ihren Änderungsanträgen auch nicht zustimmen können.

Nachdem sich Frau Dr. Klaubert wieder als Cassandra dargestellt hat - das ist ihre Lieblingsrolle, die sie hier darstellt, wenn sie nicht hier oben sitzt,

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS:  
Herr Schwäblein, Cassandra hatte  
Recht.)

als Abgeordnete erfüllen Sie den Ruf der Cassandra ja auch gern -, bin ich doch erstaunt, dass Sie als Kulturpolitikerin am Ende Ihrer Rede ein so niederes Niveau gewählt haben. Wenn Sie die Regierung mit Blähungen verglichen haben, dann bleibt mir nichts anderes übrig, als Ihre Arbeit mit Verstopfung in Verbindung zu bringen. Damit will ich meine Rede auch schon beenden. Wir sollten ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS:  
Das Zitat bezog sich aber nur auf die  
Regierung, Herr Schwäblein!)

Ja, ich darf es doch schöpferisch aufgreifen. Ich wollte doch nur ungern auf Ihr freiwillig gewähltes Niveau herabsinken, ich verlasse es auch sofort wieder, und das sehr gern.

Ich bitte Sie, unseren Änderungsantrag, die Museen betreffend, mitzutragen und bitte auch um Zustimmung zum gesamten Einzelplan, so dass ich annehme, dass wir insgesamt dem Haushalt die Zustimmung geben und insbesondere heute, spätestens morgen, den vielen, vielen kulturellen Einrichtungen draußen im Land eine Perspektive geben und nicht, wie Sie das hier begehren, den Haushalt verschieben und damit die Verunsicherung im Land weiter fortschreiten zu lassen. Das wird mit uns nicht zu machen sein. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass Sie dem Einzelplan zustimmen werden.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Zu diesem Komplex bitte Herr Minister Goebel.

**Prof. Dr. Goebel, Kultusminister:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn man die Ausführungen der Opposition verfolgt und die Vorschläge, die Sie hier machen im Bereich des Einzelplans 04 und der damit verbundenen Titel aus dem Einzelplan 17, dann möchte man meinen, Thüringen sei eine Insel oder gute Politik eines Superministeriums bestünde nur darin, Geld mit vollen Händen auszugeben. Aber, meine Damen und Herren, so ist das nicht und die Frau Abgeordnete Taubert hatte Recht, als sie festgestellt hat, und ich freue mich, dass sie dieses auch bemerkt hat in Gesprächen mit den Bürgern draußen im Land. Sie sagte, es seien ihr viele Bürgerinnen und Bürger begegnet, die haben gesagt, wir sehen ein, dass wir sparen müssen. So ist es, diese Situation müssen wir realistisch erkennen und trotzdem dürfen wir unsere Zukunftsaufgaben nicht aus dem Auge verlieren. Diese Zukunftsaufgaben sind zwei Dinge, gehen in zwei Richtungen, zum einen müssen wir Bildung und Wissenschaft weiterentwickeln und das tun wir mit dem Haushalt - mit dem Einzelplan 04 - und zum anderen müssen wir aber auch die Landesfinanzen so gestalten, dass für die nächste Generation die Lasten tragbar bleiben. Es ist eben nicht so, Herr Döring, dass es irgendwo einen Kahlschlag in der Bildung gibt oder einen Personalkahlschlag. Der Haushalt des Einzelplans 04 umfasst 1,9 Mrd. €. Sie haben festgestellt, es gibt Einsparungen in Größenordnungen von 34 Mio. €. Wenn das so ist, können Sie selbst per Prozentrechnung ausrechnen, wie viel das ist und

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Aber  
hängen Sie die Personalausgaben mal  
etwas tiefer, ziehen Sie die Personal-  
ausgaben mal ab.)

Sie können sich die Personalausgaben anschauen. Die Personalausgaben sind der größte Teil des Haushalts, an die 70 Prozent, und dann werden Sie feststellen, dass natürlich im Rahmen des Personalentwicklungskonzepts des Haushalts - und es ist Ihnen nicht verborgen geblieben, dass wir im Schulbereich zurückgehende Schülerzahlen haben - es einen planmäßigen Rückgang der Zahl der Beschäftigten bei den Lehrern geben muss. Trotzdem behält der Freistaat Thüringen in allen Schularten die besten Betreuungsverhältnisse unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und, wie gesagt, Sie können sich immer mit Wolkenkuckucksheim vergleichen, wir müssen Maßstäbe finden, die vernünftig sind und die uns auch weiterbringen.

(Beifall bei der CDU)

Das betrifft auch Betreuungsansätze, wie wir sie etwa im Konzept "Bildung und Betreuung von 2 bis 16"

vorsehen. Wenn Sie alles das, was dort an finanziellen Mitteln gebündelt ist, vom Kindergarten über die Betreuung im Grundschulbereich und über die Schuljugendarbeit und die Jugendpauschale zusammenzählen, dann verfügen wir in diesem Bereich über einen Mitteleinsatz von 192 Mio. €. Dann vergleichen Sie mit benachbarten Ländern, was dort an Ausgabevolumina zur Verfügung steht und Sie werden feststellen, wir sind weit, weit an der Spitze. Deshalb werden wir auch dieses Programm zielgerichtet umsetzen, eben im Interesse von unseren Kindern und Jugendlichen, im Interesse unserer Familien, für ein familienfreundliches Land und für ein Land, in dem Bildung eine vordere Rolle spielt.

Die 26 Cent, da muss ich Ihnen sagen, Frau Klaubert, das kann ich einfach nicht glauben, dass es Menschen und Familien in Thüringen gibt, die für das Mittagessen ihres Kindes 26 Cent nicht mehr aufbringen können.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS:  
Das ist doch nicht die Gesamtsumme!)

Und deshalb sind diese 26 Cent, und wir haben das ja hier schon einmal ausdiskutiert, die in einer Spanne liegen, bei einem Endpreis für das Schulessen zwischen 1 € und 2,30 € eben wirklich nicht bestimmend für den Preis. Deshalb können wir auch hier an dieser Stelle einen Punkt setzen.

Wenn wir über das lebenslange Lernen sprechen, natürlich wollen wir, dass auch nach Schule und nach Studium oder beruflicher Ausbildung weiter gelernt werden soll und dass da Ausbildung und dass da Kurse angeboten werden können und dafür sind die Träger der Erwachsenenbildung da und dafür bringen sie auch Angebote. Aber wir müssen die Angebote, denke ich, fördern,

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS:  
Wir müssen es aber nicht kürzen)

die dort wirklich voranbringen und die Angebote, die Freizeitgestaltung darstellen, die müssen wir nicht separat fördern. Ich denke da an eine Volkshochschule, wo ich mit Interesse gelesen habe, dass man für 1,50 € pro Unterrichtseinheit Walking mit dem Hund betreiben kann. Ich denke, dafür braucht es kein Geld des Landes. Den Hund kann man entweder selber ausführen oder man kann die Kosten aufbringen, die der Kurs wirklich kostet.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Sie nennen Beispiele, die gar nicht tragen.)

Das sind diese Beispiele, die man hier auch anführen kann.

Ich freue mich, dass wir uns einig sind, dass der Hochschulpakt etwas Gutes ist für unsere Hochschulen und dass wir deshalb hier nicht groß darüber reden müssen.

Ich will noch etwas sagen zum Thema Forschung. Es ist richtig, vor zehn Jahren sind umfangreiche Programme zur Entwicklung der Forschung, zur Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Thüringen entwickelt worden, aber zehn Jahre sind auch eine lange Zeit und nun können wir darangehen, die Dinge auch einmal aufzuarbeiten, zu evaluieren und zu schauen, wie sich Forschungsinfrastruktur weiterentwickeln muss. Wir sind eines der ganz, ganz wenigen Länder in Deutschland, die noch eigenständige Forschungsprogramme in diesem Umfange haben und wir müssen sie einfach neu strukturieren. Ich bin deshalb dem Wirtschaftsminister dankbar, dass er den Teil, den er im Rahmen der Verbundforschung übernommen hat, so umgestalten will, dass er von einer Angebotsorientierung der Forschungseinrichtung hinüberwechselt zu einer Bedarfsorientierung der Thüringer Wirtschaft. Also nicht mehr die Frage, was kann ich für die Wirtschaft leisten als Forschungseinrichtung, ist entscheidend, sondern der Wirtschaftsbetrieb sucht sich mit Forschungsschecks künftig seine Forschungsinstitute aus und es bleiben hinreichend Mittel für die Entwicklung der Vernetzung der Forschungseinrichtungen und für Programmansätze innerhalb der Forschungsinfrastruktur im Bereich des Einzelplans 4 übrig. Ich denke, das ist eine kluge und vernünftige Weiterentwicklung in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Kulturpolitik ist eine Politik, in der Kontinuität trotz knapper Kassen spürbar ist. Die zusätzliche Förderung für besondere Aufwendungen für bedeutsame Kultureinrichtungen, etwa im Bereich der Museen, ist gekürzt, das ist richtig, sie liegt bei 80 Prozent der bisherigen Summen. Ich denke, das ist bei der Kassenlage des Landes vertretbar. Bei den Musikschulen, Sie haben den Absolutwert genannt, liegt der Ansatz 2005 bei 90 Prozent. Wenn man sich anschaut, an wen sich die Musikschulen richten, wer die Klientel der Musikschulen ist, denke ich, ist auch das eine Entscheidung, die man gut begründen kann.

(Zwischenruf Abg. Dr. Kaschuba, PDS:  
Wollen Sie das nicht verändern?)

Insgesamt bleibt die Kulturlandschaft leistungsfähig, bleibt die Kulturlandschaft vielfältig, sind die Projektförderungen, die es im Haushalt des Einzelplans 04 gibt, in ihrer Substanz erhalten und können wir die Kulturlandschaft differenziert weiterentwickeln, eine gute Ausgangsposition für das zurzeit in meinem Hause erarbeitete und von mir angekündigte Kultur-

konzept für den Freistaat Thüringen. Insgesamt also ist zu sagen, wenn man mit Realitätssinn an diese Fragen herangeht, dann wird man erkennen, dass die Ansätze durchaus dem Rechnung tragen, was ich eingangs gesagt habe. Es geht darum, die Zukunftschancen des Landes zu bewahren, Bildung und Kultur zu entwickeln, aber nicht das Geld mit offenen Händen auszugeben. Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Das Wort hat der Abgeordnete Döring.

**Abgeordneter Döring, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Goebel, ich bin es leid, immer wieder erfahren zu müssen, wie Sie die Erwachsenenbildung disqualifizieren, als ob das Seminar "Ich und mein Hund" dazu beiträgt, dass man 3,6 Mio. € sparen muss. Also das ist einfach hirnrissig und ich verstehe das nicht, dass man immer diese Dinge nimmt, um die Erwachsenenbildung, die in Thüringen lange Jahre eine gute Arbeit leistet, hier so zu diffamieren.

Ein Wort zur Kultur: "Die Kultur ist ein Gipfel, zu dem viele Schritte hinauf führen, aber schon ein einziger herunter." Das hat Friedrich Hebbel im 19. Jahrhundert geschrieben und dieser Satz, denke ich, könnte sehr wohl auch als Motto der Haushaltsberatungen im Kulturbereich dienen. Vieles von dem, was Thüringens gewachsene kulturelle Identität in all ihrer Reichhaltigkeit prägt, steht auf dem Spiel und droht verloren zu gehen, wenn dieser Haushaltsplan Realität wird. Es geht um die Zuweisung an Museen und Museumsverbände und Kunstinstitute, es geht um Zuweisungen an Musik- und Jugendkunstschulen, Förderung kommunaler Investitionen in Museen und den Ausgleich besonderer kommunaler Belastungen, der ja auf null gestellt ist, die Kollegin Klaubert hat das ja in aller Breite ausgeführt. Was das für die Kultureinrichtungen auf kommunaler Ebene bedeutet, ist ja in den vergangenen Wochen durch eine Vielzahl von Medienberichten und Protesten der Betroffenen deutlich geworden. Aufgrund der von der Landesregierung beabsichtigten drastischen allgemeinen Kürzungen im KFA werden sich die kommunalen Träger aus einer Vielzahl so genannter freiwilliger Leistungen zurückziehen müssen. Zu diesen Leistungen zählt auch die Aufrechterhaltung der kulturellen Infrastruktur. Es muss inzwischen eigentlich jedem in diesem Land klar geworden sein, dass die Kommunen die geplanten Streichungen der Landesmittel im Kulturbereich eben nicht werden kompensieren können.

Ein Südthüringer Kommunalverantwortlicher hat sich dazu im "Freien Wort" wie folgt geäußert: "Jetzt geht als Erstes die kleine Kultur den Bach runter, dann kommen die großen und bekannten Einrichtungen an die Reihe" oder, um es mit den Worten des Geschäftsführers des Gemeinde- und Städtebundes, Jürgen Gnauck, zu sagen: "Was jetzt kommt, ist nichts weniger als kultureller Kahlschlag." Da höre ich schon im Geiste, und der Kollege Schwäblein hat das ja vorhin gerade gesagt, dass im Museumsbereich die CDU mit ihrem Antrag die ursprünglichen Kürzungen um die Hälfte reduziert hat. Ich kann darauf nur erwidern, welche Einschätzung der Thüringer Museumsverband aufgenommen hat, nämlich: "Diese Änderungen sind inakzeptabel." Selbst eine Streichung von nur 20 Prozent, so ihre Aussage, ist von den Einrichtungen nicht zu verkraften - auch das hat die Kollegin Klaubert gesagt - da bereits seit Jahren umfassende Mittel und Personalreduzierungen wirklich durchgeführt werden mussten. Der Thüringer Museumsverband hat das CDU-Vorhaben deshalb völlig zu Recht als Sterbehilfe bezeichnet.

Meine Damen und Herren, die SPD trägt die von der Landesregierung geplanten und von der CDU-Fraktion schönegeredeteten kulturellen Kürzungen nicht mit. Wir haben Ihnen Änderungsanträge vorgelegt, mit denen wir den Kultureinrichtungen die nötige Luft zum Atmen schaffen wollen und ich bitte natürlich alle Mitglieder des Hauses nachdrücklich um Zustimmung. Ansonsten wird jeder von Ihnen in seiner Heimatregion sehr wohl eine kulturelle Verarmung Thüringens zu spüren bekommen und deshalb bitte ich um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit beende ich die Aussprache zu dem dritten Komplex zum Finanzplan des Kultusministeriums.

**Wir kommen zum Einzelplan 05 - Justizministerium.**

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen für die CDU 18 Minuten, für die PDS 13 Minuten, für die SPD 9 Minuten. Es liegt mir ein Antrag vor vom Abgeordneten André Blechschmidt der PDS. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

**Abgeordneter Blechschmidt, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nun könnte man sich als Oppositionspolitiker, was den Haushalt und Einzelplan 05 angeht, locker zurücklegen und könnte sagen, es ist doch nicht so schlimm gekommen wie befürchtet, Justitia ist noch mal mit

einem blauen Auge davongekommen. Grundsätzlich, wenn man die Ausgaben der vergangenen Jahre und den Entwurf 2005 betrachtet im Vergleich auch zu den Kürzungssorgen, wie wir sie jetzt schon in den zurückliegenden Stunden zur Kenntnis nehmen mussten gerade mit dem Blick auf die Kommunen, so könnte man eben diese Aussage formulieren. Wobei ich natürlich zu bedenken gebe, blaue Augen tun auch weh an dieser Stelle.

Lassen Sie mich aus meiner Sicht nicht auf die kleinen Unzulänglichkeiten des Haushalts 05 eingehen, denn die haben wir in der entsprechenden Haushaltsdebatte schon in dem Haushaltsausschuss besprochen, sondern auf die für aus unserer Sicht wichtige Stellenbesetzung der Sozialrichter.

Meine Damen und Herren, für nicht ausreichend, und dies haben wir mit einem entsprechenden Änderungsantrag untersetzt, sehen wir die Ausstattung der Stellenbesetzung an den Thüringer Sozialgerichten. Wir nehmen in diesem Zusammenhang wohl zur Kenntnis, dass der Justizminister fünf Richter gefunden und überzeugt hat, ihre Fachbereiche zu verlassen und in die Sozialgerichtsbarkeit zu wechseln und womöglich dort sesshaft zu werden, also somit fünf neue Stellen zu schaffen. Auch ist uns das Vorhaben des Justizministers nicht entgangen, was die Abordnung bzw. Bereitstellung von 11 weiteren Stellen für ein Jahr beschränkt betrifft: hier aus dem Landessozialgericht zwei, Sozialgericht Altenburg 1,5, Sozialgericht Gotha 2, Sozialgericht Meiningen 2 und das Sozialgericht Nordhausen 1,5 Stellen. Ja, Herr Minister, ausdrücklich, das ist ein Schritt in die richtige Richtung und hier nehmen Sie teilweise die Forderungen des Verbandes der Sozialrichter, die ja schon im Mai 2004 - damals so ein öffentlicher Hilferuf - diese 20 Stellen gewünscht und gefordert hatten, auf. Aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass bei den Sozialgerichten in Thüringen, Stand Juli 2004, 15.583 Verfahren unerledigt lagen, gleichzeitig mit den jüngsten Presseberichten über 50 Prozent der Bescheide im Zusammenhang mit Hartz IV zu beanstanden sind. Daher sind Tausende neue Verfahren in Thüringen auch zu erwarten, nicht nur wegen des Arbeitslosengeldes II, sondern auch wegen der neu pauschalisierten Sozialhilfe SGB XII. Denn auch die Leistungen von SGB XII verletzen das Bedarfsdeckungsprinzip.

Weitere Fragestellungen werden sich auch im Zusammenhang mit Wohnungsproblematik, der Einstufung von Leistungsbeziehern als erwerbsfähig oder erwerbsunfähig ergeben. All diese Fragen und Probleme machen eine Aufstockung der Stellen der Sozialgerichtsbarkeit in Thüringen notwendig. Dies soll unser entsprechender Änderungsantrag aufnehmen und dem soll er gerecht werden. Denn, um wieder an meinen Ausgangspunkt zu gehen, damit Justitia

nicht noch ein zweites blaues Auge bekommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da mit dem Bericht der Präsidentin über die Entscheidung des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten zu Vorgängen im Haushalts- und Finanzausschuss vom 16. Februar am heutigen Tag im Rahmen dieses Tagesordnungspunkts ein entsprechender Bericht abgegeben wurde, möchte ich an dieser Stelle folgende Bemerkungen endlich machen dürfen.

Die im Bericht aufgezeigten Positionen werden durch die PDS-Fraktion nur teilweise mitgetragen. Mitgetragen werden durch mich die Ergebnisse der Feststellung zu den Fragen Beantragung und Durchführung von Auszeiten in parlamentarischen Gremien als Minderheitenrechte

(Beifall bei der PDS)

und Regelungen zur Stellvertretung von ständigen Mitgliedern von Ausschüssen nach § 72 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung, und dies besonders unter dem Blick der jahrelangen parlamentarischen Praxis in diesem hohen Haus. Ausdrücklich lehnt die PDS-Fraktion den Beschluss in folgenden Punkten ab: Wiederholung von Abstimmungen ohne rechtliche und inhaltliche Begründung sowie die Feststellung, es habe keinen Eingriff in die Unabhängigkeit des Mandats des Abgeordneten Köckert stattgefunden. Damit ist zwangsläufig eine grundsätzliche Ablehnung des Beschlussantrags der CDU-Fraktion, dass es keine rechtlichen Bedenken zu Beantragung und den Beschlüssen des Haushalts- und Finanzausschusses vom 16.02. gibt, für uns zwingend.

Ich betone für die Kollegen des Justizausschusses wiederholend, nicht nur Einzelfragen des Vorgangs begründen für mich rechtliche und verfassungsmäßige Bedenken, sondern der Gesamtvorgang hat einen stark politischen Beigeschmack und nährt immer wieder den Eindruck, dass es doch Einflussnahmen auf das freie Mandat gegeben hat, welche auch durch diesen Beschluss des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, meine Damen und Herren der CDU, nicht tilgt werden.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Thema, Sie sprechen zum Haushaltsplan des Einzelplans 05 und nicht zu dem Beschluss des Justizausschusses.

(Beifall bei der CDU)

**Abgeordneter Blechschmidt, PDS:**

Frau Präsidentin, ich erinnere Sie an Ihre eigenen Aussagen, dass Sie heute Vormittag im Rahmen dieses Tagesordnungspunkts Bericht erstattet haben über diesen entsprechenden Tatbestand. Und über diesen Tatbestand, den Sie selber in diesen Tagesordnungspunkt eingebracht haben, spreche ich. Demzufolge gehe ich davon aus, dass ich in der Tagesordnung und beim Thema bin.

(Beifall bei der PDS)

Lassen Sie mich am Ende, Frau Präsidentin, klar formulieren und deutlich auch in dem Zusammenhang zum Haushalt 05 sagen, dass die Strukturentscheidungen zur Justizverwaltung seitens der Landesregierung,

(Unruhe bei der CDU)

die ja in naher Zukunft anstehen, und die damit immer wieder verbundenen und beschriebenen Kosteneinsparungen auch über Jahrzehnte hinweg erstens meiner und unserer Meinung nach nicht eintreten werden und zweitens ein untaugliches Mittel sind, Justiz zu strukturieren. Hier, Herr Justizminister, hier, Herr Ministerpräsident - nicht anwesend - sind Sie auf dem falschen Weg. Verlassen Sie ihn und bringen Sie neue Entscheidungen. Danke.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Es liegt mir eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Höhn vor. Herr Abgeordneter Höhn, ich erteile Ihnen das Wort.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ich habe nicht darum gebeten. Ich ziehe die Wortmeldung zurück.)

Sie stehen hier zum Einzelplan 05 auf unserer Liste.

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 05? Liegen mir nicht vor. Herr Minister? Gut. Damit beenden wir die Aussprache zum Einzelplan 05.

Wir kommen **Einzelplan 06 - Finanzministerium** -, der gemeinsam mit **Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung (ohne KFA) und den Artikeln 1, 2, 3, 4, 5, 6, 15, 22, 24, 25 und 27 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes sowie Mittelfristiger Finanzplan und Finanzbericht** - behandelt wird.

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen: für die CDU 26 Minuten, für die PDS 20 Minuten, für die SPD 14 Minuten. Uns liegt ein Antrag

des Abgeordneten Huster vor. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Huster, PDS:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte in der gebotenen Zeit ein paar Bemerkungen zu den angesprochenen Themen machen, zu Beginn zur Mittelfristigen Finanzplanung. Ich hatte vorhin schon etwas dazu ausgeführt und gesagt, dass die Landesregierung jährliche Einnahmesteigerungen von 200 Mio. € erwartet. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung ihre eigene Finanzplanung immerhin über einen Zeitraum von fünf Jahren durchaus mit den entsprechenden Konsequenzen für die Kommunalhaushalte ernst nimmt. Diese geplanten 200 Mio. € jährlich Einnahmesteigerung sollen praktisch auf der anderen Seite zur Senkung der Nettoneuverschuldung um 200 Mio. € pro Jahr führen. Dann hätten wir, wenn man das hochrechnet, 2010 einen Schuldenstand von ca. 17 Mrd. € - ich betone an dieser Stelle, einen ausgewiesenen Schuldenstand von 17 Mrd. €. Gesetzt den Fall, dass danach die Rückzahlung der Schulden möglich wäre in demselben Tempo von 200 Mio. €, wären wir im Jahr 2095 schuldenfrei. Kollege Mohring hat vorhin die Rechnung deutlich gemacht in Schritten von 100 Mio. €, dann dauert das Ganze noch etwa 100 Jahre länger. Aber mit "hätte" und "wäre" ist es ja bekanntlich so eine Sache.

Zum Ersten - das habe ich vorhin deutlich gemacht - ist es ja vor allem die CDU, die, vorausgesetzt, sie würde in den nächsten Jahrzehnten eine Bundestagswahl gewinnen, dann sicherlich auch dafür sorgen wird, dass der Spitzensteuersatz beispielsweise weiter gesenkt wird, die Besteuerung von Großunternehmen gänzlich abgeschafft wird und auch sonst großzügig auf Einnahmeerhöhungen an anderer Stelle verzichtet wird. Damit, meine Damen und Herren, schließt sich der Kreislauf, denn dann könnten Sie Ihren Plan für ein schuldenfreies Thüringen bis 2095 oder wann auch immer endgültig und zum wiederholten Mal beerdigen.

Zum Zweiten ist Ihre Vorstellung von einer Sanierung des Haushalts sehr fragwürdig, denn es geht nicht nur darum, die Nettoneuverschuldung irgendwann einmal auf Null zu fahren oder gegebenenfalls darum, die ausgewiesene Verschuldung zu senken, sondern es geht ja auch darum, Schattenhaushalte der letzten Jahre abzubauen.

Meine Damen und Herren, wie auf einem Rangierbahnhof wurden und werden die Schulden von einem Gleis aufs nächste geschoben. Ich behaupte, dass Sie längst nicht mehr wissen, wohin Sie Ihre ganzen Verbindlichkeiten überhaupt verteilt haben. Ihre Mittelfristige Finanzplanung zumindest ist ein

starkes Indiz dafür, dass Sie das nicht mehr so genau wissen.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um Schuldenabbau, sondern es geht um viele Dinge mehr. Die PDS-Fraktion hat drei Entschließungsanträge dem Haus vorgelegt, einmal zum Kassensturz in Thüringen, der sich unter anderem mit dem Sondervermögen beschäftigt, aber auch mit einer qualifizierten Personalentwicklung, also ähnliche Themen anspricht wie auch im Entschließungsantrag der SPD. Wir haben einen Antrag zur Verbesserung der Einnahmesituation eingereicht und ebenso einen Entschließungsantrag zu einer funktionalen Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen. Ich denke, alles Anträge, die mit der mittelfristigen und sogar auch mit der langfristigen Finanzplanung des Landes, aber auch mit den - und darum geht es ja letztlich - wieder zu gewinnenden Spielräumen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu tun haben.

Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 17: Ich hatte vorhin in der Haushaltsrede erwähnt, dass wir dort die geplanten Aufwächse der Landesregierung, insbesondere bei den Landesgesellschaften, zur Deckung unserer Anträge herangezogen haben, nicht weil wir im Einzelfall nicht auch die Notwendigkeit sehen, Zuschüsse an Landesgesellschaften zu gewähren, sondern weil wir im Abwägungsprozess zugunsten der Kommunen umschichten wollen und demzufolge den Landesgesellschaften auch die nötigen Gestaltungsspielräume einräumen, das Jahr 2005 auch ohne diese Erhöhungen durchzustehen. Das, denke ich, kann man auch glaubwürdig darstellen. Ich will versuchen, noch ein Beispiel dazu zu benennen. Es geht um die Kostenerstattung an die Thüringer Aufbaubank. Für die Durchführung ihrer Aufgabe bei der Wirtschaftsförderung beträgt die Förderung des Landes seit Jahren etwa 10 Mio. €. Diese 10 Mio. € sind in diesem Jahr nicht mehr im Einzelplan 17, sondern werden aus dem Einzelplan 07 gezahlt. Das wäre unserer Meinung auch noch nachvollziehbar. Dass aber bei der Umsetzung in dem Einzelplan 07 die kompletten 10 Mio. € einerseits umgesetzt werden und trotzdem noch 4 Mio. € im alten Titel, also im Einzelplan 17 veranschlagt werden, bedeutet netto nichts anderes als eine Erhöhung der Zuschüsse an die TAB um 4 Mio. €. Uns wurde erklärt, dass es sich hier um alte Verpflichtungen handelt, die noch bezahlt werden müssten. Es stellt sich aber die Frage, wer denn die Verpflichtungen eingegangen ist, wo doch die Ansätze ausgeschöpft wurden und keine Verpflichtungsermächtigung da ist. Fakt ist und bleibt aus unserer Sicht, dass im Jahr des kommunalen Untergangs in Thüringen 4 Mio. € mehr für die TAB drin sind.

Herr Mohring hat gegen unseren Antrag zur LEG polemisiert und hat uns die Projektliste hier vorgehal-

ten. Ich will sagen, nach wie vor ist das, was die LEG betrifft, hier im Haus in keinsten Weise transparent. Aus den Projektlisten ist tatsächlich nur ersichtlich, welche Vorhaben geplant sind.

(Beifall bei der PDS)

Das Haus erfährt nicht, wie weit einzelne Vorhaben sind, wie dringend die Mittel im Jahr 2005 im Einzelfall benötigt werden etc. Die Transparenz gegenüber dem Haus stellen sie jedenfalls mit dieser Liste nicht her und wir bleiben auch bei unserer diesbezüglichen Forderung, was die Landesgesellschaften betrifft, auch transparenter hier dem Plenum gegenüber umzugehen.

Ein drittes Beispiel, meine Damen und Herren, die Zuführung an den Landesbetrieb Liegenschaftsmanagement - kurz THÜLIMA - erhöhen sich auch um 40 Prozent. Hier sind es keine 4 Mio. €, um die es geht, sondern nur - man ist geneigt, "nur" zu sagen - um 800.000 €.

Bei den Zinsausgaben ist eine Senkung in den Änderungsanträgen vorgesehen. Die Senkung der Zinsausgaben von 700 auf 690 Mio. € sei möglich, weil das Zinsniveau stabil ist, so wird argumentiert. Der Zuwachs an Zinsausgaben, der mit 50 Mio. € schon bei stabilem Zinsniveau knapp kalkuliert war, der wird dann mal eben um 10 Mio. € gekürzt. Die CDU hat dies beantragt. Aber nur, um damit die Globale Minderausgabe von 89 auf 79 Mio. € zu senken. Ich meine, dass das deutlich macht, dass Ihr Antrag in dem Sinne nicht substantiell ist.

Krasser, meine Damen und Herren, wird es noch bei der Einsparung von Wohngeld, die ja an die Kommunen weitergegeben werden soll. 20 Mio. € seien das, behaupten Sie. Herr Mohring behauptet, dass der Ausschussvorsitzende nicht zählen kann und kann selbst nicht rechnen. Ich will gern helfen.

(Beifall Abg. Becker, SPD)

Thüringen hat 2004 70 Mio. € für Wohngeld ausgegeben und plant in diesem Jahr noch 30 Mio. €. Die Aufgabe ist eine einfache Subtraktion. Die kleine Rebecca aus Isseroda geht in die erste Klasse und hat bei der Aufgabe 70 minus 30 gesagt, dass 40 rauskommt. Mike Mohring aus Apolda kommt aber auf 20 Mio. €. Das ist das, was Ihre Rechenkünste betrifft, meine Damen und Herren. Besonders interessant finde ich die Zuordnung der Hartz-IV-Gelder. Die kleine dreistellige Zahl hinter dem Haushaltstitel ist die so genannte Funktionsziffer.

(Beifall Abg. Scheringer-Wright, PDS)

Bei den Harz-IV-Sonderlasten und den Kosten der Unterkunft steht die Funktionsziffer 249. Ich habe nachgesehen, Herr Mohring, welche Funktion sich hinter der Ziffer 249 verbirgt. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, finden Sie auf Seite 20 im Gesamtplan: Es ist "Sonstiges im Bereich soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen". Zuerst habe ich mich gewundert, aber vielleicht ist es ja doch korrekt, Hartz IV bei Wiedergutmachungen, Vertriebenen und Kriegsoptionen einzusortieren.

Die Ansätze, um ein weiteres Thema anzusprechen, bei den Einnahmen aus der Spielbank sind vermutlich auch von Herrn Mohring berechnet worden oder ausgewürfelt oder sonst etwas.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin:  
Das ist bundeseinheitlich.)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch auf zwei Entschließungsanträge meiner Fraktion eingehen, zum einen die politischen Stiftungen betreffend, also originär den Einzelplan 17, und zum Zweiten den Ring Politischer Jugend. Wir möchten hier noch mal mit diesen beiden Entschließungsanträgen die Landesregierung auffordern, endlich und zeitnah für eine transparente und eine gerechte Mittelvergabe und damit auch eine gewisse Chancengleichheit einzutreten.

(Beifall bei der PDS)

Ich meine, dass es hier schon viel zu lange Unklarheiten und untransparente Verfahren gibt. Wir wollen endlich, dass Klarheit herrscht und ich fordere Sie auf, insbesondere auch diesen beiden Entschließungsanträgen der PDS-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei der PDS)

Zum Artikelgesetz wenige Bemerkungen:

Zu Artikel 1 - die entsprechenden Anträge der Fraktion liegen Ihnen vor, deswegen kann ich es wirklich in Kürze machen: Das Haushaltsvolumen wird um 61,4 Mio. € Mehreinnahmen und Ausgaben erhöht, was sich natürlich aus unseren Änderungen zum Haushaltsplan ergibt. Des Weiteren wollen wir, dass die Ermächtigung für Kassenkredite von 12 vom Hundert auf 10 vom Hundert zurückgenommen werden. Ebenso wollen wir, dass die Veräußerung von Anteilen über Wandelanleihen und die Beleihung von Wertpapieren nicht ermöglicht werden soll, was ja zum ersten Mal im Haushaltsgesetz so explizit vorgesehen ist.

Zu Artikel 22: Die erneute Kürzung des Weihnachtsgeldes lehnt meine Fraktion ab, genug ist genug.

Wir fragen uns dann schon, da nicht das erste Mal in diesen Bereichen gekürzt wird, warum man das Weihnachtsgeld dann nicht gleich komplett abschaffen will, sondern jährlich ein paar Prozent heruntergehen will. Wir finden das unehrlich, meine Damen und Herren, und diese Kürzung wird die Zustimmung meiner Fraktion auf keinen Fall finden. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Mir liegen derzeit keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Diezel, bitte.

**Diezel, Finanzministerin:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, der Einzelplan 06 - Geschäftsbereich des Thüringer Finanzministeriums - ist ein reiner Verwaltungshaushalt. Insbesondere sind die notwendigen Ausgaben für die Steuerverwaltung, die Einnahmeverwaltung des Landes hier veranschlagt. Der Entwurf des Haushaltsjahrs 2005 sieht 168 Mio. € für diesen Haushalt vor, das sind 1,79 Prozent des Gesamthaushalts. Ich darf Ihnen die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Haushaltsjahre 2005 und 2004 wie folgt erläutern: Die Einnahmen für 2005 sind um 4,8 Mio. € niedriger als 2004. Die Minderung vollzieht sich insbesondere durch geringere Annahmen bei Säumniszuschlägen, Verspätungszuschlägen und Vollstreckungsgebühren. Das zeigt die Ist-Entwicklung, aber auch die Anpassung an die Steuereinnahmen. Das Personalbudget liegt 2005 mit rund 4,8 Mio. € unter dem Budget des Jahres 2004. Das Personalsoll wird mit 123 Stellen und Stellen für Bedienstete und Angestellte weitere 41 Planstellen mit kw-Vermerken haben. Rund 3,6 Mio. € höhere Ansätze im Bereich der Investitionen der Hauptgruppe 8 sind schon seit Jahren notwendige Investitionen in IT-Technik, Server- und Arbeitsplatztechnik in der Steuerverwaltung und in der Verwaltung der offenen Vermögensfragen. Strukturelle Veränderungen: Im Bereich der Landesregierung zeigt sich, dass der Steuerungskreis für die Verwaltungsreform, die IT-Technik und e-Government jetzt zum Finanzministerium gehören und weiterhin, dass der Staatliche Hochbau in das Bau- und Verkehrsministerium umgegliedert wurde. Zum Einzelplan 17 - allgemeine Finanzverwaltung: Hier erscheinen alle Einnahmen und Ausgaben, die nicht bestimmten Verwaltungszweigen zugeordnet werden können und vor allem alle Einnahmen im Bereich der Steuer. Im Entwurf des Haushalts 2005 ist vor allem die Steuerschätzung November die Grundlage und die darin veranschlagten Einnahmen, Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen. Im Jahr 2005 wurde die November-

Steuerschätzung in Höhe von 4,09 Mrd. € prognostiziert, das waren noch 2004 4,066 Mrd. €. Das ist ein leichtes Plus, aber geringer als die Steuerschätzung, die die Prognose für unseren vorhergehenden Mittelfristigen Finanzplan 2002 war. Hinzu kommen die Regelungen im Länderfinanzausgleich und im Solidarpakt 2. Die Berechnung im Länderfinanzausgleich wird anreizorientiert reformiert und die Steuereinnahmen der Kommunen finden jetzt mit 64 Prozent statt bisher 50 Prozent Berücksichtigung. Es wird mit einem Anstieg von 21 Mio. € gerechnet. Die neuen Länder erhalten weiterhin die so genannten SoBez, welche über einen ansteigenden Jahresbetrag abgeschmolzen werden. Statt bisher 1,510 Mrd. € sind das 1,507 Mrd. €. Die SoBez für überdurchschnittlich hohe Posten der politischen Führung sinken von 83,9 Mio. € auf 55,7 Mio. € und die Bundesergänzungszuweisungen sinken voraussichtlich 2005 um 25 Mio. €. Außerdem werden im Einzelplan 17 die notwendigen Änderungen im Zuge von Hartz IV veranschlagt. Die veranschlagte Netto-Neuverschuldung, der schmerzlichste Punkt für uns alle, steigt auf fast 1 Mrd. €, trotz ca. 400 Mio. € Einsparungen, die wir im Gesamthaushalt über alle Haushalte hinweg zu den Vorjahren getätigt haben. Das Haushaltsstrukturgesetz, das hier mitberaten wird, und für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums sind insbesondere die Artikel 3 und 6, die Änderung der Reise- und Umzugskosten in Bezug auf die Überprüfung von Verwaltungsstandards auch im Vergleich zu anderen Ländern eingearbeitet und es ist die Novellierung des Sondervermögens "Ökologische Altlasten" sowie damit die flexiblere Handhabung der Zahlungsverpflichtung.

Herr Huster, lassen Sie mich an dieser Stelle auf Ihre mehrfache Äußerung der Schattenhaushalte eingehen. In jeder Jahresrechnung und allen Bemerkungen des Rechnungshofs sind die so genannten Eventualverbindlichkeiten des Landes ausdrücklich ausgewiesen. Jeder Leasing-Vertrag, jeder neue Vertrag wird mit Verpflichtungsermächtigungen ausgewiesen. Sie werden dem Haushalts- und Finanzausschuss und dem hohen Haus vorgelegt. Es gibt Beteiligungsberichte, es gibt Bürgschaftsberichte. Wir haben uns im Haushalts- und Finanzausschuss sehr eindringlich über die Bürgschaften unterhalten. Deshalb weise ich von mir, dass wir einen Kassensturz brauchten, dass wir Schattenhaushalte hätten.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, PDS:  
Ja, Sondervermögen.)

Alles liegt diesem hohen Haus in allen Jahresrechnungen, in allen Aufstellungen dar. Die Veranschlagung des Haushalts erfolgt nach dem Haushaltsgrundsatzgesetz der Bundesregierung und nach den Haushaltsgrundsätzen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der Vorwurf, in der TAB,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, PDS:  
Nein, nein!)

ja, es ist die Schlussabrechnung für die Rahmenverträge der Vorjahre und es lässt sich bei jeder einzelnen Fördermaßnahme eben nicht sagen, die kostet 3,40 € in der Abrechnung und die eine 12,30 €. Das ist die Schlussabrechnung für die Rahmenvereinbarung, die mit der TAB waren. Die muss bezahlt und vorgelegt werden.

Zur LEG: Ich war als Abgeordnete auch immer im Haushalts- und Finanzausschuss teilweise ein kritischer Begleiter der LEG. Ich bin das auch heute noch als Finanzministerin und Beteiligungsministerin bei allen Engagements. Aber ich sage Ihnen auch, die Ansiedlungserfolge, die Thüringen hat, hätten wir ohne die LEG und ohne eine schlagkräftige LEG nicht gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den mehrere - die SPD-Fraktion, ich habe eben gesehen, Abgeordneter Köckert auch - angesprochen haben, die Finanzierung über die Mehreinnahmen der Umsatzsteuer mit den Steuerprüfern. Das hört sich ja schön an. Es sind mehrere Rechenfehler dabei und der Fraktionsvorsitzende Matschie sagte, es sind empirische Werte. Ich will Ihnen die empirischen Werte nennen. Sie gehen von über 1 Mio. aus pro Steuerprüfer, tatsächlich ist das Mehrergebnis ca. 300.000 € und die Statistik sagt auch, dass dieses Mehrergebnis ein rein rechnerisches Mehrergebnis ist und nur ca. 78 Prozent davon auch kassenwirksam werden und nicht immer in dem Jahr, denn es geht hier auch oft um Insolvenzprüfung, leider um Insolvenzprüfung im Nachhinein. Dann wird auch außer Acht gelassen bei dieser Rechnung, wir sind im Länderfinanzausgleich. Der Bund oder alle Länder müssten über 500 Mio. € Umsatzsteuer mehr erzielen, also fast eine halbe Milliarde oder über eine halbe Milliarde, um diese 16 Mio. €, die Sie hier darstellen, überhaupt zu erwirtschaften. Also das ist Milchmädchenrechnung, sage ich Ihnen, Milchjungenrechnung.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:  
Nicht immer die Mädels beleidigen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt, vor allem im Einzelplan 17,

(Zwischenruf Abg. Huster, PDS:  
Sehr richtig.)

und vor allen Dingen die Mittelfristige Finanzplanung basiert auf den Daten der Steuerschätzung. Heute kam so ein bisschen der Vorwurf, wir hätten uns schöngerechnet. Es gibt die amtlichen Steuerschätzungen. Die werden vom Bundesfinanzministerium mit den Experten der Wirtschaftsforschungsinstitute, mit dem Bundesamt für Statistik, mit dem Bundesamt für Finanzen - der ganze Steuerungsschätzungskreis hat schon einmal in Gotha getagt, das ist ein Riesengremium - errechnet. Ich habe 2003, nachdem ich mehrfach erlebt habe, wenn wir einfach so die Regionalisierung übernehmen, wie es aussieht und wenn man die Wachstumssteigerung des Bundes übernimmt, der damals noch von 2,5 Prozent Wachstum ausgegangen ist, nach unten korrigiert. Ich bin bestätigt worden in allen Steuerschätzungen. Die Basis dieser fünf Jahre, die wir jetzt in der Mittelfristigen Finanzplanung haben, sind die Steuerschätzungen vom Mai vergangenen Jahres. Da kann ich sie nicht einfach nach oben rechnen und das sind die Grundlagen. Ich hoffe sehr, dass diese Wachstumsprognosen eintreten, denn wenn ich das höre, was zurzeit der Bundesfinanzminister, was die Umsatzsteuer im Januar anbetrifft, verlautbart hat, dann muss man wieder sehr gespannt sein auf die Mai-Steuerschätzung. Das Problem in Deutschland, noch einmal abschließend, wir haben uns ja an diesem Pult schon sehr oft darüber unterhalten oder vielmehr auch heftig debattiert, in Deutschland ist ein Wachstumsproblem, Herr Huster, und darin unterscheiden wir uns, Sie sehen die Umverteilung und ich sage, wir müssen auf Wachstum setzen. Wenn wir wieder Wachstum haben über 2,5 Prozent, haben wir auch wieder Geld in den Steuerkassen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zuruf Abg. Huster, PDS: Doch, hier.)

Doch. Bitte, Herr Huster.

**Abgeordneter Huster, PDS:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, keine volkswirtschaftliche Debatte, aber, Frau Ministerin, wir haben bei der Beratung der Mittelfristigen Finanzplanung im Haushalts- und Finanzausschuss, ich denke, sehr umfassend über diese Frage miteinander diskutiert. Die befriedigende Antwort konnte die Landesregierung an dieser Stelle nicht geben. Es reicht doch nicht nur aus, zu sagen, wir brauchen Wachstum in Deutschland, sondern man muss doch darüber diskutieren, wie man Wachstum in Deutschland hinkommt. Sie müssen sich doch mal fragen, warum die Menschen, die es sich

leisten können, die Geld zurücklegen können, verunsichert sind und die Sparquote in Deutschland steigt, warum andererseits die Binnennachfrage in Deutschland weiterhin nicht stabil ist und die Leute sich - also die es können, noch einmal vorausgesetzt - in Konsumzurückhaltung üben und warum es beispielsweise die Nachbarnation, nämlich Frankreich, trotz Teilnahme am globalisierten Wettbewerb schafft, parallel dazu die Binnennachfrage zu steigern. Dass Ihre Maßnahmen, die Sie dann politisch vorschlagen - weitere Auflockerung des Kündigungsschutzes beispielsweise, Kürzungen im Sozialbereich, im Kulturbereich, im Bildungsbereich - mit der Zerstörung von Arbeitsplätzen, Kürzungen im Investitionsbereich der Kommunen mit der Folge, dass die Steuereinnahmen wiederum zurückgehen, dass Arbeitsplätze zerstört werden und dass aus diesem Konglomerat von Ihren Maßnahmen, die einseitig angebotsorientiert sind, sich doch alles andere entwickelt, nur kein Wachstum in diesem Land,

(Beifall bei der PDS)

darüber muss man doch ernsthaft einmal nachdenken. Nun kann ich doch nicht erwarten als PDS-Haushaltspolitiker, dass Sie das ungeprüft und unkritisch in eine Mittelfristige Finanzplanung schreiben. Aber ich erwarte zumindest die Diskussion darüber, die es doch auch ernsthaft in den Wirtschaftswissenschaften gibt - es gibt doch keinen Königsweg und es gibt doch seit Jahrzehnten in der alten Bundesrepublik und im neuen Deutschland auch Mittelwege -, dass eine Landesregierung wenigstens auf mögliche Optionen und andere Chancen in anderen Bereichen einmal hinweist und sich damit für eine Diskussion öffnet, auch für eine kritische Diskussion, ob denn ihre Politik der letzten Jahre auch hier in Thüringen falsch war, nicht weil sie falsch deklariert wird, sondern weil sie in den Ergebnissen falsch ist, weil die Ergebnisse schlecht sind.

Meine Damen und Herren, ich meine, dass wir in Zukunft bei der Aufstellung der Mittelfristigen Finanzplanung mit Ihnen genau diese Diskussion führen werden, ohne dass wir hier volkswirtschaftliche Seminare abhalten. Aber ich fordere Sie auf, sich einfach auch dafür zu öffnen und sich mit unseren Argumenten, die natürlich stärker nachfrageorientiert sind, auch wirklich ernsthaft auseinander zu setzen und das auch bei der Mittelfristigen Finanzplanung mit zugrunde zu legen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Es liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Damit beende ich die Aussprache zum Einzelplan 06.

Ich rufe den nächsten Einzelplan, den **Einzelplan 07**, auf. Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen für die CDU 22 Minuten, für die PDS 16 Minuten, für die SPD 12 Minuten. Das Wort hat der Abgeordnete Hausold von der PDS.

#### **Abgeordneter Hausold, PDS:**

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, im Einzelplan 07, wo es ja bekanntermaßen um Wirtschaft, Technologie und Arbeit geht, hätte man ja von der Landesregierung erwarten können, da die sie tragende Partei CDU im Allgemeinen unter "Partei mit Wirtschaftskompetenz" firmiert, dass sich dieser Abschnitt oder diese Abschnitte etwas unterscheiden von dem, was wir heute bisher diskutiert haben. Ich will aber deutlich sagen, dass dies aus unserer Sicht nicht der Fall ist. Hier ist keinesfalls ein einheitliches wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Konzept zu verspüren, wie dies vom Ministerpräsidenten mehrfach auch, von der Regierungserklärung beginnend, immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde. Es ist nicht so, das Gegenteil ist der Fall.

Wo liegen aus unserer Sicht die Eckpunkte? Ich will mit den Fragen der Wirtschaftsförderung beginnen. Ich glaube, wenn man sich Einzelnes ansieht, wird deutlich, wohin die Reise gehen soll. Die Kosten des Ministeriums selbst z.B. steigen an, wobei die Zwecke dieses Mittelzuwachses eher weniger deutlich und transparent werden. Ich glaube, ein Zeichen, wo man in den Kopf von Verwaltungen investiert, ist gerade unter unseren heute ja schon oft benannten komplizierten Bedingungen das falsche Zeichen. Große Steigerungen gibt es bei bestimmten Projekten, die man auch als Prestigeprojekte bezeichnen könnte. Ich will nur eines herausgreifen. Beispielsweise steigen die Zuwendungen für die Messe hier in Erfurt auf fast 4 Mio. € - 700.000 € immerhin mehr in diesen Zeiten als im Jahr 2004. Da will ich deutlich sagen, wer sich den schwierigen Situationen und Herausforderungen stellen will, der müsste hier längst über Privatisierung nachdenken, statt über diese Art von Förderpolitik.

Die, um einen dritten Punkt zu nennen, Förderung des Handwerks wurde nahezu halbiert und übrigens auch die Mittel für die Beratung kleinerer und mittlerer Unternehmen sind um ein Drittel gesunken. Das, meine Damen und Herren, steht einfach im krassen Widerspruch zur angeblich doch so mittelstandsfreundlichen Politik, die in Thüringen und durch Ihre Landesregierung betrieben wird.

Deutlich rückläufig, um einen vierten Punkt zu nennen, ist auch die Unternehmensförderung mit Landesprogrammen außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe. Das Land zieht sich mehr und mehr aus dieser Verantwortung zurück. Das ist aus unserer Sicht kein

Zustand, kein geeignetes Mittel, Finanzpolitik mit wirtschaftspolitischem Hintergrund zu betreiben.

(Beifall bei der PDS)

Wir hatten im Vorfeld mehrfach das Thema LEG. Dies ist ein Posten, der deutlich zunimmt. Hier kann man durchaus eine gewisse Zentralisierung konstatieren. Ich weiß nicht, welches wirtschaftspolitische Konzept sich dahinter verbirgt. Ich will nicht unterstellen, dass es ausschließlich deshalb dorthin geht, weil trotz Ihrer, jetzt ist sie gerade hinausgegangen, Bemerkung, Frau Ministerin Dietzel, nach unserer Auffassung die notwendige Transparenz hier gerade nicht gegeben ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir den Arbeitsmarkt betrachten, so fällt das Fazit des vorliegenden Haushaltsentwurfs noch kritischer aus. Dort hat die Regierung Althaus inzwischen offensichtlich auf jeden Gestaltungsanspruch und jede Gestaltungsmöglichkeit verzichtet.

(Beifall bei der PDS)

Auch das will ich in einigen Punkten erläutern. Der ESF ist in Thüringen die bedeutendste finanzielle Quelle der Arbeitsmarktpolitik. Wie das Land reagieren will, wenn diese Förderung in den nächsten Jahren nicht mehr zur Verfügung steht, ist aus Ihrem Haushaltsansatz für 2005 überhaupt nicht zu erkennen. Eine Reaktion auf die zugegebenermaßen und von niemandem bestrittene radikal veränderte Arbeitsmarktpolitik des Bundes lehnen Landesregierung und CDU-Fraktion weiter ab. Die Landesmittel ohne ESF sind gegenüber 2004 nochmals halbiert worden und mit nur 22 Mio. € an Landesförderung zu großen Teilen bereits gebunden. Eine eigenständige landesspezifische Arbeitsmarktpolitik ist damit überhaupt nicht mehr möglich. Das, meine Damen und Herren, kann man nun auch nicht durch so wohlklingende Haushaltstitel wie Arbeit für Thüringen etwa kaschieren. Das, was hier formuliert wird, ist eigentlich eine Täuschung der Öffentlichkeit über Ihre tatsächliche Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der PDS)

Worauf der Ministerpräsident und die Landesregierung wartet, das ist offensichtlich Wirtschaftswachstum. Dies allein soll die Probleme lösen. Aber nun sage ich mal, selbst wenn man diesem Ansatz folgen würde, wie sähen denn die Realitäten im Lande aus? Das Bruttoinlandsprodukt lag in Thüringen im Jahr 2004 um 2,1 Prozent über dem des Vorjahres. Von einem Wachstumskurs, auf dem Thüringen liege, spricht der Wirtschaftsminister, es sei der zweithöchste Wert in Ostdeutschland, wurde wiederholt ausgeführt und berichtet. Aber die Frage ist doch,

so sehr man diese Fakten ja anerkennen möge, was bewirkt denn nun dieses wirtschaftliche Wachstum hier im Lande? Die Arbeitsagentur schätzt nach wie vor ein, dass auch im Jahr 2004 die Wirtschaftsentwicklung in Thüringen eben nicht ausreichte, die Beschäftigung voranzubringen. Die Arbeitslosigkeit ist 2004 gegenüber dem Vorjahr nicht gesunken, sie ist - legt man die gleiche Zählweise wiederum zugrunde - von 210.700 auf 212.000 registrierte Arbeitslose gestiegen. Dabei ist klar, und da liegt doch eigentlich das Problem, dass selbst das Wachstum von 8,5 Prozent im verarbeitenden Gewerbe - Thüringen lag hier im Vergleich der ostdeutschen Länder hinter Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern auf dem dritten Platz - durch die negativen Entwicklungen im Baubereich, in den öffentlichen Bereichen und natürlich - blickt man weiter auf die Schwächung der Investitionskraft der Kommunen - einfach deutlich unterlaufen wird. Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Frage der Steuerpolitik eingehen. Fakt ist nämlich Folgendes: Trotz wirtschaftlichem Wachstum, und das ist ja heute hier auch schon mehrfach angeführt worden, stagniert in Thüringen das Steueraufkommen bzw. ist es rückläufig. Spätestens da, meine Damen und Herren, wird doch ganz deutlich, dass wirtschaftliches Wachstum, das von der derzeit vorherrschenden und auch von Ihrer Regierung mit gestützten Steuerpolitik begleitet wird, überhaupt nicht dazu führt, dass sich staatliche Einnahmen im Grunde genommen stärken können und demzufolge auch die Ausgabesituation dann verbessert werden kann. Das Gegenteil ist eigentlich der Fall. Es gibt ja dafür auch Beispiele. Die Architektenkammer Thüringen bezeichnete es als Hauptproblem ihres Berufsstandes, dass öffentliche Aufträge fehlen. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl der Büros ist dort innerhalb eines Jahres von 4,5 auf 3 gesunken. Das sind die realen Situationen in wirtschaftlichen Bereichen Thüringens. Auf eine grundlegende Entwicklung, die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Arbeit, hat die Landesregierung also keine Antwort. Dieses fehlende Verständnis von einer Arbeitsmarktpolitik hat natürlich Folgen. Dass sich die Kürzung der Landesmittel, die schon mit dem Amtsantritt der CDU-Alleinregierung 1999 begann, äußerst negativ auf dem Arbeitsmarkt auswirkt, zeigt sich nicht zuletzt in den dramatisch gestiegenen Zahlen der Langzeitarbeitslosigkeit. Ich will auch heute dem hohen Haus nicht ersparen, auf diese Situation zu verweisen. Seit 1999 wurden die Landesmittel für Arbeitsmarktpolitik um weitere 80 Prozent reduziert. Gleichzeitig ist die Langzeitarbeitslosigkeit um fast 60 Prozent gestiegen. Die entsprechenden Zahlen sind bekannt.

Die PDS-Fraktion - und darauf möchte ich hier noch eingehen - stellt Änderungsanträge aus diesen Gründen. Wir beantragen die Erhöhung der Arbeitsmarktmittel um 5 Mio. €. 3 Mio. € sollen für Förderpro-

gramme für erwerbsfähige Langzeitarbeitslose eingesetzt werden, denen keine Leistungen nach SGB II gewährt werden. Diese Nichtleistungsbezieher, meine Damen und Herren, gehören zu den großen Verlierern von Hartz IV. Das haben vor einigen Wochen Sprecher aller Fraktionen dieses Hauses bestätigt. Diese Menschen, und Politik hat ja immer mit konkreten Lebensverhältnissen zu tun, erhalten gegenwärtig keine Förderung, keine Weiterbildung, keine Beschäftigungsmaßnahmen. Optierende Gemeinden und Arbeitsgemeinschaften sind für sie nicht zuständig und die Bundesagentur für Arbeit betrachtet sie als nachrangig. Sie kümmert sich eher um Arbeitslose, die weniger als 12 Monate arbeitslos sind und für deren Nichtvermittlung sie einen hohen Betrag an den Bund zahlen muss. Deshalb ist aus unserer Sicht eine Landesinitiative hier dringend geboten. Nur so können diese Langzeitarbeitslosen, meine Damen und Herren, wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden und darum muss es uns doch letztendlich gehen.

Wir beantragen darüber hinaus, 2,5 Mio. € der ESF-Mittel, die uns der Bund überträgt, für ein Modellprojekt gemeinwohlorientierter Arbeit zur Errichtung von Stellen für soziale Beratung und Betreuung einzusetzen. Der Erhalt von sozialer Beratung und Betreuung erfordert angesichts einer veränderten Arbeitsmarktpolitik des Bundes, vor allem aber wegen der Kürzung der Mittel der Kommunen eine solche Initiative. Die aktuelle Diskussion gibt uns, glaube ich, hier noch zusätzlich Unterstützung. In Ostdeutschland wird es auf absehbare Zeit nicht genug Arbeit in der Wirtschaft geben können. Hier muss also in einem anderen Bereich deutlich gehandelt werden. Außerdem ist es aus unserer Sicht für die Wirtschaftsförderung nötig, 6 Mio. € des ESF in dem Programmschwerpunkt "Förderung der Anpassungsfähigkeit und des Unternehmergeistes" für ein zu schaffendes Programm für Mikrodarlehen einzusetzen. Ein solches Programm wird seit langem von potenziellen Existenzgründern, Kammern und Wirtschaftsforschern gefordert. Es ist für Gründer und Geschäftsführungsnachfolger von kleinen und Kleinstbetrieben ohne herkömmliche Sicherheiten vorgesehen, bei denen ein Bedarf an Krediten bis 10.000 € besteht. Damit könnten mehr Thüringerinnen und Thüringer den Weg in eine selbständige unternehmerische Tätigkeit wagen und es würde endlich eine wichtige Anregung der Enquetekommission zur Wirtschaftsförderung in Thüringen umgesetzt werden, meine Damen und Herren, die schließlich hier im Hause in sehr breiten Mehrheiten getragen wurde. In diesem Zusammenhang werbe ich also für diese Anträge. Wir haben einen insgesamt schwierigen Haushalt vorliegen, der den Anforderungen nicht gerecht wird, die unser Land eigentlich bräuchte. Aber auch meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, stimmen Sie diesen drei Änderungsanträgen zu, dann, denke ich, ist ein Stück Maß von dem erfüllt,

was Sie gerne für sich reklamieren, nämlich Kompetenz auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Das Wort hat der Abgeordnete Schubert von der SPD-Fraktion.

**Abgeordneter Dr. Schubert, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Kürzungen bei den Kommunen überschatten in ihrer Außenwirkung eine ganze Reihe von mit dem Haushalt zusammenhängenden Problemen und fragwürdigen Entscheidungen im Verantwortungsbereich des Wirtschaftsministeriums. Aber auch diese Probleme sollen hier nicht verschwiegen werden. Das Haushaltsvolumen des Einzelplans 07 geht im Haushaltsjahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004 um 533 Mio. € zurück. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Ministerium für Bau und Verkehr gebildet wurde. Dagegen reduzieren sich die auf den Einzelplan 07 entfallenden Globalen Minderausgaben nicht im gleichen Maße. Sie erreichen mit 44,5 Mio. € eine Rekordhöhe. Auch durch die Vorschläge der CDU-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss kam nur eine marginale Verringerung zustande. 6,55 Prozent des Haushalts des Wirtschaftsministeriums stehen unter dem Vorbehalt der Globalen Minderausgabe. Von den im gesamten Haushalt 2005 veranschlagten Minderausgaben sollen 28 Prozent beim Wirtschaftsministerium eingespart werden. Eindrucksvoller kann man den niedrigen Stellenwert der Wirtschaftsförderung, den diese bei der Landesregierung hat, nicht ausdrücken. Globale Minderausgabe - das hört sich schön anonym an, deshalb wird sie auch ausgewiesen. Mit der Globalen Minderausgabe lassen sich so die wahren Absichten, aber auch die wahren Haushaltseckwerte verschleiern. Wo diese 44,5 Mio. € eingespart werden sollen, darüber schweigt sich die Landesregierung derzeit bewusst aus. Aber die Frage beantwortet sich fast von selbst, betrachtet man sich mal die Ergebnisse der letzten Haushaltsjahre. Sowohl im Jahr 2003 als auch 2004 wurde ein Großteil der beim Wirtschaftsministerium ausgebrachten Globalen Minderausgaben durch Einsparungen bei den Ausgaben der Wirtschaftsförderung, speziell der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", erbracht zum Schaden des Aufbaus in Thüringen. Die Förderbedingungen im Bereich der GA wurden verschlechtert, verbunden mit der Aussage, der Bund streiche die Gelder, weshalb diese nicht reichen würden. Die Nichtinanspruchnahme der Fördermittel wurde dann wiederum damit begründet, dass es gar keinen Bedarf gebe. Die Wahrheit - Herr Kretschmer, das interessiert Sie scheinbar gar nicht - ist jedoch, dass

durch die Haushaltssperren sowie durch ausgewiesene Globale Minderausgaben die Bewirtschaftung der GA-Barmittel 2003 und 2004 schon am Anfang des Jahres reglementiert wurden in der Hoffnung und schließlich auch mit dem Ergebnis, dass das Geld ja nur nicht ausgegeben wird. Auch für das Jahr 2005 ist das so zu erwarten. Der Wirtschaftsminister und die Finanzministerin spekulieren schon jetzt darauf, dass das Geld nicht abfließt, und tun alles dafür, dass das dann auch so kommt. Mittels Fördermittelmanagement hätten sich viele der an den Bund zurückgegangenen Gelder für den Freistaat Thüringen nutzbringend einsetzen lassen. Es ist schon ein starkes Stück, innerhalb von drei Jahren Wirtschaftsfördermittel in Höhe von 225 Mio. € ungenutzt zu lassen - 50 Prozent davon sind bekanntlich Bundesmittel - und dann dem Bund noch Vorwürfe hinsichtlich der Wirtschaftsförderung zu machen. Die Landesregierung muss endlich ihre Hausaufgaben machen. Es darf beim Bund kein Zweifel daran gelassen werden, dass die Mittel in der zur Verfügung gestellten Höhe auch tatsächlich gebraucht werden.

Aber nicht nur beim größten Posten der Wirtschaftsförderung, der GA, wird gestrichen, auch bei vielen kleinen, aber nicht weniger wichtigen Haushaltspositionen der Wirtschaftsförderung wird der Rotstift angesetzt, so z.B. bei der Absatzförderung. Dieses gerade für kleine Unternehmen wichtige Förderprogramm zur Erschließung neuer Märkte wird halbiert. Aus Sicht der SPD-Fraktion ein Fehler, weshalb wir auch die Aufstockung um eine halbe Mio. € verlangten. Die CDU lehnte das im Haushalts- und Finanzausschuss ab. Die CDU gibt zwar immer vor, das Handwerk unterstützen zu wollen, aber wie heißt es so schön: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Die Titelgruppe "Förderung des Handwerks" wird fast um 50 Prozent gekürzt; auch hier wollte die SPD-Fraktion eine Aufstockung, hatte auch eine seriöse Deckung, konnte sich aber gegen die CDU-Mehrheit im Haushaltsausschuss nicht durchsetzen.

Im Bereich der Tourismusförderung hat der Herr Wirtschaftsminister mit Amtsantritt große Taten versprochen. Im Haushalt 2005 sucht man diese Taten vergeblich. Eher das Gegenteil ist der Fall. Die Investitionszuschüsse außerhalb der GA an die Gemeinden werden um 1,6 Mio. € gekürzt. Das wird auch nicht durch die Aufstockung der Zuschüsse an die TTG ausgeglichen. Die SPD-Fraktion hat beantragt, den Haushaltsstapel "Zuschüsse an Verbände und andere Organisationen" um 100.000 € aufzustocken. Diese zusätzlichen Mittel sollten den Tourismusverbänden im Bereich des Nationalparks Hainich und zu dessen weiterer touristischer Erschließung zur Verfügung gestellt werden. Da die TTG auch weiterhin nur das Außenmarketing übernehmen soll, nicht aber die Erstellung von Produkten

und Angeboten, ist dieser Bereich im Nationalpark unzureichend gesichert. In der Tourismuskonzeption des Freistaats spielt der Nationalpark kaum eine Rolle. Damit ist Thüringen wahrscheinlich das einzige Bundesland, welches einen Nationalpark besitzt und diesem touristisch keinerlei Bedeutung beimisst. Diese Landesregierung und die CDU haben die Errichtung des Nationalparks nie wirklich gewollt und sie tun auch nichts zu seiner weiteren Entwicklung. Andernfalls hätten sie unserem Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss zustimmen müssen.

Die Arbeitsmarktpolitik dieser Landesregierung folgt seit der vergangenen Wahlperiode dem Leitsatz: Es gilt, die öffentliche Beschäftigungsförderung, insbesondere ABM und Qualifizierungsangebote, schlechztureden, den Trägern der Maßnahmen sowie den Arbeit Suchenden in derartigen Projekten weitestgehend erfolglose Arbeitsmarktintegration zu unterstellen. Diese Argumentation wird in vielen Varianten wiederholt und dient als Grundlage für die Reduzierung der Haushaltsmittel. Im Landesarbeitsmarktprogramm von 1999 standen fast noch 177 Mio. € zur Verfügung, nun nur noch 22 Mio. € im Haushaltsjahr 2005. Dass die Nutzung des Haushaltstitels "Arbeit für Thüringen" in den vergangenen Jahren als Steinbruch der CDU-Landesregierung nicht zur Sanierung des Haushalts geführt hat, das dürfte mittlerweile allen Akteuren klar sein. Wir hatten gegenfinanziert eine Aufstockung des Titels um 5 Mio. € beantragt, aber dies ist ebenfalls an der CDU gescheitert.

Ein weiteres Paradebeispiel für die vielen offenen Probleme im Haushalt des Wirtschaftsministeriums ist der Bereich der Förderung erneuerbarer Energien. Der Haushaltsansatz der Landesregierung war für diesen Bereich 0 €. Die Programme sollten nach dem Willen der Landesregierung auslaufen. Das hinderete aber weder das zuständige Wirtschaftsministerium, auch nicht das Umweltministerium daran, genau diese Förderung in den höchsten Tönen zu loben. Kennt der Herr Reinholz seinen eigenen Haushalt nicht oder wollte er auch nur etwas sagen, weil Herr Sklenar was gesagt hat? Besser wäre es gewesen, er hätte sich für dieses Programm stark gemacht. Die CDU-Fraktion hat nun selbst eine kleine Schippe nachgelegt und das Programm auf 400.000 € von 0 € aufgestockt. Das ist aber einem Sterben auf Raten gleichzusetzen, denn es werden Hoffnungen gegenüber den Antragstellern verbreitet, die sich dann am Ende nicht erfüllen lassen. Die Hoffnungen sorgen aber dafür, dass sich die Investoren nicht nach anderen Möglichkeiten umsehen und warten. Es gibt einen riesigen Bedarf für diesen Förderbereich und damit ein riesiges Antragsvolumen. Bei 400.000 € stehen letztendlich Aufwand und Nutzen nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis. Das wäre bei unserem Antrag, den Haushaltstitel auf 1,5 Mio. € aufzustoocken, sicherlich anders gewesen. Auch die Tech-

nologieförderung ist eines der Sparschweine der CDU. Selbst der geringe Ansatz wurde durch einen Änderungsantrag der CDU im Haushalts- und Finanzausschuss nochmals reduziert. Die Reduzierung der für die Titelgruppe der einzelbetrieblichen Technologieförderung zur Verfügung stehenden Mittel von insgesamt 4,2 Mio. € ist dabei nicht einmal alles. Schwer ins Gewicht fällt auch die drastische Reduzierung der ergänzenden Förderung über EFRE-Mittel. So setzt man keine Schwerpunkte für Forschung und Entwicklung, so verhindert man nur das Sterben von Einrichtungen, ermöglicht aber kein effizientes, erfolgsorientiertes Arbeiten. Aber so etwas ist dieser Landesregierung ja ohnehin fremd.

#### **Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Mit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit beende ich die Aussprache zum Einzelplan 07.

Wir kommen zum **Einzelplan 08 - Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** - und den **Artikeln 12, 13, 14 und 26 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes**. Die Redezeiten für die Fraktionen: für die CDU 22 Minuten, für die PDS 16 Minuten, für die SPD 12 Minuten. Zum Einzelplan 08 hat sich zu Wort gemeldet die Abgeordnete Jung von der PDS-Fraktion. Ich erteile ihr das Wort.

#### **Abgeordnete Jung, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, zwischen dem Leben, so wie es ist, und dem Leben, so wie es sein sollte, besteht ein großer Unterschied. Derjenige, der nicht beachtet, was geschieht, sondern nur das, was geschehen sollte, sorgt eher für seinen Ruin als für seine Erhaltung. Diesen Spruch eines italienischen Politikers aus dem Jahre 1513 sollte Politik auch heute beherzigen. Wenn sie das tun würde, dann wäre der Einzelplan 08, der Sozialhaushalt für das Jahr 2005, anders ausgefallen und nicht ein Haushalt, der soziale Kälte und Sozialabbau in allen seinen Bereichen verdeutlicht. Die Feststellung der PDS-Landtagsfraktion der vergangenen Jahre, dass die CDU-Landesregierung ihre vorgelegten Haushaltskonsolidierungskonzepte stets zulasten des Sozialhaushalts, also zulasten von Verbänden und Vereinen und somit auch von Thüringer Kommunen vornimmt, findet abermals ihre Bestätigung.

(Beifall bei der PDS)

Die Zukunft hat Priorität, so sagen Sie es, meine Damen und Herren von der CDU, und nicht irgendeine Zukunft, eine solide Zukunft ist damit gemeint. Wer oder was solide ist, bestimmt das Finanzministerium und die Finanzministerin nach dem bewährten Verfahren "Eene, mene Muh und raus bist

du!" Mit eben dieser Solidität wildern Sie im Namen der Zukunft mit der Schrotflinte in der Hand in solchen Bereichen herum, die Sie vermutlich für nicht sonderlich zukunftsfruchtig halten, zum Beispiel im Bereich des Landesblindengeldes, der Jugendpauschale und noch vielen anderen, ich komme noch darauf zu sprechen.

Die PDS hat die Streichung des Artikels 13 im Haushaltstrukturgesetz beantragt, weil für uns die Kürzungen des Blindengeldes nicht hinnehmbar sind.

(Beifall bei der PDS)

In ausführlichen Diskussionen und in der Hoffnung, dass es mit der Festschreibung von 400 € im Monat für einen erwachsenen Blinden in den kommenden Jahren bleiben würde, hätte sich der Blinden- und Sehbehindertenverband vielleicht arrangieren können. Aber was Sie sich jetzt erlauben, werte Abgeordnete der CDU, mit Ihrem Entschließungsantrag zum Haushaltsbegleitgesetz ab dem Jahr 2006, und wie soll man das anders deuten, das Blindengeld in Gänze abzuschaffen und nur noch die gesetzliche Blindenhilfe zu ermöglichen, ist beschämend.

(Beifall bei der PDS)

Das bedeutet, dass 90 Prozent der Betroffenen, so die Aussage des Verbandes, keine Leistungen mehr erhalten würden. Die Sparpolitik würde wiederum auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden. Die seit langem geforderte uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird weiter zum bloßen Lippenbekenntnis. Vielleicht schauen Sie hier doch einmal nach Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, wenn ich vom Wildern spreche, dann beweisen das auch andere Ihrer sozusagen soliden Zukunftsvorschläge. Bei den Einsparungen bei der Pauschalförderung nach dem Krankenhausgesetz, bei der Frühförderung, den familienentlastenden Diensten, den Beratungsstellen für Behinderte, in der Suchtprävention und Drogenhilfe, bei Maßnahmen für psychisch Kranke und seelisch Behinderte, den laufenden Investitionszuschüssen in der Pflege, Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes und der Jugendpauschale, die nun auch an der Reihe sein soll. Knete her, oder? Das ist Ihr Prinzip. Das hat mit Solidität einen feuchten Kehrriech zu tun.

(Beifall bei der PDS)

Solide würde es sein, die Kürzung der Mittel um 20 Prozent in der Jugendpauschale nicht zuzulassen, weil auch die Kommunen durch Ihre Maßnahmen keine Projekte mehr gegenfinanzieren können. Solide würde es sein, die Kürzung des Landesjugend-

förderplans nicht zuzulassen, weil Jugendverbandsarbeit damit zerstört wird. Solide würde es sein, die Kürzungen in der Unterstützung des Ehrenamts nicht zuzulassen, weil gerade das Ehrenamt, die Arbeit im sozialen und Jugendbereich in erheblichem Maße stützt.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, schaut man die glorreichen Haushaltsvorschläge der Regierung genauer an, sieht man zwei Dinge: Das Erste, im Unterschied zu den Kürzungsorgien der Vorjahre - wir spielen dieses Spiel ja schon im Zusammenhang mit dem Haushalt mehrere Jahre durch - geht es erstmals darum, dass soziale Leistungsprofile in Gänze zur Disposition stehen. Insofern geht es beim Blindengeld nicht mehr um Kürzungen, hier mutiert das Sparpaket zu einem Entsorgungspaket. Das ist Wahrheit. Sie entsorgen damit die Anerkennung des Nachteilsausgleiches. Dem Landeserziehungsgeld wird es vermutlich ebenso gehen. Und das Zweite: Wenn Sie diese Entsorgungsvorschläge nun bestätigen, dann canceln Sie im Übrigen Ihre ureigensten politischen Ansprüche, mit denen Sie genau mit diesen sozialen und familienpolitischen Ansätzen in den Wahlkampf gezogen sind.

Meine Damen und Herren, das in den letzten Jahren oft strapazierte Wort Subsidiarität wurde seitens der Landesregierung in den vergangenen Jahren immer mehr dahin gehend ausgehöhlt, dass alle kostenintensiven Leistungen im sozialen Bereich auf die Kommunen und deren freie Träger abgewälzt wurden, ohne diese mit zusätzlichen finanziellen Mitteln auszustatten. Auch im Jahr 2005 kann dies an ganz konkreten Beispielen seitens der Landespolitik deutlich gemacht werden.

Beispiel 1 - die Frühförderung: Im Jahr 2004 standen für diese Aufgabe noch 410.000 € zur Verfügung. Jetzt, im Jahr 2005, wurde diese Summe auf null gestrichen. Wir alle wissen, dass es in Thüringen 37 Frühförderstellen mit ca. 1.250 geförderten und betreuten Kindern gibt. Wir wissen auch, dass die Zahl der entwicklungsauffälligen Kinder rasant wächst. Die lapidaren Aussagen durch die Landesregierung während der Anhörung des Einzelplans 08, es sei eine kommunale Aufgabe, verletzt in eklatanter Art und Weise die in Artikel 3 Grundgesetz und in Artikel 2 Abs. 4 der Thüringer Verfassung festgeschriebene Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

(Beifall bei der PDS)

In der Stellungnahme der Liga wird das auch sehr deutlich. Wenn in diesem Jahr der Ansatz bei null bleibt, führt die Landesregierung ihre getätigte Äußerung im Jahr 2003 anlässlich einer Fachtagung

zur Frühförderung in Weimar ad absurdum. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis: "Kinder sind die Zukunft des Landes. Die Gesellschaft, die nicht wahrnimmt, dass behinderte Kinder und deren Familien besonderer Förderung bedürfen, ist eine kranke Gesellschaft ohne Perspektive. Deshalb setzen wir Frühförderung hoch an. Die Landespolitik will auch bei angespannter Finanzlage durch neue Rahmenbedingungen ihre Arbeit, die Arbeit der Frühförderstellen, erleichtern und unterstützen."

Beispiel 2 - Zuwendungen zur Förderung von Informations- und Koordinationsdiensten: Was hier gestrichen werden soll, blieb der Sozialminister in der Anhörung schuldig. Das ist Wildern für uns, wenn nicht einmal die Frage beantwortet werden kann, wen denn die Kürzungen und in welcher Höhe treffen. Die Frage nach dem fachlichen Hintergrund stellt sich da gar nicht. Geht es nun den Betreuungsvereinen an den Kragen oder aber den Seniorenbüros?

Beispiel 3 - laufende Investitionsfinanzierungen in Pflegeeinrichtungen: Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Dieses Sprichwort hat sich mir in den letzten Tagen des Öfteren im Kopf festgesetzt. Es ist für mich schon dreist, um nicht zu sagen unverschämt, wenn in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.02. ein Änderungsantrag durch die CDU eingereicht worden ist und natürlich auch die Mehrheit fand, dass die eingestellten 11 Mio. € für diesen Bereich um weitere 4 Mio. € gekürzt werden. Mit Datum vom 21.02.2005 erhalten die Fraktionen offiziell den Grund des Ganzen. Es kommt der Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Pflegeversicherungsgesetzes den Fraktionen auf den Tisch geflatert. Gestern wird die Landesregierung von ihrer Fraktion aufgefordert, mit dem Entschließungsantrag einen Gesetzentwurf vorzubereiten und vorzulegen. Im Klartext heißt das, ab Sommer 2005 spart die Landesregierung 4 Mio. € ein für den so genannten Kapitaldienst. Pflegebedürftige müssen dies mit einem tagtäglichen Beitrag von mindestens 10 €, wahrscheinlich 13 bis 17 € oder auch mehr bezahlen. Das sind im Monat 300, im Jahr 3.600 €, wenn ich von den 10 € ausgehe. Sind die finanziellen Mittel der Pflegebedürftigen aufgebraucht und es existiert nur noch das Schonvermögen, wird wiederum die Kommune zur Kasse gebeten. Dies ist wieder ein Beweis dafür, dass sich das Land aus der finanziellen Verantwortung zieht, dies zulasten von Pflegebedürftigen und später zulasten der Kommunen.

Beispiel 4 - Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz: Diese enormen Einsparungen zerstören die soziale Infrastruktur. Auch die Nullplanung für eine Gesundheitsberichterstattung im dritten Jahr in Folge kann nicht unwidersprochen hingenommen werden.

(Beifall bei der PDS)

Das Präventionsgesetz der Bundesregierung kommt in den parlamentarischen Gang. Wie vorbereitet ist die Landesregierung? Kein Gesundheitsbericht, keine alters- und geschlechtsspezifischen gesundheitsrelevanten Daten veröffentlicht, keine Gesundheitsziele für Thüringen fixiert, trotz Ankündigung des Vorgängers im Amt. Auf welchen geheimen Grundlagen basiert die Gesundheitspolitik der Thüringer Landesregierung?

Zum Thema Gleichstellungspolitik von Frau und Mann könnte auch in Bezug zum Einzelplan 08 viel gesagt werden. Aufgrund der Zeit möchte ich an dieser Stelle kritisch Folgendes anmerken: Fraktionsübergreifend wurde in der letzten Legislatur die Errichtung von Thüringer Interventionsstellen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt eingefordert. Diese haben ihre Arbeit aufgenommen, erweisen sich somit als richtig und wichtig. Aber dass diese Stellen aus dem Budget der Frauenhäuser mitfinanziert werden, findet die Kritik der PDS-Fraktion,

(Beifall bei der PDS)

aber auch der dort tätigen Mitarbeiterinnen. Die Landesregierung mogelt sich somit um eine eigenständige Finanzierung der Interventionsstellen herum.

Meine Damen und Herren, Sparen muss Sinn haben. Man spart beispielsweise für ein Auto oder irgendetwas anderes, man trifft je nach dem Geldbeutel die Entscheidung über Typ und Baujahr. Das begreift jeder. Man kann auch sparen, wenn ein Engpass vorhanden ist, das ist nachvollziehbar. Das kann man auch vermitteln. Aber die Menschen haben in Thüringen gearbeitet und sie haben im Vorjahr nicht weniger gearbeitet. Sie wollen dafür auch eine Gegenleistung haben und dazu gehören für mich auch soziale Leistungen. Was denn sonst? Auf dem Neujahrsempfang der Liga brachte der Geschäftsführer des Paritätischen dies treffend auf den Punkt. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, aber auch mit seiner Erlaubnis: "Wenn Zukunftsfähigkeit für Thüringen aus der Summe politischer Entscheidungen der letzten Legislaturen entstehen könnte und ja eigentlich auch müsste, hätten wir heute den notwendigen planerischen Vorlauf, um den zentralen Herausforderungen, wie z.B. den Wirkungen der demographischen Entwicklung und des vorrangigen Ausbaus ambulanter vor stationärer Angebote begegnen zu können. Wir hätten heute durch die entsprechende Schwerpunktsetzung die finanziellen Mittel an den richtigen Stellen und würden in der Gesamtrechnung durch die Wirkung von Prävention weniger für soziale Sicherung ausgeben müssen, was uns den erforderlichen weiteren Gestaltungsspielraum für innovative Projekte, neue Hilfeformen

usw. sichern würde. Und wir hätten heute ein im Bestand nicht gefährdetes, sondern bedarfsorientiertes Netz sozialer Angebote und Dienste, den notwendigen gesellschaftlichen Konsens und damit verbundene Einsicht und Bereitschaft zum Umbau der Gesellschaft. Wir haben aber keine Planungssicherheit, weil insbesondere die Wahrnehmung der planerischen Gesamtverantwortung in diesem Bereich nicht zu erkennen ist und das Über-, Unter- und Nebeneinander verschiedenster Teil-, Fach- oder Nichtplanungen keinen Zusammenhang zu einem Gesamtentwurf bietet. Wir haben aber die Vernichtung oder Gefährdung von Prävention, Selbsthilfe und Umkehr von ambulante vor stationär, z.B. durch die Kürzung der Jugendpauschale, der Frühförderung der Schuldnerberatung. Wir haben aber auch Mangelverwaltung statt Gestaltungsspielraum infolge derer es unweigerlich zur Vernichtung sozialer Lebensgrundlagen kommen wird. Wir haben zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit, die Entsolidarisierung und Ausgrenzung vorantreibt und den sozialen Frieden erheblich gefährdet." Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, außer, Sie glauben, mit diesem Haushalt einen Wechsel auf die Zukunft zu ziehen. Warum unternehmen Sie dann nichts, was der Entwertung dieses Wechsels entgegenwirkt? Stattdessen findet ein Ausverkauf auf der ganzen Linie statt, keine Leuchttürme, nur Irrlichter. Was Sie vorgelegt haben, ist ein Haushalt der verlorenen Illusionen. Ändern könnte man das, wenn man den vielen Änderungsanträgen der PDS-Fraktion zustimmen würde. Danke.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Das Wort hat der Abgeordnete Pilger von der SPD-Fraktion.

**Abgeordneter Pilger, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verabschiedung des Sozialhaushalts acht Monate nach der Landtagswahl ist Anlass genug, um sich mit einigen Wahlaussagen der CDU zu beschäftigen, mit Wahlaussagen der Partei also, die seit der Wende die finanzielle Verantwortung für dieses Land trägt, einer Partei, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Wahlprogramms am 1. Mai des vergangenen Jahres genau über die finanziellen Rahmenbedingungen Bescheid wusste und die jetzt nicht so tun kann, als sei irgendetwas Unerwartetes geschehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich werde nur drei Ihrer Wahlversprechen zum Anlass nehmen, um den von Ihnen vorgelegten Haushaltsplan für den Bereich des

Sozialministeriums daran zu messen.

Erstens: Sie haben betont, dass die Kommunen zuständig sind für die öffentliche Daseinsfürsorge und eine erhebliche Mitverantwortung für das gesamte Erscheinungsbild unseres Landes tragen. Sie haben die Kommunen als Fundament unseres Freistaats definiert. Da haben Sie zweifelsohne Recht. Und weil das so ist, haben Sie ihnen Folgendes zugesichert, ich zitiere, Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis: "Wir werden die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch entsprechende rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen unterstützen." Den gesamten Absatz Ihrer weiteren damaligen Ausführungen im Wahlprogramm haben Sie unter die Überschrift gestellt "Thüringen - bürgernah mit starken Kommunen". Ich will Ihnen diese Aussagen nochmals vor Augen führen mit Blick darauf, dass die öffentliche Daseinsfürsorge in unseren Dörfern, Städten und Landkreisen ganz wesentlich von einer funktionierenden Infrastruktur sozialer Dienstleistungen abhängig ist, einer sozialen Infrastruktur, die ganz entscheidend auch vom Angebot der freien Träger der Jugend- und Sozialhilfe abhängig ist.

Damit komme ich zum zweiten Wahlversprechen der CDU. Freie Träger sollten gestärkt und deren Pluralität gewahrt werden. Dies wird explizit im Bereich der Jugendarbeit genannt, zieht sich aber auch durch andere Politikfelder des nur wenige Monate alten Wahlprogramms. Und weil bei der Jugendarbeit sowie im gesamten Bereich der sozialen Arbeit, des Sports und der Kultur das Ehrenamt eine erhebliche Rolle spielt, erlaube ich mir auch hier, eine dritte Aussage des Wahlprogramms dieser Regierungspartei zu zitieren. Dort heißt es u.a., ebenfalls mir Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin: "Wir werden die Thüringer Ehrenamtsstiftung und damit sowohl die Träger des traditionellen wie des neuen Ehrenamts weiter stärken." Wenige Zeilen später wird dann betont, dass die Förderung des Ehrenamts insbesondere über die Thüringer Ehrenamtsstiftung auf hohem Niveau fortgesetzt werden soll. Zusammengefasst lautet also das politische Versprechen etwa so: "Kommunen, freie Träger und ehrenamtlich Engagierte werden gestärkt, gefördert und unterstützt." Das war im Mai 2004 und es galt offenbar bis zum Tag der Landtagswahl am 13. Juni. Sechs Wochen also, das scheint auch hier das Verfallsdatum für Versprechungen der Thüringer CDU zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Doch wie sieht die Realität aus, wenn dieser Haushalt Wirklichkeit wird? Städte, Gemeinden und Landkreise werden finanziell derart an die Wand gedrückt, dass sie die mühsam aufgebaute soziale Infrastruktur Stück für Stück zerstören müssen. Manchmal ist es offensichtlich, wenn eine Einrichtung geschlos-

sen wird. Oft aber ist es zum Sterben zu viel und zur Existenzsicherung der Angebote zu wenig. Es folgt ein Sterben auf Raten. Die Kommunen werden missbraucht als soziale Kahlschläger, während ihnen das Land mehr und mehr die finanzielle Luft abdrückt. Nichts anderes ist es, wenn die Jugendpauschale erneut um mehr als 2 Mio. € abgesenkt wird, wenn die Maßnahmen der Suchtprävention halbiert werden und die Kommunen nicht zur Kompensation in der Lage sind und wenn die Frühförderung Behinderter nicht mehr vom Land unterstützt wird. Diese Beispielliste lässt sich lang fortsetzen. Überall geht es darum, dass Sie die Kommunen nicht unterstützen, sondern sie allein lassen, schwächen und sie obendrein zu Sündenböcken abstempeln. Dort müssen letztlich die Entscheidungen über die Schließungen von Jugendclubs, von Seniorentreffpunkten, von Beratungsstellen getroffen werden, um den von der CDU nun in der 4. Wahlperiode in Grund und Boden gefahrenen Landeshaushalt zu sanieren. Davon betroffen sind Kinder und Jugendliche, sind Eltern, alte Menschen und behinderte Menschen. Dabei gibt es ein klammheimliches Prinzip im gesamten Chaos: Die Kürzungen fallen dort am stärksten aus, wo Menschen aus sozialen Notlagen mit einer vermuteten geringen Lobby betroffen sind.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich als Beispiel nur die Maßnahmen für psychisch Kranke und seelisch behinderte Menschen an: von 2,28 Mio. € im Jahr 2002 über 1,2 Mio. € im Jahr 2004 auf nur noch 0,6 Mio. € in 2005 - das verschlägt einem die Sprache, dabei ist es nur ein Beispiel. Betroffen sind aber auch, und das schon seit Wochen, die vielen freien Träger, die in den vergangenen Jahren gemeinsam mit den Kommunen das Netz der sozialen Infrastruktur gestrickt haben. Sie sind es, die Jugendzentren, Jugendclubs, Beratungsstellen und ambulante Dienste anbieten.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind es, um die in den vergangenen Jahren häufig geworben wurde und denen mit vollmundiger Unterstützung dieser CDU-Landesregierung Aufgaben übertragen wurden, die ansonsten öffentliche Träger hätten leisten müssen. Die freien Träger sind es, die nun von dieser CDU-Landesregierung völlig im Stich gelassen werden, und dabei voran kleine Träger. Sie wissen weder, wie sie die Kosten für das laufende Personal und die Sachmittel über Monate hinaus bis zur Verabschiedung eines Landeshaushalts vorschießen sollen, noch wissen sie, wie es nach diesem Landeshaushalt definitiv weitergeht. Und sie wissen nicht, ob und wie die Kommunen zukünftig überhaupt noch zur Mitfinanzierung der jeweiligen Angebote in der Lage sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung hielt es weder in der Vergangenheit noch jetzt für erforderlich, den freien Trägern irgendeine Form von Planungssicherheit für die vom Land geförderten Träger zu geben. Träger werden als lästige Bittsteller abgetan und Stück für Stück in die Insolvenz getrieben. Nichts anderes ist es, wenn zum Beispiel "Pro Familia" die Mitarbeitergehälter nur noch zum Teil auszahlen kann, wenn das Hörmobil des Thüringer Hörbehindertenverbands stillgelegt werden muss und wenn viele kleine freie Träger der Jugendhilfe die Gehaltszahlungen aussetzen mussten. Keiner dieser freien Träger weiß, wie es weitergeht, und viele können nur darauf hoffen, dass ihre Arbeitnehmer nicht die ihnen zustehenden Rechte einklagen. Hundertfach werden aufgrund dieser chaotischen Landespolitik Rechtsbeziehungen der freien Träger zu ihren Arbeitnehmern und Vermietern und auch zu den Menschen, die von guten sozialen Dienstleistungen abhängig sind, verletzt. Überall dort tragen häufig ehrenamtliche Vorstände eine unzumutbare persönliche Haftung, eine Haftung, die nicht nur die freien Träger, sondern auch die ehrenamtlichen Vorstände in den Ruin treiben kann.

Meine Damen und Herren von der CDU, was hier seit Monaten und mit diesem Haushalt mit den freien Trägern getrieben wird, ist purer Zynismus. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass der von Ihnen im Wahlprogramm angekündigte

(Beifall bei der PDS, SPD)

breite Dialog mit den freien Trägern zwangsläufig ein Dialog auf der Straße sein wird oder ein Dialog, für den Ihnen in wenigen Wochen die Dialogpartner fehlen, weil sie ruiniert wurden. Sie haben den landesweiten Protest bei der letzten Landtagssitzung erlebt und sie erleben ihn heute wieder. Weil freie Träger sehr stark von ehrenamtlichem Engagement leben, weil Vereine unmittelbar vom Ehrenamt abhängig sind, deshalb, meine Damen und Herren, sind Ihre Ausführungen und der Haushaltsmittelansatz in der Thüringer Ehrenamtsstiftung ein Hohn. Neben den ohnehin vollzogenen Kürzungen von 680.000 € gegenüber dem Haushalt 2004 sperren Sie weitere 644.000 € mit dem Hinweis auf eventuelle Einnahmen aus einer noch nicht vorhandenen Thüringer Spielbank. Tatsächlich kürzen Sie also die Mittel der Ehrenamtsstiftung um mehr als 1,3 Mio. € und halbieren sie damit gegenüber dem Vorjahr. Nur der Vollständigkeit halber sei auch an dieser Stelle erwähnt, dass Sie zeitgleich für die noch nicht vorhandene Thüringer Spielbank Monat für Monat über 30.000 € aus dem Fenster schmeißen. Das ist Ihre Form von Ehrenamtsförderung. Im Hinblick auf die Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verfahren Sie an dieser Stelle übrigens so, als wenn ein Bürger dieses Landes schon mal vollmundig gegenüber

seinem Nachbarn den Bau einer Villa ankündigt, weil er ihn mit einem Lottogewinn zu bezahlen beabsichtigt. Es ist anzunehmen, dass es der Landesregierung genauso geht, wie es solch einem Bürger gehen würde: Er kann froh sein, wenn am Ende nach all dem Getöse wenigstens das Grundstück und eine Gartenlaube übrig bleibt. Mehr ist es auch nicht, wenn Sie die Thüringer Ehrenamtsförderung dann letztlich halbiert haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich den Einzelplan des Sozialministers zusammenfassend so beurteilen: Die Kommunen werden geschwächt und zu Entscheidungen gezwungen, die sie sozialpolitisch nicht wollen. Die freien Träger sind deshalb frei, weil sie diese Landesregierung als Freiwild betrachtet und ihrem Schicksal überlässt. Der gute Wille der ehrenamtlich Tätigen und deren Engagement wird missbraucht und nicht wenige von ihnen werden überfordert oder gar in wirtschaftliche Notlagen getrieben, deren Konsequenzen sie heute noch nicht überschauen können. Dies alles wird begleitet von einem freundlichen Minister, der die mit diesem Haushalt erst beginnende Zerschlagung der sozialen Infrastruktur im Land Thüringen offenbar ungerührt und ohne Widerstände hinnimmt. Und es wird begleitet von einer Ministerialbürokratie, die seit Monaten versucht, verzweifelt ihre eigene Existenzberechtigung im Chaos einer angekündigten, aber nicht stattfindenden Verwaltungsmodernisierung zu dokumentieren.

Deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend mit Blick auf Ihre Wahlaussagen und den heute vorliegenden Haushalt eines feststellen: Diese Landesregierung hat in vollem Bewusstsein der Haushaltssituation des Landes Versprechungen abgegeben, die nicht das Papier wert waren, auf das sie im Wahlkampf gedruckt wurden. Sie hat mit diesem Haushalt den Auftakt zur Zerstörung sozialstaatlicher Strukturen in Thüringen gegeben. Es ist der Auftakt dazu, Thüringer Bürger zukünftig zu Bittstellern zu degradieren und die öffentlichen Fördermöglichkeiten auf knallharte gesetzliche Grundlagen einerseits und auf Almosen andererseits zu reduzieren. Dazwischen wird nichts übrig bleiben und schon tönt der Ruf, dass im nächsten Schritt gesetzliche Standards abzusenken sind.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD hat Ihnen praktikable Vorschläge vorgelegt, um trotz der von Ihnen zu verantwortenden Finanzmisere auch im Bereich des Einzelplans 08 zu einem Sozialhaushalt zu kommen, der diesen Namen verdient. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Panse.

**Abgeordneter Panse, CDU:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin mir zwar nicht ganz sicher, wie fruchtbringend es jetzt noch sein wird, wenn wir Argumente austauschen, die wir in den vergangenen Wochen mehrfach bereits miteinander ausgetauscht haben. Ich denke aber schon, es ist angebracht, auf einige Punkte des Einzelplans 08 noch einzugehen und da im Wesentlichen zunächst über das Gestaltungsspiel, was wir im Einzelplan 08 überhaupt haben.

Herr Pilger, auch Sie, Frau Jung, haben ja einiges angesprochen an Kritikpunkten, die man sich durchaus anders von der Finanzierung her vorstellen könnte. Ich muss aber schon eingangs darauf hinweisen, es ist beim Einzelplan 08 nicht anders als bei anderen Einzelplänen. Wir haben ein dickes Werk von 151 Seiten vor uns liegen, reden aber letztendlich, wenn wir das zusammenfassen, über eineinhalb Seiten Gestaltungsspiel, was wir letztendlich hier im Thüringer Landtag haben. Mit diesen eineinhalb Seiten Gestaltungsspiel - und das haben Sie beide angesprochen - sind eine ganze Menge an Reduzierungen und Einsparungen verknüpft - Reduzierungen und Einsparungen, das dürfen Sie mir glauben, die auch uns als CDU-Fraktion an dieser Stelle nicht leicht fallen, die aber dazu dienen, ein Stück weit die Finanzsituation des Landes vielleicht auf den Weg dazu zu bringen, dass wir sie in Ordnung bekommen.

Wir haben im Einzelplan 08 insgesamt jetzt noch exakt 702 Mio. €, die wir in diesem Bereich ausgeben. Ich muss die Zahlen nicht wiederholen. Wenn wir 720 Mio. € gleichzeitig Zinsen bezahlen, ist jedem ungefähr klar, über was wir hier überhaupt reden. Wenn wir auch diese 30 Mio. €, die der Einzelplan 08 jetzt im Vergleich zum Vorjahr weniger ausmacht, untersetzt wissen in diesem Einzelplan, wissen wir doch, es ist auch nur ein Teil dessen, was wir derzeit einsparen können. Wir haben von den 702 Mio. €, die ich angesprochen habe, den übergroßen Teil gesetzlich schon fest gebunden, wo wir nichts damit tun können. Es sind letztendlich 35 Mio. €, über die wir hier als Land miteinander diskutieren, und von diesen 35 Mio. € sind allein 7 Mio. € im Investitionsbereich weitestgehend gebunden. Da sind 28 Mio. €, die noch übrig bleiben. Von diesen 28 Mio. € diskutieren wir auch über Bereiche, die uns größtenteils vorgegeben sind in Höhe und im Umfang wie die Schwangerschaftskonfliktberatung mit 3,5 Mio. € und es bleiben dann die wenigen Stellen, wo wir noch gestalten können, wo wir noch etwas verändern können.

Die Jugendpauschale, die ist von Ihnen beiden angesprochen worden, ist mit 7,5 Mio. € der größte Brocken, den wir im Einzelplan 08 in diesem so genannten Bereich finden, wo wir überhaupt etwas gestalten können. Die Jugendpauschale, und da muss ich Ihnen widersprechen, Herr Pidde, was Sie heute früh gesagt haben, und auch, Herr Pilger, was Sie gerade wieder gesagt haben, diese 20-prozentige Kürzung ist schmerzhaft, die kommt bei den Jugendverbänden natürlich an, aber diese 20-prozentige Kürzung wird nicht bedeuten, dass die Jugendarbeit im Freistaat Thüringen nicht weitergeht. Ich muss nämlich daran erinnern, dass die Jugendpauschale in dieser Form und in dieser Struktur ausschließlich in Thüringen besteht. Wir haben das in anderen Bundesländern nicht, weder in SPD-regierten Bundesländern, schon gar nicht in Bundesländern, wo die PDS an der Regierung beteiligt ist. Insofern, glaube ich, gehört es zur Haushaltslage schon noch dazu, dass wir das auch ein bisschen würdigen, dass es die Jugendpauschale auch noch gibt, auch wenn sie nur noch mit 7,5 Mio. € besteht. Ich glaube, das gehört zur Ehrlichkeit dazu und man kann sich wünschen, dass es 2 Mio. € mehr werden und dass es 10 Mio. € mehr werden, aber man muss diese Frage realistisch und ehrlich beantworten, wo man das Geld dann hernehmen möchte.

Ich möchte darüber hinaus noch einen weiteren Punkt ansprechen. Wir gehen so lax hier über einiges weg, was alles wegbricht. Eben habe ich gerade, Herr Pilger, von Ihnen gehört, Frühförderung wird es auch nicht mehr geben. Wenn wir uns den Haushalt anschauen, hier geht es um etwa 400.000 €. Die Frühförderung ist aber viel mehr als die 400.000 €, wo wir bis jetzt Fortbildung und eine Weiterbildungsmaßnahme, also eine Tagung, im Jahr bezahlt haben. Diese 400.000 € sind eben genau nicht das, was Frühförderstellen ausmacht. Die Frühförderstellen, das wissen Sie, glaube ich, auch, werden vor Ort finanziert, die werden gemäß SGB auch finanziert und auf sichere Füße gestellt. Da braucht man den Leuten draußen nicht zu erzählen, es wird in Thüringen keine Frühförderung mehr geben, weil es mitnichten so ist. Und so verhält es sich in verschiedenen Bereichen. Ich bitte schon sehr herzlich darum, dass wir ein ganz klein wenig auch nicht zusätzlich dazu beitragen, die Menschen im Freistaat zu verunsichern. Wir geben ihnen ein heftiges Päckchen mit auf den Weg. Das ist in allen Haushaltsbereichen zu verspüren. Der Einzelplan 08 macht da keine Ausnahme. Auch der Haushaltbegleittrag der CDU-Fraktion, der Ihnen vorliegt, knüpft daran an.

Und auch das ist etwas, was uns sicherlich nicht viel Vergnügen bedeutet, wenn wir uns über die Frage des Landeserziehungsgeldes noch mal verständigen müssen. Aber auch da, muss ich sagen, ist die

Situation im Bund nicht anders als im Land. Dass wir überhaupt über Landeserziehungsgeld reden, hängt damit zusammen, dass der Bund - wie Sie wissen - im vergangenen Jahr die Bemessungsgrundlage von ursprünglich 51.000 € als Einkommensgrenze auf 30.000 € gesetzt hat. Das wird eine Vielzahl von Thüringer Familien treffen, die kein Bundeserziehungsgeld mehr erhalten, die infolge dessen auch kein Landeserziehungsgeld mehr erhalten, weil das Landeserziehungsgeld in Höhe und Bemessungsgrundlage an das Bundeserziehungsgeld gekoppelt ist. Mir tut das sehr Leid, weil das Landeserziehungsgeld ein wichtiger Bestandteil des so genannten Thüringer Modells für uns war. Wir haben nämlich mit dem Bundeserziehungsgeld den ersten Schritt, mit dem Landeserziehungsgeld den zweiten Schritt, mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab zweieinhalb Jahren den dritten Schritt und dann geht es mit der Hortbetreuung weiter. Wenn wir an diese Stelle herangehen - und diese Diskussion ist auch auf Bundesebene aufgemacht worden, was mit dem Bundeserziehungsgeld in der Perspektive geschehen soll -, dann werden wir uns auch hier im Thüringer Landtag darüber verständigen müssen, wie wir dieses Thüringer Modell der Kinderbetreuung, der Angebote an junge Familien, auch lückenlos aufrecht erhalten können. Für mich persönlich kann ich sagen, ich habe da schon eine Idee und ich sage, dann werden wir auch darüber diskutieren müssen, ob wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz auf zwei Jahre absenken. Das werden wir dann diskutieren, wenn wir uns mit dieser Frage, auch mit der Frage des Landeserziehungsgeldes beschäftigen. Es gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass man das aber auch benennt. Wir haben es in dem Haushaltsbegleittrag benannt.

Einen zweiten Punkt möchte ich noch kurz ansprechen - das Pflegeversicherungsausführungsgesetz. Frau Jung, Sie hatten darauf hingewiesen, der Entwurf liegt da, er ist zur Anhörung unterwegs. Wir werden uns in den nächsten Monaten hier im Landtag damit beschäftigen müssen. Ich sage aber auch, wir müssen in diesem Bereich etwas tun, denn die Ungleichbehandlung zwischen den Heimen vor 1996, den frei finanzierten Heimen und den Heimen nach Artikel 52 wird auf Dauer nicht funktionieren. Und gerade, Frau Thierbach, Sie müssten das wissen, wir sehen da Klagen entgegen und diese Klagen fordern uns jetzt dazu auf, diese ungleiche Behandlung ein Stück weit zu korrigieren, aber wir werden dazu Gelegenheit haben, wenn wir dieses Gesetz auf dem Tisch haben. Es ist jetzt müßig, darüber zu diskutieren, ich spreche es nur an, weil es zur Ehrlichkeit dazugehört, Frau Thierbach.

Ein dritter Punkt: Das Landesblindengeld hat in der letzten Zeit für Aufregung gesorgt. Das Landesblindengeld ist auch ein Thema, womit wir uns im Fol-

gen auseinander setzen möchten. Wir werden mit dem Landesblindengeld natürlich auch die Frage stellen müssen, inwieweit es sich mit der sozialen Komponente der Blindenhilfe verbinden lässt, inwieweit wir auch speziell für jüngere Blinde eine andere Regelung oder eine bessere Lösung finden können, aber wir werden angesichts dessen, was wir im Haushalt derzeit vorfinden, uns auch um diesen Punkt nicht herumogeln können, denn Sie wissen, ich hatte gesagt, wie es sich mit den gestaltbaren Leistungen und ungestaltbaren Leistungen im Einzelplan 08 verhält. Wir haben 35 Mio. €, die ein Stückchen frei zu bewegen sind, und wir haben landesgesetzliche Regelungen, die wir gestalten können. Das ist natürlich die Frage des Landesblindengeldes, der Pflegeeinrichtungen, der Finanzierung des Landeserziehungsgeldes, der Investition in die Krankenhäuser - auch dieses Stichwort war gefallen - und des Maßregelvollzugs. Da sind die gesamten fünf Punkte, mit denen wir uns noch landesgesetzlich auseinander setzen können, wenn wir haushaltstechnisch im Einzelplan 08 überhaupt noch etwas in Zukunft gestalten wollen. Ansonsten bleiben nur noch die so genannten freiwilligen Leistungen. Wenn wir diese momentan bestehende Globale Minderausgabe nicht untersetzen würden - auch das wissen Sie und das muss ich gerade jemandem, der sich mit dem Sozialbereich beschäftigt, nicht erneut sagen -, dann würde es voll zu Lasten des freiwilligen Bereichs gehen. Dann wüssten wir nicht, was wir überhaupt an freie Träger, auch mit Beschlussfassung des Haushalts, in welchem Umfang auszahlen können. Ich spreche das so offen und so ehrlich an, weil ich glaube, es bringt nichts, wenn wir uns hier etwas in die Tasche lügen und auch der Öffentlichkeit vormachen.

Gleichwohl bitte ich Sie um Zustimmung zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion, die wir im Haushalts- und Finanzausschuss schon eingebracht haben. Wir haben an zwei Stellen noch mal eine leichte Korrektur vornehmen können; bei dem einen ging es um die Ehe-, Familien- und Lebensberatung und bei dem anderen um die Telefonseelsorge. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesen beiden Anträgen und ansonsten, auch wenn es uns allen als Sozialpolitikern vielleicht schwer fällt, um Zustimmung zu diesem Haushalt. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für diesen 7. Komplex liegen keine Redemeldungen mehr vor.

Im 8. Komplex behandeln sie den **Einzelplan 09 - Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt und den Artikel 20 des Thüringer Haus-**

**haltsstrukturgesetzes.** Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen in diesem Fall: CDU - 22 Minuten, PDS - 16 Minuten und SPD - 12 Minuten. Nach 7 Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich entsprechend die Redezeit der Fraktionen. Ich eröffne die Aussprache mit dem Aufruf des Abgeordneten Kummer, PDS-Fraktion.

#### **Abgeordneter Kummer, PDS:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, am Anfang ein kurzes Wort zum Kollegen Mohring. Er ist jetzt leider nicht da, aber er hat heute früh in bewundernswerter

(Unruhe bei der CDU)

- ach doch, da ist er ja, Entschuldigung, ich bin begeistert, ich habe Sie die ganze Zeit gesucht, aber wenn Sie da sind, dann wäre es schön, wenn Sie hier bleiben würden. Sie haben heute früh in der Grundsatzdebatte in so bewundernswerter Art und Weise Ihr Nichtwissen zu den Fragen der Waldbewirtschaftung offenbart.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU:  
Das haben Sie vorhin schon gesagt.)

Herr Wehner, wenn Sie reden wollen, dann kommen Sie doch bitte vor und reden hier nicht so laut dazwischen.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Moment mal, Herr Abgeordneter Kummer. Herr Abgeordneter Wehner, Sie können gern eine Wortmeldung dazu abgeben. Im Moment spricht Herr Abgeordneter Kummer vor dem Mikrofon im Saal.

#### **Abgeordneter Kummer, PDS:**

Wie gesagt, Herr Mohring ist heute auf die Änderungsvorschläge der PDS-Fraktion im Bereich des Landeswaldes eingegangen und hat uns unterstellt, dass uns der Gedanke der Nachhaltigkeit fern liegen würde und dass wir den ganzen Thüringer Wald abholzen wollten. Dabei wurde deutlich, dass er weder den Ausführungen von Minister Dr. Sklenar im Haushalts- und Finanzausschuss zugehört hat noch sich intensiv mit der Problematik beschäftigte, denn Fakt ist eins, im Haushalts- und Finanzausschuss wurde gesagt, wenn der Holzpreis stimmt, können wir noch deutlich mehr einschlagen als das, was bisher im Plan steht. Außerdem hat die Bundeswaldinventur ergeben, dass wir im Thüringer Wald reichlich 9 Festmeter Zuwachs im Jahr haben. Zurzeit werden um die 7 Festmeter eingeschlagen. Das

heißt, hier gibt es allein eine rechnerische Differenz von über 2 Festmetern, die im Jahr mehr zuwachsen. Unsere Waldbestände sind gut. In einigen Bereichen sind sie sogar zu gut. Hier müsste also dringend etwas herausgeholt werden. Deshalb unser entsprechender Änderungsantrag und ich hoffe, dass Ihre Fraktion dem auch zustimmt. Sie finden den in der Drucksache 4/640.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu dem Komplex. Ähnliche Argumente wie sie Herr Mohring heute in der Grundsatzaussprache gebracht hatte, hat es auch bei der letzten Haushaltsberatung gegeben. Die Landesregierung folgte aber letzten Endes doch unseren Vorschlägen und hatte damals 0,7 Festmeter mehr eingeschlagen als geplant war. Also gehe ich mal davon aus, auch wenn Sie es heute ablehnen werden, dass Sie den Vorschlägen trotzdem folgen werden.

Wenn wir einmal beim Wald sind, muss ich noch ein kleines Lob an den Minister loswerden. Herr Minister, indem der Forstwirtschaftsbetrieb als wirtschaftliche Einheit diesmal im Landeshaushalt dargestellt wurde, war dann auch zu entnehmen, dass es im Jahr 2004 einen Überschuss von sage und schreibe 416.000 € im Forstwirtschaftsbetrieb gegeben hat. Das ist eine Geschichte, die mich sehr freut, denn Fakt ist eins, solange wie der Forstwirtschaftsbetrieb immer wieder rote Zahlen geschrieben hat, hat man natürlich auch immer die Befürchtung, dass die Verkaufsabsichten gerade in Zeiten knapper Kassen dadurch hervorgerufen werden.

Ich glaube, jetzt wird deutlich, den Wald brauchen wir nicht nur als wesentlichen Bestandteil der Daseinsvorsorge, man kann mit Wald auch Gewinne machen, und das ist durchaus in Ordnung so. Nun zu den weiteren Problemen im Haushalt. Das Eine, das ich ansprechen möchte, ist die Frage der Zukunftssicherheit. Hier habe ich gerade im Einzelplan 09 ein paar sehr, sehr große Bauchschmerzen, denn mit diesem Haushalt nehmen wir einen Kredit auf auf zukünftige Haushaltsjahre, so z.B. im Bereich des Sondervermögens ökologische Altlasten, wo wir in diesem Jahr 5 Mio. € weniger zuführen werden als vorgesehen, die wir aber innerhalb der nächsten drei Jahre wieder zuführen müssen, über das Maß dann hinaus.

Nun glaube ich nicht, dass wir in den nächsten drei Jahren irgendwelchen Geldsegen zu erwarten haben, und ich weiß nicht, wie wir in Zeiten immer knapperer Kassen dann mit solchen Fragen umgehen werden. Fakt ist eines: Für mich ist das ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang ist das Sondervermögen Verbesserung wasserwirtschaftlicher Strukturen. Schon jetzt haben wir es hier mit Summen zu tun von jähr-

lich fast 24 Mio. €, also im Jahr 2005 sind es rund 24 Mio. €. Im nächsten Jahr werden in dieses Sondervermögen über 50 Mio. € fließen müssen. Auch das wird unsere Handlungsfähigkeit in den nächsten Jahren massiv beschneiden und der Begriff Sondervermögen ist hier nur eine Schönfärberei von verdeckter Schuldenaufnahme.

Ein letztes Problem, das ich ansprechen möchte, ist die Frage der GA-Mittel. Wir konnten sie in diesem Haushalt auch im letzten Jahr wieder nicht voll kofinanzieren aus Mangel an Landesgeldern. Ich muss aber eines dazu sagen: Dem Ministerium ist ein relativ guter Kniff gelungen, es hat Sachsen Geld zur Verfügung gestellt, um die Talsperre Windischleuba zu sanieren. Die Sachsen hatten genügend Landesmittel, um also die Thüringer GA-Mittel noch kofinanzieren, aber, Herr Minister, ich würde Sie trotzdem bitten, in Zukunft über die Möglichkeit nachzudenken, Einnahmen- und Ausgabenreste zu bilden und somit eine Mittelverwendung in Folgejahren zu ermöglichen. Im Wirtschaftsministerium ist das bisher übliche Praxis und ich denke, das könnte auch im Landwirtschaftsministerium gehen.

Zum Abschluss vielleicht noch mal ein kurzes Wort zu unserem Waldantrag. Ich hatte ja schon gesagt, dass im Landwirtschaftshaushalt oder in der entsprechenden Beratung vom Minister auf den Holzpreis eingegangen wurde. Es gehört nicht mehr ganz in den Einzelplan 09, aber wir möchten natürlich auch etwas tun, dass sich die Holzpreise entsprechend entwickeln, und hatten deshalb sehr frühzeitig gefordert, dass die erneuerbaren Energien in Thüringen weiterhin unterstützt werden. Das Wirtschaftsministerium hat sich da lange Zeit sehr, sehr schwer getan. Jetzt haben alle drei Fraktionen dieses hohen Hauses gesagt, wir wollen etwas für erneuerbare Energien tun, das ist ja hauptsächlich die Verwendung von Biomasse und Verwendung von Holz in Thüringen. Ich bin dafür sehr dankbar. Wir wollen den Vorschlag der CDU-Fraktion von 400.000 € noch um 300.000 € aufstocken, die SPD hat sogar noch etwas weit reichendere Pläne. Ich hoffe, dass hier noch ein bisschen zugelegt werden kann. Auf jeden Fall wird es dem Holzpreis gut tun und damit auch den Einnahmen im Landeshaushalt. In diesem Sinne wünsche ich mir natürlich die Zustimmung zu unseren Änderungsvorschlägen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Becker zu Wort gemeldet.

**Abgeordnete Becker, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, natürlich ist der Einzelplan 09 auch nicht von Kürzungen verschont geblieben, also auch ihn hat es erwischt. Trotz knapper Kassen sehen wir auch im Einzelplan 09 politischen Spielraum, den der Herr Minister leider nicht genutzt hat. Eine wichtige Aufgabe sehen wir auch in diesem Jahr in der Umweltförderung. Der Thüringer Landtag hat im letzten Plenum einstimmig beschlossen, die UN-Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" mit Hilfe eines Thüringer Aktionsplanes umzusetzen, was ich natürlich persönlich sehr begrüße und worüber ich mich auch sehr gefreut habe, dass das gelungen ist. Wichtige Akteure bei dieser Umsetzung werden die Einrichtungen und Netzwerke der Umweltbildung sein, die bereits jetzt Beiträge für diese Arbeit in der nachhaltigen Entwicklung und in dem Bildungsbereich leisten. Dazu müssen diese Einrichtungen aber auch finanziell in die Lage versetzt werden, das weiter tun zu können. Nach unserer Ansicht war der Mittelansatz in diesem Jahr für die Umweltbildung zu gering. Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht, aber auch diese 50.000 € wurden leider im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Einen weiteren Schwerpunkt setzte die SPD-Fraktion mit dem Änderungsantrag zum Sondervermögen für ökologische Altlasten. Aus dem Sondervermögen werden wichtige Altlastensanierungen in Thüringen, unter anderem auch die Sanierung des Teeresees Rositz finanziert. Diese Finanzierung ist trotz der Beteuerung der Landesregierung unserer Meinung nach nicht gesichert. Die Diskussion in den letzten Tage hat das auch gezeigt. Es bestehen nach wie vor begründete Bedenken, dass die bislang geplante und zuletzt auch von Ministerpräsident Althaus versprochene Sanierung des Teeresees durch die Entnahme der stark belastenden Ölrückstände nicht mehr in der ursprünglichen Form finanziert werden kann. Die Mittel für Rositz sind zum größten Teil schon verbraucht. Woher die nötigen Mittel kommen sollen, die dafür noch benötigt werden, ist uns leider immer noch nicht erklärt worden und trotzdem kürzen Sie den Ansatz zu dem Sondervermögen. Das halten wir politisch für falsch, haben daher auch einen Antrag gestellt, dieser ist aber leider auch abgelehnt worden.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Wahlversprechen des Ministerpräsidenten wird meiner Meinung nach noch viel teurer werden, es ist das Vermögen - Sondervermögen, wie Sie es nennen - ich sage, die Sonderschulden, denn durch die neue Kreditaufnahme beim Abwasser und Wasser wird es kein Sondervermögen geben, im Gegenteil, Sie werden dadurch zusätzliche Schulden machen. Wir haben uns im Ausschuss

auch darüber unterhalten, Frau Ministerin, und ich glaube, durch diese zusätzlichen Schulden, mit denen Sie die Kommunen entschulden wollen, die dazu gezwungen werden, erst Schulden zu machen, haben Sie sich optisch nur daran beteiligt, den Landeshaushalt geschönt vorzulegen, und durch die Anwendung solcher Buchhaltertricks konnten Sie nur einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Aber die Zukunft, über die Sie so gerne reden, ist damit nicht gesichert, möchte ich nur mal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Positiv zu erwähnen sind die relativ moderaten Kürzungen im Bereich der Landwirtschaft. Dies liegt aber weniger an der Politik der Landesregierung, sondern vor allem an der konstanten Mittelzuweisung der EU und des Bundes. Aber immer, wenn es nicht so richtig läuft, sind die EU und der Bund Schuld, aber die Mittel werden konstant im Landeshaushalt eingearbeitet. Zumindest auf dem Papier haben wir durch diese Mittel eine gewisse Planungssicherheit im Bereich der Landwirtschaft. Ungewiss ist jedoch, Herr Kummer ist darauf schon eingegangen, ob die GAMittel denn auch immer kofinanziert werden. Auch da würde ich bitten, dass das in diesem Jahr vielleicht in Gänze erfolgen könnte. Thüringen wird gern als grünes Herz Deutschlands bezeichnet. Dies ist weniger politisch gemeint, das kann man auch bedauern, sondern mehr auf den hohen Waldanteil der Mittelgebirgsregion, und dient der touristischen Vermarktung. Der aktuelle Waldschadensbericht bescheinigt dem grünen Herzen aber keinen guten Gesundheitszustand. Maßnahmen zur Verbesserung der Waldgesundheit in Thüringen sind daher verstärkt erforderlich. Um diese Maßnahmen zu unterstützen, hatte die SPD-Fraktion einen Antrag gestellt zur Bodenschutzkalkung, aber auch leider - der betraf auch keine hohen Mittel - wurde er im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt.

Noch ein Wort zu dem 08er - Verbraucherschutzzentrale Thüringen: Wir haben gerade den Verbraucherschutzbericht der Bundesrepublik und der Verbraucherzentralen gehört und wir sind da eindringlich gelobt worden über unser Netz der Verbraucherzentralen. Nun wird auch in diesem Titel, obwohl wir da wirklich federführend in Deutschland sind, gekürzt, so dass es schwierig wird, das flächendeckende Netz der Verbraucherzentralen zu erhalten. Wir hatten auch da einen Antrag gestellt. Das waren nicht so hohe Summen, aber auch dieser Antrag wurde leider im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Wir haben es unterlassen, diese Änderungsanträge noch mal ins Plenum zu bringen, weil wir ja die politische Mehrheit im Haushalts- und Finanzausschuss und auch in diesem hohen Haus kennen, wollen aber damit nicht kundtun, dass wir politisch daran nicht interessiert sind, Herr Minister,

also wenn Sie noch Möglichkeiten sehen, unsere Ansätze doch zu unterstützen, würden wir Ihnen sehr dankbar sein.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich den 8. Komplex.

Im 9. Komplex beraten wir den **Einzelplan 10 - Ministerium für Bau und Verkehr** - gemeinsam mit dem **Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen** - und den **Artikeln 16, 17, 18 und 19 des Thüringer Haushaltsstrukturgesetzes**.

Hier betragen die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen: CDU 22 Minuten, PDS 16 Minuten, SPD 12 Minuten. Nach 7 Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich die entsprechende Redezeit der Fraktionen. Für die PDS-Fraktion rufe ich Abgeordneten Lemke auf.

**Abgeordneter Lemke, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Zitat aus dem Thüringer ÖPNV-Gesetz beginnen. Darin heißt es in § 2 Abs. 1 unter anderem - ich zitiere: "ÖPNV ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Er soll im Interesse der Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen und damit einen weiteren Anstieg des motorisierten Individualverkehrs insbesondere in und zwischen den Verdichtungsräumen verhindern." In Absatz 3 heißt es: "Grundsätzlich soll für die Bevölkerung in allen Landesteilen erreicht werden, dass jeder die wichtigen Ziele seiner täglichen Lebensgestaltung unter zumutbaren Bedingungen zu sozialverträglichen Tarifen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen kann."

Meine Damen und Herren der CDU, Sie verstoßen mit der Zustimmung zu Artikel 16 des Haushaltsstrukturgesetzes gegen das Gesetz.

(Beifall bei der SPD)

Sie zwingen die Aufgabenträger und -umsetzer dazu, Streckenkürzungen oder Ausdünnungen vorzunehmen. Sie schließen gerade die Schwächeren der Gesellschaft von der Teilhabe am ÖPNV aus. Von der Erreichbarkeit bzw. Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen kann gar keine

Rede mehr sein. Sie verabschieden sich immer weiter von Ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge. Sie zwingen durch Ihre Kürzung immer mehr Menschen dazu, ihre Mobilitätsbedürfnisse durch die Nutzung von Verkehrsmitteln des Individualverkehrs zu befriedigen. Sie nehmen dabei billigend in Kauf, dass durch die Zunahme des Individualverkehrs die Verkehrssicherheit maßgebend negativ beeinflusst wird. Sie nehmen in Kauf, dass die Umweltbelastung weiter steigt, Sie gefährden damit das Leben und die Gesundheit der Menschen. Die Verkehrspolitik der Landesregierung orientiert sich nicht an den Bedürfnissen des Großteils der Bevölkerung. Sie ist - wie in anderen Politikbereichen auch - reine Lobbypolitik. Ein gravierendes Beispiel ist die Bezuschussung des Luftverkehrs, insbesondere die Subventionierung von Linienflügen und die jährlichen Zahlungen für den Flughafen Erfurt. Sie leisten es sich, Fluglinien zu subventionieren. Diese Flugverbindungen werden von nahezu 99 Prozent der Bevölkerung gar nicht genutzt und deshalb gar nicht gebraucht. Sie betreiben hier einen Angebotsverkehr für ein privilegiertes Klientel, der es auch zuzumuten wäre, die relativ nahe gelegenen internationalen Flughäfen Frankfurt/Main oder Leipzig zu nutzen.

Beim ÖPNV sind Sie dagegen von angebotsorientierten Verkehrsleistungen weit entfernt. Sie werden mit Ihrer Finanzpolitik noch nicht einmal mehr ein bedarfsorientiertes Angebot erreichen.

Meine Damen und Herren! Herr Mohring - jetzt ist er nicht da -, also kann er auch nicht sagen, ich bin doch da. Da ist er - Herr Mohring.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Herr Mohring hat sich heute früh hier hingestellt und ein Klagelied über den bestehenden Schuldenberg und über die Fehlleistungen der Bundesregierung angestimmt. Er tat so, als ob die Schulden, die Thüringen vor sich herschiebt, von der Union übernommen worden sind und sie nun die undankbare Aufgabe hätten, diesen Berg abzutragen. Herr Mohring, Ihre Partei ganz allein hat Thüringen in diese Lage gebracht. Die CDU hat zu verantworten, dass es kaum noch finanziellen Spielraum für Gestaltung von Politik im Sinne der hier lebenden Bürger gibt.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben unseriös gewirtschaftet und tun es auch immer noch. Als Beispiel will ich Ihnen sagen, dass der ÖPNV in Thüringen inzwischen fast komplett aus Regionalisierungsmitteln finanziert wird, aus Mitteln des Bundes, die eigentlich für den Schienenpersonennahverkehr vorzusehen sind. Sie bestreiten die Zuschüsse für den Schülerverkehr inzwischen fast komplett aus Regionalisierungsmitteln, die Zuwen-

dungen an Aufgabenträger im straßengebundenen ÖPNV fast komplett aus Regionalisierungsmitteln. Sie schreiben diese Regelung fest, obwohl Sie genau wissen, dass der Bundesrechnungshof die Auslegung des Regionalisierungsgesetzes in dieser Form problematisiert hat und spätestens im Jahr 2007 Ihnen das gesamte Konstrukt um die Ohren fliegt, da die Regionalisierungsmittel nach der dann anstehenden Überprüfung um genau den Teil gekürzt werden, den Sie dem SPNV durch Umwidmung entzogen haben.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, ein besonderes Bonbon haben Sie uns ja mit der von Ihnen vorgeschlagenen Änderung des Artikels 16 des Entwurfs des Haushaltsstrukturgesetzes geliefert. Nachdem die Festlegung in Artikel 16 des Haushaltsstrukturgesetzes die Fixierung von Finanzmitteln des Landes zu den Betriebskosten und Investitionen für Stadtbus- und Straßenbahnsysteme zu massiven Protest geführt haben, bieten Sie nun die Aufweichung dieser Festlegung an, indem Sie nur noch von Zuwendungen des Landes reden und alles andere sollte der zuständige Minister in einer Förderrichtlinie regeln. Sie versuchen hier, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Erstens bekommen Sie die für Sie unangenehme und lästige Diskussion mit dieser schwammigen Aufweichung vom Tisch und zweitens kann Ihr Minister da völlig unabhängig vom Parlament in seiner Förderrichtlinie genau das festlegen, was Sie mit der geplanten Gesetzesänderung sowieso bezweckt haben.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, Sie sind scheinbar gar nicht daran interessiert, Politik aktiv zu gestalten. Sie wollen Ihre Gestaltungsmöglichkeit an einen Ihrer Minister übertragen und damit das Parlament bei der aktiven Gestaltung außen vor lassen. Die PDS-Fraktion will ihre Handlungsaktion an keinen Minister abtreten. Einem Minister Trautvetter Handlungsspielraum bei politischen Entscheidungen über das zwingend vorgeschriebene Maß hinaus einzuräumen, führt, wie wir alle wissen, ins Chaos.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, um unsere Handlungsfähigkeit zu bewahren, um eine auch in Zeiten knapper Kassen zukunftsfähige Verkehrspolitik zu gestalten, stimmen Sie den von uns vorgelegten Änderungsanträgen zu und lehnen Sie den Artikel 16 des Haushaltsstrukturgesetzes ab. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Doht zu Wort gemeldet.

**Abgeordnete Doht, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Mohring, ob Sie da sitzen oder nicht, ist völlig unerheblich für meine Rede.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

Aber aus unserer Sicht weist der Einzelplan 10 doch noch einige Sparpotenziale auf. So hätte z.B. die Landesregierung jährlich 128.000 € Ministergehalt plus ca. 100.000 € Gehalt eines Staatssekretärs sparen können.

(Beifall bei der CDU, PDS)

Damit hätte man auch schon was anfangen können, aber man musste ja Herrn Minister Trautvetter mit einem eigenen Ministerium versorgen. Als Innenminister war er nicht mehr tragbar, deswegen hat man dieses neue Ministerium für ihn geschaffen, aber als Bau- und Verkehrsminister stiftet er genauso viel Verwirrung hier wie als Innenminister.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Die Vorgänge und die Sperrung des Altenburger Flughafens sprechen dazu eine deutliche Sprache. Im Luftverkehr gibt es auch im Haushalt einige Ungereimtheiten. Da soll z.B. für 50.000 € eine Studie über den Nutzen des gewerblichen Luftverkehrs in Thüringen erstellt werden. Zur Vergabe eines Gutachtens zur Mittelverwendung im Rahmen der Finanzierung des Flughafens Erfurt sind 100.000 € eingeplant. Ich frage mich, was soll das? Erst fördert diese Landesregierung das Flugwesen in Thüringen über Jahre, um dann Studien und Gutachten zu erstellen. Ist sich denn die Landesregierung hinsichtlich ihrer eigenen Förderpolitik so unsicher, dass das im Nachgang jetzt alles gutachterlich geprüft werden muss?

(Beifall bei der PDS, SPD)

Die SPD-Fraktion ist jedenfalls der Auffassung, dass diese Mittel an anderer Stelle nutzvoller einzusetzen wären und hatte auch entsprechende Änderungsanträge gestellt, die leider im Haushalts- und Finanzausschuss blockiert wurden.

Probleme sehen wir auch beim ÖPNV - der Kollege von der PDS-Fraktion sprach das bereits an -, besonders hinsichtlich der Regelung in Artikel 16 des Haushaltsstrukturgesetzes. Die bisherige Förderung

des ÖPNV in Thüringen und insbesondere das Prinzip der kommunizierenden Röhren wird allgemein als Garant für eine beständige und positive Entwicklung des ÖPNV in den betreffenden Verkehrsbereichen angesehen. Wir halten es daher für völlig verfehlt, dass ein in der Praxis bewährtes Finanzierungssystem in der vorgesehenen Weise radikal geändert werden soll. Es gibt dafür auch keine finanzpolitische Rechtfertigung,

(Beifall bei der SPD)

denn Einsparungen im Bereich des ÖPNV sind ja dem Haushaltsansatz zufolge nur in vergleichsweise geringem Umfang geplant. Auch können wir eine sonstige Rechtfertigung für diese geplante Änderung nicht sehen. Wir befürchten jedoch, dass ein derart radikaler Wandel zum Wegbrechen zahlreicher Linien, insbesondere in den ländlichen Regionen führen wird. Damit wird die Erreichbarkeit der zentralen Orte für viele Bewohner der ländlichen Räume erschwert und die Umlandfunktion dieser Orte geschwächt. Leidtragende dieser Politik sind insbesondere ältere Leute, Kinder und Jugendliche in den ländlichen Regionen, die auf den ÖPNV angewiesen sind. Zuschüsse zu den Betriebskosten müssen daher weiterhin möglich bleiben. Dies ist allerdings auch nach der nun vorliegenden Fassung des Artikels 16 nicht gegeben, auch wenn immerhin die von den Beteiligten heftig kritisierte Konzentration der Mittel auf die städtischen Verkehrssysteme durch den CDU-Änderungsantrag aufgegeben wurde. Doch dieser Antrag greift zu kurz.

(Beifall bei der SPD)

Sofern eine Umschichtung von Zuschüssen zwischen den Verkehrsbereichen erforderlich sein sollte, kann und muss dies ausschließlich über eine Anpassung der jeweiligen Sollkostensätze für die einzelnen Verkehrsbereiche geschehen. Diese Sollkostensätze werden als Ausgleich für die Betriebskostendefizite je Fahrplankilometer in den einzelnen Verkehrsbereichen pauschal bezahlt. Eine etwaige Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems würde die Möglichkeit von Korrekturen im Vollzug nicht versperren. Mit der Beibehaltung des gegenwärtigen Systems bliebe auch die von den Betroffenen geforderte Austauschbarkeit der Finanzhilfen erhalten. Die Fraktion der SPD beantragt daher heute noch einmal die ersatzlose Streichung des Artikels 16 im Haushaltstrukturgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Wir bitten Sie im Interesse eines auch in Zukunft funktionierenden ÖPNV in Thüringen, unserem Antrag zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, im Bereich Landesstraßen ...

(Unterbrechung der Sitzung durch ausgelösten Feueralarm)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Frau Abgeordnete Doht, Sie können wieder nach vorn kommen. Ich weiß allerdings nicht, ob Sie Ihre Rede von vorn noch einmal vortragen oder dort einsetzen, wo Sie unterbrochen wurden.

**Abgeordnete Doht, SPD:**

Meine Damen und Herren, ich hatte 4 Minuten und 10 Sekunden Redezeit gehabt und ich würde gern an der Stelle fortfahren, wo ich aufgehört habe. Ich war mir im Übrigen nicht bewusst, dass ich hier so eine Brandrede halte, dass gleich Feueralarm ausbricht.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren ...

(Heiterkeit im Hause)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Also, es ist wieder ein Fehlalarm. Die Anlage wird jetzt ausgeschaltet, so dass wir die Plenarsitzung fortsetzen können, diese Stimme wird auch gleich abgeschaltet. Ich versuche jetzt mal in den Ton hineinzureden. Es wird immer noch versucht, diese Anlage auszustellen. Es ist kein Alarm, der uns beunruhigen müsste, bis auf diesen Ton. Wenn das gelungen ist, dann werden wir fortsetzen.

Frau Abgeordnete Doht, Sie können Ihre Rede fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Abgeordnete Doht, SPD:**

Also, alle guten Dinge sind drei. Hoffen wir, dass es beim dritten Versuch jetzt weitergeht. Ich komme zu dem Bereich Landesstraßen. Hier führt die Landesregierung ihre Politik aus der vergangenen Legislaturperiode konsequent fort. Das heißt, Minister und Staatssekretär lassen sich bei Verkehrsfreigaben im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans feiern und vernachlässigen den Bau und die Unterhaltung der Landesstraßen. So wurden die Mittel für die Erhaltungsmaßnahmen an Landesstraßen und Brücken um 12,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gekürzt.

Thüringen wird aber nicht nur aus der Luft und über Autobahnen und Bundesstraßen erschlossen. Der Ausbau und die Sanierung von Landesstraßen ist ureigenste Aufgabe des Freistaats und letztendlich auch eine Grundvoraussetzung für den weiteren Ausbau des Tourismus in Thüringen. Immerhin will die Landesregierung nach 15 Jahren endlich ein Landesverkehrsprogramm aufstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, das ist positiv, ob dies allerdings durch externe Sachverständige geschehen und 50.000 € kosten muss, bleibt fraglich. Gibt es denn im Ministerium keine fähigen Beamten, die diese Aufgabe bewältigen könnten? Immerhin gibt es im Landesentwicklungsplan bereits Vorgaben zu den Verkehrsachsen in Thüringen. Soweit zum Bereich Verkehr.

Zum Wohnungs- und Städtebau: Auch dieser Bereich ist von Kürzungen nicht verschont geblieben. Dass jedoch die CDU-Fraktion bei ihren weitergehenden Kürzungsanträgen sogar auf Bundesmittel verzichten will, ist nicht zu begreifen. Mit der Zustimmung zu ihrem Antrag, die Mittel im Bereich soziale Stadt um 248.000 € zu kürzen, verzichtet der Freistaat auf 124.000 € Bundesmittel. Damit kündigen Sie einen bewährten Konsens in diesem Haus auf, nämlich die Gegenfinanzierung für zur Verfügung stehende Bundesmittel sicherzustellen. Es gibt belegbare Zahlen und Studien, dass in der Städtebauförderung 1 € an öffentlicher Förderung 8 € private Investitionen mobilisiert. Sie entziehen also der einheimischen Bauwirtschaft, insbesondere dem Bauhandwerk, rund 2,2 Mio. Auftragsvolumen, während das Land gerade einmal 124.000 € spart. Den volkswirtschaftlichen Sinn dieser Aktion muss mir erst einmal jemand erklären. Im Übrigen entspricht die eingesparte Summe in etwa dem Ministergehalt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS:  
Kann man einsparen.)

Die Einsparungen im Landesprogramm "Städtebauliche Planungsleistung" werden von uns ebenfalls kritisiert. Gerade durch den Prozess des Stadtumbaus fallen in etlichen Kommunen überdurchschnittliche Planungsleistungen an. Stadtentwicklungskonzepte müssen fortgeschrieben und ergänzt werden. Die Kommunen sind bei den obendrein beabsichtigten Einsparungen im KFA nicht in der Lage, diese Aufgabe qualitätsgerecht und zeitnah zu erfüllen. In der CDU-Fraktion scheint man aber immer noch nicht begriffen zu haben, dass der Stadtumbau eine der größten künftigen Herausforderungen ist und dass er allein mit Abriss nicht zu bewältigen sein wird.

Ein Faktor zum Erfolg dieses Prozesses wird auch sein, ob es gelingt, die privaten Haus- und Wohneigentümer in diesen Prozess einzubinden. Die SPD-Fraktion hatte daher beantragt, die Modernisierungsförderung mittels zinsverbilligter Darlehen im Bundesländer-Programm, welches bislang nur für Mietwohnungen gilt, auch für selbst genutztes Wohneigentum zu öffnen. Ein derartiges Programm gab es in der Vergangenheit bereits einmal und es wurden gute Erfahrungen damit gemacht. Die CDU hat jedoch auch diesen Antrag abgelehnt. Aber das Ministerium kann ja im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz noch einmal über die Erweiterung der Förderrichtlinie nachdenken.

Positiv zu bewerten ist aus unserer Sicht, dass im vorliegenden Entwurf des Haushalts begrenzte Mittel für den Mietwohnungsneubau bereitgestellt werden. Dies ist aus unserer Sicht keine sozialpolitische Maßnahme, die wir bei der jetzigen Situation auf dem Wohnungsmarkt auch nicht benötigen, sondern eine rein städtebauliche Maßnahme. Wir erwarten von der Landesregierung, dass diese Mittel in Bauvorhaben an exponierten Stellen in den Innenstädten fließen, um deren Wirtschaftlichkeit und damit auch die Wiederbebauung zu garantieren.

Eine letzte Anmerkung zum Katasterwesen: 10 Mio. Mindereinnahmen weist der Haushaltsentwurf aus. Ich habe es letztes hier bereits ausgeführt. Dies ist die Folge der Umstrukturierung im Katasterwesen und sollte den Abgeordneten bei der Beratung der Katastergesetze, die ja demnächst ansteht, schon zu denken geben. Der Minister selber hat immerhin bereits öffentlich zugegeben, dass er nicht nach betriebswirtschaftlichen, sondern nach lokalpolitischen Erwägungen entscheidet. Dann sollten wenigstens die Abgeordneten auch die betriebswirtschaftlichen Aspekte und die Folgen für den Landeshaushalt beachten.

Alles in allem ist der Einzelplan 10 eine Fortführung einer völlig konzeptionslosen Politik und für uns demzufolge nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Zum Einzelplan 10 gibt es keine weiteren Redeanmeldungen. Dann kann ich diese Aussprache schließen.

Im 10. Komplex finden wir den **Einzelplan 01 - Landtag**. Ich nehme an, dazu wird keine Aussprache gewünscht. Das ist richtig so.

Im **Einzelplan 11 - Rechnungshof** - ist auch nicht signalisiert worden, dass jemand sprechen möchte. Auch das kann ich so feststellen.

Damit kommen wir zur **Schlussrunde**. Hier gelten folgende Redezeiten für die Fraktionen: Fraktion der CDU 17 Minuten, PDS-Fraktion 13 Minuten, SPD-Fraktion 10 Minuten. Nach 5 Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich die Redezeit der Fraktionen. Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Gerstenberger zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Gerstenberger, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mehrere Stunden hat jetzt dieser Landtag debattiert und versucht, Gründe für Veränderungen zu finden bzw. Rechtfertigungsversuche für das Vorliegende darzustellen. Eine gewisse Verschwiegenheit einiger Minister war dabei zu erkennen und ein Spiel, in dem in die vermeintliche Sternstunde des Parlaments, die Verabschiedung des Haushalts, eingeleitet werden soll.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Gewissen ist gut, manche sind sprachlos.)

Haben wir es wirklich mit einer Sternstunde des Landtags zu tun, meine Damen und Herren? Ich glaube, nein. Ich glaube eher, es ist einer der traurigen, sehr traurigen Momente, die dieser Landtag durchleben muss.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Lassen Sie mich das an einigen Dingen festmachen, meine Damen und Herren, die im Laufe der letzten Wochen und Monate und der jetzt aktuellen Debatte hier gesagt wurden. Nehmen wir zuerst die richtungsweisende Regierungserklärung unseres Herrn Ministerpräsidenten vom 9. September. Die Überschrift hieß "Chancen nutzen, Zukunft gestalten". Er entwickelte dort interessante Vorstellungen zur weiteren Entwicklung und erging sich in der folgenden Feststellung: Es bedarf einer genauen Aufgabenkritik, damit Strukturveränderungen zum Erfolg führen. Diese genaue Aufgabenkritik führte dann dazu, dass erst einmal ein neues Katastergesetz vorgelegt wurde, später über Sinn und Zweck und Unsinn dieses Gesetzes nachgedacht wurde und anschließend ein völlig neues Gesetz in den Landtag eingebracht wurde. Das alles binnen eines halben Jahres, richtungsweisend offensichtlich für dieses Verfahren, für die zukünftige Gesetzgebungspolitik der Landesregierung. Da verkündet doch tatsächlich der Ministerpräsident am 9. September, die Anzahl der Landwirtschaftsämter werde von 11 auf 7 reduziert und das Ganze erfolge zum 1. Januar 2005. Ja, meine Damen und Herren, noch heute warten

die entsprechenden Institutionen auf die Umsetzung. Ähnlich geht es übrigens der Neustrukturierung der Forstämter. Statt 46 gibt es maximal 28 Forstämter, die Umsetzung erfolgt mit dem Doppelhaushalt 2006/2007. Ein entsprechendes Konzept wird im November des Jahres 2004 vorgelegt, so jedenfalls am 9. September der Ministerpräsident. Hier sagt aktuell die Gerüchteküche, eventuell gebe es zum 1. März dieses Jahres einen Kabinettsbeschluss. So ist das halt, wenn ein Ministerpräsident verlässliche Politik predigt.

(Beifall bei der SPD)

Heute kühn ausgesprochen, morgen vergessen und übermorgen wird an der Korrektur der Aussagen gearbeitet. Die Halbwertszeit Ihrer Versprechen, Herr Althaus, ist dramatisch gering.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Und dass kein Sofortbericht, meine Damen und Herren, zum SPD-Antrag Behördenstruktur angekündigt ist, ist doch ein weiteres Indiz dafür, dass es offensichtlich mehr Unklarheiten als Klarheit in dieser Landesregierung gibt.

Einen Punkt will ich in dem Zusammenhang noch anführen: Man wollte die Strukturen der Landesgesellschaften straffen und weiterentwickeln. Ein Satz, der kommt jetzt mehrere Jahre schon in den Regierungserklärungen vor. Bis Ende 2004 wird allerdings eine entsprechende Umsetzungsvorlage erarbeitet. Bis heute liegt nichts vor. Ja, es geht sogar so weit, dass der zuständige Ausschuss mangels Beratungsgegenständen sogar Sitzungen ausfallen lassen muss. Das heißt, es gab noch nicht einmal den Wunsch der Landesregierung, über den nicht erreichten Arbeitsstand entsprechend zu berichten. Lassen wir es bei diesen Beispielen bewenden, die sichtbar machen, dass es keine Sternstunde, sondern eher ein Trauerspiel ist, was uns hier vorgeführt wird. Aber wo liegen die Ursachen dafür? Wenn ich dem Argumentationsniveau von Herrn Mohring folgen würde, jetzt ist er übrigens wirklich nicht da, würde ich sagen, es liegt an den Abgeordneten Bärwolff und Hennig - zusammen gut 40 Jahre alt - die in 40-jähriger DDR-Zugehörigkeit und SED-Mitgliedschaft für diese Situation verantwortlich zeichnen.

(Beifall bei der PDS)

Da ich allerdings mehr in das Lager der Realisten gehöre, behaupte ich, es sind 14 Jahre reale CDU-Politik, davon 5-jährige Alleinverantwortung dieses finanziellen Desasters,

(Beifall bei der PDS)

die ganz allein bei der CDU liegt. Sich hier hinzustellen und in einer neuen Klagekultur wie politische Scharlatane zu behaupten, es läge alles an der Bundesregierung, die in Berlin nicht weit gehend genug entschieden hätte, das ist die eigentliche Unverschämtheit und Unverfrorenheit dieser Politik.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Alle Grundsätze, die uns in der Vergangenheit zur Rechtfertigung Ihrer Politik, Herr Althaus, und der Ihres Vorgängers vorgestellt wurden, werden mit diesem Haushalt über den Haufen geworfen und immer sind die anderen Schuld daran. Beispiel 1: Wir brauchen Planungssicherheit. Zur Planungssicherheit gehört ein Doppelhaushalt und eine rechtzeitige Verabschiedung des Haushalts, so dass die Kommunen zuverlässig planen und arbeiten können. So bisher Ihre Worte. Meine Damen und Herren, Sie, allein Sie von der CDU, haben das heutige Chaos in der Finanzführung der Kommunen und Landkreise zu verantworten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ihrer Untätigkeit in Vorbereitung des Haushaltsjahres 2005 ist es geschuldet, dass der Haushalt nicht pünktlich und ordnungsgemäß verabschiedet werden konnte. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit der Oppositionsarbeit zu tun, sondern das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Beispiel 2: Investitionssicherheit und hohe Investitionsquote sind notwendig für die konjunkturelle Entwicklung des Freistaats. Sehr schön. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, und wieder Sie allein, haben die Investitionspauschalen für die kommunalen Haushalte drastisch reduziert. Sie waren diejenigen, die im Jahr 2004 Mittel der Gemeinschaftsaufgabe verfallen ließen, ohne sie für die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaats nutzbar zu machen. Sie haben die Konjunkturbremse in Thüringen ganz massiv mit angezogen. Sie und nur Sie haben diesen Prozess zu verantworten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Beispiel 3: Zuverlässiges und partnerschaftliches Verhalten mit Kommunen und Landkreisen ist ein zuverlässiger Garant für eine erfolgreiche Politik dieser CDU-Landesregierung, so war in der Vergangenheit öfter zu hören. Neuerdings, meine Damen und Herren, klingt das anders. Man habe den Kommunen seine Politik erklärt und diese hätten sie nicht so richtig verstanden. Man müsse den Kommunen deutlicher sagen, wo das Problem liegt, man müsse sie besser überzeugen. Die Kommunen müssen

das einsehen. Es ist kein inhaltliches Problem, sondern offensichtlich ein Kommunikationsproblem.

Meine Damen und Herren, wo sind wir eigentlich, dass Dummheiten in einer Bundesregierung im Zusammenhang mit der Vermittlung einer desaströsen Arbeitsmarktpolitik in der Argumentation für die Landesfinanzen des Freistaats herhalten müssen, um diese zu rechtfertigen? Überlegen Sie sich einmal, welchen Unsinn in der Argumentation Sie hier rechtfertigen, Herr Minister Althaus. Sie haben in selbstherrlicher Art und Weise Ihre Position gegenüber den Kommunen sichtbar gemacht und auf die dort teilweise berechtigten Forderungen und Feststellungen der Kommunen und Landkreise nicht reagiert, Herr Fiedler. Sie haben den Dialog abgebrochen und Sie haben sich einem mündlichen Dialog verweigert. Sie waren an einer zielführenden, auf Veränderungen und progressive Weiterentwicklung gerichteten Diskussion nicht interessiert. Denn alle Feststellungen und Bemerkungen des Landkreistags und des Gemeinde- und Städtebundes wurden von Ihrer Seite ignoriert. Das ist die reale Situation. Fassen wir noch einmal zusammen, meine Damen und Herren: Was hat die Haushaltsberatung gebracht?

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS:  
Feueralarm!)

(Heiterkeit im Hause)

Neben Feueralarm.

Ein Minister der Staatskanzlei erhält neue Planstellen und kann nicht unbedingt sagen, wofür er sie benötigt. Der Ring der politischen Jugend erhält Finanzmittel, obwohl er sich entgegen seiner eigenen Geschäftsordnung bei der Mittelverwendung dieser Gelder verhält. Ein Innenminister kündigt den Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden auf und entscheidet in selbstherrlicher Art und Weise über die den Kommunen bereitgestellten Finanzmittel. Ein Justizminister sieht sich gezwungen, in endlosen Diskussionen mit der Öffentlichkeit Schließungen von Standorten zu diskutieren, die ein Ministerpräsident eingefordert hat, der durch keinerlei sachliche Analyse diese Aussagen rechtfertigen konnte. Ein Kultusminister streicht im Denkmalschutz und Bildungsbereich weitere Mittel zusammen, getreu dem Motto des Ministerpräsidenten aus seiner Regierungserklärung: Es ist nicht ganz einfach, Übergewicht, lästige Pfunde wieder loszuwerden, auch wenn man es gern möchte. Ein Wirtschaftsminister ist nicht mehr in der Lage, Finanzierungsanforderungen aus Wirtschaft und Infrastruktur so umzuschichten, dass ein ordnungsgemäßer Mittelabfluss gewährleistet ist, weil ihm in unverantwortlich hohen Haushaltssperren die Mittel entzogen werden. Ein Sozialminister handelt nach dem Motto, wo kein Geld ist, muss

der Kahlschlag her und streicht in Größenordnungen in einem wichtigen, wenn nicht dem wichtigsten Bereich für die Entwicklung des Gemeinwesens. Ein Landwirtschaftsminister ist an dieser Stelle noch fein raus. Ihm hatte man vor zwei Jahren bereits die Mittel so kahl geschoren, dass eine ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben in diesem Bereich nahezu unmöglich ist. Dafür schafft man einen neuen Bereich eines Ministers für Bau und Verkehr, der verkünden muss: Die EU-Mittel für den Straßenbau sind alle; eigene Landesprogramme für den Wohnungsbau kaum noch möglich; aber das Ministerium ist immerhin arbeitsfähig. Ungeschoren kommt noch der Landesrechnungshof davon, der allerdings in seiner Personalausstattung ohnehin äußerst knapp bemessen ist. Allzu viel Kontrolle ist ja für diese Landesregierung auch ungesund.

(Beifall bei der PDS)

Und weil wir gerade bei der Kontrolle sind, eine Finanzministerin, die für die Kontrolle von Wirtschaftsunternehmen nicht die entsprechend notwendige Stellenzahl im Haushalt besitzen will oder darf, um effektive Kontrollen und Prüfungen in den Wirtschaftsunternehmen vorzunehmen, so dass bestimmte Wirtschaftsunternehmen nach statistischen Berechnungen nur alle 100 Jahre mit einer Wirtschaftsprüfung zu rechnen haben. Gleichzeitig werden seit Jahren Schulden in ständig steigender Höhe auf die Folgejahre übertragen, weil das Land nicht in der Lage ist, seinen Haushalt zu schließen. "Top Thüringen", meine Damen und Herren,

(Beifall bei der PDS)

"Top Thüringen" steht über dem Ganzen und die Aussage der CDU und des Ministerpräsidenten: Hier wird nichts geändert. Das, Herr Althaus, ist das Schlimmste und das ist das Verwerflichste an Ihrer Politik. Sie wissen, dass Sie teilweise kontraproduktiv handeln. Sie haben es selbst in der Öffentlichkeit zugegeben. Sie sind nicht bereit, daran etwas zu ändern. Sie wissen, dass Ihre Politik perspektivlos ist und das ist nicht nur der Beginn, sondern das ist der Beginn eines weiteren Leistungsabbaus, der in dem nächsten Doppelhaushalt manifestiert werden wird. Sie wissen nicht mehr weiter und Sie haben keine Antworten mehr. Sie mauscheln sich durch. Sie sind mit der Politik perspektivlos, weil Sie nicht mehr gestalten, sondern nur noch den Mangel verwalten. Sie zeigen keine Perspektiven für den Haushalt, der in einem halben Jahr hier in diesem Land vorgelegt wird, keine Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation, kein fassbares, begründetes und fundiertes Konzept zur Verwaltungsreform, kein Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden, kein Änderungswille in den politischen Grundpositionen, Handeln im Bürgerinteresse - Fehlanzeige. Stern-

stunden der Haushaltspolitik, meine Damen und Herren, Sternstunden der Landespolitik sind solche Verhaltensweisen wahrlich nicht. Deshalb werden solche Verhaltensweisen von unserer Oppositionsseite nicht geteilt und Sie können damit rechnen, Sie werden der schärfsten und scharfen Kritik weiterhin unterzogen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die CDU-Fraktion hat sich die Frau Abgeordnete Lieberknecht zu Wort gemeldet.

**Abgeordnete Lieberknecht, CDU:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatten heute hier im Plenum, die Demonstration vor dem Haus, alle Gespräche in den vergangenen Wochen haben vor allen Dingen eines deutlich gemacht: Der Reformhaushalt 2005 hat ein anderes Gewicht als alle Haushalte zuvor. Nicht zuletzt wurde so hart gerungen, im Übrigen auch in meiner eigenen Fraktion. Und ich denke, das ist auch nicht erstaunlich. Ich möchte Herrn Kollegen Gerstenberger schon auch an dieser Stelle durchaus zustimmen: Wir stehen am Beginn eines Weges, eines Weges, den wir wollen, den Sie bekämpfen, den wir aber für notwendig halten, denn es geht um die Zukunft unseres Landes und die werden wir nur erreichen mit einem Paradigmenwechsel auch in der Politik, den wir heute einleiten, und zwar ganz bewusst einleiten. Wir stehen ganz bewusst vor der Frage. Auch in unserer Fraktion haben wir uns bei jeder Sitzung, bei jeder Zusammenkunft immer wieder neu gefragt: Was müssen wir uns zumuten? Ich sage ganz bewusst zumuten; nicht mehr, was können wir uns leisten, was hätten wir gern, was wollen wir gern? Was müssen wir uns zumuten, um Zukunft nicht schon heute für kommende Generationen zu verfrühstückten, um Gestaltungsspielräume letztlich für künftige Jahre völlig zu negieren? Dies sage ich mal ganz deutlich, Kollege Gerstenberger, und es kam ja auch in vielen anderen Beiträgen der Opposition heute auch zum Ausdruck, auf der einen Seite die Thüringer Landesregierung verantwortlich zu machen für die 14 Jahre, für die angehäuften Schulden von 14 Mrd. €. Natürlich, das kann man benennen und das ist auch ein Teil, den wir hier zu tragen haben, und den wir auch so zum großen Teil selbst zu tragen haben und nicht auf den Bund abwälzen. Aber wären wir nur einem Teil der Anträge in den vergangenen Jahren gefolgt, die von Seiten der PDS-Fraktion, die von Seiten der SPD-Fraktion gekommen sind, dann wären wir heute nicht bei 14 Mrd. € Schulden für dieses Land, dann wären wir bei dem Doppelten. Wie wäre dann Ihre Reaktion? Dann zu behaupten, auf der einen Seite uns

diese Schuldenpolitik vorzuwerfen, auf der anderen Seite aber die Wünsche - und das geht ja munter weiter, auch bei dieser Debatte. Immer nur "Hände weg von ...", wir haben die Pressemeldungen, ich muss sie Ihnen nicht alle noch einmal vortragen, über die ganzen Wochen, seit dem Herbst des vergangenen Jahres, seitdem erste Vorschläge auch von Seiten der Landesregierung deutlich geworden sind. Hände weg von ..., kann man alles aufzählen. Ich kann nur sagen, dass ist nicht der Wechsel, den wir brauchen, das ist nicht das, was in die Zukunft führt. Deswegen haben wir uns schweren Herzens entschlossen, in der CDU-Fraktion wirklich zu zeigen, dass wir ernst machen. Mit diesem, keinen Zweifel daran zu lassen, dass wir ernst machen, sind wir auch zu durchaus ernsthaften Diskussionen schon mit einer ganzen Reihe von Interessenvertretern in diesem Land, von Vereinen, Verbänden, Institutionen gekommen, die inzwischen, wenn wir ihnen die Fakten auf den Tisch legen, eines tun, was sehr vernünftig ist, nämlich mit zu überlegen und mit die Frage zu stellen, brauchen wir das wirklich auch in Zukunft, was uns in den vergangenen Jahren lieb und wichtig war, was auch viel aufgebaut hat. Aber die Fragestellung hat sich eben verändert. Wenn wir zu einer Entscheidung kommen, wir brauchen es, aber die Frage ist zu stellen, wie können wir es anders, besser und günstiger organisieren, so dass wir nicht mehr so viele Mittel dafür brauchen und trotzdem effizient sind. Mitten in diesen Gesprächen sind wir. Gegen einen Vorwurf verwehre ich mich schon, der heute von diesem Pult auch im Blick auf meine Kolleginnen und Kollegen geäußert wurde. Es ist nicht so, dass wir hier im Landtag, an diesem Pult oder auch in der Fraktion, wo auch immer, etwas anderes sagen als in unseren Wahlkreisen.

(Beifall bei der CDU)

Wir legen schon Wert darauf. Zum Glück haben die Bürgerinnen und Bürger dafür auch ein sehr gutes Gespür und wollen vor allem eines nicht, dass sie getäuscht werden, sondern dass wir die Wahrheit sagen, hier und in den Wahlkreisen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Lieber wäre es uns vor der Wahl gewesen.)

Bei 31 Mandatsträgern in kommunalen Parlamenten müssen wir dazu stehen. Ich erlebe es ja auch wirklich täglich, wenn man darüber redet, warum wir das tun, nämlich im Blick auf das Morgen, ohne das Heute aus dem Blick zu verlieren. Für das Heute nehmen wir immerhin auch noch einmal fast 1 Mrd. € Nettoneuverschuldung auf. Daran denken wir auch, damit wir eine Mindestaustattung, die wir brauchen, haben. Aber wir denken eben auch an das Morgen. Das unterscheidet uns von den Oppositionsfraktionen, wo man sagen muss, hier soll Status quo kon-

serviert werden. Wobei mir das Wort konservativ selber ja lieb und wichtig ist, geschätzt ist, dass man fast sagen muss, sklerotisch. Sklerotisch an Hergebrachtem zu hängen, schlichtweg die Anträge zu stellen, wo sie ja große Visionen haben. Masterplan, viele Pläne, die Sie uns hier immer wieder vortragen, aber wenn man dann die Anträge einzeln anschaut, bleibt davon nicht viel mehr übrig als Konservierung des Status quo. Das kann nicht unsere Politik sein. Hier sage ich noch einmal ganz deutlich: Wir stehen am Beginn mit diesem Reformhaushalt 2005, am Beginn eines Überganges hin mit einem Paradigmawechsel für die Zukunft des Landes. Wir haben die Legislatur jetzt 2005 bis 2009. Wir werden aufbauen, sehr richtig, mit dem Doppelhaushalt 2006/2007. Die Behördenstrukturreform wird kommen als ein nächster Schritt. Die weiteren Schritte werden folgen, weil es uns eben um diese Zukunft geht. Wir werden diese Zukunft auch in Geschlossenheit gestalten bei allen Unterschieden, die es auch in Wichtigkeiten, die es auch in verschiedenen Meinungen in meiner Fraktion gibt. Entsprechend der Fachbereiche, aus denen die einzelnen Abgeordneten kommen, im Blick auch auf die Hintergründe, die sie aus ihren Wahlkreisen mitnehmen. Wir wissen, wir können dies nur in einer Geschlossenheit tun und das wird auch deutlich werden. Das wird deutlich werden hier bei dieser Abstimmung. Deswegen kann ich nur um Zustimmung bitten für diesen Haushalt 2005, Zustimmung für einen ersten Baustein, dem weitere Bausteine folgen werden. Das sage ich ganz ausdrücklich, da sind wir nicht auseinander, aber wir sind auseinander in der Einschätzung von dem, was wir politisch damit verbinden. Ich bitte um diese Zustimmung und danke ansonsten für die Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Matschie zu Wort gemeldet.

#### **Abgeordneter Matschie, SPD:**

Frau Präsidentin, wertere Kolleginnen und Kollegen, Thüringen ist zugegebenermaßen in einer äußerst schwierigen finanzpolitischen Situation. Ich will das überhaupt nicht bestreiten. Die Lage ist dramatisch. Ich will auch gar nicht noch einmal ausführlich erörtern, warum die Lage so dramatisch ist. Aber Sie, Herr Althaus, und Sie, wertere Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wissen sehr wohl, welchen eigenen Anteil Sie an dieser Dramatik haben durch 15 Jahre Regierungsverantwortung in Thüringen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe, als ich in den letzten Wochen und Monaten unterwegs war bei Kommunalpolitikern, in den Städten, in den Dörfern, in den Landkreisen, auch in den Vereinen viele Menschen gefunden, die mir gesagt haben, wir sind bereit Anstrengungen zu unternehmen in einer schwierigen finanzpolitischen Situation. Wir sind bereit, unseren eigenen Anteil zu leisten, auch Einsparungen durchzusetzen, mehr Effizienz herzustellen. Selbst die Gewerkschaft hat Ihnen angeboten, wir sind bereit, mit dafür zu sorgen, die finanzpolitische Situation zu entspannen. Wir sind bereit, einen Tarifvertrag abzuschließen, bei dem wir Arbeitszeit absenken und gleichzeitig auf Einkommen verzichten. Also meine Erfahrung ist: An allen Stellen, an denen ich gewesen bin, gibt es Bereitschaft, notwendige Veränderungen in Angriff zu nehmen, dafür zu sorgen, dass Thüringen finanzpolitisch stabilisiert werden kann. Aber - und das ist das seltsame in dieser Situation - Sie haben es, Herr Althaus, nicht geschafft, diese Bereitschaft zu mobilisieren. Sie haben es nicht geschafft, all diese positiven Ansätze, die es gibt, aufzugreifen, sondern Sie haben den Leuten etwas vorgesetzt und gesagt, friss oder stirb. So wird das empfunden in den Gemeinden, in den Vereinen, in den Verbänden.

(Beifall bei der SPD)

Das reicht bis weit in Ihre eigenen Reihen hinein. Sie haben Konfrontation statt Kommunikation gewählt. Wie anders kommt es denn, dass Ihr stellvertretender Landesvorsitzender Herr Ruge Sie angreift in dem, was Sie hier vorgeschlagen haben im Thüringer Landtag? Wie kommt es denn, dass Ihr zweiter Stellvertreter, der Sie verteidigen müsste in einer solchen Situation, schweigt zu diesen Vorgängen? Wie kommt es denn, dass selbst in Ihrer eigenen Fraktion der Unmut groß ist über die Vorschläge, die Sie hier dem Thüringer Landtag unterbreitet haben. An den Anträgen von Kollegen Köckert ist das ja auch deutlich geworden. Sie haben es nicht geschafft, die breite Bereitschaft in Thüringen zu nutzen für notwendige Veränderungen. Da will ich Sie auch einmal fragen, wie wollen Sie denn eigentlich, wenn Sie nicht einmal in den eigenen Reihen die Leute überzeugen können, gesellschaftliche Mehrheiten finden für die Reformen, die dieses Land braucht? Wie wollen Sie denn die gesellschaftliche Unterstützung und die Mehrheiten finden, die Sie für wirkliche Reformen in diesem Land brauchen?

Herr Mohring hat vorhin in seiner Rede gesagt, wir müssen jetzt den Gürtel enger schnallen. Aber bei den Kommunen ist doch ganz eindeutig der Eindruck da, dass Sie nur am Gürtel der anderen herumfummeln und deshalb ist die Bereitschaft gering, da mitzuziehen. Nein, Sie haben es nicht geschafft zu überzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Die Folge Ihrer Haushaltsbeschlüsse wird ein deutlicher Verlust an Lebensqualität in Thüringer Städten und Gemeinden sein. Ein Verlust an Lebensqualität, weil Sie mit Ihrer Vollbremsung, die Sie finanzpolitisch jetzt machen, übersehen haben, dass es Anpassungsprozesse braucht, um sich auf veränderte finanzpolitische Rahmenbedingungen einzustellen. Dass man nicht von heute auf morgen bestimmte Anpassungsprozesse machen kann, sondern dass, mit dem, was Sie den Städten und Gemeinden zumuten, Strukturen wegbrechen, die über Jahre aufgebaut worden sind mit viel Engagement vor Ort. All das ist Ihnen offensichtlich nichts wert. Ich glaube, dass es möglich wäre, die Bereitschaft vieler für intelligente Sparlösungen zu mobilisieren. Denn wer wirklich Einsparungen durchsetzen will, der braucht die Bereitschaft jedes einzelnen Bürgermeisters, jedes einzelnen Gemeinde- oder Stadtparlaments, an dieser Aufgabe mitzuwirken. Die muss man für diese Aufgabe begeistern, die muss man gewinnen und sich nicht zum Gegner machen.

Ein zweiter Punkt, den ich hier zum Schluss noch mal ansprechen möchte: Ich bin überzeugt, dass wir mittel- und langfristig gesehen aus der schwierigen finanzpolitischen Situation nur dann rauskommen, wenn in diesem Land Strukturänderungen angepackt und durchgesetzt werden. Ich sage es Ihnen noch einmal, Herr Althaus: Ich bin nach wie vor überzeugt, wir brauchen in Thüringen eine Verwaltungs- und Gebietsreform. Selbst in Ihren eigenen Reihen wird der Ruf immer lauter nach einer Verwaltungs- und Gebietsreform. Sträuben Sie sich nicht länger solchen Überlegungen.

(Beifall bei der SPD)

Anders ist das Land finanzpolitisch nicht wieder auf einen geraden Kurs zu bringen. Wir werden mit einem Antrag zur Einrichtung einer Enquetekommission versuchen, diese Überlegungen hier in Thüringen voranzutreiben. Wir wollen mit einer solchen Enquetekommission Vorschläge diskutieren, wie eine Verwaltungsreform und Gebietsreform hier in Thüringen sinnvollerweise aussehen kann. Es gibt viele, die das inzwischen fordern. Verschließen Sie sich dieser sinnvollen Entwicklung nicht, sorgen Sie als Regierungschef mit dafür, dass diese Entwicklung auf den Weg kommt, dass wir finanzpolitisch wieder Freiräume bekommen, die das Land in Zukunft braucht.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss lassen Sie mich noch ein paar Sätze zum aktuellen Haushalt sagen: In der gegenwärtigen Situation bei dem vorgelegten Haushalt kann es für uns als Opposition nur darum gehen, die größte Not

noch zu lindern. Deshalb haben wir eine Reihe von Anträgen eingereicht, die darauf abzielen, wenigstens etwas die Situation der Städte und Gemeinden noch zu entspannen, wenigstens etwas mehr Mittel für den Bildungsbereich zu mobilisieren, mit dafür zu sorgen, dass Jugendarbeit auch in Zukunft in entsprechendem Umfang stattfinden kann, dass in Kindergärten investiert wird, dass das Schulesen erhalten bleiben kann. Denn ich bin überzeugt, dass wir solche Strukturen nicht einfach jetzt kaputtmachen können, weil sich das Land aus der Verantwortung zurückzieht.

(Beifall bei der SPD)

Das sind Notoperationen an einem insgesamt missglückten Haushalt. Es geht heute auch nicht um die Frage, ob ein Haushalt verabschiedet wird oder nicht. Da sollte man auch keine falsche Dramatik hereinbringen. Es geht bei den Anträgen heute darum, wie der Haushalt aussieht, der am Ende verabschiedet wird. Es geht um die Frage, ob Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, bereit sind, den Kommunen etwas mehr Handlungsspielräume zu lassen als das nach dem bisherigen Haushaltsentwurf der Fall ist. Deshalb möchte ich Sie einladen - es liegen eine Reihe von Einzelanträgen dazu vor -, hier Ihre Verantwortung für die kommunale Handlungsfähigkeit wahrzunehmen und solche Anträge mit zu unterstützen. Denn das ist die letzte Chance, die wir heute Abend haben, um den Kommunen Handlungsfähigkeit in diesem Jahr zu sichern. Versäumen Sie diese Chance nicht. Auch ein Abgeordneter aus Ihren Reihen hat dazu Anträge vorgelegt. Ich kann Sie nur bitten, stimmen Sie solchen Anträgen zu. Helfen Sie mit, dass unsere Kommunen handlungsfähig bleiben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Mir liegen seitens der Abgeordneten keine weiteren Redeanmeldungen vor. Herr Ministerpräsident, bitte schön.

**Althaus, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf die Uhr blickend, will ich, damit wir auch noch die Abstimmung in Gang setzen können, mich sehr kurz fassen. Ich bedanke mich für diese intensive Debatte am heutigen Tag, die eines deutlich gemacht hat, und das bis in die letzten Redebeiträge hinein, wir haben eine andere Perspektive von diesem Land. Wir haben eine andere Programmatik für dieses Land und dieser Haushalt in seinem Entwurf entspricht genau dem, was wir mit diesem Land in den nächsten Jahren weiter voranbringen

wollen. Wenn Sie das anders sehen, können Sie das so wie heute hier offen darstellen, aber wir werden bei unserer Linie bleiben. Dafür haben wir auch die Verantwortung am 13. Juni im letzten Jahr bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Manchmal habe ich aber so gedacht bei den Reden, die besonders heute früh gehalten worden sind, wie doch die Welt so schnell sich wandelt, wenn sich Mehrheiten wandeln. Die Rede von Herrn Kollegen Pidde im schleswig-holsteinischen Landtag gehalten, und die Reaktion darauf hätte ich mir bildlich gerne vorgestellt. Mit wie viel Pathos er hier über Verschuldung und über Fehlentwicklung gesprochen und den Eindruck vermittelt hat, das wäre alles auf Thüringer Boden und durch Thüringer Politik verantwortlich gewachsen. Nach Ihrer Rede kann ich nur sagen: Es ist richtig, was Sie sagen, und die Erde ist eine Scheibe.

(Beifall bei der CDU)

Hier in diesem Landtag sich hinzustellen und den Eindruck zu vermitteln, sehr geehrter Herr Matschie, man könnte durch eine Verwaltungs- und Gebietsreform oder, wie es von der anderen Seite kam, durch einige Veränderungen in unserem Haushalt die Finanzprobleme Thüringens lösen, ist doch vollkommen ohne jede Begründung. Was unsere Finanzprobleme in Thüringen und Deutschland in den nächsten Jahren lösen hilft, ist nur Wachstum und Beschäftigung, und dazu können Sie sehr viel in Berlin beitragen.

(Beifall bei der CDU)

Von der PDS trennt uns die Vorstellung für die Gestaltung in Thüringen und in Deutschland. Aber dass Sie im Angesicht der Verhältnisse in den anderen Ländern in Deutschland einen solchen Unsinn von sich geben, das muss uns doch bedenklich stimmen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Was meinen Sie da?)

Im letzten Jahr haben acht Länder der Bundesrepublik Deutschland einen verfassungswidrigen Haushalt verabschiedet und am Ende des Jahres auch abgerechnet. Eine ganz breite Mischung von der Hansestadt Hamburg über Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bremen, Berlin bis Sachsen-Anhalt. Sich hierher zu stellen und den Eindruck zu vermitteln, wir hätten nur ein besonderes Thüringer Problem, für das die Union die Verantwortung trägt, das ist doch bar jeder Realität. Kommen Sie bitte in der Realität an! Deutschland hat ein Problem und

das heißt Rotgrün und diese haben in Berlin eine Verantwortung wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Und die Erde ist eine Scheibe, Herr Althaus.)

(Heiterkeit bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Matschie, weil Sie so ein großer Politiker sind mit Visionen für dieses Land, dann will ich Ihnen sagen, was in Deutschland zu tun ist. Es ist anders, als Herr Pidde heute zitiert hat. Wenn er mich zitiert, muss er mich richtig zitieren. In dieser "Leipziger Volkszeitung" steht auf die Frage: "Gibt es bis zur Wahl noch eine Chance für übergreifende Reformen?" "Ohne zusätzliches Wachstum wird es keine neuen Jobs geben. Deshalb brauchen wir eine Steuerreform genauso wie eine umfassende Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreform." Das war meine Aussage in der "Leipziger Volkszeitung". Der Kollege Beck aus Rheinland-Pfalz hat in der gleichen Zeitung am gleichen Tag auf die Frage "Fehlt ein rasches Signal bei der Unternehmenssteuerreform?" geantwortet: "Nein, die Steuern, die von den Bürgern, aber auch von den Unternehmen real gezahlt werden, waren noch nie so niedrig wie heute. Wir haben kein Steuerproblem in Deutschland." Heute können Sie online eine wunderbare Diskussion nachlesen. Clement wirft Eichel falsche Steuerpolitik vor. Dort steht "Financial Times": Wolfgang Clement wirft seinem Kollegen Hans Eichel vor, jetzt wörtlich: "Unser Fehler zurzeit ist, wir machen eine fiskalische Steuerpolitik, keine wirtschaftspolitische."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Herr Clement das so deutlich sagt, dann gebe ich ihm ungern oft Recht. Aber er hat Recht, Deutschlands Problem ist ein Steuerrechtsproblem für Wachstum und Beschäftigung.

(Beifall bei der CDU)

Mir ist vollkommen klar, warum Sie dieses Thema nicht thematisieren, weil Sie ein Wahlkampfthema haben wollen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:  
Und wann kommen Sie zum heutigen Thema?)

Und das kommt kurze Zeit später in genau dem gleichen Artikel auch noch ganz deutlich zum Ausdruck. Das Finanzministerium nannte die Äußerung Clements schädlich. Die Zeitung zitiert wörtlich: "Was Clement tut, ist genau das Gegenteil dessen, was wir mit Blick auf das Vertrauen von Bürgern und Firmen brauchen." Und jetzt kommt es: "Zudem habe der Mi-

nister die SPD-Wahlkampfstrategie durchkreuzt, die Union 2006 mit einem umfassenden Steuerkonzept anzugreifen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen nicht Wahlkampf machen, sondern wir müssen endlich erkennen, dass Deutschland in einer miserablen Finanz- und Arbeitsmarktsituation ist. Und wenn wir nicht endlich umschalten in Deutschland, dann werden wir noch mehr Wohlstandseinbuße und Arbeitsmarktprobleme organisieren.

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt kommen wir zu Thüringen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir sind, und das wissen Sie ganz genau, in keiner anderen Situation als alle Nachbarn in Deutschland. Sie können ja versuchen, den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land einzureden, es wäre überall ganz anders. Aber glauben Sie mir, nicht nur Sie sind an der Basis und reden mit den Bürgerinnen und Bürgern und in den Vereinen und mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Erstens ist die Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in unserer Partei zu Hause und wir sind die Kommunalpartei und wir werden es auch bleiben in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD:  
Das stimmt nicht.)

Zweitens glauben Sie mir, die Bürgerinnen und Bürger wissen sehr genau, dass wir in Thüringen zu über 50 Prozent von Finanztransfers abhängen und dass unsere Steuerkraft noch nicht einmal 45 Prozent ist. Und das ist kein anderer Zustand als in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg und in Sachsen. Deswegen erzählen Sie hier nicht so einen Unsinn. Wir haben insgesamt ein Einnahmeproblem in Deutschland und dieses Einnahmeproblem hängt an unserer falschen Politik für Wachstum und Beschäftigung, die Rotgrün in den letzten Jahren geprägt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen haben wir es uns nicht einfach gemacht. Auch wenn Sie zehnmal Programme zitieren, erstens bitte ich Sie darum, sie dann intensiv und umfassend zu lesen, und Sie werden sehen, dass diese Zitate, die Sie dort bringen, nicht vollständig sind.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:  
Ach, das muss nicht sein.)

Zweitens können Sie davon ausgehen, wir sind in diesem Land in der Verantwortung, weil wir die Verantwortung auch umfassend nutzen und vor schwierigen Entscheidungen nicht zurückschrecken. Genau deshalb werden wir am Beginn dieser Legislaturperiode mit dem Reformhaushalt, der vorliegt, mit der Behördenstrukturreform, die in den nächsten Wochen diskutiert und dann umgesetzt wird, und auch mit dem Doppelhaushalt 2006 und 2007 und mit all den Entscheidungen, die wir mit diesen Haushalten gesetzlich umsetzen, die Weichen für eine bessere Zukunft in Thüringen stellen. Da können Sie toben und rufen und andere Konzepte in den Mittelpunkt rücken, wie Sie wollen. Wir werden unsere Verantwortung für dieses Land nutzen, dafür sind wir gewählt und wir werden das auch mit aller Kraft und mit großer Geschlossenheit tun. Davon können Sie ausgehen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Dafür werden Sie dann auch abgewählt.)

Sehr geehrter Herr Matschie und liebe Freunde der Opposition,

(Unruhe bei der SPD)

dass Manfred Ruge als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt sich bis zur letzten Minute dafür einsetzt, mehr Geld zur Verfügung zu haben, um Zwingendes zu tun, ist nicht nur verständlich, sondern logisch. Das Gleiche tun die Landräte und die Bürgermeister in ganz Thüringen. Da ich in den letzten Wochen sehr viel gerade mit Bürgermeistern geredet habe, werde ich hier auch ganz deutlich sagen: Ich habe größtes Verständnis für die Debatte, aber ich habe auch überall gesagt, wenn wir nicht zu den deutlichen Einsparungen kommen, dann werden wir in den nächsten Jahren die Gestaltungsräume noch weniger haben, weil wir einen Schuldenberg aufgehäuft haben, der jetzt schon weit über 600 Mio. € Zinszahlung pro Jahr ausmacht. Und wir wollen raus aus dieser Entwicklung und deshalb muss jeder ein Stück mittragen an dem gemeinsamen Einsparen im Freistaat Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Dann ein Wort zu Ihrer großen Geste zum Konsens und zum Mitnehmen der Bürgerinnen und Bürger. So langsam glaube ich, dass wir in Deutschland insgesamt, und das gilt für Sie im Besonderen, in eine Konsensfalle laufen. Wir können uns auch durch all zu viel Konsensdiskussion um die Zukunft bringen. Was Deutschland braucht - und im Übrigen auch Thüringen, deshalb werden wir das auch mit aller Kraft tun - ist auch Verantwortungsübernahme. Wir

sind nämlich in einer repräsentativen Demokratie und das heißt, wir müssen auch das, was wir für richtig halten, umsetzen. Die Überzeugung in diesem Land wird sich sehr schnell einstellen, wenn deutlich wird, dass das, was wir tun, zur Zukunftsfähigkeit Thüringens besser beiträgt als Ihre theoretischen Konzepte. Deshalb werden wir unsere Verantwortung wahrnehmen und wir stehen auch zu dieser Verantwortung, denn wir haben die Wahlkreise in diesem Freistaat in übergroßer Zahl errungen

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD:  
Mit falschen Versprechungen.)

und unsere Abgeordneten müssen Tag für Tag im Wahlkreis vertreten und vermitteln, was wir hier tun. Und sie tun das mit aller Leidenschaft, mit aller Offenheit, aber nicht mit der Doppelzüngigkeit, mit der Sie herangehen, indem Sie in Berlin das Falsche tun und hier den Menschen etwas ganz anderes einreden. Das tun Sie eben nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie an dieser Stelle einfach erkennen würden, dass wir auch nicht historisch eindimensional denken. Es gibt keinen von unserer Fraktion und ich werde das auch nicht tun, die nicht Fehler in der Vergangenheit eingestehen, eine ganze Reihe ordnungspolitischer Fehler in der Bundesrepublik Deutschland oder auch Fehler in bestimmten Phasen der Bundesrepublik Deutschland, die mit dazu beigetragen haben, dass unser Sozialstaat nicht mehr finanzierbar ist und dass unser Wohlstand derzeit auf tönernen Füßen steht. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, daraus ziehe ich nicht den Schluss, dass wir auf gleicher populärer Ebene weiter handeln, sondern daraus ziehe ich den Schluss, dass wir den Menschen deutlich machen, dass, wenn wir für die Kinder, für die Jugend in unserem Lande eine Zukunft haben wollen, wenn wir Wohlstand in einer zeitgemäßen Form weiterentwickeln wollen und wenn wir den Sozialstaat in einer zeitgemäßen Form weiterentwickeln wollen, dass wir dann dringend zu umfassenden Korrekturen in Deutschland kommen müssen und dass das auch heißt, dass diese Korrekturen auch in Thüringen vorzunehmen sind.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Die Frage ist doch, wo man Korrekturen vornimmt.)

Deshalb werden wir auch mit dem Doppelhaushalt keinen leichteren Weg einschlagen, sondern wir werden den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Wir werden ihn deshalb fortsetzen, weil unsere Wachstumsquellen in Thüringen, die wir beeinflussen können, Mittelstand, Forschung, Technologie, Bildung und

auch Familie, für uns entscheidend sind. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleiben das auch die Wegweiser. Das sind die Wegweiser gewesen, mit denen wir im Wahlkampf den Wählerinnen und Wählern gesagt haben, was wir nach der Wahl tun, und wir tun das, was wir vor der Wahl angekündigt haben.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD:  
Genau das haben Sie nicht.)

Dafür haben wir das Vertrauen bekommen. Ich bin meiner Fraktion dankbar, dass sie in großer Ernsthaftigkeit nach heftigen Debatten Änderungsvorschläge vorgelegt hat, die insgesamt diesen Weg unterstützten, die aber im Blick auf die Kommunen und auch manch andere Bereiche eine weitere Entlastung bringen. Ich hoffe sehr, dass diese Geschlossenheit auch bei der Abstimmung durchträgt und dass wir dann in der Umsetzung des Haushalts Ihnen durch die Praxis widersprechen und deutlich machen können, dass dieser Reformhaushalt eine Weichenstellung für eine gute Zukunft in Thüringen darstellt. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Es liegen in der Debatte keine weiteren Redeanmeldungen vor. Damit kann diese geschlossen werden, und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich lese noch schnell die Abstimmungsgrundlage vor und dann nehmen wir den Wechsel im Präsidium vor. Wir stimmen darüber ab:

1. a) Thüringer Haushaltsstrukturgesetz in Drucksachennummer 4/420

b) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen in der Drucksache Nummer 4/485

c) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes in der Drucksache Nummer 4/486

Dazu die Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses

a) zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz in der Drucksache Nummer 4/584

b) zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen in der Drucksache Nummer 4/585 und

c) zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes

in der Drucksache Nummer 4/586.

An Änderungsanträgen liegen vor die der Fraktionen der PDS und SPD in den Drucksachennummern 4/600/601/602, die der Fraktion der PDS in den Drucksachennummern 4/603 bis 4/649, die der Fraktion der CDU in der Drucksachennummer 4/650, die der Fraktion der SPD in den Drucksachennummern 4/653 bis 4/662 und die des Abgeordneten Köckert (CDU) in den Drucksachennummern 4/673 bis 4/676.

Dazu gibt es die Entschließungsanträge der Fraktion der CDU in der Drucksachennummer 4/651, der Fraktion der SPD in Drucksachennummer 4/663 und der Fraktion der PDS in den Drucksachennummern 4/664 bis 4/669.

#### **Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir werden zuerst über die jeweiligen Änderungsanträge zunächst zum Landeshaushaltsplan 2005, danach zum Gesetzentwurf, dann über die Beschlussempfehlungen im Ganzen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge, dann über den Gesetzentwurf, auch gegebenenfalls unter Berücksichtigung der angenommenen oder geänderten Beschlussempfehlungen abstimmen und danach folgt die Schlussabstimmung. Gemäß unserer Geschäftsordnung § 65 Abs. 2 und § 67 Abs. 2 wird über die Entschließungsanträge nach der bisherigen Praxis nach der Schlussabstimmung in der zweiten Beratung abgestimmt.

Damit kommen wir zur Abstimmung zum Thüringer Haushaltsstrukturgesetz. Wir stimmen als Erstes ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/647, die Ihnen vorliegt. Wer ist für diesen Änderungsantrag? Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen als Nächstes zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Ihnen in Drucksache 4/662 vorliegt. Wer ist für diesen Änderungsantrag? Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur dritten Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/646. Bitte, Herr Abgeordneter Buse.

#### **Abgeordneter Buse, PDS:**

Frau Präsidentin, namens der PDS-Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Dann nehmen wir die namentliche Abstimmung vor. Ich bitte die Beisitzer, die Stimmkarten einzusammeln.

Damit ist der Wahlvorgang abgeschlossen. Wir zählen aus.

Es wurden 88 Stimmen abgegeben, davon sind 43 Jastimmen, 45 Neinstimmen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Antrag, die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/645. Wer stimmt für diesen Antrag? Wer stimmt gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/659. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/6... Herr Buse?

**Abgeordneter Buse, PDS:**

Frau Präsidentin, namens der Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Für Drucksache 4/644?

**Abgeordneter Buse, PDS:**

Ja.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Dann bitte ich wieder die Stimmzettel einzusammeln.

Damit ist die Wahl abgeschlossen, ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, es wurden 88 Stimmen abgegeben, davon waren 43 Jastimmen, 45 Neinstimmen, damit ist dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2).

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/643 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/642. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der PDS, der uns in Drucksache 4/641 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/639 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/640 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/638. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/660 ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/637 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der in Drucksache 4/636 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/635 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/634.

Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/658. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt bei keiner Stimmenthaltung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/658. Wer ist für diesen Antrag? Den hatten wir eben.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/633. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/632. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag des Abgeordneten Köckert, CDU, in Drucksache 4/675. Bitte, Herr Buse?

**Abgeordneter Buse, PDS:**

Frau Präsidentin, im Namen der Fraktion der PDS beantrage ich für diesen genannten Antrag 4/675 namentliche Abstimmung.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Damit würde ich bitten, dass Sie die Stimmzettel einzusammeln.

Ich schließe die Wahlhandlung ab und bitte um Auszählung.

Es wurden 88 Stimmen abgegeben, davon sind 44 Jastimmen, 44 Neinstimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 3).

Wir brauchen deshalb über die Drucksache 4/602, den Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD, und über die Drucksache 4/600, ebenfalls Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD nicht mehr abzustimmen, wenn der andere Antrag abgelehnt ist.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und der SPD in Drucksache 4/601. Herr Höhn.

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Frau Präsidentin, für die Drucksache 4/601 beantrage ich namentliche Abstimmung.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Gut. Ich bitte dann, die Stimmzettel einzusammeln.

Ich schließe die Wahlhandlung ab und bitte um Auszählung.

Es wurden 88 Stimmen abgegeben. Davon sind 43 Jastimmen, 45 Neinstimmen. Der Antrag in Drucksache 4/601 wurde abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 4).

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/661. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag des Abgeordneten Köckert in Drucksache 4/674. Herr Buse, bitte.

**Abgeordneter Buse, PDS:**

Namens der Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Gut, ich bitte, die Stimmzettel dann einzusammeln.

Ich schließe hiermit die Wahlhandlung ab und bitte um Auszählung.

Es wurden 88 Stimmen abgegeben, 44 Jastimmen, 44 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 5).

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der in Drucksache 4/631 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/630 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei Stimmenthaltung der SPD ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/629 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehr-

heit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/628 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/627 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/626 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/625. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag des Abgeordneten Köckert, der Ihnen in Drucksache 4/673 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei 44 zu 44 ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/624 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS ab, der Ihnen in Drucksache 4/623 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS ab, der Ihnen in Drucksache 4/622 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS ab, der Ihnen in Drucksache 4/621 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS ab, der Ihnen in Drucksache 4/620 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS ab, der Ihnen in Drucksache 4/619 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag des Abgeordneten Köckert ab, der Ihnen in Drucksache 4/676 vorliegt. Wer ist für diesen Änderungsantrag? Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Damit haben wir 44 Jastimmen und 44 ... Ach so. Enthaltungen? Es gibt keine Enthaltungen. Mit 44 Jastimmen und 44 Neinstimmen ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/618 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS ab, der Ihnen in Drucksache 4/617 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/616 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag der PDS abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/615 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/614 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/613. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/612 ab. Wer ist für die-

sen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/611. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/650 ab, die Neufassung der Nummer 3. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei Stimmenthaltungen der PDS ist dieser Antrag angenommen.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/610 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/650 ab, Neufassung der Nummer 1. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei Stimmenthaltungen der PDS ist dieser Antrag der CDU angenommen.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/609 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/608 ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/657. Wer ist für diesen Änderungsantrag? Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei Stimmenthaltungen der PDS ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der in Drucksache 4/607 vorliegt, ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Damit hat sich die Abstimmung zur Drucksache 4/656 erledigt.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung, eine Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der

PDS, der Ihnen in Drucksache 4/606 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit hat sich die Abstimmung über den Änderungsantrag, der uns in Drucksache 4/655 vorliegt, erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/605 vorliegt. Bitte, Herr Buse.

#### **Abgeordneter Buse, PDS:**

Namens der Fraktion, Frau Präsidentin, bitte ich um namentliche Abstimmung.

#### **Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Ich bitte um das Einsammeln der Stimmzettel.

Ich schließe den Wahlgang ab und bitte um Auszählung.

Es wurden 88 Stimmen abgegeben, davon 43 Ja-Stimmen und 45 Nein-Stimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 6).

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der in Drucksache 4/604 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der in Drucksache 4/603 vorliegt. Wer stimmt für den Änderungsantrag? Wer stimmt gegen den Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Damit hat sich die Abstimmung zu der nächsten Drucksache 4/654 erledigt.

Wir stimmen im Folgenden über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der in Drucksache 4/649 vorliegt, ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/653. Wer ist für diesen Änderungsantrag? Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen. Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/648 ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag der Fraktion der PDS? Wer ist gegen diesen Änderungsantrag der Fraktion der PDS? Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Ihnen in Drucksache 4/650 vorliegt, in der Neufassung Nummer 2. Wer stimmt für diesen Antrag? Wer stimmt gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Ich frage die Fraktionen, die Abgeordneten, sind alle Anträge behandelt? Das ist offensichtlich der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung, die Ihnen in Drucksache 4/584 vorliegt, unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Gesetzentwurf, der - Herr Höhn, bitte.

#### **Abgeordneter Höhn, SPD:**

Zu dieser Abstimmung beantrage ich namentliche Abstimmung.

#### **Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Namentliche Abstimmung in zweiter Beratung über den Gesetzentwurf, der Ihnen in Drucksache 4/420 vorliegt, unter Berücksichtigung der angenommenen geänderten Beschlussempfehlung. Ich bitte jetzt die Stimmzettel einzusammeln.

Ich schließe die Wahlhandlung und bitte um Auszählung.

Es wurden 88 Stimmen abgegeben, davon 45 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen. Es ist so, dass der Abgeordnete Dr. Hahnemann doppelt abgegeben worden ist, er wird aber nur einmal gezählt. Damit ist der Gesetzentwurf mit Mehrheit angenommen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 7).

(Heiterkeit im Hause)

(Glocke der Präsidentin)

Ich bitte um Ruhe, meine Damen und Herren Abgeordneten. Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf. Ich bitte die Abgeordneten, die

für den Gesetzentwurf stimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben. Ich bitte die Abgeordneten, die gegen den Gesetzentwurf stimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben. Danke. Wer enthält sich der Stimme, die bitte ich, sich ebenfalls von den Plätzen zu erheben. Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Wir stimmen als Erstes über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in der Drucksache 4/664 vorliegt, ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen den Entschließungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS ab, der Ihnen in Drucksache 4/665 vorliegt. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? Danke. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/666 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Frau Pelke, gut.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/667 vorliegt. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Das sind 3 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/668 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, es gab 2 Nein-Stimmen auf der anderen Seite, als ich noch abgezählt habe. Nein, haben Sie zurückgezogen. Gut.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in Drucksache 4/669 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Es ist keine Stimmenthaltung, damit ist dieser Antrag ab-

gelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Ihnen in Drucksache 4/651 vorliegt. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir stimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD ab, der Ihnen in Drucksache 4/663 vorliegt. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung, damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen letztendlich zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 für den Freistaat Thüringen, der Ihnen in Drucksache 4/585 vorliegt. Wer ist für diese Beschlussempfehlung zum Mittelfristigen Finanzplan? Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? 1 Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe Enthaltungen, 1 Gegenstimme ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir stimmen ab über die Beschlussempfehlung zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes, liegt Ihnen in Drucksache 4/586 vor. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? 2 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? Eine große Reihe von Enthaltungen, 2 Gegenstimmen, damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich bedanke mich für die große Disziplin bei der Abstimmung und, ich glaube, wir können uns jetzt guten Gewissens dem parlamentarischen Abend zuwenden. Der Beamtenbund hat recht lange auf uns warten müssen.

E n d e d e r S i t z u n g : 20.46 Uhr

**Anlage 1****Namentliche Abstimmung in der 12. Sitzung am  
24.02.2005 zum Tagesordnungspunkt 2****Thüringer Haushaltsstrukturgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/420 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 4/646 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	48. Lehmann, Annette (CDU)	nein
2. Bärwolff, Matthias (PDS)	ja	49. Lemke, Benno (PDS)	ja
3. Bausewein, Andreas (SPD)	ja	50. Leukefeld, Ina (PDS)	ja
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	51. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	52. Matschie, Christoph (SPD)	ja
6. Berninger, Sabine (PDS)	ja	53. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Blechschmidt, André (PDS)	ja	54. Naumann, Kersten (PDS)	ja
8. Buse, Werner (PDS)	ja	55. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
9. Carius, Christian (CDU)	nein	56. Ohl, Eckhard (SPD)	ja
10. Diezel, Birgit (CDU)	nein	57. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Doht, Sabine (SPD)	ja	58. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	59. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja	60. Pilger, Walter (SPD)	ja
14. Emde, Volker (CDU)	nein	61. Primas, Egon (CDU)	nein
15. Enders, Petra (PDS)	ja	62. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Reimann, Michael (PDS)	ja
17. Fuchs, Dr. Ruth (PDS)	ja	64. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
18. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Rose, Wieland (CDU)	nein
19. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	66. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (PDS)	ja
20. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
21. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Schröter, Fritz (CDU)	nein
22. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
23. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Schwagens, Gottfried (CDU)	nein
24. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	71. Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
25. Günther, Gerhard (CDU)	nein	72. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
26. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	73. Seela, Reyk (CDU)	nein
27. Hauboldt, Ralf (PDS)	ja	74. Skibbe, Diana (PDS)	ja
28. Hausold, Dieter (PDS)	ja	75. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
29. Hennig, Susanne (PDS)	ja	76. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Heym, Michael (CDU)	nein	77. Stauche, Carola (CDU)	nein
31. Höhn, Uwe (SPD)	ja	78. Tasch, Christina (CDU)	nein
32. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	79. Taubert, Heike (SPD)	ja
33. Huster, Mike (PDS)	ja	80. Thierbach, Tamara (PDS)	ja
34. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	81. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
35. Jung, Margit (PDS)	ja	82. Walsmann, Marion (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	83. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	84. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Köckert, Christian (CDU)	nein	85. Wolf, Katja (PDS)	ja
39. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	86. Worm, Henry (CDU)	nein
40. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein	87. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
41. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein		
43. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein		
44. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein		
45. Künast, Dagmar (SPD)	ja		
46. Kummer, Tilo (PDS)	ja		
47. Kuschel, Frank (PDS)	ja		

**Anlage 2****Namentliche Abstimmung in der 12. Sitzung am  
24.02.2005 zum Tagesordnungspunkt 2****Thüringer Haushaltsstrukturgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/420 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 4/644 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	48. Lehmann, Annette (CDU)	nein
2. Bärwolff, Matthias (PDS)	ja	49. Lemke, Benno (PDS)	ja
3. Bausewein, Andreas (SPD)	ja	50. Leukefeld, Ina (PDS)	ja
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	51. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	52. Matschie, Christoph (SPD)	ja
6. Berninger, Sabine (PDS)	ja	53. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Blechschmidt, André (PDS)	ja	54. Naumann, Kersten (PDS)	ja
8. Buse, Werner (PDS)	ja	55. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
9. Carius, Christian (CDU)	nein	56. Ohl, Eckhard (SPD)	ja
10. Diezel, Birgit (CDU)	nein	57. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Doht, Sabine (SPD)	ja	58. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	59. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja	60. Pilger, Walter (SPD)	ja
14. Emde, Volker (CDU)	nein	61. Primas, Egon (CDU)	nein
15. Enders, Petra (PDS)	ja	62. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Reimann, Michael (PDS)	ja
17. Fuchs, Dr. Ruth (PDS)	ja	64. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
18. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Rose, Wieland (CDU)	nein
19. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	66. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (PDS)	ja
20. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
21. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Schröter, Fritz (CDU)	nein
22. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
23. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Schugens, Gottfried (CDU)	nein
24. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	71. Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
25. Günther, Gerhard (CDU)	nein	72. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
26. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	73. Seela, Reyk (CDU)	nein
27. Hauboldt, Ralf (PDS)	ja	74. Skibbe, Diana (PDS)	ja
28. Hausold, Dieter (PDS)	ja	75. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
29. Hennig, Susanne (PDS)	ja	76. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Heym, Michael (CDU)	nein	77. Stauche, Carola (CDU)	nein
31. Höhn, Uwe (SPD)	ja	78. Tasch, Christina (CDU)	nein
32. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	79. Taubert, Heike (SPD)	ja
33. Huster, Mike (PDS)	ja	80. Thierbach, Tamara (PDS)	ja
34. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	81. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
35. Jung, Margit (PDS)	ja	82. Walsmann, Marion (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	83. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	84. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Köckert, Christian (CDU)	nein	85. Wolf, Katja (PDS)	ja
39. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	86. Worm, Henry (CDU)	nein
40. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein	87. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
41. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein		
43. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein		
44. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein		
45. Künast, Dagmar (SPD)	ja		
46. Kummer, Tilo (PDS)	ja		
47. Kuschel, Frank (PDS)	ja		

**Anlage 3****Namentliche Abstimmung in der 12. Sitzung am  
24.02.2005 zum Tagesordnungspunkt 2****Thüringer Haushaltsstrukturgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/420 -

hier: Änderungsantrag des Abgeordneten Köckert (CDU)

- Drucksache 4/675 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	47. Kuschel, Frank (PDS)	ja
2. Bärwolff, Matthias (PDS)	ja	48. Lehmann, Annette (CDU)	nein
3. Bausewein, Andreas (SPD)	ja	49. Lemke, Benno (PDS)	ja
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	50. Leukefeld, Ina (PDS)	ja
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	51. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
6. Berninger, Sabine (PDS)	ja	52. Matschie, Christoph (SPD)	ja
7. Blechschmidt, André (PDS)	ja	53. Mohring, Mike (CDU)	nein
8. Buse, Werner (PDS)	ja	54. Naumann, Kersten (PDS)	ja
9. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
10. Diezel, Birgit (CDU)	nein	56. Ohl, Eckhard (SPD)	ja
11. Doht, Sabine (SPD)	ja	57. Panse, Michael (CDU)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	58. Pelke, Birgit (SPD)	ja
13. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja	59. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
14. Emde, Volker (CDU)	nein	60. Pilger, Walter (SPD)	ja
15. Enders, Petra (PDS)	ja	61. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	62. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
17. Fuchs, Dr. Ruth (PDS)	ja	63. Reimann, Michael (PDS)	ja
18. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	64. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
19. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	65. Rose, Wieland (CDU)	nein
20. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	66. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (PDS)	ja
21. Grob, Manfred (CDU)	nein	67. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
22. Groß, Evelin (CDU)	nein	68. Schröter, Fritz (CDU)	nein
23. Grüner, Günter (CDU)	nein	69. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
24. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	70. Schugens, Gottfried (CDU)	nein
25. Günther, Gerhard (CDU)	nein	71. Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
26. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	72. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
27. Hauboldt, Ralf (PDS)	ja	73. Seela, Reyk (CDU)	nein
28. Hausold, Dieter (PDS)	ja	74. Skibbe, Diana (PDS)	ja
29. Hennig, Susanne (PDS)	ja	75. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
30. Heym, Michael (CDU)	nein	76. Stauch, Harald (CDU)	nein
31. Höhn, Uwe (SPD)	ja	77. Stauche, Carola (CDU)	nein
32. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	78. Tasch, Christina (CDU)	nein
33. Huster, Mike (PDS)	ja	79. Taubert, Heike (SPD)	ja
34. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	80. Thierbach, Tamara (PDS)	ja
35. Jung, Margit (PDS)	ja	81. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	82. Walsmann, Marion (CDU)	nein
37. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	83. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
38. Köckert, Christian (CDU)	ja	84. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
39. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	85. Wolf, Katja (PDS)	ja
40. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein	86. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein	87. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein
43. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein		
44. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein		
45. Künast, Dagmar (SPD)	ja		
46. Kummer, Tilo (PDS)	ja		

**Anlage 4****Namentliche Abstimmung in der 12. Sitzung am  
24.02.2005 zum Tagesordnungspunkt 2****Thüringer Haushaltsstrukturgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/420 -

hier: Änderungsantrag der Fraktionen  
der PDS und SPD  
- Drucksache 4/601 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	47. Kuschel, Frank (PDS)	ja
2. Bärwolff, Matthias (PDS)	ja	48. Lehmann, Annette (CDU)	nein
3. Bausewein, Andreas (SPD)	ja	49. Lemke, Benno (PDS)	ja
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	50. Leukefeld, Ina (PDS)	ja
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	51. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
6. Berninger, Sabine (PDS)	ja	52. Matschie, Christoph (SPD)	ja
7. Blechschmidt, André (PDS)	ja	53. Mohring, Mike (CDU)	nein
8. Buse, Werner (PDS)	ja	54. Naumann, Kersten (PDS)	ja
9. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
10. Diezel, Birgit (CDU)	nein	56. Ohl, Eckhard (SPD)	ja
11. Doht, Sabine (SPD)	ja	57. Panse, Michael (CDU)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	58. Pelke, Birgit (SPD)	ja
13. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja	59. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
14. Emde, Volker (CDU)	nein	60. Pilger, Walter (SPD)	ja
15. Enders, Petra (PDS)	ja	61. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	62. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
17. Fuchs, Dr. Ruth (PDS)	ja	63. Reimann, Michael (PDS)	ja
18. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	64. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
19. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	65. Rose, Wieland (CDU)	nein
20. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	66. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (PDS)	ja
21. Grob, Manfred (CDU)	nein	67. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
22. Groß, Evelin (CDU)	nein	68. Schröter, Fritz (CDU)	nein
23. Grüner, Günter (CDU)	nein	69. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
24. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	70. Schugens, Gottfried (CDU)	nein
25. Günther, Gerhard (CDU)	nein	71. Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
26. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	72. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
27. Hauboldt, Ralf (PDS)	ja	73. Seela, Reyk (CDU)	nein
28. Hausold, Dieter (PDS)	ja	74. Skibbe, Diana (PDS)	ja
29. Hennig, Susanne (PDS)	ja	75. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
30. Heym, Michael (CDU)	nein	76. Stauch, Harald (CDU)	nein
31. Höhn, Uwe (SPD)	ja	77. Stauche, Carola (CDU)	nein
32. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	78. Tasch, Christina (CDU)	nein
33. Huster, Mike (PDS)	ja	79. Taubert, Heike (SPD)	ja
34. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	80. Thierbach, Tamara (PDS)	ja
35. Jung, Margit (PDS)	ja	81. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	82. Walsmann, Marion (CDU)	nein
37. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	83. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
38. Köckert, Christian (CDU)	nein	84. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
39. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	85. Wolf, Katja (PDS)	ja
40. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein	86. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein	87. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein
43. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein		
44. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein		
45. Künast, Dagmar (SPD)	ja		
46. Kummer, Tilo (PDS)	ja		

**Anlage 5****Namentliche Abstimmung in der 12. Sitzung am  
24.02.2005 zum Tagesordnungspunkt 2****Thüringer Haushaltsstrukturgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/420 -

hier: Änderungsantrag des Abgeordneten Köckert (CDU)

- Drucksache 4/674 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	ja
2. Bärwolff, Matthias (PDS)	ja	47. Kuschel, Frank (PDS)	ja
3. Bausewein, Andreas (SPD)	ja	48. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	49. Lemke, Benno (PDS)	ja
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	50. Leukefeld, Ina (PDS)	ja
6. Berninger, Sabine (PDS)	ja	51. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Blechschmidt, André (PDS)	ja	52. Matschie, Christoph (SPD)	ja
8. Buse, Werner (PDS)	ja	53. Mohring, Mike (CDU)	nein
9. Carius, Christian (CDU)	nein	54. Naumann, Kersten (PDS)	ja
10. Diezel, Birgit (CDU)	nein	55. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
11. Doht, Sabine (SPD)	ja	56. Ohl, Eckhard (SPD)	ja
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	57. Panse, Michael (CDU)	nein
13. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja	58. Pelke, Birgit (SPD)	ja
14. Emde, Volker (CDU)	nein	59. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
15. Enders, Petra (PDS)	ja	60. Pilger, Walter (SPD)	ja
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	61. Primas, Egon (CDU)	nein
17. Fuchs, Dr. Ruth (PDS)	ja	62. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
18. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	63. Reimann, Michael (PDS)	ja
19. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	64. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
20. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	65. Rose, Wieland (CDU)	nein
21. Grob, Manfred (CDU)	nein	66. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (PDS)	ja
22. Groß, Evelin (CDU)	nein	67. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
23. Grüner, Günter (CDU)	nein	68. Schröter, Fritz (CDU)	nein
24. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	69. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
25. Günther, Gerhard (CDU)	nein	70. Schugens, Gottfried (CDU)	nein
26. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	71. Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
27. Hauboldt, Ralf (PDS)	ja	72. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
28. Hausold, Dieter (PDS)	ja	73. Seela, Reyk (CDU)	nein
29. Hennig, Susanne (PDS)	ja	74. Skibbe, Diana (PDS)	ja
30. Heym, Michael (CDU)	nein	75. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
31. Höhn, Uwe (SPD)	ja	76. Stauch, Harald (CDU)	nein
32. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Stauche, Carola (CDU)	nein
33. Huster, Mike (PDS)	ja	78. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	79. Taubert, Heike (SPD)	ja
35. Jung, Margit (PDS)	ja	80. Thierbach, Tamara (PDS)	ja
36. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	81. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
37. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	82. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Köckert, Christian (CDU)	ja	83. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
39. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
40. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein	85. Wolf, Katja (PDS)	ja
41. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein	86. Worm, Henry (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	87. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein
44. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein		
45. Künast, Dagmar (SPD)	ja		

**Anlage 6****Namentliche Abstimmung in der 12. Sitzung am  
24.02.2005 zum Tagesordnungspunkt 2****Thüringer Haushaltsstrukturgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/420 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 4/605 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	48. Lehmann, Annette (CDU)	nein
2. Bärwolff, Matthias (PDS)	ja	49. Lemke, Benno (PDS)	ja
3. Bausewein, Andreas (SPD)	ja	50. Leukefeld, Ina (PDS)	ja
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	51. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	52. Matschie, Christoph (SPD)	ja
6. Berninger, Sabine (PDS)	ja	53. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Blechschmidt, André (PDS)	ja	54. Naumann, Kersten (PDS)	ja
8. Buse, Werner (PDS)	ja	55. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
9. Carius, Christian (CDU)	nein	56. Ohl, Eckhard (SPD)	ja
10. Diezel, Birgit (CDU)	nein	57. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Doht, Sabine (SPD)	ja	58. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	59. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja	60. Pilger, Walter (SPD)	ja
14. Emde, Volker (CDU)	nein	61. Primas, Egon (CDU)	nein
15. Enders, Petra (PDS)	ja	62. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Reimann, Michael (PDS)	ja
17. Fuchs, Dr. Ruth (PDS)	ja	64. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
18. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Rose, Wieland (CDU)	nein
19. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	66. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (PDS)	ja
20. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
21. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Schröter, Fritz (CDU)	nein
22. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
23. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Schugens, Gottfried (CDU)	nein
24. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	71. Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
25. Günther, Gerhard (CDU)	nein	72. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
26. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	73. Seela, Reyk (CDU)	nein
27. Hauboldt, Ralf (PDS)	ja	74. Skibbe, Diana (PDS)	ja
28. Hausold, Dieter (PDS)	ja	75. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
29. Hennig, Susanne (PDS)	ja	76. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Heym, Michael (CDU)	nein	77. Stauche, Carola (CDU)	nein
31. Höhn, Uwe (SPD)	ja	78. Tasch, Christina (CDU)	nein
32. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	79. Taubert, Heike (SPD)	ja
33. Huster, Mike (PDS)	ja	80. Thierbach, Tamara (PDS)	ja
34. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	81. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
35. Jung, Margit (PDS)	ja	82. Walsmann, Marion (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	83. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	84. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Köckert, Christian (CDU)	nein	85. Wolf, Katja (PDS)	ja
39. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	86. Worm, Henry (CDU)	nein
40. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein	87. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
41. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein
42. Krauße, Horst (CDU)	nein		
43. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein		
44. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein		
45. Künast, Dagmar (SPD)	ja		
46. Kummer, Tilo (PDS)	ja		
47. Kuschel, Frank (PDS)	ja		

**Anlage 7****Namentliche Abstimmung in der 12. Sitzung am  
24.02.2005 zum Tagesordnungspunkt 2****Thüringer Haushaltsstrukturgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/420 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	ja	50. Leukefeld, Ina (PDS)	nein
2. Bärwolff, Matthias (PDS)	nein	51. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
3. Bausewein, Andreas (SPD)	nein	52. Matschie, Christoph (SPD)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	nein	53. Mohring, Mike (CDU)	ja
5. Bergemann, Gustav (CDU)	ja	54. Naumann, Kersten (PDS)	nein
6. Berninger, Sabine (PDS)	nein	55. Nothnagel, Maik (PDS)	nein
7. Blechschmidt, André (PDS)	nein	56. Ohl, Eckhard (SPD)	nein
8. Buse, Werner (PDS)	nein	57. Panse, Michael (CDU)	ja
9. Carius, Christian (CDU)	ja	58. Pelke, Birgit (SPD)	nein
10. Diezel, Birgit (CDU)	ja	59. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
11. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Pilger, Walter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	61. Primas, Egon (CDU)	ja
13. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	nein	62. Ramelow, Bodo (PDS)	nein
14. Emde, Volker (CDU)	ja	63. Reimann, Michael (PDS)	nein
15. Enders, Petra (PDS)	nein	64. Reinholz, Jürgen (CDU)	ja
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	65. Rose, Wieland (CDU)	ja
17. Fuchs, Dr. Ruth (PDS)	nein	66. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (PDS)	nein
18. Gentzel, Heiko (SPD)	nein	67. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	ja
19. Gerstenberger, Michael (PDS)	nein	68. Schröter, Fritz (CDU)	ja
20. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	ja	69. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	nein
21. Grob, Manfred (CDU)	ja	70. Schugens, Gottfried (CDU)	ja
22. Groß, Evelin (CDU)	ja	71. Schwäblein, Jörg (CDU)	ja
23. Grüner, Günter (CDU)	ja	72. Sedlacik, Heidrun (PDS)	nein
24. Gumprecht, Christian (CDU)	ja	73. Seela, Reyk (CDU)	ja
25. Günther, Gerhard (CDU)	ja	74. Skibbe, Diana (PDS)	nein
26. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	nein	75. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	ja
27. Hauboldt, Ralf (PDS)	nein	76. Stauch, Harald (CDU)	ja
28. Hausold, Dieter (PDS)	nein	77. Stauche, Carola (CDU)	ja
29. Hennig, Susanne (PDS)	nein	78. Tasch, Christina (CDU)	ja
30. Heym, Michael (CDU)	ja	79. Taubert, Heike (SPD)	nein
31. Höhn, Uwe (SPD)	nein	80. Thierbach, Tamara (PDS)	nein
32. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	81. Trautvetter, Andreas (CDU)	ja
33. Huster, Mike (PDS)	nein	82. Walsmann, Marion (CDU)	ja
34. Jaschke, Siegfried (CDU)	ja	83. Wehner, Wolfgang (CDU)	ja
35. Jung, Margit (PDS)	nein	84. Wetzels, Siegfried (CDU)	ja
36. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	nein	85. Wolf, Katja (PDS)	nein
37. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	nein	86. Worm, Henry (CDU)	ja
38. Köckert, Christian (CDU)	ja	87. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	ja
39. Kölbel, Eckehard (CDU)	ja	88. Zitzmann, Christine (CDU)	ja
40. Krapp, Dr. Michael (CDU)	ja		
41. Krause, Dr. Peter (CDU)	ja		
42. Krauß, Horst (CDU)	ja		
43. Kretschmer, Thomas (CDU)	ja		
44. Krone, Klaus, von der (CDU)	ja		
45. Künast, Dagmar (SPD)	nein		
46. Kummer, Tilo (PDS)	nein		
47. Kuschel, Frank (PDS)	nein		
48. Lehmann, Annette (CDU)	ja		
49. Lemke, Benno (PDS)	nein		